

DAS FRANZÖSISCHE RUNDFUNKGESETZ VOM 7. 8. 1974

**Eine Untersuchung der Wandlung von Strukturen
und Aufgaben des Staatsrundfunks nach dem
Präsidentschaftswechsels
Georges Pompidou - Valéry Giscard d'Estaing**

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
PETER L. MENZEL
aus
München

aku-Fotodruck
Bamberg
Selbstverlag

1977

DAS FRANZÖSISCHE RUNDFUNKGESETZ VOM 7. 8. 1974

**Eine Untersuchung der Wandlung von Strukturen
und Aufgaben des Staatsrundfunks nach dem
Präsidentschaftswechsels
Georges Pompidou - Valéry Giscard d'Estaing**

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München



vorgelegt von
PETER L. MENZEL
aus
München

aku-Fotodruck
Bamberg
Selbstverlag
1977

Referent: Professor Dr. Kurt Sontheimer

Korreferent: Professor Dr.Dr. Otto B. Roegele

Tag der mündlichen Prüfung: 10. 2. 1977



INHALT:

Zur vorliegenden Arbeit	-i-
1. Hörfunk und Fernsehen in Frankreich	
Ein historischer Überblick	- 1-
2. 10 Jahre O.R.T.F. - Zwischenstationen	
auf dem Weg zum Gesetz von 1974	- 6-
2.1. Das O.R.T.F.-Gesetz von 1964	- 6-
2.2. Die Phase der 'libération de l'information'	
1969 - 1972	- 14-
2.2.1. Der Rapport Paye	- 15-
2.2.2. Der Rapport Diligent	- 23-
2.3. Das Loi Malaud	- 27-
2.3.1. Die Strukturen des O.R.T.F. nach 1972	- 32-
2.4. Der Rapport Chinaud	- 38-
3. Das Rundfunkgesetz von 1974 und seine	
Vorstufen	- 41-
3.1. Der Baudouin-Plan	- 41-
3.2. Der Long-Plan	- 47-
3.3. Alternativen der Opposition	- 48-
3.3.1. Die 'Proposition de loi N ^o 1221 von 1970	- 49-
3.3.2. Das 'O.R.T.F.-Projet Socialiste	
Autogestionnaire'	- 51-
4. Die Diskussion des 74er-Gesetzes im Parla-	
ment - Änderungen des Konzeptes von Marceau	
Long	- 54-
Exkurs:Das Rundfunkmonopol in Frankreich	
Ideal und Wirklichkeit	- 56-
Die Diskussion des Gesetzes von 1974 - Fortsetzung-	71-
Exkurs:Freie Meinungsäußerung und Möglichkeiten	
des Zugangs zu den Medien Hörfunk und	
Fernsehen	- 80-
Die Diskussion des Gesetzes von 1974 - Fortsetzung-	95-
5. Die Ursachen der Reform (Zusammenfassung)	-136-

6.	Versuch einer kritischen Würdigung der durch das Gesetz von 1974 erreichten Veränderungen	-139-
7.	Résumé	-169-
8.	Anhang: Loi N ^o 64-621 du 27 juin 1964 portant statut de l'Office de radiodiffusion-télévision française	-185-
	Loi N ^o 72-553 du 3 juillet 1972 portant statut de la radio- diffusion-télévision française	-186-
	La répartition de la redevance mise en équation (Darstellung des Verteilerschlüssels für Gebühren)	-188-
	Strukturschema des Office (nach dem Loi Malaud)	-195 -
	Strukturschema der neuen Gesellschaften	-196-
	Literatur	-197-

Zur vorliegenden Arbeit:

Die Aufgabenstellung, die dieser Arbeit, geschrieben am Geschwister Scholl Institut der Universität München, zugrunde lag, und zu der es fast kein wissenschaftliches Material, sondern allein Berichte Beteiligter und Zeitungsaufsätze gab, bestand in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Gegenstand der Untersuchung, dem französischen Rundfunkgesetz vom 7.8. 1974.

Durch diese Verordnung wurden die Strukturen der ehemals monolithischen Anstalt grundlegend verändert: es entstanden sieben autonome Einzelgesellschaften. Daneben aber sollte auch die Aufgabe des Rundfunks eine andere werden; statt allein elektronischer Generalanzeiger, allein Regierungssprachrohr, sollte er nun ein Dienstleistungsunternehmen für die Bürger des Landes werden.

Hier sollen die Argumente aufgezeigt werden, die für eine Neuorganisation sprachen. Dies geschieht im Verlauf der Darstellung der historischen Entwicklung des Rundfunks. Noch einmal zusammengefaßt finden sie sich nach der Darstellung der Diskussion des Gesetzes durch das Parlament. In dieser Darlegung werden auch die verschiedenen 'amendements' behandelt, die zur Veränderung oder Vervollständigung des Regierungsentwurfes dienten. Nicht berücksichtigt wurden dabei jene Anträge, deren Ursache allein in einer weitergehenden juristischen Spezifikation zu sehen ist, die den Text jedoch nicht qualitativ veränderten (Beispiel: anstelle des Begriffes "la direction des sociétés de programme" wurde etwa die Formulierung vorge-schlagen "le président-directeur général et le conseil d'administration des sociétés de programme", obwohl über die beiden genannten hinaus keine weiteren Führungsgremien der Gesellschaften existieren).

Bei der Beurteilung des neuen Gesetzeswerkes wird gegen Ende der Darlegungen versucht, die Zielrichtung der verschiedenen Parteien aufzuzeigen, sowie Unterschiede oder Gemeinsamkeiten heraus zu arbeiten.

Die einzelnen Problemkreise werden in Form von Thesen abgehandelt, deren Inhalte in einem abschließenden Résumé zusammengezogen sind.

Weitere Veränderungen über die bis zum heutigen Zeitpunkt zu konstatierenden hinaus werden erst nach den nächsten Parlamentswahlen in Frankreich, 1978, zu erwarten sein. Dann wird dieses Thema, das derzeit völlig aus der Diskussion verschwunden ist, mit Sicherheit neubelebt werden.

Welche Richtung die dann zu erwartenden Änderungen nehmen, muß abgewartet werden. Dies kann nicht Gegenstand üppiger Spekulationen an dieser Stelle sein.

Abschließend noch ein Hinweis technischer Art:

Die Partei des derzeitigen französischen Staatspräsidenten, Valéry Giscard d'Estaing, wird in der Presse gemeinhin als "Républicains Indépendants" bezeichnet und als "R.I." abgekürzt. Diese Formen treten auch verschiedentlich in wissenschaftlichen Abhandlungen, etwa bei Henry W. Ehrmann oder in den Darlegungen von François Goguel und Alfred Grosser, auf. Entsprechend den Ausführungen Jean Charlots in seiner Broschüre, die im Auftrag des Ministère des Affaires Étrangères herausgegeben wurde, lautet die exakte Bezeichnung "Fédération Nationale des Républicains Indépendants" (F.N.R.I.). Sie wurde in der vorliegenden Arbeit verwandt. Der Hinweis an dieser Stelle soll Unklarheiten oder Verwechslungsmöglichkeiten ausschließen.

1. HÖRFUNK UND FERNSEHEN IN FRANKREICH

Ein historischer Überblick

Die ersten regelmäßigen Hörfunksendungen wurden in Frankreich im Jahre 1922 ausgestrahlt. Das Studio befand sich Rue de Grenelle, im Gebäude der "École Supérieure des P.T.T." ¹⁾.

Der Sender arbeitete, wie später auch die Konkurrenzprogramme "Tour Eiffel" und "Radiola" im Lang- und Mittelwellenbereich. Ende 1924 gab es neben "Radio P.T.T.", wie die Station genannt wurde, und den beiden erwähnten privaten Sendern in Paris auch eigene Stationen in der Provinz, so in Lyon, Toulouse, Marseille, Bordeaux und in Lille.

Ein Gesetz vom 28. Dezember 1926, ergänzt durch eine weitere Verfügung vom 19. März 1928, regelte die Weiterentwicklung und den Ausbau der staatlichen Studioanlagen und des dazugehörigen Sendernetzes. Andererseits wurden die privaten Sender einem "régime d'autorisation de durée limitée" durch den Staat unterworfen.

Am 20. Juni 1927 wurde von Paris aus zum ersten Mal das "Radio-Journal de France" ausgestrahlt, ein regelmäßiger Nachrichtendienst für das ganze Land.

Für die Versorgung der überseeischen Gebiete bestand in späterer Zeit seit 1933 "Radio Mondial", eine Senderkette, die von Saigon bis Brazzaville reichte.

Die ersten Fernsehsendungen wurden in Frankreich am 26. April 1933 gleichfalls von "P.T.T.-Paris" ausgestrahlt. Der Sender für die Hauptstadt befand sich auf der Tour Eiffel. Hatten die Bilder, die damals ausgesandt wurden, noch eine Norm von 455 Zeilen, so waren es nach dem Kriege, als im Oktober 1945 der Sendebetrieb wieder aufgenommen wurde, entsprechend der durch die deutschen Besatzer oktroyierten Norm nurmehr 441 Bildzeilen.

1) P.T.T. lautet die Abkürzung für die staatliche französische Postverwaltung: "Poste, Télégraphie, Téléphone".

Am 15. Dezember 1949 nahm der zweite Fernsehsender in Paris seinen Betrieb auf. Er verbreitete die Sendungen der "Première Chaîne", entgegen einer damals bereits vereinbarten Regelung, die für alle Fernsehstationen in Europa eine einheitliche Bildnorm von 625 Zeilen vorsah, mit 819 Zeilen.

Als offizielle Begründung wurde damals angegeben, man wolle auf diese Weise die französische Elektronikindustrie, die gerade erst im Entstehen begriffen war, vor ausländischer Konkurrenz schützen, ohne dem Ausland gegenüber auf diesem Sektor eine restriktive Handelspolitik mit Einfuhrkontingentierungen und ähnlichen Praktiken betreiben zu müssen.

Die noch aus der Vorkriegszeit stammenden Sendeanlagen wurden in den folgenden Jahren aus dem Betrieb gezogen.

Heute ist man nun soweit, daß man auch die damals gerade erst mit erheblichem Aufwand neu etablierten Anlagen für mehrere Milliarden Francs vor der Color-Ertüchtigung auf die Europa-Norm umstellt.

Das Argument, es gelte die Unternehmen der französischen Unterhaltungselektronik gegen ausländische Konkurrenz zu schützen, hat heute seine Gültigkeit längst verloren, nachdem nicht allein sämtliche Produzenten Geräte nach dieser Norm herstellen, sondern auch - und dies bezieht sich auf die SECAM-Color-Technik - ganze Sendernetze in Drittländern nach französischer Norm errichten.²⁾

Bis zur Zeit der deutschen Besatzung hatten neben dem Postsender "Radio P.T.T." in Frankreich stets private Sendeanlagen bestanden. Doch bereits zwischen den beiden Weltkriegen war das Projekt eines Staatsrundfunks ins Gespräch gekommen, das späterhin auch von der Résistance unterstützt wurde.

2) SECAM: séquentielle à mémoire; überträgt zwei Farbinformationen als Modulation eines Farbhilfsträgers mit Zwischenspeicherung. - In Deutschland liefert z.B. Bosch die entsprechenden Anlagen zum Aufbau des persischen Fernsehens entsprechend einem Regierungsvertrag zwischen beiden Staaten nach französischer Lizenz.

"Radio P.T.T." war allein durch seinen technischen Bereich - die Sendeanlagen unterstanden der französischen Postverwaltung - an die staatliche Administration gebunden, redaktionell war die Station jedoch weitestgehend unabhängig. Noch größer aber war diese Unabhängigkeit von Seiten des Staates bei den kommerziellen Sendern. Diese waren dagegen den verschiedensten Gruppeninteressen unterworfen, speziell jenen der französischen Industrie. So lautete das Argument, mit dem der Wunsch nach einem Staatsrundfunk begründet wurde, die Fehler und Ungerechtigkeiten, die eine liberale Gesellschaft mit sich brachte, müßten zumindest gedämpft, wenn schon nicht ganz beseitigt werden. Der Staat allein könne für die gleiche Berücksichtigung der Interessen aller Gruppen der Gesellschaft in den Programmen sorgen.

Mehr freier Zugang zu den Medien, damals verstellt von einflußreichen privaten Gruppen, mehr Möglichkeit für alle, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, sollte so garantiert werden: Der Rundfunk war ein Bestandteil des Wohlfahrtsstaates geworden, folgte man dieser Betrachtung. Dieses Konzept wurde dann besonders während Krieg und Besatzungszeit propagiert, als ein außerordentlich hoher Grad der Identifizierung aller Bürger mit "ihrem" Staat zu verzeichnen war und partikuläre Interessen hinter dem gemeinsamen vorrangigen Ziel der Befreiung des Landes von der Fremdherrschaft zurücktraten. So wurde denn nach der Libération wirklich der Staatsrundfunk ins Leben gerufen. Er erhielt den Status eines service administratif, die privaten Sender wurden aufgelöst, ihre Technik ihm eingegliedert. Durch Verordnung vom 23. März 1945 entstand zuerst die "Radiodiffusion Française", später dann die "Radiodiffusion Télévision Française" (R.T.F.). Doch schon bald zeigte sich, daß die hehren Idealvorstellungen von einem Staatsrundfunk, so wie sie zu dessen Etablierung geführt hatten, jäh an neuen politischen Partikularinteressen scheiterten. Die Regierungen der IV. Republik, vornehmlich von Sozialisten und ihnen nahestehende Gruppen gestellt, bemächtigten sich sogleich des Rundfunks als eigenen Propagandainstruments. Andererseits verlor sich auch die starke Identifizierung des französischen Durchschnittsbürgers mit dem eigenen Staatswesen.

Zunehmend unterschied er genauer zwischen "Staat" und "Gesellschaft": Gesellschaft, "le peuple français", bezeichnet die Gesamtheit aller Staatsbürger im Gegensatz zur politischen Führung und der von ihr abhängigen staatlichen Administration, die als "l'État" definiert werden.

Dies scheint, bei allem Unbehagen vor groben Verallgemeinerungen, doch eine sehr französische Sicht der Dinge zu sein.

Der deutsche Journalist A. Frisch bestätigt diese Anschauung, wenn er in der Dezemberausgabe 1974 der Zeitschrift "EG" schreibt: "Kein Franzose käme in der Tat auf den Gedanken, sich mit dem Staat zu identifizieren, etwa nach dem Motto: 'Der Staat sind wir'" 3). Noch schärfer bringen dies Goguel/Grosser zum Ausdruck, wenn sie feststellen, es herrschten ein tiefbegründetes Mißtrauen gegen den Staat und ein entschiedener Wille, diesen zu schwächen.⁴⁾

Der Rundfunk wurde zum Spielball politischer Gruppen des Regierungslagers. Die ehemals geforderte freie Meinungsäußerung und der Zugang aller Gruppen der Gesellschaft zu den elektronischen Medien wurden eingeschränkt (Nähere Ausführungen hierzu siehe den Exkurs zum Thema freie Meinungsäußerung im französischen Rundfunk).

Die IV. Republik fand ihr Ende durch die Krise im Mai 1958.

Mit der Annahme der Verfassung der V. Republik durch die Assemblée nationale begann am 28.9.1958 die Ära de Gaulle.

Bereits knappe vier Monate später, am 4. Februar 1959, wird der Rundfunk zu einem "établissement public à caractère industriel et commercial". Vor der Namensgebung 1945 war bestimmt worden, daß der Rundfunk aus dem Apparat der Postverwaltung herausgelöst werden sollte. Er erhielt als service administratif einen eigenen Finanzposten im Staatshaushalt und wurde direkt dem "Conseil d'État" unterstellt. Er galt bislang nicht als juristische Person

3) A. Frisch: Revolutionen, Streiks und 273 Käsesorten; in: EG 12/74, p. 18

4) François Goguel/Alfred Grosser: La politique en France, Paris 1975; p. 21 f.

mit allen sich aus diesem Status ergebenden Rechten und Pflichten und hatte so auch keine Möglichkeit, gehabt, Vermögen zu erwerben und Kapital anzuhäufen. Dies hatte dazu geführt, daß ihm, zumindest formaljuristisch, selbst die zur Durchführung seiner Aufgaben nötigen Anlagen nicht gehörten, sondern allein zur Nutzung überlassen waren.

Das änderte sich nun mit der Verordnung vom Februar 1959. Gerätschaften und Immobilien, die er bisher allein hatte nutzen dürfen, gingen nun in seinen Besitz über. Allerdings blieben weiterhin größere Ausgaben etwa zur Anschaffung neuer Anlagen uä. einer a priori-Kontrolle durch das Finanzministerium unterworfen. Der durch Beschluß des Ministerrates ernannte Generaldirektor der Anstalt sowie seine engsten Mitarbeiter waren so immer noch von der Zustimmung des Ministers abhängig.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Rechtsform übernahm Albert Ollivier die Leitung der Anstalt. Er sorgte dafür, daß der Nachrichtendienst des R.T.F. nun auch über eigene Fernsehmagazine verfügen konnte. Besonders zu erwähnen ist hierbei "Cinq colonnes à la une" und die Interviewsendung "Faire face", die jedoch, da teilweise zu kritisch, nur wenige Sendefolgen erlebte.

Olliviers Hauptverdienst aber lag auf dem Bereich der dramatischen Produktionen des "Fernsehens, dem er damit weltweites Ansehen und Anerkennung verschaffte.

Als er 1964 verstarb, hatte sich die Anzahl der angemeldeten "Fernsehgeräte im Land auf knapp 6,5 Mio. erhöht. Dies war zum überwiegenden Teil das Ergebnis seiner Bemühungen auf dem Gebiet der Unterhaltung, speziell auf dem Gebiet der Theaterproduktionen, aber auch der Spielshows.

2. 1o JAIRE O.R.T.F. -ZWISCHENSTATIONEN AUF DEM WEG ZUM GESETZ VON 1974

2.1. DAS O.R.T.F. - GESETZ VON 1964

Wenige Wochen vor Olliviers Tod wurde am 27. Juni 1964 durch das Gesetz N° 64-621 aus der R.T.F. das "Office de la Radio-diffusion-Télévision Française" (O.R.T.F.).

Das Gesetz, vom Premierminister dem Parlament vorgelegt, sollte die Arbeit des Rundfunks in Frankreich grundlegend neu regeln. Seit der Zeit der Libération sollte dies der erste juristische Text werden, der zusammenhängend alle Aufgaben der Anstalt festlegte und die Modalitäten ihrer Leitung regelte.

Bis dahin hatte es nur verschiedene Erlasse gegeben, wie etwa jenen, mit dessen Hilfe die R.T.F. etabliert wurde, oder jenen anderen, durch den am 4. Februar 1959 aus dem service administratif ein établissement public wurde.

Auf Grund der "tutelle", der das Office auch weiterhin unterlag, also der ausdrücklichen ministeriellen Kontrolle über den regelmäßigen Betriebsablauf des Senders sowie über dessen korrekte Haushaltsführung, wurde das Gesetz nun von insgesamt vier Mitgliedern der Regierung abgezeichnet: vom Präsidenten der République, General de Gaulle, seinem Premierminister, Georges Pompidou, sowie den beiden für diese Kontrollen zuständigen Fachministern Alain Peyrefitte (Information) und Valéry Giscard d'Estaing (Wirtschaft und Finanzen).

Offiziell hieß das Gesetz "Loi N° 64-621 du 27 Juin 1964 PORTANT STATUT DE L'OFFICE DE RADIODIFFUSION-TÉLÉVISION FRANÇAISE". Seine elf Artikel enthalten keinerlei Ausführungen zu den innerbetrieblichen Strukturen der Anstalt.

Zu ihrer Darstellung zu jener Zeit genügen wenige Sätze.

Das Office war aufgeteilt in die Bereiche Hörfunk und Fernsehen, wobei sich der Hörfunk in vier, das Fernsehen in zwei Programmblöcke unterteilen ließ. Die Informationssendungen beider Einrichtungen wurden sowohl bei Hörfunk als auch Fernsehen über deren jeweils sämtliche Programme ausgestrahlt.

Nach Einrichtung des zweiten Fernsehkanals waren diesem im

Sinne des Schemas der complémentarité, der gegenseitigen Ergänzung der Programminhalte, fast ausschließlich jene Sendungen zugeordnet, die, da allein für Minoritäten wie Freunden experimentellen Theaters oder moderner E-Musik interessant, bislang im Sendeablauf unterrepräsentiert waren. Ihre Häufung in einem einzigen Kanal aber brachte diesem rasch bei Fachleuten und Publikum den Vorwurf ein, er diene allein elitären Kleingruppen, statt für alle Zuschauerkreise da zu sein.

Welche Regelungen enthielt nun dieses Gesetz im einzelnen? Neben der Aufgabenstellung, die der erste Artikel grob umriß - das Office hat "de satisfaire les besoins d'information, de culture, d'éducation et de distraction du public" - fand sich hierin auch die Definition des Rundfunks als établissement public à caractère industriel et commercial. Drei Punkte sind es, die inhaltlich diese Bestimmung ausfüllen:

Es handelt sich um ein Unternehmen, das

1. entweder ganz in staatlichem Besitz ist - wie dies für das Office auch zutraf - oder bezüglich seines Stammkapitals zumindest staatlich majorisiert ist,
2. sich finanziell selbst zu tragen hat, ohne darüber hinaus allerdings Gewinne erwirtschaften zu müssen, und das
3. an die Weisungen der Regierung gebunden ist.

Diese Bestimmung bezieht sich auf die staatliche tutelle und die daraus resultierende Möglichkeit der Regierung, bei Unregelmäßigkeiten im Funktionsablauf der Anstalt Anweisungen geben zu können, wie dieser wieder korrekt abgewickelt werden kann, nicht aber auf die Programmgestaltung.

Einen wesentlichen Punkt stellt sodann der Artikel 5 des Gesetzes dar, in dem bestimmt ist:

"Le Gouvernement peut à tout moment faire diffuser ou téléviser par l'Office de radiodiffusion-télévision française toute déclaration ou communication qu'il juge nécessaire. Ces émissions sont annoncées comme émanant du

Gouvernement. La radiodiffusion ou la télévision des débats des Assemblées parlementaires ne peut s'effectuer que sous le contrôle du bureau de chacune des Assemblées ".

Mit diesem Artikel ist sowohl das Vorrecht der Regierung geregelt, eigene Verlautbarungen veröffentlichen zu können, als auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit der beiden Kammern des Parlamentes. Letzteres bietet den in der Assemblée nationale vertretenen politischen Parteien durchaus die Möglichkeit, ihre eigene Einstellung zu anstehenden Problemen, die nun einer Lösung in Form eines Gesetzes bedürfen, der Öffentlichkeit darzulegen, also in gewissem Umfang auch für den eigenen Standpunkt zu werben.

Die restlichen Artikel des Gesetzes regeln die Leitung des Rundfunks und bestimmen die hierfür nötigen Gremien: Das Office erhielt einen Verwaltungsrat, der sich aus 28 Mitgliedern zusammensetzte, davon waren die Hälfte Vertreter "de l'État", also der Regierung bzw. der sie tragenden Parteien. Vertreter der Opposition werden nicht erwähnt, waren aber auch nicht vertreten. Die andere Hälfte des Verwaltungsrates setzte sich zusammen aus "des personnalités hautement qualifiées", also aus Vertretern aus Vertretern von Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft, sowie Repräsentanten der Presse, des Personals des Rundfunks und der Zuschauerschaft.

Der Verwaltungsrat hatte das Budget des Senders zu beschließen und dessen Einhaltung zu überwachen. Er sicherte die Qualität der Sendungen, wachte über die Moral im Rundfunk, die Objektivität und Richtigkeit der verbreiteten Informationen und sicherte die Freiheit aller Gruppen der Gesellschaft, sich im Rundfunk zu Wort zu melden. Diese Aufgabe jedoch wurde oft genug vernachlässigt. Zusammen mit dem Generaldirektor legte er die Grundlinien der Programmpolitik der Anstalt fest. Während der Präsident des Verwaltungsrates aus dessen Mitte gewählt wurde -damals existierten noch beide Funktionen nebeneinander- wurde der Generaldirektor des Office vom Ministerrat ernannt. Dieser wurde in seiner Arbeit von zwei Subdirektoren unterstützt.

Schließlich wurde festgelegt, daß das Parlament jährlich anläßlich der Haushaltsdebatte den Umfang des Budgets der Anstalt, entsprechend den Beschlüssen des Verwaltungsrates, per Verordnung festzusetzen hatte. Als Richtgröße hierfür diente das Gesamtvolumen der Gebühreneinnahmen.

Die Finanzhoheit der Anstalt brachte es mit sich, daß das Office nach einiger Zeit der Umstellung zur Zahlung der Mehrwertsteuer verpflichtet wurde.

Bereits im April 1964 war der zweite Fernsehkanal in Betrieb genommen worden. Seine Sendeanlagen arbeiteten, anders als damals noch jene des ersten Kanals, mit der europäischen Bildnorm von 625 Zeilen. Dies bedeutete für den Zuschauer, daß von nun an jedes Empfangsgerät über zwei getrennte Dekodierungseinheiten für das Fernsehbild verfügen mußte. Hierdurch wurden die Anlagen erheblich verteuert, doch erst als auch für das Office auf Grund des fortschreitenden Ausbaues des zweiten Sendernetzes die doppelte Technik die Kosten empfindlich in die Höhe trieb, bemerkte man, welche enorme finanzielle Belastung auf diese Weise nun auf das Office zukam.

Damals bereits wurden die ersten Stimmen laut, die davon sprachen, das unübliche 819er-System zugunsten der allgemein üblichen Europannorm aufzugeben.

Am 18. Juli 1964 starb Albert Ollivier. Zu seinem Nachfolger im Amt wurde der bisherige zweite Direktor des Office, Claude Contamine, berufen.

Mit Contamine, damals 35 Jahre jung, Absolvent der "Ecole Nationale d'Administration" (E.N.A.), begann beim Office das Zeitalter der technokratischen Führungskräfte.

Contamine versuchte in seinem "aus einer Reorganisation entsprechend den Erfordernissen moderner Verwaltung durchzuführen, doch zeigte sich schon bald, daß der strikte Zentralismus, der in der Anstalt herrschte und die Anbindung aller Mitarbeiter an das neue Reglement, das zwar verwaltungstechnisch passend, doch nicht der Aufgabenstellung des Rundfunks angemessen und angepaßt war, fast

durchwegs der Produktion der verschiedensten Sendungen abträglich war. Die zunehmende Einflußnahme der Regierung auf die verschiedensten Bereiche der Arbeit des Senders sowie die Bürokratie mit ihrem Unwillen zu größerer Eigeninitiative verstärkten die negativen Auswirkungen noch weiter.

Im Juni 1965 übernahm Contamine, der neben seiner Aufgabe als Leiter der Gesamtanstalt auch speziell die Arbeit des ersten Fernsehkanals verantwortlich leitete, auch die Kontrolle über den zweiten Programmbereich. Zu seinem "Directeur Adjoint" wurde Jacques Thibau, der die eigentliche Leitung dieses Programmes übertragen bekam, da die Dreifachbelastung für Contamine auf die Dauer nicht erträglich war, sollte die Arbeit insgesamt oder auf einem der drei Teilgebiete nicht erheblich an Qualität einbüßen.

Thibau machte sich um die Nachrichtensendungen des zweiten Programmes verdient, indem er hier, wie ehemals Ollivier beim ersten Programm, die Einrichtung erfolgreicher Magazinsendungen begann, wie "Caméra III" oder "Zoom". Thibau verteidigte das Prinzip der persönlichen Verantwortlichkeit von Redakteuren und Produzenten für den Inhalt ihrer Sendungen, ein für damalige Zeiten noch gänzlich ungewöhnlicher Denkansatz. Daneben bereitete er die Einführung des französischen Farbfernsehens vor.

Im September 1967 wurde Claude Contamine durch Emile Biasini ersetzt. Auch er war ein hervorragender Verwaltungsfachmann, aber auch ihm fehlte die Kenntnis des Mediums, mit dem er es jetzt zu tun bekommen sollte: Er wechselte aus dem Ministère des Affaires culturelles in die Leitung des Office.

Unglücklicherweise für Biasini fiel in seine Amtszeit der "heiße" Mai 1968, mit den Studentenunruhen, den Solidaritätsstreiks der Gewerkschaften und einem spontanen Streik der journalistischen Mitarbeiter des O.R.T.F., der sich über mehrere Wochen hinzog und erst nach dem Streik der Arbeiter beendet werden konnte. Ein Großteil derer, die bis dahin dem Rundfunk treu gedient hatten, begannen zu revoltieren gegen die Art der von ihnen verlangten

befohlenen Berichterstattung.Forderungen nach "Liberalismus" und "wahrer Objektivität" wurden laut.Beides sollte in einem neuen O.R.T.F.-Statut verankert werden.

Die Folge:Biasini wurde abgesetzt;offiziell mangels Erfolg. Der wahre Grund war darin zu suchen,daß die politische Führung des Landes ihm den Ausstand des Personals persönlich verübelte. Der Rundfunk hatte zu Krisenzeiten,und als eine solche wurde der Mai 1968 durchaus betrachtet,nicht so funktioniert,wie man dies von ihm hätte erwarten können.Dies galt als unentschuldigbar. Jedoch nicht allein Biasini traf die Rache;als die politische Situation sich wieder einigermaßen normalisiert hatte,ging eine Welle von Säuberungen durch das Office,von der insgesamt 102 Mitarbeiter erfaßt wurden,hauptsächlich Redakteure des Hörfunks und des Fernsehnachrichtendienstes.Ihnen warf man nicht allein die Beteiligung an dem Ausstand vor,vielmehr gab man ihnen auch die Mitschuld an der Revolte,die sie,so die Argumentation,durch ihre Berichterstattung auch noch mit getragen hätten.

Thibau verlor seinen Posten,seine Mitarbeiter verschwanden vom Bildschirm,gegen verschiedene Produzenten,Regisseure und Journalisten wurden Strafverfahren eingeleitet,mehrere Personen schließlich auch verurteilt.

Nachfolger Biasinis wurde Pierre Sabbagh.

Dennoch:Die Entlassungen,die Säuberungen am Office gingen aus wie das Hornberger Schießen:da zuviele Mitarbeiter in einem ersten Akt kleinlicher Vergeltung gekündigt worden waren,sah sich die Anstalt in den folgenden Monaten gezwungen,viele von ihnen,soweit sie nicht rechtskräftig verurteilt worden waren,wieder aufzunehmen.Nach außen hin sollte dies als versöhnliche Geste gelten,war jedoch ein Akt purer Notwendigkeit,wenn der Betrieb beim zunehmenden Ausbau vor allem des zweiten Fernsehkanals weiter aufrecht erhalten werden sollte.

1969 gab General de Gaulle die Macht im Staate an seinen bisherigen Premierminister Georges Pompidou ab.Unter diesem wurde im September des gleichen Jahres das Informationsministerium aufgelöst, seine Aufgaben dem Premierminister,Jacques Chaban-Delmas,übertragen.

Mit Pompidou änderte sich nicht nur die Person des Staatsschefs, sondern selbstverständlich auch die Richtung der Politik, vornehmlich der Innenpolitik. Hatte de Gaulle der Grandeur gehuldigt, sein Hauptaugenmerk der Außenpolitik geschenkt, versucht, das Ansehen und die Geltung des Landes im Ausland zu heben und zu mehren, so wandte sich Pompidou nun mehr nach innen, versprach, sich zunehmend um Glück und Wohlergehen des Einzelnen im Lande zu sorgen und wollte auf diese Weise neues Vertrauen wecken gegenüber der Regierung und dem Parlament.

Diese neue Richtung der französischen Politik wurde unter dem Schlagwort von der "nouvelle société" zusammengefaßt.

Es war nur logisch, daß sich hierbei nun auch die Erkenntnis durchsetzte, daß die ehemals betriebene Informationspolitik der V. Republik jener neuzuschaffenden liberaleren Gesellschaft nicht mehr entsprach. Weniger Regierungsinformationen, mehr Information für den Bürger waren gefordert.

Auf diese Weise erhoffte man sich auch einen Ausweg aus der Krise, in der sich das Office seit dem Mai 1968 befand.

Die Eruptionen dieser Tage und Wochen hatte neben dem sich nun manifestierenden Unmut vieler Mitarbeiter über die Situation auf dem Informationssektor auch gezeigt, daß bereits in den zurückliegenden Jahren, bedingt durch die kurze Leine, an der die Regierung die Anstalt geführt hatte, auch auf technischem und organisatorischem Gebiet eine harmonische Fortentwicklung des Rundfunks, besonders des Fernsehens unmöglich gewesen war. Die Verwaltungsreform eines Claude Contamine war nur ein negatives Beispiel hierfür.

Neben Pompidous eigenen Überlegungen bezüglich des Konzeptes der "nouvelle société" waren noch die Zugeständnisse, die dieser an seine Mitbewerber und späteren Regierungspartner, vornehmlich an Valéry Giscard d'Estaing, den Führer der Unabhängigen Republikaner, und Jacques Duhamel, den Vorsitzenden des Centre Démocratie et Progrès, machen mußte, um sich ihrer Unterstützung zu versichern, ausschlaggebend für die nun folgende Liberalisierung

des Rundfunks, die er durch seinen Premierminister durchführen ließ.

Am 16. September 1969 wurde in einem ersten Schritt der gemeinsame Nachrichtendienst beider Fernsehprogramme aufgelöst: jeder Kanal erhielt nun seine eigene Redaktion und hatte sein eigenes Programm zu erstellen.

Jacqueline Baudrier, eine konservative Gaullistin, die man für die Leitung einer der beiden Crews vorgesehen hatte, wurde die Wahl überlassen, welche Redaktion sie wohl leiten wollte. Sie entschied sich, wie bisweilen von Mitarbeitern behauptet wurde, aus "Sicherheitsgründen" für den zweiten Kanal. Dieser hatte auch im fünften Jahr nach seiner Einrichtung noch keinen allzu-großen Zuschauerkreis und sie fühlte sich wohl hier, wie bisweilen von Seiten sozialistischer und kommunistischer Mitarbeiter aber auch Parlamentarier behauptet wurde, vor zu starker Kritik an ihrer Arbeit sicherer.

Die Leitung der Nachrichtenredaktion des ersten Kanals wurde Pierre Desgraupes übertragen; politisch ein Liberaler war er weder als Anhänger der Regierung noch der Opposition zu bezeichnen. Er betrachtete die Arbeit beider Seiten mit einem kritischen und recht skeptischen Auge. Seine Berufung sollte dokumentieren, daß es der Regierung, die bislang in dieser Stellung allein ihr nahestehende Journalisten beschäftigt hatte, mit einer Liberalisierung des Rundfunks ernst war. Mit dieser Praxis der Stellenbesetzung war die notwendige Ausgewogenheit der Nachrichtensendungen gesichert.

Den zweiten Schritt in der aufgezeigten Richtung unternahm Chaban-Delmas noch am gleichen Tag. Am 16. September äußerte er vor Pressevertretern:

"J'ai demandé de prévoir des modalités et des temps d'antenne pour se puissent s'exprimer régulièrement toutes les formations politiques et les organisations socio-professionnelles nationales".⁵⁾

5) Text der Pressekonferenz vom Tage, zit. nach: Jacques Thibaut: Une Télévision pour tous les Français, Paris 1970, p. 171,

2.2. DIE PHASE DER LIBÉRATION DE L'INFORMATION 1969 BIS 1972

Diese Ankündigung im Zusammenhang mit der Separierung der beiden Nachrichtenkanäle läutete die Phase ein, die unter dem Schlagwort "libération de l'information" zu einem wichtigen Begriff der französischen Rundfunkgeschichte wurde.

Plötzlich schien es eine Hauptaufgabe des Fernsehens geworden zu sein, objektive Berichterstattung zu betreiben, sowie allen Gruppen der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, Zugang zu den Medien zu erlangen.

Am 15. November 1969 stellte sich der neuernannte Generaldirektor des Office, André François, der Presse und gab Auskunft über das neue Arbeitsschema des Fernsehens:

"La compétition doit être instauré entre les programmes de télévision(...) Notre objectif est de promouvoir la deuxième chaîne. Les deux programmes doivent cesser d'être complémentaires pour devenir homologues, et, par la même, compétitifs(...) Bientôt, les deux programmes seront autonomes et notre souhait est que, pour le public, le choix soit difficile à faire entre les deux programmes de qualité égale..." 6)

Zugleich wurde die Strukturreform vorbereitet, die dann am 1. Januar 1971 mit der Vereinigung aller Produktionseinheiten des Fernsehens begonnen wurde. Ziel dieses Unterfangens war eine technische Konzentrierung zur Vermeidung von Parallelproduktionen und anderen Praktiken, die zur Vergeudung von Haushaltsmitteln geführt hatten und bereits Defizite in Millionenhöhe verursachten, die man dieserart abzubauen gedachte.

Das Konzept, das François vorgetragen hatte, zeigte eine Abkehr von dem ehemals gepflogenen Schema der complémentarité, demzufolge der zweite Kanal zu einem einfachen Appendix des ersten degradiert worden war. Nun sollte er endlich zu einem selbständigen Vollprogramm aufgewertet werden. Darüber hinaus wurde hier das Fundament gelegt für die compétition, den Wettbewerb zwischen den beiden Programmen, mit dem noch 1974 versucht werden sollte, alle Kanäle annähernd gleichmäßig dem Zuschauer nahezubringen

6) Text der Pressekonferenz vom Tage, zit. gleichfalls nach Jacques Thibau, aaO., p. 171

und für optimalen Finanzeinsatz zu sorgen.

Im Januar 1970 wurde so zunächst die gemeinsame Direktion des Fernsehens aufgelöst. Leiter des ersten Programmes wurde der ehemalige Generaldirektor des Office, Pierre Sabbagh, die Direktion des zweiten Kanals übernahm Maurice Cazeneuve.

2.2.1. DER "RAPPORT PAYE"

Im Zusammenhang mit der neuen politischen Richtung der "libération de l'information" wurde bereits am 14. Oktober 1969 eine "Commission d'Étude du Statut de l'O.R.T.F." des Parlamentes durch den Premierminister einberufen, die sich, folgt man den Ausführungen ihrer Studie an einem -freilich ungenannten- Untersuchungsbericht aus Großbritannien orientierte, die zur ähnlichen Zeit als Grundlage der damals durchgeführten Reorganisation der B.B.C. erstellt wurde. Erst nach über acht Monaten, am 30.6.1970, wurde das Dokument, das nach dem Präsidenten der Kommission, Lucien Paye (U.D.R.), auch "Rapport Paye" genannt wurde, veröffentlicht. Die extrem lange Beschäftigung mit dem vorgegebenen Themenbereich wurde in der Einleitung des Berichtes lakonisch kommentiert:

"La tâche était trop étendue pour que le délai n'apparut pas très court".⁷⁾

Tatsächlich hatte sich die Kommission mit mehreren Untersuchungsgebieten zu beschäftigen. Sie sollte Vorschläge zur Modifikation der Strukturen des Office erarbeiten, die Möglichkeit neuer Führungsgremien untersuchen, gesetzgeberische Maßnahmen beraten, die einerseits zu einer Dezentralisierung der verschiedenen Einheiten des Office, andererseits zu einer Hebung der Verantwortlichkeit bei den für Verwaltung und technischer wie künstlerischer Durchführung zuständigen Mitarbeitern führen sollten, hatte die wirtschaftliche Situation der Journalisten der Anstalt zu untersuchen, sowie die Möglichkeiten zu ihrer (der Anstalt) besseren Anpassung an bevorstehende technische Entwicklungen und Neuerungen.

7) "Rapport Paye", Paris 1970, p.3

All diese Aufgaben waren der Kommission in einem Brief des Premierministers gestellt worden, den dieser an Lucien Paye am 21. Oktober 1969 gesandt hatte.

Das Résumé, das die Kommission am Ende ihres Berichtes zieht, und man kann hier allein von dieser Zusammenfassung ausgehen, da eine Auseinandersetzung mit dem 300 Seiten starken Werk den Rahmen dieser Arbeit sprengen müßte, läßt sich wie folgt darstellen:

Der Rapport hält in seinen Ausführungen an der Beibehaltung des Staatsmonopols für die Verbreitung von Rundfunksendungen fest, als "monopole public" dagegen soll weiterhin die "programmation", dh. die Gestaltung der Sendepläne für einen vorgeschriebenen Zeitraum gehandhabt werden. Diese Arbeit läge beim Verwaltungsrat der Anstalt, Vorarbeiten hierzu leisteten Mitarbeiter der verschiedenen Programme.

Zum ersten Mal findet sich hier der Vorschlag der Dezentralisierung des Office. Der Rapport spricht jedoch vorsichtig von "déconcentration". Er stellt fest, es sei nötig, die einzelnen Bereiche der Anstalt zu verselbständigen, um die Effizienz der Arbeit in der verschiedenen Abteilungen des Hauses zu erhöhen. Für das Fernsehen, so stellt er fest, bedeute dies:

- "-la séparation des chaînes afin de favoriser l'émulation entre elles;
- l'autorité donnée aux directeurs de chaîne qui doivent avoir les moyens de concevoir et de mettre en oeuvre leur politique des programmes;
- la transformation des services de fabrication en usines fonctionnelles mises en concurrence entre elles et avec les sociétés extérieures." 8)

Für den Hörfunk, so wird des weiteren festgestellt, ist ein hoher Grad von Autonomie von Nöten, um den Wünschen und Bedürfnissen seiner Hörer gerecht zu werden.

8) Rapport Paye, aaO., p.293

Die Forderung nach mehr Autonomie läßt sich allein als Forderung nach mehr inner Freiheit der Programmgestaltung, speziell der Gestaltung der Informationssendungen verstehen, da die Selbständigkeit der Hörfunks gegenüber dem Fernsehen ja bereits realisiert war.

Hierzu muß jedoch festgestellt werden, daß es auf dem Gebiet des Radios ähnlich wie später auch beim Fernsehen -nach dem Gesetz von 1974 der Programmteil "Tribune libre"- einen Bereich relativ größerer Freiheiten bezüglich der Verbreitung nicht-regierungs-offizieller Meinungen gab. Dies war der Fall in den Programmen von "France-culture".⁹⁾ Zwar konnten sich hier nicht Parteien oder ganze Gruppen der Bevölkerung zu Wort melden, doch hatten die Mitarbeiter dieses Programmes durchaus die Möglichkeit auch Ansichten zu vertreten und zu verbreiten, die, anders als in den übrigen Programmen, auch der politischen Opposition nahestehen beziehungsweise mit dieser identisch sein durften. Traditionelle, sprich orthodoxe Gaullisten, man denke dabei ua. an Michel Debré, sprachen des öfteren davon, sämtliche Mitarbeiter von "France-culture" seien "des communistes", ein undifferenziertes und zweifellos auch unrichtiges Urteil, das jedoch sich aus der Tatsache nährte, daß diese Welle als eine Art Ventil fungierte, mit deren Hilfe zu starken Unmutsäußerungen von Seiten des politisch interessierten Publikums gesteuert werden sollte.

Im Rapport Paye findet sich gleichfalls der Vorschlag, alle für Sendetechnik zuständigen Abteilungen des Hauses zu einem separaten "service de diffusion" zusammenzufassen, um dieserart die Arbeiten des Office-eigenen Sendernetzes, sowie jenes anderen der französischen Post, über die die Anstalt gleichermaßen ihre Programme verbreitet, zu koordinieren.

Wie aus den Ausführungen zum Sendemonopol hervor geht, sollte der Charakter des Office als "service public" gewahrt bleiben. Einer Teilprivatisierung, wie der für das Konzept des Rundfunkgesetzes von 1972 verantwortliche Staatssekretär Philippe Malaud sie bereits zwei Jahre später realisiert glaubte und sie der Generaldirektor

9) Bezüglich der Darstellung des Sendernetzes des Office sei auf den Abschnitt hingewiesen, der sich mit dem Gesetz von 1972 befaßt.

der staatlichen Rundfunk-Holding "Société financière de radiodiffusion" (S.O.F.I.R.A.D.), Denis Baudouin, 1974 in seinem Entwurf eines neuen Rundfunkgesetzes ausdrücklich verlangen sollte, lehnte die Kommission ab.

Diese Holding-Gesellschaft, das macht den nachdrücklichen Einsatz Baudouins für eine derartige Lösung verständlich, hält 83 % des Stammkapitals des kommerziellen Senders Radio Monte-Carlo, 35% von Europe N^o 1, sowie 99% von Sud-Radio im Fürstentum Andorra.

Ihr Einfluß hätte sich durch eine derartige Lösung erheblich verstärkt.

Derartigen Überlegungen hielt der Bericht entgegen, solche Projekte

"ne permettraient pas de satisfaire aux exigences du service public." 10)

Selbst der Möglichkeit einer sogenannten "société nationale mixte coiffant des sociétés régionales privées" -es handelt es sich hierbei um eine Gesellschaft, die zumindest mit 50 % Staatskapital ausgestattet, auch privatem Kapital offensteht und die die Regionalprogramme von Hörfunk und Fernsehen ausstrahlen sollte- standen die Mitglieder des Rapport Paye ablehnend gegenüber:

"De façon générale, on peut douter de l'efficacité du contrôle qu'elle devrait assurer sur des intérêts privés qui seraient représentés en son sein. L'arbitrage entre les préoccupations commerciales et les exigences du service public ne se ferait pas dans des conditions très claires, et il n'est pas sûr quel intérêt général puisse gagner à une telle obscurité.

Si le risque d'un monopole privé était écarté sur le plan national, il y aurait de toute façon monopole privé dans chacune des régions. Aussi serait-il à craindre que les programmes de telle ou telle société régionale suivent une orientation particulière et n'aient pas l'impartialité nécessaire; même limités au cadre de chaque région, ces dangers sont inhérents à tout système accordant l'exclusivité à une société privée". 11)

10) Rapport Paye, aaO., p.185

11) Rapport Paye, aaO., p.189

Eine weitere Forderung betraf die Versorgung der Provinz mit Fernsehnachrichten aber auch Hörfunkinformationen aus der jeweiligen Region. Zu diesem Zweck sollte ein spezieller dritter Fernsehkanal eingerichtet werden. Bislang waren sämtliche Informationen für die Regionen über Paris abgewickelt worden. Sie waren deshalb mit dem durchaus berechtigten Odium behaftet, viele der behandelten Probleme zu einseitig aus der Sicht der Hauptstadt darzustellen.

Für den Hörfunk sollte dieser Kanal die Informationen vor Ort sammeln, die dann an den zentralen Hörfunk weitergegeben werden sollten. Denkbar war allerdings auch ein mit diesem TV-Programm verbundener regionaler Hörfunksender. Der Rapport läßt beide Möglichkeiten offen.

Der dritte TV-Kanal sollte in Konkurrenz zu den beiden bereits bestehenden Programmen stehen, sich möglicherweise aus Werbeeinnahmen finanzieren können, und insgesamt gegen "le risque d'engourdissement" ankämpfen, das die Verfasser durchaus sahen.

Hier kam, einmal mehr das Konkurrenzschema zur Sprache, das später in den Vorschriften des Gesetzes von 1974 ausdrücklich festgeschrieben wurde.

In ihrer Gesamtstruktur sollte das Office in seiner alten Form jedoch erhalten bleiben. Der Rapport Paye sah allein die Ansätze zu einer internen Aufgliederung vor, keinesfalls jedoch eine Aufspaltung in Einzelgesellschaften, wie dies auch erst 1974 realisiert wurde. Die Formulierung "L'O.R.T.F. devrait se transformer en une société holding contrôlant des filiales spécialisées" verwirrt einigermassen, gemeint ist hiermit jedoch allein eine Dachgesellschaft namens O.R.T.F., deren Einzelabteilungen einen größeren Freiraum erhalten sollten, als dies bis dahin der Fall war.¹²⁾

Als vorläufiges Ergebnis dieser Studie wurde am 29. Oktober 1971 ein Vertrag zwischen O.R.T.F. und Regierung geschlossen, in dem

12) Rapport Paye, aaO., p. 297

zum einen sämtliche Finanzposten der Anstalt genau definiert, andererseits die von der Anstalt im Laufe der folgenden Jahre zu erbringenden Leistungen festgelegt waren. Dazu gehörte die Einrichtung eines dritten Fernsehprogrammes, die Schaffung von Regionalstudios, die Produktion spezieller Programme für Bildung und Ausbildung, sowie kulturelle Sendungen, die speziell im Ausland für Frankreich, seine Kulturgüter aber auch für die Ergebnisse seiner Wirtschaftsentwicklung sowie seiner Forschung werben sollten, Sendungen "vers l'étranger".

Betrachtet man, was zu dieser Zeit aus der Liberalisierung des Fernsehens geworden war, so mußte man feststellen, daß dem ersten emphatischen Aufblühen einer Befreiungsbewegung nur noch sehr bescheidene Maßnahmen folgten.

Die Liberalisierung des Fernsehens, was zum überwiegenden Teil meinte: Liberalisierung der Fernsehberichterstattung, wurde zu sehr als an ein bestimmtes politisches Konzept, eine bestimmte politische Gruppe gebunden, verstanden, jene um Chaban-Delmas. Dieser aber kam mit der von Pompidou initiierten und von ihm selbst getragenen Rundfunkpolitik zunehmend auch durch die eigenen Parteifreunde in der gaullistischen Union des Démocrates pour la République (U.D.R.) unter Druck.

Die Opposition forderte nach den ersten, oben beschriebenen Schritten weitere Aktionen, ihr war dies verständlicherweise noch lange nicht genug. Andererseits begannen die Angriffe seiner Parteifreunde bereits eine Woche nach Inkrafttreten der neuen Art der Fernsehberichterstattung, in der nun auch die Parteien der parlamentarischen Opposition weit häufiger zu Wort kamen als vordem. Einer der ersten, die gegen sie Sturm liefen, war Jacques-Philippe Vendroux, der Neffe General de Gaulles. Ihm schien die "Objektivität" der Nachrichtensendungen gefährdet. Führende Leute der Partei wie die Herren Sanguinetti, Pasqua und der Parteivorsitzende Tomasini protestierten nicht allein im engeren Kreis der Partei, sie disqualifizierten das Vorhaben in aller Öffentlichkeit. 1971 schließlich opponierte ein weiterer U.D.R.-Mann, der Pro-

grammdirektor des Office, Philippe Raguénau. Er legte auf dem U.D.R.-Kongress in diesem Jahre in Dijon ein Papier vor über den "bon et mauvais usage de l'information".

Aus den Reihen der Mitarbeiter des Rundfunks kamen weitere Angriffe von Jacqueline Baudrier, sowie Jacques Alexandre und Michel Péricard, die allesamt dem sogenannten "clan Peyrefitte", der Gruppe um den ehemaligen Informationsminister, angehörten, die in den Jahren zwischen 1964 und 1969 bereits als treue Garanten des Regierungsrundfunks dafür gesorgt hatten, daß dessen Anweisungen innerhalb des Office auch strikt befolgt wurden, und die nach 1972 wieder von sich hören machen sollten.

In diesem Streit ging es wieder um ein altes Privileg: den Rundfunk als Instrument der Regierung. Dabei lag denjenigen, die gegen dieses Programm einer Liberalisierung angingen, die durchaus Pompidou meinten, wenn sie Chaban-Delmas angriffen, weniger um die Möglichkeit, die der Artikel 5 der O.R.T.F.-Gesetzes von 1964 eröffnet hatte, als vielmehr um jenes Faktum, das der U.D.R.-Abgeordnete Misoffe wohl auf den kürzesten Nenner brachte, als er feststellte:

"L'important n'est pas de dire du bien de soi-même, cela ne convainc personne; l'important est surtout d'amener les autres à dire du bien de vous".¹³⁾

Genau dies schien aus Sicht der meisten Kontrahenten innerhalb der Regierungspartei nicht mehr gesichert, da die "téléguidance", die Fernsteuerung der Mitarbeiter des Office durch die Regierung, genauer das Informationsministerium, nicht mehr funktionierte.

So wurden die ehemals eingeräumten Freiräume im Laufe der Zeit zwar nicht aufgehoben, doch zunehmend eingeschränkt.

Die Koalitionsparteien, auf deren Veranlassung die "libération de l'information" mit eingeführt worden war, jedoch rührten sich nicht. Weder von Giscard d'Estaing noch von Duhamel sind in der Presse Äußerungen überliefert, in denen sie diesen Grabenkrieg innerhalb der gaullistischen Partei um "deren" Privileg kritisiert hätten.

Zwar deckte Pompidou während der ganzen Zeit den Leiter des Nachrichtenendienstes Inf. 2, Pierre Desgraupes, doch auch dieser wollte es letztlich nicht mehr unbedingt auf einen offenen Eklat ankommen lassen

13) Jean Montaldo: Dossier O.R.T.F. - Tous coupables, Paris 1974, p. 171

und beugte sich den Anweisungen einer Behörde, die, Ironie des Schicksals, unmittelbar dem Premierminister unterstellt war, der für eine unzensurierte, freie und objektive Berichterstattung sorgen sollte: dem C.I.I.

Sie war ursprünglich unter dem Namen "Service de liaison interministériel pour l'information" (S.L.I.I.) 1964 im Zusammenhang mit der Verkündung des O.R.T.F.-Gesetzes geschaffen worden. Die Verantwortung hierfür trug der damalige Informationsminister Alain Peyrefitte. Über die Entscheidung innerhalb der Regierung hinaus waren anderweitige Zustimmungen, etwa durch Nationalversammlung oder Senat nicht nötig. Dies erklärt, warum seine Einrichtung nirgendwo in den Journaux Officiels -Lois et Décrets verzeichnet wurde.¹⁴⁾

Der S.L.I.I. hatte ursprünglich allein die Aufgabe, Informationen über die Arbeit der verschiedensten Ministerien zu sammeln, zusammenzustellen und dem Office zur Veröffentlichung weiterzureichen. Zu diesem Zweck saßen in jedem Ministerium ein oder mehrere sogenannte correspondants, in den größten und wichtigsten, als da sind Außen- und Innenpolitik, Justiz, Wirtschafts- und Finanzpolitik, existierte darüber hinaus zusätzlich ein Beamter, der die einlaufenden Meldungen, der anfallenden Fülle wegen, vorsortierte.

Bereits nach einigen Wochen hatte sich die Aufgabenstellung dieses Dienstes jedoch grundlegend gewandelt von der einer regierungsamtlichen PR-Abteilung zu einer regelrechten Zensurbehörde, die darüber entschied, welche Informationen über die Arbeit staatlicher Instanzen unbedingt zu veröffentlichen waren, welche anderen unter gar keinen Umständen verbreitet werden durften. Im Laufe der Zeit zensierte sie dann auch Meldungen, die nicht nur den Bereich der Regierung betrafen.

Am 25. Dezember 1968 veröffentlichte das Journal Officiel das Décret n° 68-1154, das vom 2. Dezember des Jahres datierte und durch das ein "Comité interministériel pour l'information" (C.I.I.)¹⁵⁾ ins Leben gerufen wurde. Diese Instanz arbeitete in gleicher Weise wie ehemals der S.L.I.I., geändert hatte sich allein der Name.

14) Auf Anfrage teilte der Verlag der Journaux Officiels mit, daß auch ihm von der Existenz des S.L.I.I. in seinen Schriften nichts bekannt sei.

15) Journal Officiel - Lois et Décrets, 25.12.1968; p. 12156

Als Georges Pompidou die Regierung übernahm, löste er das Informationsministerium auf. Von nun an war das C.I.I. als Institution zur Sammlung von Informationen aus den Ministerien nur mehr, wie es auch der Text der entsprechenden Verordnung vorsah, dem Premierminister unterstellt. Die Aktivitäten bezüglich Zensur von Informationen wurden in der ersten Zeit erheblich eingeschränkt. Doch der Dienst hatte sich verselbständigt. Bald schon wurden die alten Praktiken wieder aufgenommen. Diese Aktivitäten jedoch spielten sich hinter dem Rücken des Premierministers ab, zumindest aber ohne offizielle Kenntnisnahme.

2.2.2. DER RAPPORT DILIGENT

Das Ende der Phase der "libération de l'information" wurde eingeläutet, als der Senat durch seine Mehrheit aus Gaullisten, Unabhängigen Republikanern (F.N.R.I.) und den Abgeordneten des "Centre Démocratie et Progrès" (C.D.P.) eine Kommission einsetzte, die "(était) chargée d'examiner la régularité de la gestion de l'O.R.T.F. et des relations que cet organisme entretient avec diverses entreprises nationales, établissements publics, sociétés d'économie mixte ou autres, notamment dans la domaine de la p u b l i c i t é"¹⁶⁾

Der Bericht der Kommission wurde nach seinem rapporteur André Diligent (Centre Démocrate) benannt und kurz als Rapport Diligent bezeichnet.

Auslösendes Element für seine Verfertigung war das Überhandnehmen der Werbung außerhalb der seit 1968 eingerichteten Sendeblöcke für Markenwerbung, die "publicité clandestine".

Der Senat, von seiner Zusammensetzung her konservativer als die erste Kammer, und da zudem durch Wahlmänner direkt aus den verschiedenen Regionen des Landes entsandt und so an an den Problemen der Provinz besonders interessiert, hier speziell an der wirtschaftlichen Lage der Presse auf dem flachen Land, für die sich so die Gefahr weiterer Verluste im Annoncen-Geschäft ergeben hatte, hatte an dieser Praxis Anstoß genommen.

Zwar berichtete der Rapport in seiner Einleitung, die Kommission habe den Gewährsleuten die nötige Vertraulichkeit zusichern müssen, nennt auch, anders als der Rapport Paye, keine Namen,¹⁷⁾

16) Hervorhebung in der Überschrift, "Rapport Diligent", Paris 1972,

17) "Rapport Diligent", aaO., p. 8 f.

stellt auch ausdrücklich fest "il ne s'agit pas, pour la mission, de désigner des hommes et d'insister sur leur culpabilité, sauf si certains ont commis des abus graves et si, en les laissant en place, on ne compromettrait pas toute réforme..."¹⁸⁾

doch ist aus den Darstellungen des Berichtes zu entnehmen, daß er sich nicht allein an die Regierung wendet, von der umgehend Abhilfe gefordert wird, die aufgedeckten Mißstände sollen auch durch die anschließende Veröffentlichung dem Publikum zugänglich gemacht werden von dessen Reaktion sich die Autoren Unterstützung erhofften.

Die Kommission wurde am 18.12.1971 eingesetzt, am 25. April 1972 lag die Untersuchung vor.

Auf über 200 Seiten wird eine Fülle rechtswidriger oder zumindest solcher Verhaltensweise aufgezeigt, die sich haarscharf am Rande des noch rechtlich Zulässigen bewegten.

Hierbei handelte es sich keineswegs nur um Verstöße gegen die Markenwerbung, wenn etwa Pierre Sabbagh, ehemals Generaldirektor des Office, in der von ihm geleiteten Sendereihe "Au théâtre ce soir" bei der Ausstattung der Kulissen offensichtlich für jeden zB. Küchengerätschaften und Möbelstücke verwandte, deren Werbeetat von der nationalisierten Agentur Havas (H.C.R.P.) betreut wurde und deren Markenzeichen bei jedem Kameranischwenk dem Zuschauer erneut vor Augen geführt wurde, oder wenn das Kosmetikunternehmen Lancôme zum Zwecke der Eigenwerbung einen Golfwettbewerb durchführte, der in drei Übertragungen zu zweieinhalb Stunden Dauer dem Zuschauer vor Augen geführt wurde, um das Markenzeichen der Firma dem Zuschauer möglichst einzuprägen, als Fälle wurden gleichermaßen aufgeführt Kampagnen, die von der Regierung initiiert, Spendengelder für die medizinische Forschung, für behinderte Kinder, gegen eine Hungersnot in Laos oder zugunsten der Kriegsoffer in Biafra erbringen sollten. Hier hatten sich, speziell bei Werbeagenturen, die im Staatsbesitz waren oder zumindest mit staatlichem Kapital arbeiteten (sociétés d'économie mixte) Praktiken durchgesetzt, die ein Eingreifen der Regierung unumgänglich machten, wenngleich dieser zugebilligt

¹⁸⁾ Rapport Diligent, aaO, p.10

werden muß, daß ihr die genannten Verstöße weithin unbekannt waren.

Wesentlich für die weitere Entwicklung war jedoch die Tatsache, daß mehrere Mitglieder der Regierungsparteien in diese Affairen verwickelt waren.

So war zB. der oben genannte Fall der Übertragung des Golf-tourneys um die "Trophée Lancôme" durch Unterstützung eines leitenden Mitarbeiters des Office, Raymond Marcillac ermöglicht worden, U.D.R.-Mitglied und einer jener "Leute aus dem "clan Peyrefitte". Die Liste ließe sich erweitern, doch soll hier allein noch ein weiterer Fall genannt werden, der, zwar nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der "affaire des scandales de publicité clandestine" stehend, sich doch im gleichen Zeitraum zutrug: die "affaire Tomasini".

René Tomasini war zu dieser Zeit Generalsekretär der U.D.R. Dieser wie Raymond Marcillac wurde beschuldigt, entgegen bestehendem Recht Kopien der auf Magnetband gespeicherten Adressen und Personalangaben aller Gebührenzahler des Fernsehens im Abrechnungszentrum des Office in Rennes hergestellt und an einen französischen Adressenverlag verkauft zu haben - dessen Verwaltungsratsvorsitzender Tomasini war. Der Kaufpreis dieser Informationen wurde mit annähernd 400 000 Francs beziffert.¹⁹⁾

Tomasini wurde vor Gericht zitiert, das Verfahren aber durch eine recht großzügige Auslegung der bestehenden Paragraphen letztlich niedergeschlagen. Der Angeklagte legte, offiziell aus gesundheitlichen Gründen, sein Amt als Generalsekretär der Partei nieder, doch hatte die Affaire darüber hinaus keine weiteren Konsequenzen.

Am 12. Februar 1973 erschien in "L'Express" ein Artikel von Jacques Derogy unter dem Titel: "Le Dossier Tomasini."

L'Affaire du fichier des téléspectateurs dérobé à l'O.R.T.F.
à sa conclusion naturelle: La réinvestiture de M. René
Tomasini comme candidate U.D.R. dans l'Eure".

Auch Raymond Marcillac kam glimpflich davon: statt seiner wurden die Verlagsleiter von "Minute", "Le Canard enchaîné", "La Lettre de l'expansion" und von "L'Humanité" wegen übler Nachrede verurteilt.

19) ausführlicher berichtet über diesen Fall Jean Montaldo, aaO., p. 276 ff.

Tomasini und Marcillac waren nicht die einzigen U.D.R.-
Abgeordneten, sie waren nur die prominentesten.

Da zur ^{Zeit} der Vorlage des Untersuchungsberichtes im
April 1972 noch nicht feststand, welche der in diese Affairen
verwickelten Personen -der Fall Tomasini lief separat und
bestätigte allein die Unregelmäßigkeiten, die am Office
Platz gegriffen hatten- mit einer Anklage und eventuell auch mit
der Verurteilung zu rechnen hatten, verstärkte sich der Druck,
der auf Chaban-Delmas lag, in doppelter Richtung:

Es war geplant, die durch den Vertrag vom 29. Oktober 1971
festgelegten ^{Neuerungen}, allen voran die Einrichtung eines
dritten Fernsehkanals, durch ein einschlägiges Gesetz zu
fixieren. Da zu dieser ^{Zeit} dem Präsidenten, Georges Pompidou,
zur ^{Hebung} der Effizienz der Anstalt eine grundlegende Neu-
ordnung des Office und seiner Aktivitäten vorschwebte, lag es
nur nahe, beide Punkte zusammen zu ziehen und in einem
neuen Rundfunkgesetz zu regeln.

Von Seiten der Senatoren erhoffte man sich von diesem Werk
in Zukunft eine ^{Verhinderung} der konstatierten Unsitten, von
Seiten verschiedener gaullistischer Abgeordneter wurde ver-
sucht, dieses Projekt zu lancieren, da man sich davon erhoffte,
den eigenen Parteifreunden, die durch die zurückliegenden Er-
eignisse eventuell mit Strafverfolgung zu rechnen hatten, helfen
zu können, dachte man doch, durch die sich ergebende Verzögerung
würde die ^{Zeit} ausreichen, Gras über die Geschehnisse wachsen
zu lassen. Dies geschah zwar nicht, verschiedene Verfahren gegen
die im Rapport Diligent erwähnten Mitarbeiter des Office wurden
eingeleitet, doch Chaban-Delmas sah sich gezwungen, dieses neue
Gesetz zur Regelung von Arbeit und Strukturen des Hörfunks wie
des Fernsehens ausarbeiten zu lassen. Die Redaktion übertrug er
seinem Staatssekretär Philippe Malaud, nachdem das Werk dann auch
den ^{Namen} erhielt. Am 3. Juli 1972 wurde es vom Parlament ver-
abschiedet. Drei Tage später trat der Premierminister von seinem
Amt zurück. Nicht die Liberalisierung des Rundfunks war der Grund,

als vielmehr Ereignisse aus dem Privatbereich Chaban-Delmas'. Die Presse brachte es an den Tag, daß er in den zurückliegenden Jahren fast keine Steuern gezahlt hatte. Diese Tatsache ließ sich zwar begründen -erstens hatte er hervorragende Steuerberater, zweitens brauchte er seine Bezüge als Parlamentspräsident in den vorangegangenen Jahren auf Grund der einschlägigen Gesetze nicht in voller Höhe zu versteuern- doch sein persönliches Renomé hatte Schaden genommen, so sehr, daß Pompidou sich gezwungen sah, ihn zu entlassen.

Chaban-Delmas brachte das neue Rundfunkgesetz noch durch das Parlament. Es war seine letzte derartige Aktivität.

Auch der Präsident hatte gespürt, daß er bezüglich der Arbeit des Rundfunks seinen eigenen Parteifreunden würde wieder weitere Zugeständnisse machen müssen; sechs Tage nach der Verabschiedung der "Loi Malaud" erfuhr Pierre Desgraupes, der Leiter des Nachrichtendienstes Inf. 1, daß das Office in Zukunft auf seine Dienste verzichten könnte. Arthur Conte, der neu ernannte Generaldirektor der Anstalt "entschied", Desgraupes Arbeitsvertrag, der ausgelaufen war, nicht mehr zu verlängern. Tatsächlich hatte aber Pompidou, der bis dahin im Hintergrund seine Hand stets schützend über den kritischen Journalisten gehalten hatte, diesen nicht länger behalten wollen. Die Anweisung, Desgraupes zu entlassen, kam aus dem Elysée -Palast.

Mit diesem Akt war die Phase der "libération de l'information" abgeschlossen.

2.3. DIE "LOI MALAUD"

Das Gesetz, das bereits wenige Wochen nach seiner Verkündung im Journal Officiel in Kraft trat und seinen Namen dem Staatssekretär beim Premierminister, Philippe Malaud, verdankt, orientierte sich inhaltlich weitgehend an den Vorschlägen, die der Rapport Paye bereits zwei Jahre zuvor dem Parlament unterbreitet hatte. Zuerst soll auf die gesetzlichen Bestimmungen des Werkes eingegangen werden, danach sollen die sich daraus ergebenden Strukturen der Anstalt, die von denen entsprechend dem Gesetz von 1964 erheblich abwichen, dargestellt werden.

Der "service public national de la radiodiffusion-télévision" hatte gemäß Artikel 1 als oberste Aufgabe, in seinen Programmen und durch die Gestaltung seiner Sendungen den Bedürfnissen und Wünschen des Publikums zu entsprechen, sowohl im Bereich der Kultur und Bildung als auch auf dem Gebiet der Information und Unterhaltung.

Seine Sendungen sollten der Pflege und Wahrung der französischen Sprache sowie der Kultur des Landes dienen. Um der erstgenannten Forderung nachzukommen, wurde ein "secrétariat permanent de la langue française" eingerichtet, dessen Aufgabe darin bestand, ausgestattet mit wenig finanziellen Mitteln doch viel Idealismus, dafür zu sorgen, daß zumindest im Rundfunk die Sprache nicht über Gebühr durch umgangssprachliche Formen, etwa in der Art des "Franglais", jener Mischung aus Französisch und Englisch, verunstaltet wurde.

Auf Grund der enormen Programmfülle war es jedoch nicht möglich, sämtliche Manuskripte vor ihrer Sendung zu korrigieren und die verantwortlichen Redakteure auf die sprachlichen Unsauberkeiten aufmerksam zu machen, so daß man sich mit nachträglichen Hinweisen begnügen mußte.

Die Forderung nach Wahrung der Werte der französischen Kultur wurde auf Initiative der "Commission des affaires culturelles de l'Assemblée nationale" in den Gesetzestext aufgenommen.

Die Anstalt, das Office, arbeitete weiterhin auf der Grundlage eines staatlichen Sendemonopols. Hierin folgte Malaud den Vorschlägen des Rapport Paye. Dieses Monopol, eingeführt nach der Libération, hatte zwei Auswirkungen: Erstens bot es die juristische Grundlage, auf der es möglich wurde, generell eine Rundfunkgebühr von den Benützern von Empfangsanlagen zu erheben. (1933, als die Gebühren in Frankreich eingeführt wurden, galten sie außerhalb der Monopolbestimmung allein für "Radio-P.T.T.", die privaten Stationen erhielten keine Anteile aus dem Gesamtaufkommen.) Andererseits war der Staat nun aber auch gezwungen, für sämtliche entstehenden Unkosten der Anstalt aufzukommen, dh. bei unsolider Haushaltsführung auch die Defizite aus Steuermitteln zu decken. Die Tatsache, daß das Office damals bereits in größerem Umfang rote Zahlen schrieb,

man sprach in der Presse bereits von an die dreißig Millionen Francs, war mit eine der Ursachen, die über die oben angeführten Gründe hinaus für eine gesetzliche Neuregelung der Arbeit des Office sprachen.

Nach Aussagen Philippe Malauds bei der Debatte des Gesetzes in der Assemblée nationale handelte es sich nicht um das Monopol irgendeines Ministeriums, gemeint war das nun wieder neu einzurichtende Informationsministerium, sondern um ein "monopole de l'État". Es sollte ausgeübt werden allein nach dem Willen der zuständigen Redakteure und künstlerischen Mitarbeiter des Office.²⁰⁾

Die im Gesetzestext vorgesehenen Kontrollen, hauptsächlich auf dem finanziellen Sektor, stellten die notwendigen Kontrapunkte zu der sich aus dem Monopol ergebenden Machtstellung dar:

- 1) Das Office stand unter Kontrolle (tutelle) des Premierministers oder eines von ihm mit dieser Aufgabe betrauten Fachministers. Es handelte sich um den Informationsminister.
- 2) Das Parlament stellte einen ständigen Konsultativausschuß, der die Arbeit der Anstalt zu überwachen hatte. Er setzte sich aus den Mitgliedern beider Kammern (2 mal drei Abgeordnete bzw. Senatoren) zusammen und tagte mindestens drei Mal pro Jahr.
- 3) Das Budget der Anstalt unterlag der Kontrolle des mit der Aufsicht betrauten Kabinettsmitgliedes, des Finanz- und Wirtschaftsministers, darüber hinaus arbeitete beim Office ein staatlicher Finanzkontrolleur. Die gesammelten Ausgabenbelege wurden einer Kommission des Rechnungshofes vorgelegt, die sie gemäß den für die établissements publics geltenden Vorschriften zu prüfen hatte.

(Trotz dieser vielfältigen Kontrollen war es, wie sich bald zeigte, nicht möglich, die jährlichen Defizite des Office zu begrenzen. 1973 waren die Fehlbeträge bereits auf über 90 Mio. Francs gestiegen).

20) vergl. hierzu die Zusammenfassung der Debatte in Le Monde, 20.6.1972.

Die Leitung des Office lag weiterhin beim Verwaltungsrat, dem der Président-Directeur général vorsah. Man hatte hier also die beiden Funktionen des Generaldirektors und des Verwaltungsratsvorsitzenden verschmolzen. Beide wurden von einem Mann in Personalunion ausgeübt. Ab 1972 war dies Arthur Conte, ein Vertrauter und persönlicher Freund des Präsidenten der Republik. Er konnte seinerseits den Direktor der Anstalt ernennen.

Der Verwaltungsrat setzte sich aus "de 12 à 24 membres" zusammen. Doch diese Höchstzahl, die um vier niedriger lag als jene nach dem Gesetz von 1964, wurde nicht ausgeschöpft. Insgesamt saßen in diesem Gremium nur vierzehn Mitglieder. Es setzte sich zusammen zur Hälfte aus "des personnalités représentant l'État et choisies en raison de leur qualification", zur anderen Hälfte aus "des représentants des auditeurs et téléspectateurs, la presse écrite et du personnel de l'Office", so Artikel 6, Abs. II.

Allein die Vertreter der Presse und des Personals wurden durch Abstimmung ermittelt, alle anderen aber von der Regierung, der "Commission des Affaires culturelles, familiales et sociales" der Assemblée nationale, sowie der "Commission des Affaires culturelles" des Senat bestimmt.

Auch hier fand man allein Mitglieder der Parlamentsmehrheit, nicht aber Vertreter der Opposition.

Aufgabe des Verwaltungsrates war es, die programmpolitischen Richtlinien der Anstalt festzulegen, über die Qualität der Sendungen und die Moral der ausgestrahlten Programme zu wachen, gleichermaßen über die Objektivität und sachliche Richtigkeit der verbreiteten Sendungen und er sorgte dafür, "que les principales tendances de pensée et les grands courants de l'opinion s'expriment par l'intermédiaire de l'Office." 21)

Diese Bestimmung entspricht inhaltlich dem Artikel 4, Abs. III des Gesetzes von 1964.

21) Loi N° 72-553 , . . Art. 7, Abs. V

Die wichtigste Neuerung freilich brachte die interne Neuordnung der Abteilungen der Anstalt. Die verschiedenen technisch zusammengehörigen Einrichtungen wurden in sogenannten "Régies", Selbstverwaltungskörperschaften, zusammengefaßt, eine für das erste Fernsehprogramm, für das zweite Fernsehprogramm, den Hörfunk, drei für die Produktion von Fernsehsendungen: für Vidéo fixe, dh. stationäre TV-Einrichtungen, für Vidéo mobile, also für jene Einheiten, die per Übertragungswagen zB. zu Aufzeichnungen von Sportveranstaltungen oder Theaterstücken transportiert wurden, und für die Filmproduktion. Schließlich aber noch, und damit trägt der Autor des Gesetzes-textes im Einvernehmen mit beiden Kammern des Parlamentes den Empfehlungen des Rapport Paye Rechnung, eine eigene Régie für das neu zu gründende dritte, sprich: regionale Fernsehprogramm sowie die Regionalstudios des Hörfunks. Damit waren die entsprechenden Passagen des Vertrages vom 29. Oktober 1971 gesetzlich fixiert.

Allerdings: die Sendungen sowohl des Fernsehens als auch des Hörfunks, die eigentlich aus der Provinz kommen sollten, wurden noch weiterhin von Paris ausgestrahlt, da erst die für eine echte Regionalisierung notwendigen Einrichtungen geschaffen werden mußten.

Ökonomisch freilich, und dies wirkte noch fort bis 1974, war die Einrichtung dieses Fernsehkanals nicht zu rechtfertigen. Kritiker behaupteten noch in der Debatte des Gesetzes von 1974, er sei ein Luxus und eigentlich gänzlich unnötig, solange es im Land noch Gegenden gebe, in denen man auch zu diesem Zeitpunkt nur mit Mühe und Not den ersten Kanal empfangen könne.²²⁾ Mitarbeiter des Fernsehens, mit denen der Verfasser der Arbeit Gelegenheit hatte, sich zu unterhalten, meinten, seine Einrichtung gerade zu diesem Zeitpunkt sei wohl eher eine Art Wahlgeschenk des Präsidenten vor den Wahlen des Jahres 1972 gewesen. Gleiches vermutet auch Jacques Thibau²³⁾, doch läßt sich dies nirgendwo zweifelsfrei beweisen.

22) vergl. Rede des Abgeordneten Ollivro (Réf.), J.O.-Débats, 24.7.'74, p.3727

23) vergl. Jacques Thibau: La Télévision, le pouvoir et l'argent, Paris 1973; p. 175 ff.

Schließlich und letztlich noch eine Régie für die Sendeanlagen. Diese Aufteilung in acht Régies wurde in einem separaten Text festgehalten, der zwanzig Tage nach dem Text des Loi Malaud im Journal Officiel veröffentlicht wurde, dem Décret "Création de Régies à l'Office de Radiodiffusion-Télévision Française du 23 Juillet 1972".

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Gesetz von 1972 entstand eine neue Institution, der "Haut-conseil de l'audio-visuel". Vorsitzender dieser Einrichtung war der Premierminister bzw. ein von ihm mit dieser Aufgabe betrauter Minister, seine übrigen Mitglieder kamen aus der Assemblée nationale, dem Senat, sowie aus verschiedenen Bereichen der Kunst und Wissenschaft, waren Repräsentanten der Kirchen und Gewerkschaften.

Die Aufgaben der Mitglieder des Haut-conseil bestanden darin, sich mit Problemen der technischen Entwicklung des Rundfunks auseinander zu setzen und mit ihrer Arbeit dem Gesetzgeber Entscheidungshilfen für Gesetzesvorschläge an die Hand zu geben.

Darüber hinaus konnten sie (mußten jedoch nicht) von der Regierung konsultiert werden in Fragen

- 1) der Sitte und Moral im Bezug auf die Programme der Anstalt,
- 2) bezüglich der Einschränkung von Rechten, die sich aus der Monopolstellung der Anstalt ergeben konnten - dies betraf etwa Vorschriften über die Rundfunkwerbung- und
- 3) bei privatrechtlichen Problemen wie etwa der Verpflichtung zu Widerruf und Richtigstellung bei Ausstrahlung unrichtiger Informationen und Meldungen.

Ihre Aufgaben waren also ausschließlich technischer bzw. juristischer Art. Von politischen Entscheidungsprozessen und der Möglichkeit zur Interessenvertretung ihrer jeweiligen Gruppen waren seine Mitglieder ausgeschlossen.

2.3.1. DIE STRUKTUREN DES O.R.T.F. NACH 1972

Das Gesamtangebot des Office umfaßte nach Inkrafttreten des Gesetzes von 1972 fünf Hörfunk- und drei Fernsehprogramme.

Das wichtigste Hörfunkprogramm war France-inter. Es strahlte seine Sendungen rund um die Uhr aus und bot während dieser Zeit Unterhaltungsprogramme, Nachrichtensendungen, Sport.

Darüber hinaus verbreitete der Kanal seit Einführung der Markenwerbung 1968 als einziges Hörfunkprogramm Werbesendungen. Das Nachtprogramm entsprach weitestgehend dem gemeinsamen Nachtprogramm der deutschen A.R.D., leichte Unterhaltungsmusik, Nachrichten jeweils zur vollen Stunde, sowie Informationen für Autofahrer.

France-culture produzierte mit hohem Anspruch und Niveau Sendungen zu Themen der Kunst und Wissenschaft, behandelten Gesellschaftsprobleme. Hier wurden Filme und Theaterstücke besprochen.

Das dritte wichtige Hörfunkprogramm stellte France-musique dar. Diese Welle war ausschließlich sogenannter E-Musik, klassischer Musik, Jazz aber auch Folklore vorbehalten. Dazwischen fanden sich Vorträge und Diskussionen zu und über musikwissenschaftliche Themen.

Als Ergänzung dieser Programme gab es Inter-variété.

Hier fanden sich all jene Sendungen, die, besonders in den abendlichen Sendestunden nach 20 Uhr, in die Sendefolge keines der drei anderen Hörfunkkanäle paßten. Dabei standen die Beiträge eines Abends jeweils unter einem gemeinsamen Motto, etwa Operette oder historische Ereignisse.

Inter-variété wurde im Herbst 1974 im Rahmen der Vorbereitungen der Umstellung nach dem 74er-Gesetz eingestellt.

Schließlich waren da noch die F.I.P.'s. Die Abkürzung steht für France-inter Paris, ein spezielles Regionalprogramm der Hauptstadt, das bald schon Ableger in der Provinz fand. Es handelte sich hierbei um eine reine Service-Welle, die ebenso Ratschläge für die Hausfrau, wie Verkehrsinformationen und Hinweise der jeweiligen Präfekturen verbreitete, ein Programm:

"que l'on n'écoute pas, mais que l'on entend, une radio qui permet de faire autre chose".²⁴⁾

24) zit. nach: Jean Cazeneuve, A. Dangeard et al. (ed.): O.R.T.F. 73; Paris 1973, p. 195

Die Nachrichtendienste des Hörfunks beschäftigten etwa einhundert Journalisten, die jährlich etwa 2600 Stunden Nachrichtensendung ausstrahlten. Es gab zwei Redaktionen: jene, die France-inter (mit dem Journal de France-inter) und Inter-variété bediente, sowie eine zweite, die France-culture und France-musique mit Informationen versorgte.

Erstere produzierte täglich 34 Nachrichtenprogramme, die zweite nur deren zwölf.

Beim Hörfunk war das Archiv des Office untergebracht, der "Service de documentation et de conservation". Bei ihm unterschied man fünf Einzelabteilungen, im Volksmund "les thèques" genannt:

die Phonothèque, mit 200 000 Platten- und ca. 300 000 Banddokumenten, die Discothèque, mit etwa einer Million kommerzieller Platten aus dem In- und Ausland,

die Bibliothèque littéraire et dramatique, sie umfaßte an die 10 000 Buchtitel zu Themen des Theaters, der Literatur, Geschichte und der Bildenden Künste,

die Bibliothèque musicale mit ca. 70 000 Buchtiteln und Partituren, sowie die Sammlung von Informationen über aktuelle Tagesereignisse.

Ihr Bestand: 13 000 Bücher, sowie 71 Titel von Periodika über die Bereiche Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

Neben dem Hörfunk gab es die drei Programme des Fernsehens. Es kann nicht der Ort sein, hier die Sendefolgen darzulegen, die sie auszeichneten, zumal sie sich, von geringen Unterschieden abgesehen, kaum unterschieden.

Bezüglich der beiden ersten Kanäle brachte das Gesetz von 1972 das Ende der "atomisation des émissions": die bis dahin im Programm befindlichen monatlichen Fernsehsendungen mit Magazincharakter wurden zumindest auf einen vierzehntägigen Wechsel gebracht.

Im Gegensatz zum ersten Fernsehprogramm strahlte das zweite seine Sendungen von Beginn an in Farbe aus.

Wichtig aber ist es, an dieser Stelle auf den neu geschaffenen dritten Fernsehkanal einzugehen.

Er strahlte seine Sendungen von Anfang an in Farbe aus. Neben Unterhaltungssendungen zeichnete sich das Sendeschema durch Dokumentationen zu den verschiedensten Themen und, je nach Sendestudio, auch durch die Übertragung von Fernsehdiskussionen über Probleme der betroffenen Region aus. Damit wurde ein Vorschlag des Rapport Paye verwirklicht, allerdings nur sehr halbherzig, denn Kritik, soweit sie hier geäußert wurde, war gewöhnlich nur recht milde formuliert, echte sachliche Konfrontation war selten.

Die Sendungen des dritten Kanals litten besonders darunter, daß auch nach Etablierung der Regionalstudios in den folgenden Monaten der überwiegende Teil der Sendefolgen zentral aus Paris überspielt wurde.

Doch der Aufgabenbereich der "Régie des Stations régionales et de la troisième chaîne" war, der Name sagt es, weiter gespannt. Bei ihr lag die Aufsicht über die Regionalstudios des Hörfunks, sowie über die "Bureaux Régionaux d'Information" (B.R.I.). Sie waren bereits 1963 ins Leben gerufen worden und wurden in den nachfolgenden Jahren schrittweise ausgebaut. Ihre Aufgabe bestand in der Informationsbeschaffung und teilweisen -aufbereitung sowohl für die regionalen Hörfunkstudios, als auch für den zentralen Rundfunkkomplex in Paris. Dreiundzwanzig dieser B.R.I.'s waren (sind) den elf Regionalstudios zugeordnet, die sich in Bordeaux, Dijon, Lille, Limoges, Lyon, Marseille, Nancy, Paris, Rennes, Strasbourg und Toulouse befanden.

Ebenfalls in den Kompetenzbereich dieser Régie fielen die "Productions Régionales", ehemals ausgelagerte Studioanlagen in Lille, Marseille und Lyon, desgleichen die Sendungen nach Übersee bzw. in das europäische Ausland. Die Übersee-Départements erhielten von einem hierfür eigens gegründeten Dienst, dem "Service artistique de Radiodiffusion Outre-Mer" (S.A.R.O.M.), täglich eine Palette fertiger Hörfunkprogramme überspielt. Eine zweite Einrichtung, die "Direction des Affaires extérieures et de la Coopération" (D.A.E.C.) besorgte die tägliche Übermittlung von Fernsehnachrichten via Satellit nach den Antillen.

Schließlich lag auch noch die Zuständigkeit für die Auslandsredaktionen des Office bei dieser Régie.

Jeder der drei Fernsehkanäle wurde von einer eigenen Redaktion mit Nachrichten versorgt. Damit sollte, ebenfalls ein Vorschlag aus dem Rapport Paye, für eine stärkere Vielfalt an Informationen gesorgt werden. Die getrennten Redaktionen des ersten und zweiten Fernsehkanals bestanden seit 1969, die Informationsprogramme des dritten Kanals, die zentral aus Paris kamen, entstammten der Nachrichtenredaktion, die für die Nachrichtensendungen von France-inter und Inter-variété zuständig war.

Der Bereich der Fernsehproduktion war dreigeteilt, jeder technische Sektor bildete eine eigene Régie, neben jener für die Herstellung für Filme zwei für Videoproduktionen. So logisch diese Regelung auch unter technischen Gesichtspunkten anmutete, so wenig günstig zeigte sich dieses Schema bei Betrachtung der Arbeiten in den nächsten beiden Jahren. Einerseits waren diese Régies, speziell jene des Vidéo fixe, über sämtliche Gelände verstreut, in denen sich Kameras des Fernsehens befanden, und dies erstreckte sich von Lille im Norden bis Marseille im Süden. Die große regionale Streuung sorgte für Koordinierungsschwierigkeiten innerhalb gerade dieser Selbstverwaltungseinheit. Andererseits waren die drei Régies zwar in Form der "Délégation Générale à la Production Télévisée" zusammengeschlossen, doch, so seltsam dies auch klingen mag, diese Verbindungsstelle interessierte sich allein für administrative Probleme, ihre Hauptaufgabe, deretwegen sie ins Leben gerufen worden war, die Verhinderung von Parallelproduktionen und anderweitiger Verschwendungen von Finanzmitteln, vermochte sie kaum zu erfüllen.

Durch die Regelungen des Gesetzes von 1972 wurde einem weiteren Vorschlag entsprochen: sämtliche Sendeeinrichtungen des Office wurden zu einer eigenen Régie zusammengefaßt, um dieserart die Arbeit auf zwei separaten Sendernetzen, dem Office-eigenen und dem der französischen Post, besser koordinieren zu können.

Im Herbst 1973 zeigte sich, daß das Office in eine schwere finanzielle Krise geriet. Bereits seit September des Jahres waren die von einer Kommission des Rechnungshofes zu prüfenden Unterlagen des Office in bedrohlicher Weise von den vorausberechneten Daten abgewichen.

Ende Oktober fand ein Wechsel an der Spitze der Anstalt statt. Arthur Conte reichte seinen Rücktritt ein, Marceau Long folgte ihm nach. Offiziell hieß es, Conte hatte gehen müssen und war seiner Entlassung nur um Stunden zuvorgekommen, da er die von Präsident Pompidou erwünschte weitere Dezentralisierung des Office nicht schnell genug voran getrieben hatte. Allein die Tatsache, daß er seiner Entlassung durch den Premierminister zuvorgekommen war, ist richtig. Bezüglich der Hintergründe sprach die Presse in den darauffolgenden Tagen davon, daß "Roi Arthur", wie er auch spöttisch genannt wurde, seine Kompetenzen als Generaldirektor der Anstalt zu sehr ausgedehnt habe: Der Rundfunk war stets eine an Weisungen der Regierung gebundene Institution, dh. Entscheidungen gingen vom Präsidenten, zumindest aber von seinem Premierminister aus.

Conte jedoch hatte, auch wenn er dies in einer Darstellung in Le Monde heftig bestritt,²⁵⁾ selbstherrlich der Regierung Möglichkeiten der Einflußnahme genommen, andere ihr großzügig zugestanden, obwohl diese ihr verbrieftermaßen zustanden.

Man sprach in diesem Zusammenhang ua. von Recht der Finanzkontrolle der Anstalt.

Long hatte von Beginn seiner Tätigkeit die Aufgabe, die mit dem Gesetz von 1972 begonnene Dezentralisierung weiter zu führen. Er sollte versuchen, mehrere Régies, darunter jene der Programmgesellschaften und die drei der Fernsehproduktion in établissements publics zu überführen, ihnen nach Vorschrift je einen eigenen Verwaltungsrat zu geben und sie so weiter zu verselbständigen.

In der Zwischenzeit war das Jahr 1973 abgelaufen und das Office hatte ein Defizit von fast 90 Mio. Francs erwirtschaftet.

25) vergl. den Abdruck von Contes letzter Rede vor dem Verwaltungsrat des Office am 23.10.1973, Le Monde, 24.10.1973

So wurde der Nationalversammlung am 14. Dezember von den mit der Finanzkontrolle des Senders beauftragten Abgeordneten der Vorschlag unterbreitet, schnellstmöglich eine Kommission einzuberufen, die Vorschläge zu erarbeiten hätte, mit deren Hilfe es möglich wäre, die horrenden Fehlbeträge abzubauen. Der Vorschlag wurde zwar einstimmig vom Parlament angenommen, doch dauerte es bis in den März, bis diese Kommission unter Vorsitz des U.D.R.-Abgeordneten Vivien und mit ihrem Berichterstatter Roger Chinaud (F.N.R.I.) ihre Arbeit aufnehmen konnte.

Am 2. April starb Georges Pompidou nach schwerer Krankheit. Als sein Nachfolger wurde der Führer der Unabhängigen Republikaner, Valéry Giscard d'Estaing, gewählt.

In seiner Partei existierten seit Jahren Pläne, den Rundfunk neu zu organisieren. Wesentliches Argument für eine derartige Reform war die schlechte Finanzlage, doch in Fortsetzung der Forderungen, die bereits 1969 zur Phase der "libération de l'information" geführt hatte, sollte auch der starke Regierungseinfluß abgebaut werden, dem das Office bis dahin ausgesetzt war.

Am 20. Juni 1974 wurde der Untersuchungsbericht der "Commission de contrôle de la gestion financière de l'O.R.T.F.", auch "Rapport Chinaud" genannt, dem Parlament vorgelegt. In ihm wurden sämtliche für eine finanzielle Reformgesetzgebung nötigen Bereiche der Rundfunks untersucht: Die Fernsehproduktion, die Investitionspolitik, die Verbindungen zu französischen Industrieunternehmen, Höhe der Gebühreneinnahmen, interne Verwaltung, Personalpolitik, sowie die Aktivitäten des dritten Fernsehkanals. Dieser Bericht sollte eine der Grundlagen für die von Giscard ins Auge gefaßte Reform des Rundfunks bilden.

2.4. DER RAPPORT CHINAUD

Die Untersuchung, in der ungekürzten Fassung fast 360 Seiten stark, stellte dreißig Grundforderungen auf, von denen die wichtigsten hier aufgeführt werden sollen.

Der unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wesentlichste Abschnitt findet sich -bemerkenswert- erst unter Nummer fünfzehn:

"La mise en oeuvre de la réforme ne doit pas entraîner des dépenses, mais permettre des économies dans le futur".

Dieser Satz ist die einzige Stelle, in der, in sämtlichen zur Rundfunkgesetzgebung vorliegenden Gesetzesentwürfen, einer möglichst kostensparenden Reform so eindeutig das Wort gesprochen wird.

Für die Gebühreneinnahmen sahen die Vorschläge des Rapports - Nummer zwei- die in den späteren Gesetzestext übernommenen Werte von 140 Francs für Schwarz/Weiß-Fernseher, 210 Francs für Color-Geräte vor; die Radiogebühr -Nummer drei- sollte entfallen.

Die seit ihrer Einführung 1964 umstrittene Besteuerung der Rundfunkgebühren beim Office sollte -Nummer vier- aufgehoben werden. Die Argumentation lautete, es handle sich bei diesen Gebühren bereits um parafiskalische Zahlungen, sie zu versteuern, sei eine "anomalie juridique".

Weiterhin wurde gefordert -Nummer elf der Vorschläge- das Office habe sich zu "doter rapidement d'une politique commerciale qui n'a pas existé jusqu'à présent".

Die im Auftrag und unter Aufsicht eines Ministeriums produzierten Sendungen, wie die Programme der Education nationale oder der Action culturelle à l'étranger, sollten -Nummer neun- zu ihren Produktionskosten von der Regierung vergütet werden und nicht allein in Auftrag gegeben werden können. Die Kosten, die dieserart allein das Bildungsministerium dem Sender schulde, beliefen sich auf über 10 Mio. Francs. Darüber hinaus sollten auch Filme, die rein werbenden Charakters waren und von den verschiedensten Ministerien im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit in Auftrag gegeben worden waren, in Zukunft bezahlt werden. -In diesem Punkt entsprachen die Mitglieder der Kommission, sehr wahrscheinlich angeregt durch die Abgeordneten der Union de la Gauche, einer Forderung der Opposition, die in diesen Praktiken eine immense Geldverschwendung erblickte.

Etwas hilflos wirkte die Aufforderung -Nummer 14- an alle Mitarbeiter des Office, endlich das für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben der Anstalt nötige Pflicht- und Verantwortungs- bewußtsein an den Tag zu legen, vom Generaldirektor bis zu seinem kleinsten Untergebenen. Der kurze Absatz begnügte sich mit einem Aufruf, nähere Ausführungen bezüglich der Vorstellungen seiner Autoren zu diesem Thema finden sich nicht.

Bezüglich der Produktion der Fernsehsendungen kommen die Mitglieder der Kommission zu der Einsicht, daß das Hauptübel in der zu geringen Auslastung der vorhandenen Kapazitäten besteht, daß zu viele Mitarbeiter zu geringe Aufgabenbereiche haben und unter Berücksichtigung des Produktionsaufkommens zum Teil überflüssig sind -Nummer 22-.

Der letzte Hauptpunkt gilt der Neuordnung der Verwaltung, die in der Vergangenheit zunehmend ineffizienter arbeitete, undurchsichtig organisiert sei und sogar für die Untersuchungskommission selbst zum Teil nicht mehr durchschaubar war. -Nummer 30-. Sie gilt es, so die Ausführungen der Kommission, zu reformieren, damit sie ihre Aufgaben wieder in vollem Umfang wahrnehmen könne.

Der Generaldirektor des Office vermochte es nicht, bis zum Juni 1974 die ihm gestellte Aufgabe einer weiteren Dezentralisierung des Senders abzuschließen.

Dafür beauftragte der Präsident den Generaldirektor der S.O.F.I.R.A.D Denis Baudouin, einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten, der den Vorschlägen des Rapport Chinaud folgend, die Vorstellungen seiner Partei verwirklichen sollte.

3. DAS RUNDFUNKGESETZ VON 1974 UND SEINE VORSTUFEN

3.1. DER BAUDOUIN-PLAN

Baudouin, ein enger Vertrauter Giscard's, schrieb eine Gesetzesfassung, die es erlauben sollte, zumindest einen Teil des Office, gedacht war hierbei an das erste Fernsehprogramm, zu kommerzialisieren. Hiermit sollte versucht werden, in der Hoffnung auf die allheilende Kraft des Konkurrenzkampfes die bestehenden Mißstände innerhalb der Anstalt wenn schon nicht gänzlich auszuräumen, so doch soweit zu entschärfen, daß der reibungslose Betrieb, der besonders während der vorangegangenen zweieinhalb Jahren durch häufige Streiks oft in Gefahr geraten war, gewährleistet werden konnte, daß aber auch die hohen Defizite, die das Office eingespielt hatte, abgebaut und ihre Ursachen beseitigt werden konnten.

Daneben bot dieser Lösungsvorschlag auch die Chance, zumindest diesen einen Fernsehkanal aus der direkten Abhängigkeit von der Regierung, genauer der hierin immer noch vertretenen U.D.R. und ihrer Gefolgsleute im Office, herauszuführen und den Rundfunk dieserart in Teilen zu liberalisieren.

Der Gesetzesentwurf Baudouins wurde in keiner Publikation der Regierung oder des Parlamentes veröffentlicht, doch drangen verschiedentlich Einzelheiten seiner Bestimmungen an die Öffentlichkeit, die hier wiedergegeben werden sollen.

Giscard d'Estaing war sehr wohl bewußt, daß es unmöglich sein würde, gegen den Widerstand sowohl seines Koalitionspartners U.D.R., als auch der Parteien der Union de la Gauche, der Sozialisten, Kommunisten und der Unierten Sozialisten, eine Privatisierung nach amerikanischem Vorbild durchzusetzen. Dies hätte bedeutet, TV 1 wäre organisatorisch vom Office abgekoppelt worden und einer eigenständigen Kapitalgesellschaft überantwortet worden, die dann unabhängig von allen staatlichen Vorschriften Programmgestaltung und Sendezeiten festgesetzt hätte. Auch die Regelungen bezüglich der durch diesen Sender auszustrahlenden Werbeprogramme, von denen und durch die die Station sich finanzieren mußte, wären ohne Einspruchsmöglichkeit

des Staates zustande gekommen. Also wählte Baudouin einen Kompromiss: Der Kanal sollte als eigenständiger Fernsehsender der S.O.F.I.R.A.D. übertragen werden. Hiermit wäre er unter der Kontrolle des Staates verblieben. Zumindest bei oberflächlicher Betrachtung wäre hierdurch eine Einflußnahme durch die Regierung weiterhin möglich gewesen. Bei genauerem Hinsehen mußte man freilich erkennen, daß diese sich allein auf den finanziellen Sektor erstreckt hätte. Ein Hineinwirken in die Programmgestaltung war verglichen mit den Praktiken am Office ungleich schwieriger. Andererseits wäre die Station dem Konkurrenzkampf ausgesetzt gewesen, hätte sich ihre Stammzuschauer erwerben und erhalten müssen, um für die ihre Programme bezahlenden Sponsors attraktiv zu bleiben, und wäre so zu einer weit wirtschaftlicheren Geschäftsführung gezwungen gewesen, als dies je innerhalb des service public der Fall war.

Da die S.O.F.I.R.A.D. nicht das gesamte zum Erwerb des Senders nötige Kapital aufbringen sollte - aus politischen Gründen schien es nicht angezeigt, derart offenkundig zu dokumentieren, daß diese Privatisierung allein erfolgte, um dergestalt ein überschuldetes Unternehmen zu sanieren, wobei die Gewinne, die dieser Fernsehsender später einspielen würde, allein der staatlichen Rundfunk-Holding zuflossen, anstatt wieder dem Office zur Verfügung zu stehen, da aber wohl auch Baudouins Institution nicht in der Lage gewesen wäre, den Betrag allein zu erlegen - genaue Zahlen wurden in diesem Zusammenhang nicht genannt, doch handelte es sich, wie vermutet wurde, um eine mehrstellige Milliardensumme -, sah das Konzept zwei Kapitalgeber vor: neben der S.O.F.I.R.A.D. sollte ein

"pool de banques nationalisées créer une société d'économie mixte qui prendra en charge cette chaîne" 26)

So wäre denn auch das Finanzierungsproblem gelöst gewesen.

Die Idee der Privatisierung gerade des ersten Fernsehkanals hatte sich auf Grund der Tatsache ergeben, daß dieser über das am weitesten ausgebaute Sendernetz verfügte. Er verfügte so über die größten Reichweiten bezüglich der potentiellen

26) zit. nach: La faillite de l'O.R.T.F.; Interview mit Denis Baudouin in "L'Express", 24.6.1974

Zuschauerbeteiligung, die nötig wären, um seinen Sendungen, speziell den Werbeprogrammen, einen höchstmöglichen Grad an Werbewirksamkeit zu verleihen.

Andererseits sollte durch die Beteiligung der Staats-Holding dafür gesorgt werden, daß eben dieses Werbeaufkommen in Grenzen blieb. Hierbei hätte man sich an den Gepflogenheiten etwa bei "Europe N^o 1" orientieren können; diesem kommerziellen Hörfunksender hatte man sechzehn Minuten Werbezeit pro Stunde zugestanden.

Da es sich bei der S.O.F.I.R.A.D. sowohl als auch bei den nationalisierten Banken, die sich an der Finanzierung des zu privatisierenden Fernsehkanals beteiligen sollten, um reine Staatsunternehmen handelt, wäre es dieserart auch möglich gewesen, die kostspielige Umstellung des Senders erstens auf die europäische Bildnorm, danach zweitens auf Farbe durchzuführen, ohne den Sender finanziell zu sehr in Bedrängnis zu bringen. Im Notfall hätte, durchaus wie bei einem Unternehmen des service public, der Staat mit Steuermitteln einspringen können.

Neben diesem Hauptpunkt der durch den Plan Baudouins vorgesehenen Änderungen - bezüglich der Aufteilung der Gesamtanstalt kann auf die Strukturen nach Marceau Long (s.u.) verwiesen werden - zeichnete sich der Gesetzesvorschlag durch umfangreiche Kontrollen im Bereich der Fernsehproduktion aus.

Sie würde grundlegend neu geordnet werden, anstelle der Unterteilung in Film, Vidéo fixe und Vidéo mobile trat nun die Unterscheidung zwischen den productions lourdes und den productions légères. Erstere wurden zu einer separaten Einheit der Anstalt, wie die Programmgesellschaften auch dies ein Établissement public, zusammengefaßt - die Realisierung der Aufgabe, die Long bei seinem Amtsantritt als R-D.G. des Office gestellt worden war. Dies bedeutete, allein kostenaufwendige Produktionen in Film oder Videotechnik sowie der Bereich der ehemaligen Vidéo mobile, also der mobilen Übertragungseinrichtungen, wurden hier zusammengefaßt. Die Kameras der Nachrichtenstudios oder der Regionalprogramme aber blieben organisatorisch Teil dieser Ein-

richtungen. Andererseits, so schlug Baudouin vor, sollten sämtliche Produktionen, die nun in einem Haus, unter einem Dach erstellt werden sollten, durch einen eigenen Vertrag abgesichert werden. Dieser sollte von den auf Grund eines Kostenvoranschlages errechneten Aufwendungen über die Besetzungsliste der Schauspieler, des Regisseurs, der namentlich benannt, auch für die Einhaltung der hier festgeschriebenen Bedingungen mit verantwortlich sein sollte, über die Namen der für die Technik verantwortlichen Mitarbeiter bis hin zur Ausstattung an Gerätschaften, sämtliche Angaben enthalten, die für die Produktion des Streifens nötig sind. Die Produktionsgesellschaft verpflichtete sich, sämtliche Bedingungen einzuhalten, bei Ausnahmen, Überschreitung der Kosten oä. sollte sie gegenüber der sie beauftragenden Programmgesellschaft haftbar sein, dh. die Mehrkosten tragen müssen. Sollte diese an dem Streifen größere Korrekturen wünschen, so gingen diese zu Lasten des jeweiligen Senders, soweit nicht nachgewiesen werden könne, daß die Schuld für die Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen auf Seiten des Herstellers liegt. Im Zweifelsfall sollte der Generaldirektor des Office, das als Dachgesellschaft über den weitestgehend selbständigen Einzelabteilungen weiterbestehen sollte, als Schlichter fungieren.

Der Text dieses Gesetzesvorschlages wurde nirgendwo offiziell veröffentlicht, dennoch war es besonders das Thema der Privatisierung eines Fernsehkanals, das in einer Fragestunde des Parlamentes am 26. Juni 1974, die den Problemen der Arbeit des Office vorbehalten war, am stärksten die Gemüter erhitzte. Der Vorsitzende der "Commission Chiraud", Robert-André Vivien (U.D.R.), berief sich auf eine Äußerung Denis Baudouins im "Figaro", wo er, zu seiner Arbeit an dem Gesetzesvorschlag bezüglich einer Neuordnung des Office gesagt hatte: "Le projet Marceau Long n'était peut-être pas la seule solution", ohne nähere Angaben zu dieser Anspielung zu machen. "J'espère", so Vivien, "monsieur le secrétaire d'État, que vous allez apaiser les inquiétudes que suscite cette formule de M. le délégué général à l'information, président-directeur général de la Sofirad".²⁷⁾ Der angesprochene Staatssekretär und Regierungssprecher, André Rossi (F.N.R.I.),

²⁷⁾ Journal Officiel-Débats, 26.6.1974, p.2976

wich der Frage zwar nicht direkt aus, bemühte sich aber in seiner Antwort darauf zu verweisen, daß es ja die Gruppe der Réformateurs démocrates sociaux gewesen sei, die darauf bestanden hätte, eventuell auch die Schaffung eines kommerziellen Fernsehkanals zu untersuchen, so man sicher sein könne, daß dieser einer sorgsamsten Kontrolle durch den Staat unterstehe. Und da man davon ausgehen konnte, das sich ein rein von Privatkapital abhängiger Sender diesen Kontrollen nicht unterwerfen würde, fügte er hinzu:

"...il n'est pas exclu qu'elle (la chaîne privée; d.V.) puisse bénéficier d'une participation de l'État..." 28)

Dies konnte allein eine "SOFIRADisation" bedeuten!

Die Frage des sozialistischen Abgeordneten Georges Fillioud, ob seine Äußerung, am Vorabend im "Haus des Senats,

"Le conseil des ministres se pencherait sur le problème de la privatisation le 3 juillet", 29)

etwa zu bedeuten habe, daß dieses Projekt nun nurmehr einer letzten Zustimmung durch die Ministerrunde bei deren nächster Sitzung bedürfe, bevor es in den in Arbeit befindlichen Gesetzesvorschlag eingehe, ließ er unbeantwortet, er ging auch nicht auf den Vorwurf Filliouds ein, der wahre Grund, warum die Regierung sich bemühe, eine Privatisierung eines Teiles des Fernsehens so schnell durchzuführen, liege wohl allein darin, um nach einem Regierungswechsel durch die Union de la Gauche ein letztes parteiisches Sprachrohr zu behalten, wenn aus dem Office ein wahrhafter service public geworden sei. Fillioud bezieht sich hierbei auf das etwas kurios anmutende Argument einiger U.D.R.-Abgeordneter vom Beginn der Amtszeit Giscard's, es sei nötig, verschiedene Privatsender einzurichten, um sie, wie am Beispiel Chiles zu sehen war, auch nach einer kommunistischen Machtergreifung noch benutzen zu können. 30)

Diese Tatsache zeigt, daß dieses Argument keinesfalls nur reine Parteipolemik gewesen sein konnte. Allerdings ließ sich hieraus

28) J.O.; aaO.; p. 2982

29) J.O.; aaO.; p. 2979

30) Diese Rede bestätigte auch Maurice Duverger in seinem Artikel "Les marchands devant le temple", Le Monde, 3.7.1974

keineswegs folgern, daß die Verfechter dieser Meinung sich in der Regierung etwa durchgesetzt hätten, als es um eine Teilprivatisierung des Office ging.

Fillioud zitierte aus dem von Vivien erwähnten Interview Baudouins im "Figaro" einen weiteren Satz, der ihm durch seine diplomatische Formulierung Anlaß zu Befürchtungen gab.

"J'estime", hatte der P.-D.G. der S.O.F.I.R.A.D. gesagt,
"qu'il faut faire évoluer le monopole."

Dies aber sei, so der Einwand des sozialistischen Abgeordneten, unmöglich; entweder man belasse die Monopolregelung oder man schaffe sie ab. Zwischenlösungen seien ein Ding der Unmöglichkeit, ein bißchen Monopol gebe es nicht.

Hiermit war der Kern des Problems angesprochen. Die, wenn auch nur teilweise Kommerzialisierung des Fernsehens setzte die Abschaffung der Monopolbestimmung voraus. An ihr aber hielten die Abgeordneten der Union de la Gauche fest, ebenso wie die überwiegende Mehrheit der Gaullisten.

Man muß es als einen Akt der parlamentarischen Arbeitsteilung betrachten, daß kein Abgeordneter der kommunistischen Fraktion auf die Frage der Privatisierung bzw. der Erhaltung des Monopols einging. Bei der Debatte des Rundfunkgesetzes sollte sich dies ändern.

Die Antwort des Regierungssprechers fiel unbestimmt aus. Er verwies allein darauf, daß die die Vorschläge des Rapport Chinaud "un des éléments" bilden, die dem zukünftigen Gesetzesentwurf zugrunde liegen.

Allein ein Abgeordneter, Jean-Marie Daillet (réf. dém. soc.), ein Angehöriger einer Splittergruppe des Regierungslagers, sprach sich gegen die Beibehaltung des Monopols und für eine gemäßigte Kommerzialisierung aus, er vermied jedoch peinlich den Begriff der "SOFIRADisation".

Diese Fragestunde stellte allein die Spitze des Eisberges der Auseinandersetzungen dar. Die wirklichen Auseinandersetzungen, die hier nur einmal in die Öffentlichkeit getragen wurden, fanden

in den Kommissionen des Parlamentes statt, die sich mit dem Entwurf zu beschäftigen hatten, bevor er dem Parlament vorgelegt wurde: die "Commission des finances" (Berichterstatter: Joel Le Tac, U.D.R.) und die "Commission des affaires culturelles, familiales et sociales" (Berichterstatter: Jean de Préaumont, U.D.R.). Ihre Mitglieder rekrutierten sich aus Abgeordneten aller Parteien, also auch der Opposition.

Die Ablehnung einer "SOFIRADisation", also auch der schon gemäßigten Fassung, bei der ein staatliches Unternehmen als Kapitaleigner eingesetzt werden sollte, durch die beiden Kommissionen in den ersten Juli-Tagen 1974 führte dazu, daß der Premierminister, Jacques Chirac, der das Gesetz im Auftrag des Präsidenten vorzulegen hatte, auf Abhilfe sann.

3.2. DER LONG-PLAN

Die Lösung fand sich, indem man Marceau Long, den letzten Generaldirektor des Office, mit der Ausarbeitung einer sogenannten homöopathischen Regelung beauftragte. Der "Janos Kádár de l'O.R.T.F.", wie Long auch genannt wurde, sollte das Kunststück zuwege bringen, das Office weitestgehend zu dezentralisieren, ohne jedoch das von einer zu starken Mehrheit im Parlament als unabdingbar betrachtete Monopol anzugreifen, sollte einen Weg finden zwischen den beiden Extremforderungen, einerseits jener Baudouins, andererseits der des rechten Flügels der gaullistischen Partei, der außer geringen technischen Änderungen auf dem Gebiet der Einnahmenverteilung nichts geändert sehen wollte.

Long, wie auch vor ihm bereits Baudouin, sah die Aufteilung des Office in sechs selbständige Einheiten vor, die ihre Aufgaben entsprechend den Regelungen der bestehenden Régies zugeordnet erhalten sollten. Sie sollten durch eine Dachorganisation locker zusammengehalten werden.

Die Zusammenarbeit sollte geregelt werden durch einen Katalog von Vorschriften, der von einer Kommission bestehend aus Repräsentanten aller beteiligten Organisationseinheiten zusammengestellt werden sollte. Diese "cahiers des charges"

hätten die finanziellen Zuweisungen der einzelnen Gesellschaften, denn als solche mußten die Einzelgesellschaften des Office jetzt gelten, aus dem Gebührenaufkommen zu regeln gehabt. Darüber hinaus sollte hierin die Aufteilung des technischen Geräts geregelt werden, das im Besitz des Office gewesen war.

Maßgeblich für die Beurteilung des Erfolges der verschiedenen Gesellschaften sollte nach diesem Konzept allein die Höhe der ständig zu ermittelnden Einschaltzahlen sein.

Ihnen entsprechend sollten die Gesellschaften auch ihren Anteil an den Einnahmen aus den Rundfunkgebühren erhalten.

Hier erschien zum ersten Mal in einem Gesetzentwurf das Schema der "concurrence", wie es dann auch im Gesetz vom 7. August festgelegt werden sollte. Um aber über dem Streben nach möglichst hohen Zuschaltzahlen auch Randgruppen unter den Zuschauern berücksichtigen zu können, deren Sendungen geringere Einschaltzahlen haben, um andererseits aber auch finanzielle Mittel für besonders aufwendige Produktionen bereitstellen zu können, sollten die Produktionen des Fernsehens durch Aufschläge, die in einen gesonderten Fond zu zahlen gewesen wären, belastet werden.

Die von Long verschärften Kontrollmechanismen bezüglich der Herstellung von Fernsehfilmen sollten in noch stärkerem Umfang, als es bereits von Baudouin geplant war, verhüten helfen, daß sich die Fernsehproduktionen einmal mehr als Defizitfaktor Nummer eins des Rundfunks herausstellen konnten.

3.3. ALTERNATIVEN DER OPPOSITION

Bis hierher wurden die Entwicklungsstufen von jenem Gesetz, durch das das Office 1964 geschaffen wurde, bis zu jenem anderen, durch das es zehn Jahre später wieder aufgelöst werden sollte, aufgezeigt. Bevor man sich den abschließenden Änderungen des Konzeptes im Parlament und der endgültigen Schlußfassung, die dann im Journal Officiel veröffentlicht wurde, zuwendet, müssen hier die Alternativen der Opposition aufgezeigt werden.

Es gab deren zwei: Bereits 1970 hatte die P.C.F. eine Proposition de Loi vorgelegt, die inhaltlich noch 1974 Gültigkeit hatte. Sie soll hier zuerst dargestellt werden.

Zum anderen soll aber auch ein Papier der Sozialistischen Partei Erwähnung finden, das allein deshalb, weil es in dieser Form erst nach Veröffentlichung des 74-er Gesetzes vorgelegt wurde, mit dem Vorbehalt, es handle sich um die Grundlage für eine Proposition de Loi dieser Partei zu diesem Problembereich, nur deklamatorischen Wert hat. Im wesentlichen faßt dieses Papier alle die Äußerungen zusammen, die in der P.S. während der Diskussion des Gesetzes verbreitet wurden. Diese hatte man in einheitliche Form gebracht und, soweit nötig, vervollständigt.

3.3.1. DIE "PROPOSITION DE LOI N° 1221" VON 1970

Im Text dieser Gesetzesinitiative wurde die Leitung des Rundfunks grundsätzlich als "gestion antidémocratique" bezeichnet, da die Anstalt in den Augen der P.C.F. allein als Instrument regierungs-offizieller Propaganda galt. Hieraus, so die Meinung der Partei, resultierte auch die Möglichkeit unmittelbarer Einflußnahme auf die Hörfunk- und Fernsehsender durch verschiedene Kapitalgesellschaften, sowie deren große Profite aus dieser Verbindung.

Ein wesentlicher Teil des Entwurfes ist der freien und objektiven Berichterstattung sowie der freien Zugangsmöglichkeit zu den elektronischen Medien gewidmet. Letztere sollte jedoch allein politischen Parteien und Gewerkschaften offenstehen. Eine Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen fehlt. Dadurch versuchte die P.C.F. bereits 1970 eine Lösung zu erzielen, die den Linksparteien und linksorientierten Gewerkschaften ein Übergewicht bei der Einflußnahme auf den Rundfunk noch vor der Regierungskoalition gebracht hätte. Verständlicherweise wurde dieses Ansinnen von der Regierung abgelehnt.

Die Journalisten des Rundfunks sollten allein den Regeln des journalistischen Berufsethos unterworfen, ansonsten aber unabhängig sein.

Werbbeeinnahmen lehnte die Kommunistische Partei ab. Der Sender sollte sich aus den Rundfunkgebühren finanzieren, daneben aber staatliche Zuweisungen für verschiedene nicht näher definierte Aufgabenbereiche erhalten. Werbekunden, so fürchtete man, könnten sonst unerlaubt Einfluß auf die Anstalt nehmen wollen. Beispiele gab es bereits. Der Staat habe der Ausbau des Rundfunks zu fordern. Schlie-

lich,so fanden die Verfasser,sei dies nur recht und billig, da es sich beim Office um ein Unternehmen des service public handle,das keineswegs schlechter gestellt werden sollte und dürfte als zB. die privaten Unternehmen der Elektronik-Branche, die zu dieser Zeit hohe staatliche Subventionen erhielten. Die Betonung gerade dieses Zweiges zielt auf das Unternehmen Thomson-CSF,des größten Elektronikproduzenten in Frankreich, das mit dem Office damals wie auch heute noch außerordentlich stark wirtschaftlich liiert war und dort fast ein Drittel seiner Jahresproduktion verkaufen konnte.

Eingeräumt wurde der Regierung freilich das Recht nach Art.5 des Gesetzes von 1964,jederzeit eigene Verlautbarungen über die Programme des Office verbreiten zu können.Desgleichen sollte der Präsident der Republik sich jederzeit an das französische Volk wenden können,wann immer ihm dies nötig schien.

Hatte die Partei stets das Office als Instrument der Regierung gebrandmarkt und dieser vorgeworfen,sich besonders dadurch Einfluß verschafft und gesichert zu haben,daß sie bestimmt, daß der Generaldirektor und seine engsten Mitarbeiter von ihr eingesetzt würden,und dabei nur Leute in die engere Wahl gezogen werden könnten,die regierungstreu seien,so verblüfft,daß sich im Artikel 13 die Verfügung findet,der Generaldirektor

"est proposé par le conseil d'administration au Conseil des Ministres".³¹⁾

Wiederum lag die Bestimmung des Kandidaten beim Ministerrat.

Als letzter wesentlicher Punkt,der auch 1974 noch für die Partei von besonderer Wichtigkeit war,muß die Tatsache genannt werden,daß die P.C.F. unabdingbar an der Erhaltung des Office festhielt.Auch vier Jahre später hatte sie sich der Aufhebung des Office lautstark widersetzt.

Sieht man von Forderungen wie der nach beruflicher Weiterbildung ab,die spätestens 1972 mit der Loi Malaud im wohlverstandenen Eigeninteresse des Senders eingerichtet wurde,ab,Forderungen also, die allein zeitlich heute keinen Vergleich mehr zulassen,so muß festgestellt werden,daß sich sämtliche anderen Punkte des Entwurfes mit den Gesetzen von 1964,zumindest aber 1972 decken und keine darüberhinaus gehenden Änderungsvorschläge enthalten haben.

31) Proposition de Loi N° 1221 ,10.6.1970,Art. 13

3.3.2. DAS "O.R.T.F.-PROJET SOCIALISTE AUTOGESTIONNAIRE"

Trotz des nicht allzu großen Umfanges und mancher sachlicher Schwächen des Papiers, strahlt es doch einen starken Optimismus aus, ganz so, als könnten sich die hierin geäußerten Vorstellungen und Pläne in dieser Weise bald realisieren lassen. Jedoch, zumindest am Anfang finden sich Einstellungen, die die derzeitige Einflußnahme durch die bürgerliche Regierung allein zu ersetzen gedenkt durch eine mindestens ebenso starke der Arbeiterklasse. Die Forderung der Befreiung der elektronischen Medien von staatlicher Einflußnahme und Aufsicht gerät so ins Zwielficht, und auch die Forderung, die an ein neues Rundfunkstatut zu stellen sei, verliert hierüber an Gewicht. Ein neues Statut "doit être libéral, c'est à dire réduire au minimum les contraintes et respecter au maximum le pluralisme des idées; cela implique que ses liens avec le gouvernement doivent être lâches".³²⁾

Dies alles im Zusammenhang mit der Kapitelüberschrift:

"L'audio-visuel comme arme de combat" wirkt merkwürdig schief.

Die Grundforderung, die die P.S. an ein neu zu gestaltendes Programm stellt: es muß "(être) axé sur la culture".

Die Partei sieht die Hauptaufgabe elektronischer Medien darin, kulturelle Aktivitäten - was immer man darunter im einzelnen verstehen mag - zu fördern und ihre Breitenwirkung zu steigern. (Eine Definition fehlt.).

Von der strukturellen Gliederung her sollte das Office um zwei Pole organisiert werden, einen "Conseil de la radio et de la télévision" (C.R.T.) und um den Produktionsbereich.

Der C.R.T. hätte die Aufgabe, den technischen Ablauf der Arbeit der Rundfunkanstalt, aber auch die Aufsicht über die Programmgesellschaften und deren Sendungen zu garantieren. Die tutelle ginge also auf eine rundfunkeigene Institution über.

Um diese beiden Pole herum sollen die Programmgesellschaften gruppiert werden. Für die Gesamtheit aller Einrichtungen aber lehnt die P.S. die herkömmliche Definition als établissement public

32) O.R.T.F.-Projet Socialiste Autogestionnaire, Paris 1974, p.1

de l'État à caractère industriel et commercial ab, denn:

"Il est dangereux de comparer l'O.R.T.F. à une entreprise industrielle. La Radio-Télévision doit être considérée avant tout comme une entreprise culturelle".³³⁾

Eine nähere Erklärung oder ein Beleg für diese Behauptung fehlt leider auch hier.

Unrealistisch sind die Vorstellungen der P.S. bezüglich der technisch durchaus nötigen Dezentralisierung des Rundfunks. Die Autoren sehen hier einen Ausbau der Regionalstudios als Studioanlagen für einen vollen Sendebetrieb vor, dh. jedes Regionalstudio sollte eine Miniaturausgabe der Sendezentrale in Paris darstellen, diese aber für nicht näher definierte Notfälle in voller Größe erhalten bleiben. Wie ein derartiges Mammutunternehmen finanziert werden sollte, wird allerdings nicht gesagt.

Ein gewisser Höhenflug ist auch bezüglich der Anforderungen an die Produktion des Fernsehens zu konstatieren. Hier heißt es:

"Le service public n'a pas seulement pour mission de distribuer des émissions radio-télévisées. Il doit également prendre charge l'enseignement de l'écriture audio-visuelle au profit non seulement des professionnels mais aussi des animateurs socio-culturels ou des non-professionnels qui se mettent au service des collectivités de base." ³⁴⁾

Der Begriff der "écriture audio-visuelle" bezeichnet jene Art künstlerischer Ausdrucksweise im Fernsehen, die in dieser hochentwickelten Form allein von einigen wenigen Regisseuren beherrscht wird. Als Beispiele wären zu nennen: Jean Averty, Jean Prat und Claude Santelli. Es ist gänzlich unklar, wie es gelingen sollte, derartige Talente in kurzer Zeit zu vermehren.

Bezüglich der cahiers des charges, der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes für die einzelnen Unterabteilungen des Rundfunks, fordert die P.S., die in ihnen aufgeführten Regelungen sollten allein für einen Zeitraum von drei Jahren gelten und danach, wenn nötig, entsprechend den sachlichen Anforderungen revidiert werden können. In diesem Punkt treffen sich ihre Vorstellungen mit einer Idee,

33) O.R.T.F.-Projet Socialiste Autogestionnaire, aaO., p.2

34) dergl., aaO., p.2 Hervorhebung im Text

die Giscard ursprünglich realisieren wollte; auch nach seinen Vorstellungen sollten die Vorschriften der cahiers des charges zeitlich limitiert sein, um dieserart einer zu schnellen Überalterung vorzubeugen.

Bezüglich der in ihnen festzulegenden Bestimmungen erhebt die P.S. vier Forderungen:

- 1) Die parlamentarische Opposition muß ein Recht und eine Möglichkeit erhalten, zu allen politischen Vorgängen Stellung nehmen zu können.
- 2) Die Programme des Fernsehens müssen so koordiniert werden, daß die verschiedenen Programme sich untereinander ergänzen, nicht aber miteinander um die Gunst des Publikums in Konkurrenz treten.

Dieser Abschnitt erinnert an die Regelung nach 1964, bei der eine zu weitgehende Auslegung des Begriffes der complémentarité bewirkte, daß der zweite Fernsehkanal allein als Wurmfortsatz des ersten wirkte und in seinem elitären Charakter noch heute als abschreckendes Beispiel wirkt.

- 3) Die Einzelgesellschaften des Fernsehens müssen bezüglich der zu produzierenden Sendungen ein Mitspracherecht eingeräumt bekommen sowohl auf dem künstlerischen als auch auf dem wirtschaftlichen Bereich.

Diese Forderung war überholt, als sie in den Katalog aufgenommen wurde, da genau dieses durch das 74er-Gesetz bestimmt wurde.

- 4) Schließlich sind an mehreren Abenden der Woche zu den Zeiten der höchsten Zuschaltung Programme von hohem kulturellen Wert auszustrahlen, die nicht mit leichteren Unterhaltungsprogrammen in Konkurrenz treten dürfen.

Sieht man vom Fehlen einer Definition des valeur culturel auch an dieser Stelle ab, so beinhaltet diese Forderung die Gefahr einer zwar wohlmeinenden, doch immerhin lästigen Programmdiktatur. Wer läßt sich schon oktroyieren, was er sich des Abends anzusehen hat?

Die Objektivität der Berichterstattung wird in die Verantwortung der Journalisten gelegt: "On peut penser que les établissements

publics, indépendants du gouvernement...sauront préserver l'objectivité".³⁵⁾

Sowie:

"Les journalistes doivent bénéficier de garanties particulières leur assurant la liberté de parole et brisant les mécanismes d'auto-censure." ³⁶⁾

Betrachtet man die Praktiken am Office, die bis zum Inkrafttreten des 74-er Gesetzes tägliche Übung waren, wo die verschiedensten Gremien sich bemühten, den Journalisten die Richtung ihrer Berichterstattung vorzuschreiben, so ist dies zweifellos ein Fortschritt insofern, als hier zum ersten Mal das Recht des Journalisten auf seine freie Meinung vor Kamera und Mikrophon festgeschrieben worden war. Vergleichbares findet sich weder im Gesetz vom 7.8.1974, noch in anderen, vorausgegangenen Gesetzen. Selbst die Proposition de Loi 1221 aus dem Jahr 1970, der Gesetzesentwurf der P.C.F., führt dies nicht in gleicher Eindeutigkeit aus.

Das Papier hat eine Fülle von Schwächen und Lücken, etliche wichtige Begriffe sind nicht definiert und es bleibt der Phantasie des Lesers überlassen, was er sich darunter vorstellen mag. In Abschnitten, besonders an seinem Beginn, ist es übertrieben polemisch und wirkt dadurch fast schon etwas unseriös.

Betrachtet man sich die Tatsache, daß es erst nach Verkündung des 74er-Gesetzes unter Vorbehalt veröffentlicht wurde, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren als handle es sich allein um einen übereilt erstellten Nachweis eigener Aktivität, der allerdings zu spät veröffentlicht wurde.

4. DIE DISKUSSION DES 74er-GESETZES IM PARLAMENT

Änderungen des Konzeptes von Marceau Long

In diesem Abschnitt sollen drei Aufgaben erfüllt werden. Das Konzept Longs wird artikelweise dargestellt, die wichtigsten Änderungen (amendements) werden aufgeführt, sowie die ihnen innewohnende Problematik versucht, zu erklären.

³⁵⁾ dergl., aaO., p.4

³⁶⁾ dergl., aaO., Anhang p.2

Article 1^{er}

L'Office de la radiodiffusion-télévision française est supprimé.- L'exécution des missions de service public et l'exercice du monopole de la radiodiffusion et de la télévision définis par les articles 1^{er} et 2 de la loi du 3 juillet 1972 sont confiés à un établissement public et à des sociétés nationales dans les conditions fixées par la présente loi.

Zu diesem ersten Artikel brachte allein die P.S. einen Änderungsvorschlag ein, dem das Parlament auch zustimmte. Der Rundfunk sollte definiert werden als "service public de l'État à caractère industriel et commercial". Dies widersprach zwar, zumindest in Nuancen der Forderung des ORTF-Projet Socialiste Autogestionnaire, doch sollte, so die Argumentation, hierdurch sichergestellt werden, daß zumindest die alte Rechtsform erhalten bliebe. Durch die zusätzliche Bestimmung wurde sichergestellt, daß der Rundfunk wiederum die Pflicht auferlegt bekäme, sich selbst zu finanzieren. Man hatte jedoch in den letzten beiden Jahren gesehen, wie wenig dies bedeuten konnte: es mußte durchaus nicht heißen, daß die Anstalt hierdurch defizitfrei blieb.

Andererseits sollte diese Rechtsform den Rundfunk von anderen öffentlichen Diensten wie etwa der Post abheben und seine Sonderstellung herausstreichen. Dies war von Bedeutung, da das Unternehmen sich, betrachtet man allein den Modus seiner Leitung, ein Generaldirektor und ein Verwaltungsrat, durch nichts von den übrigen derartigen Unternehmen unterschied. Obgleich Medium zur Vermittlung von Meinung, gab es hierin allein Mitglieder der Regierung. Die politische Opposition war -in anderen Fällen selbstverständlich- ausgeschlossen. Gleiches galt für die sociétés nationales. Hierdurch wurden die Programmgesellschaften des Rundfunks in gleicher Weise geführt wie etwa die französischen Staatsbahnen.

Abgelehnt wurde von der Mehrheit des Parlamentes ein Vorschlag, der implizit den Fortbestand des Office festschreiben sollte. Darüber hinaus aber wurde gefordert, zusätzliche unabhängige Fernsehprogramme zukünftig errichten zu lassen, die nicht mehr dem Monopol unterlegen wären. Überraschenderweise kam

dieser Antrag von einem U.D.R.-Abgeordneten. Dies zeigt, daß es durchaus keine allgemein gültige bindende Absprache in den Fraktionen gegeben haben kann. Die Partei in ihrer Gesamtheit stand derartigen Wünschen ablehnend gegenüber.

Abgelehnt wurde desgleichen ein umfangreicher Änderungsvorschlag, der den ersten Artikel ersetzen sollte. Autoren waren die P.C.F.-Abgeordneten Chambaz, Ralite und Andrieux. Der Vorschlag enthielt über die reinen Rahmenbestimmungen der Definition des Rundfunks hinaus zahlreiche Bestimmungen bezüglich der Programmpolitik sowie die Verpflichtung, die "règles professionnelles du journalisme" zu respektieren. Die Ablehnung erfolgte mit Hinweis auf die Tatsache, daß dieser Vorschlag die Regelungen des 72er-Gesetzes, des "Loi Malaud", in anderer Form weiterschrieb und so den Intentionen des Regierungsvorschlages zuwider liefe.

EXKURS: DAS RUNDFUNKMONOPOL IN FRANKREICH - IDEAL UND WIRKLICHKEIT

Im zweiten Satz des ersten Artikels ist die Rede vom Monopol, auf dem die Arbeit des Rundfunks, Hörfunk wie Fernsehen, in Frankreich weiterhin beruhen soll.

Dieser Punkt war, wenngleich die von Baudouin vorgeschlagene Reform mit einem kommerziellen Fernsehkanal nun endgültig zu den Akten gelegt war, in der Diskussion des Gesetzes vorausgehenden Debatte wie auch in den verschiedensten Stellungnahmen der Parteipresse, von Abgeordneten der unterschiedlichen Gruppen und Fraktionen im Parlament, sowie in der Tagespresse heiß diskutiert worden.

Das Problem ist im Zusammenhang mit der Frage der Liberalisierung des Regierungseinflusses auf den Rundfunk zu sehen.

Die Verstaatlichung der privaten Sender nach der Befreiung von der deutschen Besatzung war, wie auch andere Akte der Nationalisierung, erfolgt auf Grund einer Vorstellung, die bereits in der Präambel der Verfassung der IV. Republik 1946 niedergelegt worden war und in jener der V. Republik bestätigt wurde.

Hierin hieß es:

"Tout bien, toute entreprise dont l'exploitation a ou ... acquiert les caractères d'un service public national ... doit devenir la propriété de la collectivité." 37)

Jedoch, so sehr dies auf den Rundfunk auch zutraf und so sehr bereits seit 1946 die Arbeit dieser Anstalt als auf einem Staatsmonopol basierend festgelegt wurde, die Theorie der damaligen Zeit und die Praxis späterer Jahre klappten weit auseinander.

Das Monopol des Rundfunks galt 1974 allein noch für das Fernsehen. Bereits seit dem Jahr 1954 existierten im Lande dagegen kommerzielle Hörfunkanstalten. Sie tangierten durch ihr Bestehen die erwähnte Monopolregelung allein deshalb nicht, weil man bei ihrer Einrichtung von der juristischen Fiktion ausgegangen war, als Verstoß gelte es allein, wenn Sendeanlagen von französischem Boden aus andere als die Programme des staatlichen Rundfunks ausstrahlten. Die Sendemasten der Stationen aber stehen im Ausland. Jene von "Europe N° 1" befinden sich nahe Saarlouis im Saarland, die von "Radio-Télé Luxembourg" (R.T.L.) im luxemburgischen Beidweiler, "Radio Monte-Carlo" schließlich arbeiteten vom Boden dieses Fürstentums, Monaco, aus. Diese Station hatte jedoch, eine kuriose Ausnahme, einen Sendemast in Frankreich, in Roumoules nahe Digne. Die Besonderheit liegt darin, daß diese Anlage, da eigentlich eben doch in Frankreich befindlich, auf mehreren Quadratmetern Bodens steht, die dem neben der S.O.F.I.R.A.B. zweiten Kapitaleigner, dem Fürstentum Monaco, verkauft worden waren und deshalb als extraterritoriales Gelände gelten. Der Verkauf des Bodens, der nicht durch das Parlament genehmigt werden mußte, das sich durch diesen Akt jedoch hinterfragen fuhite, trug mit dazu bei, den Widerstand gegen das etwa zwei Monate später vorgelegte Projekt Baudouins zu stärken.

Lagen die Sendeanlagen außerhalb Frankreichs, so befanden sich die Studiosanlagen mitten in Paris, etwa jenes von "Europe N° 1" in der Rue François I, oder das von R.T.L. in der Rue Bayard, beide im achten Arrondissement. -ämtliche dieser Stationen wurden durch französische Kapitaleigner kontrolliert. 38) von "Europe N° 1" 196

37) nachzuweisen in der Verfassung der IV. Republik, und nur die IV. Republik verweist in der Präambel allein auf diese Stelle.

in Händen der S.O.F.I.R.A.D., gleichermaßen besitzt sie 83 % des Kapitals von "Radio Monte-Carlo", 15 % des Kapitals von R.T.L. werden von der staatlichen französischen Gesellschaft Havas verwaltet. Dies war notwendig geworden, da sich das luxemburgische Parlament gegen eine Beteiligung der S.O.F.I.R.A.D. ausgesprochen hatte.

Doch nicht allein die Monopolbestimmung war beim Hörfunk umgangen worden, die kommerziellen Sender mißachteten auch, mit Billigung der staatlichen Rundfunk-Holding und ohne, daß das Parlament je dagegen eingeschritten wäre, die für den Hörfunk in Frankreich geltenden Bestimmungen beim Verkauf von Werbezeit. Während "Radio-France" aus gesundheitspolitischen Überlegungen die Ausstrahlung von Werbesendungen für Alkohol und Tabakwaren verboten ist, verdienen die Privatsender auch an diesen Werbeträgern.

Auf Grund dieser etwas merkwürdigen Praktiken wäre es nur konsequent gewesen, die bestehenden Monopolbestimmungen aufzuheben und gleiche Regelungen für sämtliche Sendestationen im Land zu erlassen.

Hierfür hatten sich neben einigen Abgeordneten der Réformateurs vorwiegend die Mitglieder der Partei Giscard eingesetzt. Bereits in der Parlamentsdebatte des "Loi Malaud" hatte Olivier Giscard d'Estaing, ein Verwandter des heutigen Präsidenten, festgestellt:

"...Constamment, nous aurons de la suspicion d'un endoctrinement au régime sur les masses, et ceci n'est pas supportable. Ce sera la source de tensions permanentes qui deviendront explosives. (...) La coexistence de deux chaînes publiques et d'une chaîne indépendante est la seule manière de s'assurer que les unes et l'autre s'efforceront de répondre aux vœux profonds et permanents des téléspectateurs. (...) La meilleure garantie consistera à associer étroitement la presse écrite à cette chaîne indépendante comme cela se fait en Grande-Bretagne. - Je demande à tous les

libéraux de cette assemblée, qu'ils soient de la majorité ou de l'opposition, de bien vouloir nous suivre en laissant seulement aux totalitaristes leur refus logique de cette solution".³⁸⁾

In anderem Zusammenhang hatte der Abgeordnete Griotteray (F.N.R.I.) schon wenige Monate vorher ein weiteres Argument aufgezeigt, das seiner Ansicht nach für die Abschaffung des Rundfunkmonopols sprach. Als Berichterstatter der Kontrollkommission des Parlamentes zur Untersuchung der Ursachen der besonders in den Jahren 1971 und 1972 häufigen Streiks am Office, war er zu dem Schluß gekommen:

"Cette grande maison ne se transformera que sous la pression d'une concurrence extérieure et pas fatalement mercantiliste et de préférence sous la forme d'une chaîne d'État autonome".³⁹⁾

Hierin, wie auch später in der Rede Olivier Giscard d'Estaings, war allein die Rede von den "chaines indépendantes" oder "autonomes". Die Forderungen gingen also nicht über die Vorschläge Baudouins von 1974 hinaus. Auch hatten beide Forderungen gute Gründe, die keineswegs allein auf den Wunsch, einflußreichen Freunden in der Wirtschaft eine neue Einkommensquelle zu eröffnen, reduziert werden konnten, wie dies von Seiten der Parteien der Union de la Gauche in ihren Veröffentlichungen in der Parteipresse oft unterstellt wurde.⁴⁰⁾ Einerseits sollte dem regelrechten Streikunwesen in dem besagten Zeitraum gesteuert werden. - Die kommunistische Gewerkschaft C.G.T., aber auch andere, nahmen genau diese Äußerungen Griotterays von 1972 zum Anlaß, 1974 gegen dieses Gesetz mit der Behauptung zu Felde zu ziehen, es wolle allein die "acht der Gewerkschaften am Office brechen".

Andererseits, dies der Kern der Ausführungen Olivier Giscard d'Estaings, hatten die verschiedensten Mitglieder der Regierung versucht, auf den Sender Einfluß zu nehmen (es wird in einem nächsten Exkurs zu zeigen sein, daß dies nicht allein die Gaullisten taten), ohne dazu berechtigt zu sein.

Gegen beide Unsitten versprach man sich durch die Konkurrenz

38) zit.nach: Jean Montaldo, aaO., p.182 f.

39) undatiertes Redemanuskript der Ansprache vom April 1972

40) als Beispiel, unter vielen anderen, wäre auf einen Artikel von Maurice Vidal: *La mire et l'encens*, zu verweisen; France Nouvelle, 6.1.1975 hinzuweisen.

eines unabhängigen dritten Kanals Abhilfe.

Darüber hinaus hatte der F.N.R.I.-Abgeordnete Roger Chinaud während der Fragestunde des 26. Juni 1974, wiewohl er sich ausdrücklich davor hütete, dem Abbau des Monopols offen das Wort zu reden, die Frage aufgeworfen, ob denn der verwaltungsmäßig sowieso schon überlastete service public unbedingt alle drei TV-Kanäle verwalten müsse, oder ob es nicht vielleicht sinnvoller wäre, ihm die Arbeit zu erleichtern, indem man ein Programm ausgliedert.⁴¹⁾ Ein letztes Motiv für die Unabhängigen Republikaner bestand in der Tatsache der strikten Gegnerschaft von Fernsehen und Regionalpresse seit dem Jahr 1968, als bei Rundfunk die Fernseh- und Hörfunkwerbung eingeführt wurde. Die Presse hatte hierdurch erhebliche Anzeigenrückgänge zu verzeichnen gehabt. Nun sollte, unter Umständen durch die Beteiligung der Presse an diesem kommerziellen Kanal versucht werden, die Gegner zu versöhnen.⁴²⁾ Bereits 1972 hatte Jean Frydman, der verantwortliche Leiter von Radio Monte-Carlo, anlässlich eines Journalistenfrühschoppens ein derartiges Angebot an die Zeitungen von Seiten der kommerziellen Sender gemacht, indem er sagte: "La télévision privée doit se faire avec la presse et non pas contre la presse".⁴³⁾

Nun sollte diese Anregung von Seiten der Regierung aufgenommen werden.

Gleichermaßen gegen das Monopol wandten sich die Réformateurs. Der Abgeordnete Georges Donnez warf den Befürwortern des Monopols vor, die vermischten unrichtigerweise zwei Begriffe, den des Monopols und jenen des service public, so daß der Eindruck entstünde, das eine sei ohne dem anderen nicht denkbar. Er verwarf diese Taktik, denn hierbei werde zu wenig an den Zuschauer gedacht:

"Le monopole d'État ne garantit pas en lui-même la satisfaction des usagers".⁴⁴⁾

41) J.O., aaO., 26.6.1974, p.2981

42) vergl. hierzu auch verschiedene Ausführungen in dem zweiteiligen Bericht von Claude Durieux: La télévision "indépendante" arrive, Le Monde, 13.6. und 14.6. 1974

43) Correspondance de la Presse (CDP), Meldung vom 19.4.1972

44) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3707

Allerdings wies auch er darauf hin, daß es nicht darum gehen könne, hier allein eine Privatisierung als schieren Selbstzweck durchzuführen:

"Le projet gouvernemental n'a nullement pour but de livrer l'une ou l'autre de nos chaînes à de sombres intérêts."⁴⁵⁾

Es gehe allein darum, wie er sich ausdrückte, aus dem Fernsehen ein "instrument de liberté, de culture et de loisirs au service de tous les Français" zu machen und ihm eine größtmögliche Effizienz bezüglich seiner Arbeit zu verleihen.

Das Thema der Beseitigung des Monopols und mithin der Errichtung eines kommerziellen Fernsehkanals blieb also, wie hieraus zu sehen ist, auch dann noch in der Debatte, als der Long-Plan den Abgeordneten bereits vorlag, in dem dieses Problem bereits beseitigt worden war, indem von dem diesbezüglichen Vorschlag Baudouins bereits abgerückt worden war.

Bis hierher war von zwei Parteien die Rede, die bereit waren, die Monopolbestimmung außer Kraft zu setzen. Die größte Partei im Regierungslager, die U.D.R., lehnte dies durchwegs ab.

Ihr Hauptargument war die Sorge um die "civilisation française". Allein der Staat könne, ihrer Ansicht nach, die Kultur, ihre Werte und Güter bewahren. (Von den wenigen Abgeordneten, die diese Meinung nicht teilten, soll nicht hier, sondern im Zusammenhang mit der Diskussion des Gesetzes die Rede sein). Dabei ist zu sehen, daß die Programme des Rundfunks stets von einem Verwaltungsrat und einem Generaldirektor festgelegt worden waren, die in ihrer Mehrheit Mitglieder der U.D.R. oder ihr doch nahestehend waren. Auf diese Weise hatte die Partei die Möglichkeit gehabt, ihr Weltbild durch die Medien verbreiten zu lassen, jedenfalls wenn man vom Bereich der künstlerischen Produktion absieht. Von dem P.C.F.-Abgeordneten Chambaz auf diese Tatsache angesprochen, konterte der U.D.R.-Politiker André-Georges Voisin:

"Pourquoi faut-il posséder la carte du parti communiste pour entrer à l'O.R.T.F., et notamment pour faire partie de l'équipe de M. Lorenzi ?"⁴⁶⁾

45) J.O., aaO., 24.6.1974, p.3708

46) J.O., aaO., 24.6.1974, p.3705

Diese Frage war allein polemisch, denn es war selbstverständlich unrichtig, daß diese Voraussetzung erfüllt sein mußte, um in die Arbeitsgruppe des Fernsehregisseurs Stellio Lorenzi, Mitglied der P.C.F., zu gelangen, doch der größte Teil der Mitarbeiter des Office mit kommunistischem Parteibuch war und ist im Bereich der künstlerischen TV-Produktion zu finden. Unter den Journalisten der Nachrichtendienste fanden sich dagegen allein acht P.C.F.-Mitglieder.

Die Parteien der Union de la Gauche drängten denn auch darauf, daß die als Unterstellung empfundene Behauptung, speziell deren erster Teil, von dem Abgeordneten Voisin zurück genommen wurde.

Richtig war umgekehrt vielmehr, daß die U.D.R. durch die ihr gebotenen Möglichkeiten der Zensur und der daraufhin von vielen Mitarbeitern parktizierten "Autocensure" fähig war, über Steuerungen bei der Einstellung von Mitarbeitern hinaus (s.o.) weiteren Einfluß zu nehmen.

Ein kommerzieller Kanal, so die Überlegung, bedeutete die Möglichkeit für den Zuschauer, auf andere gleichwertige doch politisch anders gerichtete Informationskanäle umsteigen zu können. Für die U.D.R. aber bedeutete dies, daß der Einfluß, den man auf die elektronischen Medien und hiermit auf die Zuschauer nehmen konnte, deutlich zurück gehen mußte. Sehr wahrscheinlich stand ihnen dabei noch ein Beispiel drohend vor Augen, das sich vor Jahren zugetragen hatte und auch heute noch weiter fort wirkte:

Nach der Errichtung der kommerziellen Radiostationen war der Anteil der Stammhörer der Programme von "Radio-France" um nahezu fünfzig Prozent zurück gegangen. Die Nachrichtensendungen der stations périphériques aber waren, anders als jene des Staatsrundfunks, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht zu beeinflussen gewesen.⁴⁷⁾

Das Fernsehen, so jetzt die Grundhaltung der Gaullisten, sollte als Stimme der Regierung erhalten bleiben. Die Partei konnte an einer weitergehenden Liberalisierung nicht interessiert sein. Aus diesem Grund auch hatten ihre Mitglieder ja bereits die erste derartige Phase zwischen 1969 und 1972 gestoppt.

Auch die Interessenten aus Wirtschaftskreisen, deren Vertreter zum

47) Nähere Ausführungen zu dieser Entwicklung macht Maurice Siegel: Vingt ans, ça suffit..., Paris 1975, p.75 ff.

Teil enge Beziehungen zur U.D.R. hielten, konnten die Partei nicht umstimmen. An einer Möglichkeit zur Schaffung privatbetriebener Fernsehsender waren ua. interessiert Bleustein-Blanchet, der Rüstungsfabrikant Dassault (Mirage), die nationalisierte Agentur Havas, der Medienverbund Hachette, sowie der Konzern Thomson-CSF, dessen geschäftliche Aktivitäten weit über den Elektroniksektor hinaus gingen.

Bei der Kommunistischen Partei waren es gerade diese Namen, die ihre Abgeordneten veranlaßten, sich gegen ein derartiges Projekt auszusprechen. Ihrer Ansicht nach handelte es sich, wie Chambaz sagte, darum,

"à livrer les activités rentables de la radio et de la télévision aux appétits des grands groupes financiers, conformément aux orientations qui commandent aujourd'hui l'ensemble des rapports entre les entreprises publiques et les géants de la finance et de l'industrie." 48)

Diesem Vorhaben mußte ein Riegel vorgeschoben werden, denn bereits die bestehenden Zustände zeigten, daß

"le Gouvernement contraint l'Office à financer des groupes industriels privés." 49)

Weitere Zugeständnisse wollte und durfte die P.C.F. nicht machen. Und Chambaz' Parteigenosse Jack Ralite führte zu diesem Punkt weiter aus, wenn es der Opposition auf Grund ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit schon nicht gelungen sei, das Office gegen die Stimmen der Mehrheit zu sanieren, so wie dies von der Bevölkerung erwartet werde, müsse, als Warnung vor einer möglichen Privatisierung stets auf das wohl skandalöseste Beispiel der Verknüpfung von Rundfunk und Privatwirtschaft hingewiesen werden:

"On constate que Thomson-CSF impose ses matériels, impose ses prix -qui sont plus chers que ceux des concurrents- profite des services de recherche de l'Office, se sert de lui comme d'un commis-voyageur international et lui demande même d'intervenir partout en sa faveur." 50)

All diese Äußerungen, bereits gefallen in der Fragestunde des

48) J.O., aaO., 26.6.1974, p.2977

49) J.O., aaO., 26.6.1974, p.2978

50) J.O., aaO., 26.6.1974, p.2986

Parlamentes am 26.6.1974, die, was das letzte Zitat betrifft, nur bereits Bekanntes wiederholten, belegten die Ursachen, die die P.C.F. dazu bewogen, das amendement n^o 112 vorzulegen, demzufolge, wenn auch unter abgeänderter Definition der Aufgaben der Anstalt, alles beim alten bleiben sollte.

Die Argumentation, es stehe zu befürchten, daß Sponsors ein privates Fernsehen derart beeinflussen könnten, daß etwa der Rüstungsfabrikant Dassault gegen einen Film über Pazifisten oder den internationalen Waffenhandel Einspruch erheben könnte, oder die Agentur Havas andererseits gegen Informationen, die einen ihrer Werbekunden negativ darstellten, spricht: dessen unkorrekte Handlungsweisen aufzeigten, wie dies der Verfasser dieser Arbeit bei einem Besuch bei der P.C.F. in Paris zu hören bekam, sprechen demgegenüber wohl weniger von mangelnder Kenntnis der Arbeit privater Sender, als vielmehr von einer sehr polemisch geführten Propagandaaktion der Partei in der Öffentlichkeit. Bemerkenswert an dieser Einstellung der Partei im Jahre 1974 ist zweierlei:

Erstens zementiert das Beharren auf dem Rundfunkmonopol gerade jene Mißstände, unter denen besonders die P.C.F. in den zurückliegenden sechzehn Jahren zu leiden hatte. Die Existenz eines kommerziellen Fernsehkanals hätte gerade ihr die Möglichkeit eröffnet, ähnlich wie bei den privaten Hörfunksendern häufiger an die Öffentlichkeit treten zu können und dergestalt ihre eigenen Ansichten zu den verschiedensten Problemen der Tagespolitik zu verbreiten.

Zum anderen aber fällt auf, betrachtet man die Verhaltensweise der Partei im Gegensatz zu ihren Vorstellungen aus dem Jahr 1970, der proposition de loi 1221, daß dieses Beharren auf dem Monopol einen Gesinnungswandel darstellt. Vier Jahre früher war diese Forderung nicht aufgestellt worden.

Diese Verhaltensweise ist verständlich allein aus der Tatsache, daß nur äußerst geringen Wahlniederlage des Linksblockes gegenüber den bürgerlichen Parteien bei der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 1974 (Giscard siegte vor Mitterrand mit nur einem halben Prozent). Diese Tatsache, in der die P.C.F., eigenem Bekunden

zufolge einen ersten ermutigenden Beleg für einen sich wahrnehmbar verstärkenden Trend erblickte, bei den nächsten Parlamentswahlen, die damals freilich noch vier Jahre vor ihr lagen, eine linke Mehrheit im Parlament etablieren zu können, sollte es ihr immerhin auch ermöglichen können, nach der Regierungsübernahme sich dieses Rundfunks und mithin auch des Fernsehens bedienen zu können, wie derzeit vornehmlich noch die U.D.R.

Ob sich die Art der Fernsehberichterstattung verglichen mit jener unter de Gaulle und Pompidou dann freilich sehr ändern würde, sieht man einmal von dem anderen parteipolitischen Vorzeichen ab, darf freilich bezweifelt werden, da die P.C.F. durchaus ähnlich autoritäre Gruppen und Strömungen in ihren Reihen aufweist, wie dies auf Seiten der Gaullisten der Fall ist und war.

In einem Fernsehinterview mit den Journalisten André Harris und Alain Sédouy, das im Januar 1974 für eine Sendung unter dem Titel "Voyage à l'intérieur du Parti Communiste" aufgenommen wurde, äußerte sich der Chefredakteur des Parteiorgans "L'Humanité", René Andrieu, auf die Frage, was er im Falle eines Machtwechsels wohl für Perspektiven bezüglich der Nutzungsmöglichkeiten des Fernsehens durch seine Partei sieht:

"Je suis un militant à la disposition de mon parti. Je pense qu'il y a un instrument, dont je ne dis pas qu'on aurait le monopole exclusif, mais que la gauche devrait utiliser: c'est la télévision. Je pense que c'est un moyen formidable, si on sait s'en servir, pour faire connaître, pour faire avancer une solution.

-Est-ce que tu crains pas, en adoptant cette attitude-là de faire ce que faisaient précisément 'les autres'?

Non, justement. Il y aura un statut d'indépendance... Mais ce que je dis, c'est qu'on y participera beaucoup plus, puisqu'on sera la majorité. Mais on n'exclura pas les autres...

-Est-ce que vous conserverez quelques journalistes U.D.R. à l'O.R.T.F.?

Il faut quand même être franc. La direction de l'Office subira un certain bouleversement... Je ne crois pas comment on pourrait faire autrement. Cela dit, si un journaliste fait honnêtement son métier et qu'il n'est pas de la gauche, je ne vois pas pourquoi on le renverrait.

-Est-ce qu'il n'y a pas risque d'accaparement? Il y a tant de choses à dire, à expliquer...

C'est une tentation à laquelle il faudra résister, parce que, à mon avis, c'est contraire à l'esprit démocratique et, en définitive, cela se retournerait contre nous. Je crois qu'en France, il ne faut pas donner l'impression aux gens qu'on les oblige à manger du chocolat, même s'ils l'aiment..."⁵¹⁾

Inwieweit diese gemäßigte Haltung nach einem Regierungswechsel auch wirklich zur Anwendung käme, müßte abgewartet werden. Jedenfalls zeigt sich bei dem Bestehen speziell der Kommunisten auf der Beibehaltung sowohl der Strukturen als auch eines Gutteilens der Praktiken des Office die Absicht, die Anstalt in einer näheren Zukunft eigenen Zwecken nutzbar zu machen.

Ein letztes Argument wider die Aufhebung des Monopols, das von Seiten der P.C.F. angeführt wurde, zeigt bemerkenswerte Übereinstimmung mit der Zielsetzung der gaullistischen U.D.R.: es gilt, die französische Kultur zu wahren. Sie sah man durch die Einführung kommerzieller Fernsehanstalten in Gefahr gebracht. Der P.C.F.-Abgeordnete Chambaz rief Stürme der Entrüstung bei der gaullistischen Fraktion hervor, als er sagte:

"En fait, le Gouvernement entend limiter la production (des émissions culturelles; d.V.) des sociétés qu'il crée et la placer, sous prétexte de compétition, sous le signe de la rentabilité capitaliste. Par là, les contraintes économiques s'ajouteront aux tutelles administratives et gouvernementales pour peser dans le sens de l'uniformisation et d'appauvrissement des programmes, comme toute l'expérience internationale le confirme, particulièrement celle de la Grande-Bretagne où une

51) zit. nach: Jean Montaldo, aaO.; p. 183

société nationale se trouve en compétition avec une société soumise directement aux grands intérêts privés".

Im Gegensatz dazu, führt er aus,

"Des grandes dramatiques à la série "l'écriture par l'image", des émissions historiques aux grands reportages et aux grands documentaires, dans le domaine des variétés comme dans celui des émissions policières ou sportives, combien d'émissions, aujourd'hui de plus en plus rares, ont témoigné des possibilités de l'Office et du talent de ses créateurs!" 52)

Die U.D.R. verübelte Chambaz in diesem Zusammenhang besonders die Behauptung, der Abbau derartiger Sendungen sei ein Bestandteil einer Taktik, mit deren Hilfe die Privatisierung vorbereitet werden sollte.

Bereits Anfang Juli 1974 hatte ein unbekannter Autor, wenngleich mit einer anderen Zielrichtung, gleichermaßen der Regierung vorgeworfen, die Krise des Office künstlich erzeugt zu haben:

"Officiellement il s'agit, par cette nouvelle réforme mise en place à la faveur d'une crise artificielle du service public, de mettre fin à la dispersion et à la confusion des responsabilités ... Désormais ces organismes prendront la forme des sociétés nationales et seront dirigés directement ... par le gouvernement. C'est l'étatisation de la radio-télévision". 53)

(Der Streit um die Aufhebung des Monopols war also, wie man hieran sieht, im Parteiorgan gleich nach Absetzung der Pläne Baudains beendet worden, während er in der Assemblée nationale zwanzig Tage später von neuem aufgenommen wurde.)

Der Vorwurf blieb von Seiten der Kommunisten, eine polemische Beschuldigung, die sich durch kein Faktum bestätigen läßt, der qualitative Abbau der Programmgestaltung wie das finanzielle Fiasko der Gesamtanstalt seien allein das Produkt finsterner Machenschaften der Regierung, um dieserart eigene Ziele, sei es nun die Privatisierung oder die striktere Überwachung des Senders

52) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3704

53) "O.R.T.F.: La porte ouverte aux privées", in "L'Humanité", 4.7.1974, Artikel ungezeichnet, Unterstreichungen im Text

leichter durchführen zu können, ohne in größerem Umfang auf Proteste der Öffentlichkeit zu stoßen, die sich von jeder Reform, ganz gleich, wie sie ausfiel, nurmehr eine Verbesserung der bestehenden Zustände erhoffen konnte.

Bereits vor der Wahl Valéry Giscard d'Estaings zum Präsidenten der Republik hatten Kommunisten, die Radicaux de Gauche und die Sozialisten eine gemeinsame Aktionsplattform beschlossen. Die Einstellung der P.S. zum Problem der Beibehaltung des Monopols für Hörfunk und Fernsehen war infolgedessen gleichermaßen strikt.

Der Abgeordnete Jean Pierre Chevènement begründete die Einstellung seiner Partei zur bevorstehenden Rundfunkreform:

"A nos yeux, il est possible d'améliorer la gestion de l'O.R.T.F. tel qu'il est, sans le casser..."

Le deuxième corollaire du service public est sa démocratisation..
Le troisième corollaire du service public, c'est la décentralisation; il découle naturellement de la volonté de démocratisation. La décentralisation doit faciliter l'expression dans les villes et les régions..."

Allerdings:

"Un grand service public de l'audiovisuel est nécessaire.

Je n'aime pas le mot de monopole. Je préfère la notion de service public qui ne s'oppose pas à la floraison des modes d'expression, particulièrement nécessaire à une époque où l'éclatement de l'audiovisuel ouvre toutes les perspectives. Pour changer la vie, il faut changer la télévision."

Chevènement sah das Problem jedoch anders; er ging von einem Weiterbestehen des Monopols auch bei teilweiser Privatisierung aus: "Le maintien du monopole de la diffusion permettrait au pouvoir de conserver le privilège politique de la communication de masse, mais il ne gêne en rien la privatisation réelle de la production qui résultera inévitablement de la substitution de la loi du marché à l'arbitrage central." 54)

Das Problem der Privatisierung eines Fernsehprogrammes berührte ihn weniger; man wird noch sehen, warum.

54) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3712; Hervorhebung durch den Verfasser der Arbeit;

Bereits ein halbes Jahr früher hatte sich ein anderes Mitglied der P.S. zu dem bevorstehenden Projekt der Neuorganisation des Rundfunks -damals noch eine gaullistische Reform ohne den Vorstellungen eines Denis Baudouin- geäußert. Edouard Guibert ist Sekretär des "Syndicat national des journalistes" am staatlichen Rundfunk (S.N.J.)⁵⁵⁾

Er hatte im März, genau wie später Chevènement, behauptet, dieses Gesetz diene dazu, die Beeinflussbarkeit der neu zu schaffenden Anstalten (die Dezentralisierung wurde auch von der U.D.R. gefordert) von Seiten der Regierung zu heben. Er stimmte zwar mit anderen Kritikern des Rundfunks darin überein, das Office zu entflechten, da, wie auch er zugab, die zunehmende Verfestigung der Strukturen bald jede vernünftige Arbeit unmöglich gemacht hätte, doch sah er gerade in dieser Dezentralisierung neben der "téléguidance" durch die Regierung die Möglichkeit, stärkere privatwirtschaftliche Methoden der Unternehmensleitung hier einzuführen. Dies gelte es strikt abzulehnen. Allerdings blieb Guibert die Argumente für diese Einstellung schuldig. Das dritte Ziel, das die Regierung mit der Reform verfolgte, mußte besonders ihn als Gewerkschafter berühren: Der Einfluß der Arbeitnehmervertretungen, so sagte er, solle hiermit abgebaut werden. Dies werde geschehen, indem man die Möglichkeiten der Gewerkschaften, Streiks durchzuführen, zumindest stark beschneiden, wenn nicht sogar gänzlich abschaffen werde. Davon wären besonders Solidaritätsstreiks mit Mitarbeitern anderer Abteilungen betroffen. Dies freilich blieb auch unter Giscard eines der wesentlichen Ziele der Reform.

Durch die häufigen, oft in ihrer Zielsetzung nicht mehr verständlichen Ausstände hatte sich aber auch beim Zuschauer eine Verdrossenheit breitgemacht, die bewirkte, daß niemand außer Gewerkschaftsmitgliedern und den Parteien der Union de la Gauche sie weiterhin unterstützen wollten und bereit war, sich mit ihnen hierbei

55) vergl. den Artikel von Edouard Guibert: "Un nouveau statut pour la radio, in "L'Unité", 1.3.1974

zu solidarisieren. Dies galt umso mehr, als in Frankreich, anders als in Deutschland, auch verbeamtete Mitarbeiter der verschiedenen services publics die Möglichkeit zum Streik haben..

Offensichtlich unentschlossen bezüglich ihrer Einstellung zum Problem des Rundfunkmonopols war die zum Regierungslager gehörende Zentrumspartei "Centre Démocrate".

André Diligent, Sénateur du Nord, stellte in einem Interview mit der Parteizeitung "Démocratie moderne" die Entflechtung als notwendigen Schritt dar:

"Le découpage en sept unités est déjà un schéma plus rational.
(als die Erhaltung der Anstalt in monolithischer Form; d.V.)
L'information, comme les spectacles, ont besoin de structures
à dimensions humaines... La monstruosité bureaucratique doit
pouvoir s'atténuer..."

Und:

"Le monopole n'est concevable que dans le cadre du pluralisme".
Andererseits, sowenig diese Voraussetzung beim Office auch seiner Ansicht nach gegeben war, die "privatisation ne pourra jamais
être le fait du prince".⁵⁶⁾

Aus diesem Grund lehnte der Berichterstatte der nach ihm benannten Untersuchung des Senats aus dem Jahr 1972 diese Lösung ab und favorisierte Vorschläge, den verschiedensten Übeln innerhalb des Office mit gezielten Maßnahmen zu Leibe zu rücken.

Anders hingegen Annie Lombard, die Chefredakteurin der "Démocratie moderne", die in der ihr vorbehaltenen Kolumne des Blattes sich am Tag nach der zweiten Lesung des Gesetzes im Parlament ausdrücklich gegen die Beibehaltung des Monopols aussprach. Sie kritisierte die Regelung des Long-Planes als bezüglich der Befreiung des Rundfunks von unerlaubten Einflüssen durch Regierungsmitglieder nicht genügend weit gehend.⁵⁷⁾ Allein durch die Abschaffung des Monopols wäre es möglich gewesen, diesen Mißstand ein für allemal zu beseitigen. Sie wandte sich dabei vornehmlich gegen die Einstellung der Union de Gauche, die diese Praktiken stets kritisiert hatte, nun aber tatenlos bleibe.

56) Interview mit André Diligent in "Démocratie moderne", 11.7.1974

57) Vergleiche hierzu das Editorial in "Démocratie moderne" vom 25.7.1974

Die Tatsache, daß die Kritik an so exponierter Stelle innerhalb eines Parteiorganes auftauchte, deutet darauf hin, daß die hier geäußerte Meinung wohl nicht allein von Frau Lombard gehegt wurde, zumal sich in den folgenden Nummern des Blattes, anders als zu anderen Themen, keine Leserstimmen fanden, die es für nötig erachtet hätten, ihre Stellungnahme kritisch zu würdigen.

4. DIE DISKUSSION DES GESETZES VON 1974 -FORTSETZUNG

Article 2:

L'établissement public de diffusion

Un établissement public à caractère industriel et commercial reçoit mission d'assurer la diffusion des programmes de radio et de télévision, d'organiser, de développer, d'exploiter et d'entretenir les réseaux et installations de diffusion. Il procède aux recherches concernant les matériels et les techniques de radio-télévision.

Le conseil d'administration de l'établissement est composé pour moitié de membres représentant l'État. Il comprend, d'autre part, un parlementaire au titre de l'opinion publique désigné conjointement par les commissions permanentes compétentes de l'assemblée nationale et du Sénat ainsi que des représentants des sociétés nationales de programme et du personnel de l'établissement.

Les membres du conseil d'administration exercent leur mandat pour trois ans. Il peut être mis fin à tout moment au mandat des représentants de l'État.

Le président, choisi parmi les membres du conseil d'administration, et le directeur général sont nommés pour trois ans par décret en conseil des ministres.

Ebenso wie schon bei Artikel 1, bei dem ein Antrag auf Ersatz des Originaltextes durch das amendement 112 abgelehnt wurde, mit dem die P.C.F. versuchen wollte, entgegen den Intentionen der Regierung das Gesetz von 1972 fortzuschreiben, wurde nunmehr der von der P.S. eingebrachte Antrag 32 mit gleicher Begründung verworfen. Gleiches geschah mit dem amendement 68, mit dem die U.D.R.-Abgeordneten Le Tac und Maretté versuchen wollten, die Sendegesell-

schaft der tutelle zusätzlich durch das Postministerium zu unterstellen. Begründung: Der Antrag beziehe sich allein auf technische Details, die an dieser Stelle nicht zu regeln seien.

Im Namen der vereinigten Linken kündigte der P.S.-Abgeordnete Chevènement an, die Union de la Gauche werde sich bei der Abstimmung enthalten, da sie dem Vorschlag zwar positiv gegenüberstehe, andererseits eine weitere, nicht wünschenswerte Zersplitterung von Regierungszuständigkeiten hierin sehe.

Eine Debatte größeren Ausmaßes entzündete sich an der Frage der Eingliederung der Abteilungen zur Ausbildung junger Mitarbeiter, der rundfunkeigenen Forschungsabteilung, sowie der verschiedenen Archive von Hörfunk und Fernsehen. Hierbei mußte der Regierungssprecher eingestehen, daß zu diesem Punkt des Gesetzes von Seiten der Regierung noch keine fertigen Vorschläge vorliegen. Wie Rossi ausführte, sollte für all diese Dienste ein eigenes Institut gegründet werden: das Institut de l'audio-visuel. Die juristischen Strukturen sollten "(être mis) sur pied dans les deux ou trois prochains mois".⁵⁸⁾

Die entsprechende Verordnung zur Gründung des Institutes wurde in der veröffentlichten Fassung des Gesetzes noch vor Klärung dieser Frage unter Artikel 3 aufgeführt.

Abgelehnt wurden die Anträge 114 (Besetzung des Verwaltungsrates der Sendegellschaft durch ein Drittel der Mitglieder als Vertreter der Regierung, ein Drittel Vertreter des Parlamentes, ein Drittel Vertreter der Mitarbeiter) der Abgeordneten Ralite, Andrieux und Chambaz für die P.C.F. und 33, in dem die Kopfzahl des Verwaltungsrates auf zwölf festgeschrieben werden sollte und das besondere Wert auf die Feststellung legte, das Drittel der Vertreter des Parlamentes sollte "(être) assurant la représentation la plus exacte possible de l'opinion." ⁵⁹⁾

Als ^B Begründung wurde in beiden Fällen angeführt :

"il est de tradition que l'État ait la majorité en la matière".⁶⁰⁾

58) J.O., aaO., 24.7.1974, p. 3746

59) J.O., aaO., 24.7.1974, p. 3747

60) J.O., aaO., 24.7.1974, p. 3748

Mit der Neuregelung bezüglich des Institut de l'audio-visuel wurde auch der Antrag 31 der P.S. nachträglich zumindest teilweise berücksichtigt, mit dem als Anhang zum ersten Artikel ein "conseil national de la radio-télévision française" mit gleicher Aufgabenstellung zu gründen gewesen wäre, (Diese Einrichtung taucht (später) auch in dem Grundlagenpapier zu einer eigenen proposition de loi der P.S. (s.o.) als sogenannter C.R.T. auf) das amendement 31 aber abgelehnt.

Article 3

Les ressources de l'établissement public de diffusion comprennent:

- 1° La rémunération versée par les sociétés nationales de programme pour la diffusion de leurs émissions et la rémunération des services rendues sous quelque forme que ce soit;
- 2° Un pourcentage de la redevance pour droit d'usage des postes récepteurs, calculé de façon à permettre progressivement la diffusion des émissions sur l'ensemble du territoire national;
- 3° Le produit des emprunts;
- 4° Les revenus du portefeuille et des participations autorisées.

Le budget de l'établissement est soumis à approbation

Bedingt durch den Einschub der Verfügung zur Gründung des Institut de l'audio-visuel wurde dieser Artikel in der Schlußfassung auf die sechste Stelle verschoben (Article 6).

Einem Antrag der Regierung (166) wurde stattgegeben, die Liste der verschiedenen Einkünfte der Sendegesellschaft (unter 1°) um den Zusatz zu erweitern "ainsi que les fonds de concours". Damit sollte, so der Regierungssprecher, sichergestellt werden, daß weitere staatliche Mittel hier eingesetzt werden konnten, wenn dies sich als nötig herausstellen sollte.⁶¹⁾ Gedacht war dabei an finanzielle Zuweisungen beim Ausbau des Sendernetzes des zweiten und speziell des dritten TV-Kanals.

61) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3749

Von Seiten der Union de la Gauche wurde der Antrag freilich abgelehnt, da "ces fonds peuvent venir des collectivités locales mais aussi avoir une source privée".

Auch hier wieder die strikte Zurückweisung von Privatkapital in einem Unternehmen des service public.

Zurückgewiesen wurde gleichfalls ein Antrag der Sozialisten und der Radicaux de gauche, von den Unternehmen der Elektronikbranche sowie von den einzelnen Rundfunkgeschäften eine Abgabe für die Ausstrahlung der täglichen Testbilder durch die Sendegesellschaft zu erheben. (amendement 36)

Ebenso wie die Einstellung zu Antrag 166 zeigt auch dies eine eindeutige Bevorzugung des service public zu Lasten privater Unternehmen, die dieserart etwa Vorteile erlangen könnten.

Der P.C.F.-Abgeordnete Chambaz kommentiert die Ablehnung:

"L'insistance avec laquelle le principe même de subventions de l'État à l'établissement public de diffusion est refusé par le Gouvernement nous préoccupe alors même qu'il n'hésite pas à imposer des subventions aux collectivités locales déjà surchargées par la fiscalité et les transferts de charges dont elles sont les victimes. Il n'hésite pas non plus à subventionner des sociétés privées, y compris des sociétés multinationales comme la Thomson-CSF, qui tire des sur-profits scandaleux de l'exploitation de l'O.R.T.F.." ⁶²⁾

Letztes amendement zu Artikel drei war ein Antrag von Sozialisten und Radicaux de gauche, in dem diese forderten, als Ergänzung der Liste der Einnahmequellen der Sendegesellschaft noch "les subventions de l'État" aufzuführen. Der Antrag 37 wurde von der Commission des affaires culturelles mit der Begründung, die Regierung bringe bereits anderweitig genügend Mittel zur Finanzierung auf, zurückgewiesen. Der Regierungssprecher stellte dem Parlament die Entscheidung frei, ohne näher auf eine Unterstützung der Sendegesellschaft einzugehen.

Das amendement wurde angenommen.

62) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3751

Article 4

Une société nationale est chargée de la conception et de la programmation des émissions de radiodiffusion. Elle peut produire des émissions.

Der Artikel wurde erweitert um die Ausführungen des Antrages Nr. 70 des U.D.R.-Abgeordneten Le Tac und des P.S.-Mitgliedes Chevènement: "Elle produit des émissions et peut céder à des tiers les droits qu'elle possède sur ces émissions".

Sowohl der Berichterstatter der Commission des affaires culturelles als auch der Vertreter der Regierung stimmten der Bestimmung unter Hinweis auf die Tatsache zu, daß der Sender dieserart bei der Produktion seiner Programme entlastet würde und allen seinen Aufgaben im Sinne des Gesetzes leichter nachzukommen fähig wäre.

Abgelehnt wurde Antrag Nr. 71, gleichermaßen von diesen beiden Abgeordneten, der bestimmen sollte:

"Elle (la société nationale de radiodiffusion; d.V.) assure la gestion et le développement des orchestres existant de l'O.R.T.F. tant à Paris qu'en province, dans le cadre des obligations de service public donnant lieu à compensation".

Die Ablehnung erfolgte von Seiten der Regierung unter Hinweis auf die Tatsache, in dem vorliegenden Artikel sollten keine Detailprobleme der Organisation gelöst werden.

Ursache der Einbringung des amendements 71 war die bereits im März von Edouard Guibert in "L'Unité" geäußerte Befürchtung, die Umstellung der Strukturen des Rundfunks werde zu zahlreichen Entlassungen von Mitarbeitern des Office führen. Im Gespräch waren hierbei besonders die Musiker der verschiedenen Orchester des Office, die Angehörigen der Chöre und die Journalisten. Tatsächlich wurden die regionalen Philharmonischen Orchester des O.R.T.F., sowie eines der drei Pariser Orchester aufgelöst, da von ihrer Besetzung her zT. über 60 Prozent durch frühzeitige Pensionierung der Mitarbeiter abgebaut wurden (s.u.). Der Regierungssprecher bestätigte in diesem Zusammenhang:

"On avait envisagé de supprimer un orchestre. (...) J'ai donc

très honnêtement fait état d'un projet vieux de cinq ou six mois et qui du reste n'a pas été un mystère car le président de l'Office en a sans doute fait part au comité d'entreprise."

Aber:

"L'Assemblée doit savoir que le gouvernement est conscient de l'intérêt que représentent la musique et les chœurs. C'est pourquoi, au niveau des cahiers des charges, sera indiquée une formule de rattachement tenant compte à la fois des orchestres de Paris et de ceux de province, pour reprendre une nuance très judicieusement opérée par M. le rapporteur." 63)

Der angesprochene Jean de Préaumont hatte den Vorschlag unterbreitet, die Zuständigkeiten zwischen Hörfunkgesellschaft und der für die Regionalprogramme und den dritten TV-Kanal zuständigen Gesellschaft FR-3 aufzuteilen.

Article 5

Trois sociétés nationales sont chargées de la conception et de la programmation des émissions télévisées.

Elles peuvent produire des émissions.

Diesem Text wurde ein Entwurf der Sozialisten und der Radicaux de gauche entgegen gesetzt, der von der Schaffung allein zweier Gesellschaften ausging. Jean-Pierre Chevènement führte in seiner Begründung aus, daß auch der Rapport Paye (1970), nach dessen Vorschlägen man sich schließlich auch richten müsse, allein von zwei Gesellschaften -exakter: Programmabteilungen- ausging.

Man kann das Argument getrost als parteipolitische Spiegel- fechtereil bezeichnen und betrachten: Der Rapport Paye sprach von zwei Programmeinheiten auf nationaler Ebene plus einer separaten regional arbeitenden Einheit.

Das Argument, das sich hinter dieser Taktik verbirgt, zielt darauf hin, das im weiteren Text des Projet de loi der Regierung angesprochene Verfahren der Zuteilung von Gebühren nach dem Schema der concurrence zu verhindern, eine bei Dreiteilung nur schwer mögliche Programmharmonisierung zu gewährleisten, sowie das Verfahren der Aufteilung der Werbeeinnahmen zu vereinfachen,

63) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3760 f.

indem die beiden ersten TV-Kanäle in einer einzigen Gesellschaft zusammengefaßt werden.

Das amendement 39 wurde als der Zielsetzung des Gesetzes zuwiderlaufend abgelehnt.

Gleiches geschah mit einem Änderungsantrag der Abgeordneten der Réformateurs, der Zentrumsparlei (C.D.) und der Démocrates sociaux, der festlegen sollte, daß eine der drei Gesellschaften -gemeint war jene des dritten Fernsehprogrammes und der Regionalstudios des Hörfunks- innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren ihren Sitz außerhalb der Hauptstadt nehmen sollte. Die Argumentation des Abgeordneten Zeller (Réf.), mit der dieser den Antrag 101 begründete

"...nous souhaitons qu'un choix très clair soit fait dans le domaine de la décentralisation géographique, dont les avantages, tant culturels que financiers et économiques, ne sont certainement pas à démontrer. Nous avons l'impression qu'en proposant un tel amendement, nous servons l'intérêt du pays.",

wurde von Seiten der Commission des affaires culturelles zurückgewiesen unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, die sich bei der Auswahl des siège social ergäben. Der Vertreter der Regierung erteilte dem Vorschlag gleichermaßen eine Absage unter Hinweis auf die für eine Realisierung nötigen finanziellen Aufwendungen, die nicht verantwortet werden könnten. Er schlage deshalb vor, allein in den bislang bereits bestehenden Regionalstudios die Voraussetzungen für einen weitergehenden Aufgabenbereich über die Bestimmungen des "Loi Malaud" hinaus zu schaffen, ansonsten aber die Leitung der Gesellschaft in Paris zu belassen.

Article 6

L'une des sociétés nationales réserve une place privilégiée au cinéma et à l'organisation d'émissions consacrées à l'expression directe des diverses familles de croyance et de pensée. Elle est chargée des stations régionales de radio et de télévision.

Le service de radiodiffusion et de la télévision dans les départements et territoires d'outre-mer lui est rattaché selon des modalités fixées par décret et par le cahier des charges,

compte tenu des besoins spécifique de ces départements et territoires.

Un comité consultatif des programmes pour les départements et territoires d'outre-mer assiste le président du conseil d'administration. Il est composé d'un membre choisi par chacun des conseils généraux ou assemblées territoriales et de deux personnalités désignées par arrêté.

Durch das amendement 26 wurde auf Betreiben der U.D.R. der Zuständigkeitsbereich der Gesellschaft präzisiert als "en métropole et dans les départements d'outre-mer".

Abgelehnt wurde dagegen der Antrag 150 eines einzelnen fraktionsfreien Abgeordneten, der Gesellschaft auch weiterhin, wie bereits nach dem "Loi Malaud" Senderechte auf den Wellen der ersten beiden Fernsehkanäle zuzugestehen. Das Argument: das alte Schema habe sich als unzureichend und fehlerhaft erwiesen und könne deshalb nicht weitergeführt werden.

Der Antrag wurde daraufhin von dem Abgeordneten Bolo zurück gezogen.

Trotz Widerspruch wurde der Antrag von Abgeordneten der U.D.R. und der F.N.R.I. angenommen, demzufolge die Regionalzentren der Gesellschaft über je ein eigenes Budget verfügen sollen, über das sie selbst verfügen aber der Leitung der Gesellschaft gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet sind.

Die Commission des affaires culturelles hatte das amendement 74 zurückgewiesen, da seine Bestimmungen der Regionalzentren zu viel Freiheiten ließen. Der Regierungssprecher dagegen verwarf es, denn "le Gouvernement ne peut pas accepter un amendement qui conduirait à une galaxie d'unités régionales". 64)

In beiden Fällen zeigt sich das Bestreben, trotz einer technisch notwendigen weitergehenden Dezentralisation diese doch nicht soweit zu treiben, daß die regionalen Sendestudios zu sehr der Kontrolle durch die Zentrale und damit letztlich durch die diese kontrollierende Regierung entglitten. Dies war durch die Bereitstellung eigener Finanzmittel wohl zu befürchten.

64) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3766

Anstelle des zweiten Absatzes wurde schließlich auf Initiative der Abgeordneten der P.S. und der Radicaux de gauche das amendement 40 eingefügt, das bestimmt: "Elle

(La société nationale; d.V.) est chargée de la gestion et du développement des centres régionaux de radio et télévision.

Les émissions culturelles ou d'information produites par les stations régionales pourront être programmées par les sociétés nationales dans des conditions fixées par le cahier des charges de chacune d'elles.

Auprès de chaque centre régional de radio et de télévision est institué un comité régional de l'audiovisuel. Il veillera notamment à préserver dans les productions régionales l'expression des langues et cultures régionales. Sa composition est représentative des principales tendances de pensée et des grands courants de l'opinion. Elle est fixée par le conseil régional après avis du conseil économique et social".

Der Antrag wurde von der Commission des affaires culturelles mit Hinweis auf einen Formfehler -es müsse im ersten Satz anstelle von "centres régionaux" richtiger "stations régionaux" heißen- abgelehnt. Der Einwand von Seiten der Regierung ging dahin, bei dem weiterhin bestehenden "Haut-conseil de l'audio-visuel" eine spezielle Untergruppe "Études régionales" zu errichten. Auch hierin zeigte sich der Hang, die Dezentralisierung des Rundfunks nicht über das unabdingbar technisch nötige Maß hinaus weiterzutreiben.

Dem hatte der Abgeordnete Le Pensec bei der Begründung des Antrages entgegengehalten: "Il y a certes, dans ce projet, des velléités de reconnaissance de la région, mais on comprendra notre scepticisme et notre volonté d'y voir inscrire les principes de décentralisation qui peuvent et doivent aller au-delà d'une décentralisation-alibi ou de la décentralisation ponctuelle d'une chaîne." 65)

65) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3763

EXKURS: FREIE MEINUNGSÄUßERUNG UND MÖGLICHKEITEN DES ZUGANGES
ZU DEN MEDIEN HÖRFUNK UND FERNSEHEN

Im Text des Artikels 6 fallen zwei Wendungen auf:

Im ersten Absatz "émissions consacrées à l'expression directe des diverses familles de croyance et de pensée".

Im zweiten Absatz, nun revidiert, die Bestimmung bezüglich der Besetzung der neu zu etablierenden Comités régionales: "Sa composition est représentative des principales tendances de pensée et des grands courants de l'opinion".

Hält man sich vor Augen, daß mit diesem Gesetz auch der Regierungseinfluß auf die elektronischen Medien im Lande begrenzt werden sollte, so muß man, will man hinterher überprüfen können, welche Veränderungen das Gesetz auch auf diesem Sektor brachte, die Situation im Lande seit Ende des letzten Weltkrieges betrachten.

Nach der Libération hatte der Rundfunk den Status eines service administratif erhalten, bekam im Staatshaushalt einen eigenen Finanzposten und war dem Conseil d'État direkt unterstellt. Im Laufe der letzten Jahre waren es die Parteien der Union de la Gauche, die sich stets darüber beklagt hatten, daß die Aufsicht der Regierung über den Rundfunk zu straff geführt wurde, daß diese nicht nur die ihr zustehenden Kontrollrechte auf Grund der tutelle durch das Wirtschafts- und Finanzministerium, früher auch durch das Informationsministerium, wahrnahm, sondern die Aktivitäten des und innerhalb des Senders regelrecht fernsteuerte, woher sich der Begriff der "téléguidance" ableitete.

Wann aber entstand diese Übung?

Am 12. Juni 1947 brachten Abgeordnete der P.S. eine proposition de loi ein "portant l'organisation de la Radiodiffusion Française." ⁶⁶⁾

Hierin wurde unter Artikel 17, Abs. II bestimmt

"La Radiodiffusion française peut être tenue par le Gouvernement ou son représentant de s'abstenir de diffuser une émission."

Der Gesetzentwurf fand im Parlament nicht die nötige Mehrheit und trat so nicht in Kraft. Als Autoren zeichneten verantwortlich

- 66) Um hier Mißverständnissen vorzubeugen, muß darauf hingewiesen werden, daß es sich um Mitglieder aus vier sozialistischen Gruppierungen im Parlament handelte, der S.F.I.O., der C.I.R., der U.C.R.G. und der "Union des Groupes et Clubs Socialistes". Die P.S. wurde erst als Zusammenschluß am 13. Juni 1971 in Epinay sur Seine gegründet.

Gaston Defferre, Alain Savary, Daniel Mayer - 1974 war er Präsident der Liga zum Schutz der Menschenrechte- und Arthur Conte, den Präsident Pompidou als seinen persönlichen Freund und Vertrauten zum Generaldirektor des Office machen sollte -er war inzwischen zur U.D.R. gewechselt- und der als der Begründer der "information loyale" galt, jener Art regierungskonformer und ihr gegenüber unkritischer Bericht-erstattung, die auf die Phase der "libération de l'information" folgte.

In diesem Gesetzesentwurf war also die Möglichkeit direkter Beeinflussung des Rundfunks bereits vorgesehen.

Dann betrat ein anderes, heute namhaftes, Mitglied der Sozialisten die politische Bühne in wichtiger Funktion: François Mitterrand. Als Staatssekretär beim Präsidenten des "Conseil de la République" Henri Queuille, eines "vétérane de la III^e République", war er 1949, wie schon in den vorangegangenen Kabinetten André Maries (Radikalsozialist) und Robert Schumans (Mouvement Républicain Populaire), für das Informationswesen und damit auch für den Rundfunk zuständig. Er selbst war damals Mitglied der "Union démocratique et socialiste de la Résistance" (U.D.S.R.), einer Gruppierung, die bei der Befreiung Frankreichs von deutscher Besatzung aus der Bewegung nichtkommunistischer Résistance-Mitglieder hervorgegangen war. Unter Mitterrand wurde der Rundfunk der tutelle durch das Informationsministerium unterworfen, durch die das "ordentliche Funktionieren" der Anstalt -was immer man darunter verstehen mochte, der Begriff war nicht definiert worden- gesichert werden sollte.

Am 24. Mai 1949 bestimmte das Parlament eine "Commission d'enquête parlementaire", deren Aufgabe darin bestehen sollte, sich zu "renseigner sur les conditions dans lesquelles était assuré la gestion administrative et financière du service de la Radiodiffusion".⁶⁷⁾

und die über ihre Untersuchungsergebnisse Bericht zu erstatten hatte. Diese Kommission, mit dem Ergebnis ihrer Untersuchung

67) zit. nach: Jean Montaldo, aaO., p. 190; keine Quellenangabe

höchst unzufrieden,drängte darauf,daß das Parlament endlich Richtlinien für die Verwaltung des Senders erließ.Da die Regierung ihre Befolgung nicht durchsetzen konnte,wurde gegen sie sowohl von der Direktion wie auch von den einzelnen Mitarbeitern des Rundfunks mehr und öfter verstoßen,als daß sie sie beachtet hätten.Mittlerweile aber war die "téléguidance" am Rundfunk bereits eingeführt worden.Der genaue Termin läßt sich heute nicht mehr rekonstruieren.Belegt wird der Umstand allein anhand der Tatsache,daß sich im Journal Officiel vom 25. Juli 1950 der Bericht eines Senators Pellenc findet,in dem dieser Mitterand beschuldigt,Berichte weiterer - zahlenmäßig nicht genannter - Untersuchungen zurückzuhalten,um gravierende Mißstände zu verschleiern,die von parlamentarischen Untersuchungskommissionen aufgedeckt worden waren und für die Mitterand auf Grund seines Amtes die Verantwortung trage.Pellenc kritisierte dabei die Existenz von

"les gaspillages,les copinages et les téléguidances". Sendungen wurden abgesetzt,Nachrichtenprogramme bezüglich ihrer Inhalte zensiert.Daneben fanden sich,etwa ab 1951,Sendungen,die der kommunistische Abgeordnete Jean Cagne als "des émissions de propagande" bezeichnete:Jean-Paul David,Abgeordneter der Republikanischen Partei,produzierte zweimal wöchentlich Sendungen der Bewegung "Paix et Liberté".In ihnen stellten Schauspieler die stalinistischen Säuberungen nach und zeigten das Leben in den osteuropäischen Staaten als drohendes Beispiel für den Verlust aller Freiheiten auf.Diese Sendungen wurden nicht allein von Kommunisten wegen ihrer Grobschlächtigkeit verurteilt und abgelehnt.Welche Geldmittel hierfür bereitgestellt wurden,entnimmt man einer Rede wiederum des Abgeordneten Cagne: "Vous n'avez pas besoin d'argent puisque vous n'avez jamais démenti mon collègue Fernand Grenier qui,à quatre reprises,vous a accusé d'avoir prélevé deux milliard de Francs (alte Francs;d.V.) sur les derniers publics pour alimenter la PROPAGANDA STAFFEL officielle." 68)

68) J.O.,aaO.,19.12.1951,p.933o -Hervorhebung im Text

Am 18. Juni 1954 nahm die Regierung Mendès-France ihre Arbeit auf. In diesem Jahr ereigneten sich auf politischem Gebiet folgende Ereignisse von Bedeutung für Europa und die Welt:

- 21. Juli 1954: Die Teilung Vietnams in zwei Staaten und die Entlassung Laos und Kambodscha in die Unabhängigkeit werden durch ^Vertrag in Genf festgelegt.
- 30. August 1954: In der Assemblée nationale wird die Ratifizierung des EVG-Vertrages abgelehnt.
- 12. Oktober 1954: Mit den Londoner Abmachungen beginnt die ~~W~~iederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland.
- 1. November 1954: An diesem Tag beginnen die Ereignisse in Algerien, die schließlich zur Unabhängigkeit des Landes führen.

Über all dies unterrichtete der Rundfunk nur unvollständig. Die R.T.F. arbeitete in der Form eines elektronischen Generalanzeigers, eines Sprachrohres allein der Regierung. Frankreich verfügte, wie es der Premierminister ausdrückte, über "la radio la plus disciplinée d'Europe".

Noch bis zum 28. Juli 1955 gab es kein Gesetzeswerk, das sowohl den Status der Rundfunkanstalt, als auch ihre Arbeitsweise befriedigend geregelt hätte. Allein Teilbereiche waren durch ordonnances geregelt (s.o.). Dies war Grund genug, für die Sozialisten im französischen Parlament, zu diesem Termin eine zweite "Proposition de loi portant statut de la Radiodiffusion-télévision française" vorzulegen. Verfasser: Mme. Degrand, MM. Berthet, Gazier und Arthur Conte.

Hierin hieß es, die Freiheit der Berichterstattung betreffend, im Artikel 12:

"Le Gouvernement peut interdire à la radiodiffusion-télévision française la diffusion d'une information. Lorsque celle-ci est retransmise en différé, il est précisé que la diffusion a été retardée à la demande du gouvernement".⁶⁹⁾

Ein dritter ^Versuch in gleicher Richtung wurde von der Regierung Guy Mollet am 4. Juli 1956 unternommen.

69) Document Assemblée nationale N^o 11375; 28. Juli 1955

In ihrem "Projet de loi portant statut de la R.T.F." hieß es im Artikel 15:

"A tout moment, l'établissement peut être obligé par le ministre chargé de l'Information de diffuser toutes communications que celui-ci juge nécessaires, et doit être en mesure de les diffuser. Il peut être tenu de s'abstenir de diffuser une émission ou d'en retarder la diffusion".⁷⁰⁾

Enthält der erste Teil eine Verfügung, die inhaltlich jener Regelung des Artikel 5 des O.R.T.F.-Gesetzes von 1964 entspricht, so findet sich im zweiten Teil wiederum die bekannte Formel, mit der versucht werden sollte, auf der Grundlage eines Gesetzes in die Programmgestaltung vornehmlich des Nachrichtendienstes - andere Fälle sind auch in den folgenden Jahren kaum nachzuweisen - einzugreifen.

Beide Projekte scheiterten daran, daß zu ihrer Durchsetzung die nötigen parlamentarischen Mehrheiten nicht zustande kamen. 1959 wird General de Gaulle Präsident der V. Republik.

Hatten bis zu diesem Zeitpunkt vornehmlich die Parteien aus dem bürgerlichen Lager sich über die Praxis der Zensur und der Behinderung des freien Zuganges aller Gruppen der Gesellschaft, mithin auch aller Parteien, zum Rundfunk beklagt, so wandte sich die Praxis der "téléguidance" nunmehr gegen ihre eigenen Erfinder.

An die Stelle der tutelle trat nun die "autorité directe", eine Kontrolle, die sich, wie die tutelle es nur auf Grund der gepflogenen Praxis recht außerhalb der juristischen Bestimmungen tat, nun rechtmäßig auch mit Details befassen, solche regeln konnte.

Darüber hinaus nahm der Grad an Beeinflussung speziell des Fernsehens und seiner Programme überdurchschnittlich zu.
Warum?

In der allerersten Nachkriegszeit hatten die Regierungen fast ausschließlich den Hörfunk zu zensieren versucht. Dort wurden Nachrichten unvollständig weitergegeben, manchmal völlig

70) Document Assemblée nationale N^o 2438; 4. Juli 1956

unterschlagen. In den ersten Jahren, als es erst einige Tausend Fernsehzuschauer gab, war dieser Bereich für die Regierung noch weitestgehend uninteressant.

Nun aber wuchs die Notwendigkeit, auch und besonders dieses Medium zu überwachen: Mitte der Fünfziger Jahre hatte man bereits über 60 000 Empfänger gezählt, zur Zeit des Regierungsantritts General de Gaulles waren es fast dreiundzwanzig Mal soviel, fast 1,4 Millionen. Hier gab es eine genügend große Zahl von Zuschauern, an deren politischem Weltbild der Regierung und den sie tragenden größten Partei gelegen sein mußte.

Ein Mittel, dieses zu beeinflussen, ergab sich aus der Rechtsform des Rundfunks. Eine der ersten Handlungen der Regierung Debré bestand darin, ihn in Form eines établissement public zu organisieren. In Nuancen hatte er somit die gleiche Rechtsform wie andere staatliche Unternehmen des service public, etwa die Eisenbahnen oder die Energieversorgungsunternehmen "Electricité et Gaz de France" (E.G.F.). Hierdurch wurde -unter Normalumständen- für einen reibungslosen Geschäftsablauf gesorgt, der

Tatsache, daß der Rundfunk als Informationsträger auch Meinung transportierte, die nicht reglementiert werden sollte und durfte, wurde jedoch nicht Rechnung getragen. Im Verwaltungsrat des Senders, der auch die Programmpolitik bestimmte saßen allein Mitglieder der Parteien, die auch die Regierung stellten. In der Zeit vor Einrichtung dieses Gremiums war allein der Generaldirektor der Radiodiffusion und seine Subdirektoren für die Programmpolitik verantwortlich, doch auch sie waren Mitglieder oder zumindest Sympathisanten dieser Regierungsparteien.

Sollte dies allein nicht ausreichen, so hatte die Regierung in den Jahren zwischen 1959 und 1964 die autorité directe, die ihr Einflußnahmen legal gestattete. Daneben wurden in recht großzügiger Auslegung der Möglichkeiten der Regierungskontrolle die Praktiken der bekannten "éléguidance" weitergeführt.

Dies alles diente dem Wunsch, möglichst nur unkommentierte, "reine" Information zu erhalten, kommentierte Äußerungen, Meinungen, dagegen zu verhindern. Probleme, die man nicht lösen konnte, zB. die beginnenden Schwierigkeiten mit Algerien, sollten nicht verstärkt in die öffentliche Diskussion gebracht werden, so der zweite Grundsatz.

Daraus kann freilich nicht geschlossen werden, daß es explizit niedergelegte Anordnungen gab, die eine derartige Informationspolitik forderten. Vielmehr wirkte sich der Einfluß der Regierung derart aus, daß die Informationen des Rundfunks solche Züge annahmen.

So konnte es geschehen, so Maurice Siegel in seinem Rückblick auf zwanzig Jahre der Arbeit als Chefredakteur des Senders "Europe N^o 1", daß kommerzielle Stationen bei der Berichterstattung bisweilen echte Monopolstellungen erreichten: Die erwähnte Station berichtete als einzige ausführlich über die Geschehnisse während des Ungarnaufstandes 1956.

Mit dem O.R.T.F.-Gesetz von 1964 wurde im Artikel 5 seiner Ausführungen jene Bestimmung aufgenommen und festgelegt, die bereits im Projet de loi der Regierung Guy Mollet vom 4. Juli 1954 in ähnlicher Form aufgeführt worden war:

"Le Gouvernement peut à tout moment faire diffuser ou téléviser par l'Office de Radiodiffusion-Télévision française toute déclaration ou communication qu'il juge nécessaire."

Daß die Regierung über dieses Recht hinaus auch weiterhin in andere Bereiche der Arbeit des Rundfunks hineinwirkte, ohne dazu berechtigt zu sein, zeigt ein Absatz aus dem Rapport Diligent:

"Il n'appartient pas au Gouvernement d'autoriser l'O.R.T.F. à entreprendre pour le compte de certaines fondations, dans un but humanitaire, ou pour son propre compte, des 'campagnes'. Il ne lui appartient pas non plus de lui interdire d'informer, de laisser s'exprimer ceux qui ont la charge de ces intérêts élevés". 71)

Im Zusammenhang mit dem Erlaß dieses Gesetzes wurde im Informationsministerium eine besondere Unterabteilung geschaffen, der "Service de Liaison Interministériel pour l'Information" (S.L.I.I.) Hierbei handelte es sich um

"un service spécial, chargé d'homologuer et d'équilibrer les demandes de séquences télévisées formulées par les différents ministres." 72)

71) Rapport Diligent, aaO., p. 212 -Hervorhebung durch d. Verfasser

72) Definition nach Jean Montaldo, aaO., p. 149 -keine Fundstelle des Zitats

Die Einflußnahme der Regierung lief zu einem Gutteil über diese Einrichtung. Nicht nur, daß sie Listen ausgab, die die Chefredakteure oder ihre Vertreter wochentäglich auf einer kurzen Konferenz am Morgen überreicht bekamen, auf denen, über die zu verbreitenden Informationen hinaus auch all jene anderen aufgezeichnet waren, die unter keinen Umständen zu veröffentlichen waren; der Direktor der "Actualités télévisées", der im sechsten Stock des Sendekomplexes in der Rue Cognacq-Jay residierte, war über eine Standleitung mit dem Direktor des S.L.I.I. verbunden, über die ihm darüber hinaus weitere Anweisungen bezüglich der Ausstrahlung von Nachrichtenprogrammen zugeleitet werden konnten.

"Les journaux radio-télévisés se préparent plus rue Varenne (am Sitz des Informationsministeriums; d.V.) qu'à l'O.R.T.F." zitiert Jean Montaldo einen ungenannten Fernsehtechniker, und:

"MM. Marcillac, Sablier, Guillaud, Fromentin et Mme. Baudrier ne sont en fait que 'des agents d'exécution qui mettent en forme les desiderata du pouvoir.'" ⁷³⁾

So war es auch kein Wunder, daß am 14. Oktober 1965 der Abgeordnete Fréville (C.D.) vor der Assemblée nationale Klage führte:

"Le ministre de l'information s'est souvent plaint de l'absence d'autorité. Or, celle-ci a été rétablie, pleine et entière. Vous avez, monsieur le ministre, placé vos hommes à tous les postes clefs. L'O.R.T.F. - il faut bien le dire - est devenu un organisme U.N.R. (die damalige Bezeichnung der heutigen U.D.R.; d.V.) (Exclamations sur les bancs de l'U.N.R.-U.D.T.)

Cependant, l'anarchie demeure." ⁷⁴⁾

Daß es unmöglich war, sich allein auf diesen Umgang mit den elektronischen Medien zu verlassen, zeigte freilich der Bumerang-Effekt, der - bereits im Jahr 1963 - die Regierung sehr unerwartet traf, als sie aus Gründen der Staatsraison hart gegen den damaligen Bergarbeiterstreik durchgriff und dieses Verhalten in Hörfunk und speziell Fernsehen rechtfertigte. De Gaulle büßte mit diesem Vorgehen vorübergehend erheblich an Popularität ein. Die Zumutung war zu groß gewesen, als daß der

73) Jean Montaldo, aaO., p. 149 f.

74) J.O., aaO., 14. 10. 1965, p. 3698

Zuschauer und Zuhörer sie klaglos hingenommen hätte.

Am 2. Dezember 1968, im letzten Jahr der Amtszeit General de Gaulles, wurde der S.L.I.I., dessen Einrichtung als Unterabteilung des Informationsministeriums in den Journaux Officiels nicht verzeichnet ist, umbenannt. Die Aufgaben der Einrichtung blieben von dieser Namensänderung unberührt. Als "Comité interministériel pour l'information" taucht der Dienst, als Décret n.º 68-1154 im Journal Officiel vom 25. Dezember 1968 vertragen, nunmehr auf. Seine Praxis der unmittelbaren Einwirkung in die Arbeit der Nachrichtenredaktionen wurde während der Phase der "libération de l'information" gemildert. Nach 1972 lebten die alten Handlungsweisen wieder auf.

Bereits 1962 war durch eine erste Welle von Säuberungen unter Journalisten, die sich in ihrer Berichterstattung nicht regierungskonform gezeigt hatten, eine größere Anzahl Mitarbeiter entlassen worden. Unter ihnen so bekannte und fähige Leute wie Michel Péricard, Joseph Pasteur, oder der heutige Chefredakteur von "Radio-Télé Luxembourg", Georges Penchenier.

Dies hatte neben der Zensur, die an der Arbeit des Rundfunks geübt wurde, zu einem zweiten Übel geführt: zur "auto-censure". Dabei gab es keine klaren Richtlinien für die Arbeit. Manche Verhaltensweisen waren mehr, andere weniger "empfehlenswert". Die Entscheidung lag allein beim Journalisten. Agierte dieser jedoch häufig oder gar ständig gegen diese Empfehlungen, so hatte er Konsequenzen bezüglich seiner persönlichen Karriere zu fürchten. Hält man sich vor Augen, daß die Mitarbeiter des Rundfunks außerordentlich gut bezahlt waren, zum Teil erheblich über den für ihre Position geltenden Tarifen, bewirkte dies verständlicherweise einen hohen Grad von Wohlverhalten bei vielen Journalisten.⁷⁵⁾

Bedient sich ein privatwirtschaftliches Unternehmen, etwa das Pressehaus Axel Springer, dessen Redakteure der BILD-Zeitung gleichfalls weit über Tarif entlohnt werden, derartiger Praktiken, so kann hiergegen kaum etwas eingewendet werden: erstens handelt es sich hier -es wurde erwähnt- um ein privatwirtschaftliches

75) Jacques Thibau berichtet über dieses Vorgehen in "La Télévision, le pouvoir et l'argent", nennt aber im weiteren Verlauf der Ausführungen keine Namen von Betroffenen.

Unternehmen, zum anderen hat der Verleger, zumindest in der Bundesrepublik, auf Grund der geltenden Bestimmungen des Tendenzschutzes das Recht, die politische Richtung seiner Blätter frei zu bestimmen.

Als bedenklich muß man es jedoch werten, wenn in einer staatlichen Rundfunkanstalt mit Monopolcharakter derartige Praktiken geübt werden.

Dies führte dann dazu, daß auch außerhalb des eigenen Landes O.R.T.F.-Mitarbeiter sich fast ausnahmslos bei Antritt ihrer Arbeit in den Auslandsstudios bei ihrer Botschaft anmeldeten. Dies geschah nicht etwa, um sich, wie dies in manchen Staaten, vornehmlich in Diktaturen oder in Krisengebieten nötig ist, ihres Schutzes zu versichern, sondern um sich dort statt vor Ort des jeweiligen Geschehens ihre Information zu besorgen.⁷⁶⁾ Es bedarf keiner großen Phantasie, sich vorzustellen, welcher Art diese "Erdungen" waren: sie waren getragen sei es von diplomatischer Rücksichtnahme, von persönlicher Sympathie oder Antipathie des Informanten, vielleicht auch beeinflusst von Sorge um die eigene berufliche Karriere. Sie hätten, wie durchaus üblich, als Material off-record zur Erläuterung von Zusammenhängen und Hintergründen verwendet werden können, nie aber kaum modifiziert als Nachricht über die Sender laufen sollen.

Bisher war durchwegs von der Arbeit der Nachrichtensendungen speziell des "Fernsehens" die Rede. Über sie gibt es, soweit aus den Verzeichnissen zu entnehmen war, allein eine Untersuchung. Diese, über die Sendungen des "Journal télévisé" befaßt sich jedoch mit einem atypischen Zeitraum, den Wochen der Kampagne für das Referendum 1962, in dem über die Unabhängigkeit Algeriens entschieden wurde. Trotzdem soll ein wesentlicher Abschnitt aus dem Résumé dieser Untersuchung hier zitiert werden. Die Frage lautete:

"Le journal télévisé est-il complet?"

Antwort: "Oui et non. Dans la période précédant la campagne proprement dite, les partis et les corps intermédiaires sont sacrifiés au profit du pouvoir, 'de l'homme de la rue' et des réactions de l'étranger. Seuls le pouvoir et 'l'homme de la rue' ont droit

76) Über diese Praxis berichtet Denise Bombardier in ihrem Buch "La voix de la France", Paris 1975, p. 111 f.

à des prises de vue en directe. Pendant la campagne l'équilibre est rétabli par l'octroi aux partis autorisé d'un temps d'antenne, sans qu'on leur laisse, pourtant, le loisir de l'utiliser techniquement à leur convenance. (...) Le journal télévisé est ... sans doute moins incomplet et plus impartial que sa réputation ne le voudrait. Encore s'agit-il là d'un jugement portant sur la seule période étudiée ici..." 77)

Aus der Formulierung zum Schluß des Zitats ist ersichtlich, daß auch die Autorin der Untersuchung durchaus andere Arten der Berichterstattung und der Regelung des Zuganges aller Gruppen der Gesellschaft, speziell aller politischen Parteien zum Fernsehen kannte.

Immerhin hatte bereits ein Jahr zuvor ein Mitarbeiter namens René Bernard in Heft 4 / 1961 der Zeitschrift "La Télévision" dem an möglichst objektiver Information interessierten Fernsehzuschauer empfohlen, das Medium zu wechseln, denn

"si les téléspectateurs veulent une information moins dirigée et moins judicieusement tronquée, il vaudra mieux, dès à présent, qu'ils s'en aillent à l'écoute des postes de radio périphériques".

Besser war dagegen die Berichterstattung in den Nachrichtenmagazinen. Sie gaben, von Ausnahmen abgesehen, regelmäßig Auskunft über Hintergründe und Zusammenhänge und erklärten dieserart vieles, was ohne ihre Beiträge dem allein durch die Nachrichtensendungen Informierten unklar geblieben wäre. Als Beispiele hierfür wären zu nennen die von Pierre Lazareff geleiteten "Cinq colonnes à la une" und "Face à face", unter Jean Farran, heute einem der verantwortlichen Leiter des "R.T.L." Allerdings genossen beide Sendungen einen ihnen von Seiten der politischen Führung des Landes zugestandenen Freiraum, der Journalisten wie Regisseuren persönlichen Schutz vor Repressionen bot.

So stellten diese Programme das Zuckerbrot neben der Zeitsche der verordneten Berichterstattung des "Journal télévisé" dar. Nach der Blütezeit der Phase der "libération de l'information" änderte sich dies jedoch wieder. In ihrem Weißbuch 1974 belegte

77) zit. nach: Cahier de la Fondation nationale des sciences politiques, N. 124; Monica Charlot: Chronique d'une campagne télévisée - "Conclusions".

die Gewerkschaft S.N.J. die Behauptung anhand einer Fülle von Beispielen: '

Das erste, das hier genannt werden soll, datiert vom Oktober 1970, also durchaus noch aus einer Zeit, von der man annehmen sollte, daß Eingriffe in die Berichterstattung der Magazine allein auf Grund der Autorität des Premierministers, um dessen Programm es sich bei der "libération" handelte, noch nicht hätten vorkommen dürfen.

Im Oktober 1970 wurde eine Reportage des TV-Magazins "Hexagone" aus dem Sendeablauf herausgenommen, die sich kritisch mit der Arbeit der französischen Justiz auseinander setzte. In ihr meldeten sich ua. auch Justizbeamte, Mitglieder des "Syndicat de la magistrature", der französischen Richter-gewerkschaft, zu Wort. Da sie von Seiten ihrer vorgesetzten Dienststellen Pressionen zu befürchten gehabt hätten, zeigte die Kamera sie durch Negativbild unkenntlich gemacht. Als der Justizminister von der Produktion des Streifens und dessen Inhalt erfuhr, verlangte er die Bekanntgabe der Namen, um sie zu maßregeln.

Die Identität der Interviewten wurde zwar nicht preisgegeben, doch Pierre Desgraupes, der das Magazin verantwortlich leitete, nahm die Sendung auf Betreiben des Justizministeriums aus dem Programm. Er begründete diese Maßnahme mit dem Hinweis darauf, daß das für die Aufnahme verantwortliche Team sich nicht an die juristische Regelung gehalten habe, die die Unkenntlichmachung agierender Personen nur dann als gerechtfertigt ansah, wenn die so Abgebildeten anderenfalls um ihr Leben fürchten müßten. Dies aber, so Desgraupes, könne man im vorliegenden Fall wirklich nicht behaupten.⁷⁸⁾

Der Regisseur, der auch die Nachrichtenredaktion des ersten TV-Kanals verantwortlich führte, war 1969 auf Veranlassung Pompidous hierzu ernannt worden, um dadurch zu dokumentieren, daß es unter diesem "libéral sceptique" keine Manipulation mehr geben werde, wie dies früher der Fall war.

Im Juni 1971 wurde ein Aufnahmeteam des Fernsehens in die Nähe von Montrenil entsandt. Es filmte dort eine Versammlung mehrerer tausend spanischer Gastarbeiter, die gegen die Regierung Franco und die von ihr betriebene Politik protestierten. Der Film

78) Livre Blanc du Syndicat national des Journalistes, Section O.R.T.F., Paris 1974; p.69

gelangte nicht zur Ausstrahlung. Das Thema wurde im Fernsehen überhaupt nicht aufgegriffen. Als Begründung gibt die Dokumentation diplomatische Rücksichten auf Spanien an.

Das dritte Beispiel stammt aus dem Jahr 1974. Im Januar wurde der damals bereits seit drei Jahren überfällige Bericht über den Zustand der Gefängnisse in Frankreich veröffentlicht. Die Presse kommentierte das Werk in aller Breite. Das Fernsehen erwähnte den Bericht mit keinem Wort. Als die Nachrichtenredaktion des ersten Kanals darüber berichten wollte, erhielt sie von der Direktion des Senders die Anweisung, dies sei nicht nötig, denn

"dans six mois nous aurons en exclusivité le rapport sur les prisons en 1972."

Ein Kurzbericht für die Nachrichtensendung "24 heures Dernière" zu diesem Thema, bereits produziert, wurde abgesetzt mit der Begründung: "La qualité des images laisse à désirer." 79)

Dieses Vorgehen, bedingt durch eine Anweisung des Justizministeriums, war umso unverständlicher, als der Hörfunk sehr wohl über dieses Ereignis berichtete.

Auch andere Maßnahmen der Manipulation kamen vor:

Im August 1973 wurden mehrere Fernseheteams zu einer Massenkundgebung nach dem Ort Larzac entsandt, wo die Bevölkerung der Umgebung gegen die geplante Vergrößerung des dortigen Truppenübungsplatzes demonstrierten.

Zur Ausstrahlung gelangte allein ein Streifen, der von einem Team aus der Zentrale in Paris gedreht worden war. Kritischere Berichte über die Geschehnisse von Kameraleuten aus dem nächstgelegenen Regionalstudio wurden nicht gesendet.

Diese Art des Vorgehens widersprach dem Argument, mit dem die Einrichtung getrennter Nachrichtenredaktionen des Fernsehens begründet worden war. Ab 1969 sollte das Fernsehen reichhaltigere Information bieten. Dieser Streifen aber lief über sämtliche drei Fernsehkanäle.

79) Livre Blanc, aaO., p. 70 f.

Schließlich noch ein Verfahren, daß grundsätzlich zu begrüßen, in einer Weise praktiziert wurde, die, folgt man den Darlegungen des Weißbuches, für eine recht einseitige Art der Berichterstattung sorgte.

Im Jahr 1973 berichtete ein Fernsichteam von einem Streik im Lastwagenwerk "Berliet". Als der Firmeneigner, Paul Berliet, erfuhr, daß der Drehplan auch die Stellungnahme eines Gewerkschaftsmitgliedes vorsah, weigerte er sich, seinen Standpunkt in dieser Auseinandersetzung vor der Kamera darzulegen. Der Streifen wurde infolge dessen nicht zur Sendung freigegeben, da ihm, nach Auffassung der Chefredaktion die "nötige Ausgewogenheit" fehlte. Allein der Tatsache, daß der Film erst kurz vor dem Sendetermin fertiggestellt wurde und die Programmdirektion bei Absetzung das so entstandene Loch im Ablaufplan des Programmes nicht mehr hätte füllen können, bewirkte, daß letztlich einer Ausstrahlung doch noch zugestimmt wurde.

Verschiedene Filme über den Streik und die Besetzung der Uhrenfabrik LIP wurden nicht zur Sendung freigegeben, da sie, wie sich der "Directeur de l'information" ausdrückte, nicht über die "faits officiels" berichteten. Was man darunter zu verstehen hatte, konnte von Mal zu Mal allein die Chefredaktion sagen: Bilder von den Betriebsversammlungen, von (gescheiterten) Verhandlungen, von den wilden Verkäufen von Uhren, deren Rechtsgrundlage umstritten war.

Durch diese Auswahl aber wurden die Mitarbeiter der Firma offensichtlich ins Unrecht gesetzt. Die Hintergründe für die Besetzung des Unternehmens, die Tatsache, daß die gesamte Produktion in die französischsprachige Schweiz verlegt, die Arbeitskräfte deshalb entlassen werden sollten, sollte ungesagt bleiben. Sie blieben es.

Sogar die Verhaftung von drei Journalisten, die wegen ihrer Arbeit von der Polizei belästigt worden waren, wurde dem Zuschauer verschwiegen.⁸⁰⁾

Von den Streiks bei LIP kamen infolge dessen nur Nachrichtestreifen, doch keine erläuternde Information hierzu. Die Direktiven erließ der Leiter des "service de Politique Intérieure", Rue Varenne.

80) Livre Blanc, aaO., p. 73

Ein anderer Punkt, der gleichfalls zu Unmutsbekundungen der Betroffenen führte, war die Tatsache, daß mit Ausnahme von Wahlkampfzeiten, den Parteien der Opposition nur eine sehr ungenügende Möglichkeit gegeben wurde, sich mit ihren Stellungnahmen zu Entscheidungen der Regierung über die Sender zu Wort melden zu können.

Zwar wurden mit ihren Vertretern Interviews aufgenommen, doch kam es häufig vor, daß diese entweder gar nicht oder nur unvollständig gesendet wurden, dh. sie wurden am Schneidetisch soweit verkürzt, daß wesentliche Teile der Ausführungen verloren gingen. Eine Spezialität stellten zudem im französischen Fernsehen jene Einwort-Interviews dar, bei denen sich an die Frage die Formel anschloß "Répondez par oui ou non!" Sie nahmen dem Gefragten die Möglichkeit zur Erklärung seines Standpunktes und schränkten die gegebene Information auf eine zT. allein noch redundante Aussage ein. Es war zB. verständlich, daß der Vorsitzende einer der Parteien der Union de la Gauche einen Streik unterstützte, der von den linken Gewerkschaften im Lande im Zusammenhang mit dieser Parteilengruppierung ausgerufen wurde. Interessant für den Zuschauer wäre gewesen, zu erfahren, warum er dies tat.⁸¹⁾

Aus diesen Gründen setzte sich die politische Linke im Lande auch für die Gleichberechtigung aller politischer Parteien und die großen Gewerkschaften ein. Diese Forderung enthielt speziell das amendement 112 der P.C.F., mit dem versucht werden sollte, den von der Regierung vorgelegten ersten Artikel des Gesetzes zu ersetzen. Es wurde abgelehnt.

Betrachtet man die Problematik der Herrschaft der jeweiligen Regierungen über den Rundfunk seit der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, so fällt auf, daß sowohl die Regierungen der Linken, vornehmlich Sozialisten, als auch später die der bürgerlichen U.D.R. mit ihren Koalitionspartnern, gleichermaßen sich der elektronischen Medien bedienten, um mit ihrer Hilfe in ihrem ureigensten Sinn Politik zu machen und die Bevölkerung zu

81) Als Beispiel könnte man den Metro-Streik 1974 nennen, doch ließen sich die Fälle beliebig vermehren.

beeinflussen. Allein die Tatsache, daß in späteren Jahren der U.D.R. auf Grund des technischen Fortschrittes zwei voll entwickelte Sprachrohre, Hörfunk und Fernsehen, zur Verfügung standen, läßt, was auch quantitativ belegt werden könnte, ihren Einfluß größer erscheinen. Er war es so gesehen denn auch. Im weiteren Verlauf der Darlegungen, in der Beurteilung des vorliegenden Gesetzes, wird zu zeigen sein, ob das Vorhaben der Unabhängigen Republikaner, diesen Mißstand abzubauen, von Erfolg gekrönt war.

4. DIE DISKUSSION DES GESETZES VON 1974 -FORTSETZUNG

Article 7

Le conseil d'administration de chaque société comprend six membres: deux représentants de l'État, un parlementaire au titre de l'opinion publique désigné conjointement par les commissions permanentes compétentes de l'Assemblée nationale et du Sénat, une personnalité de la presse écrite, un représentant du personnel et une personnalité du monde culturel. Pour la société mentionnée à l'article 6 cette personnalité appartient au cinéma.

Le président, choisi parmi les membres du conseil d'administration, est nommé par décret en conseil des ministres. Il organise la direction et en nomme les membres.

Betrachtet man hierin die Besetzung der Verwaltungsräte, so fällt auf, daß wiederum keine Rede davon ist, in diese auch Abgeordnete der parlamentarischen Opposition aufzunehmen. Bindende Vorschriften der Verfassung gibt es hierzu nicht. Analogien etwa zum deutschen Grundgesetz, mit seinen Bestimmungen des Artikel 5, Abs. 1, denen zufolge auch die Besetzung der Gremien der Rundfunkanstalten festzulegen ist, sind nicht angebracht, da die französische Verfassung einen derartigen Artikel nicht kennt. Niemand kann also den Gesetzgeber daran hindern, die Führungsinstanzen des Rundfunks ähnlich jenen staatlicher Industrieunternehmen zu besetzen. Dem wollte die P.C.F. mit dem amendement 119 abhelfen, das vorsah, die Vertreter des Parlamentes "désignés ... à la proportionnelle des groupes" zu bestimmen. Dies sei mögl. belegte der Abgeordnete Chambaz seinen Antrag, "car il nous paraît pas possible

qu'un seul parlementaire puisse représenter l'opinion française dans sa diversité. Quel député pourrait prétendre, à lui seul, représenter la diversité des opinions et des courants politiques qui s'expriment, ici, à l'Assemblée nationale?" 82)

Der Berichterstatter der Commission des Affaires culturelles wies den Antrag zurück unter Hinweis auf die Tatsache, daß er "de la nécessité d'instituer des conseils d'administrations à vocation gestionnaire" nicht Rechnung trüge.

Auch die Regierung wies den Antrag zurück, der daraufhin abgelehnt wurde.

Über die Annahme des siebten Artikels verlangte die Fraktion der Kommunistischen Partei, offen abzustimmen. Er wurde mit 290 gegen 182 Stimmen angenommen.

Article 8

L'État est l'unique actionnaire des sociétés nationales de programme. Ces sociétés sont soumises à la législation sur les sociétés anonymes, sous réserve des dispositions de cette législation incompatibles avec la structure particulière des sociétés et les exigences de leur mission de service public.

Les pouvoirs de l'Assemblée générale des actionnaires sont exercés par le conseil d'administration. Celui-ci établit les statuts qui sont approuvés par décret.

Der Artikel acht wurde ohne Aussprache und ohne weitere Änderungsanträge angenommen. (Ausführliche Diskussion s. Kap. 6, Th. 5, p. 158 ff.)

Article 9

Une société de production placée sous le régime de la législation des sociétés anonymes, sans autre dérogation que celles qui résultent de la présente loi, réalise des émissions filmées et télévisées qu'elle commercialise notamment auprès des sociétés de programme.

Les actions de cette société sont nominatives. Elles ne peuvent être détenues que par l'État, d'autres personnes de droit public, des sociétés nationales ou des sociétés d'économie mixte.

82) J.O., aaO., 24.7.1974, p. 3771

Les statuts de la société sont approuvés par décret. La nomination du président et ,s'il y a lieu, du directeur général, ainsi que toute augmentation ou diminution de capital et toute cession d'actions sont soumises à l'approbation de l'autorité administrative.

Von den vielen Detailänderungswünschen, die allesamt abgelehnt wurden, braucht an dieser Stelle keiner erwähnt werden, da durch sie allein technisch-juristische, keinesfalls aber politische Änderungen bedingt worden wären.

Wichtig ist das amendement 153, das von den Abgeordneten der Réformateurs, des Centre Démocrate und der Démocrates sociaux eingebracht wurde, und das, als Zusatz zum zweiten Absatz des vorliegenden Artikels, bestimmen sollte, daß die staatlichen Mittel in dieser Kapitalgesellschaft "majoritaires" blieben, dh. mehr als 50 % der Gesamtmasse betragen.

Der Vertreter der Regierung nahm diesen Antrag an, gleichermaßen die Commission des Affaires culturelles. Abgelehnt wurde dagegen der Antrag 123 der P.C.F., demnach ausdrücklich verfügt werden sollte, "En aucun cas les sociétés d'économie mixte ne peuvent détenir une part majoritaire des actions".

Hierdurch sollte der in diesen Gesellschaften unter Umständen für wirtschaftliche Transaktionen aktivierbare Anteil an privatem Kapital möglichst ausgeschaltet, zumindest aber derart begrenzt werden, daß dieserart keine Einflußnahme der Kapitalbesitzer auf die Arbeit der Gesellschaft möglich sei.

Article 10

Le Premier ministre ou un membre du Gouvernement délégué par lui à cet effet, assure le respect du monopole, veille à l'observation par l'établissement public et les sociétés nationales des cahiers des charges et, de façon générale, des obligations de service public.

Der Antrag 124, den Artikel 10 abzusetzen, da der Premierminister nicht die nötige Gewähr für eine unparteiliche Durchführung dieser Aufgabe biete, wie sich Jack Ralite (P.C.F.) ausdrückte, wurde aus verständlichen Gründen von der Mehrheit zurückgewiesen.

Der Hinweis, der Artikel sei "contraire à toutes les règles démocratiques de notre pays" rief auf den Bänken der Gaullisten und Unabhängigen Republikaner Tumulte hervor.

Article 11

Un cahier des charges arrêté par le Premier ministre ou le ministre délégué par lui fixe, pour l'établissement public et pour chaque société nationale, les objectifs à atteindre pour l'accomplissement des missions de service public, notamment le développement des réseaux et le volume minimum des missions.

Il détermine leurs obligations au titre de la formation et de la culture, en particulier par la diffusion d'oeuvres lyriques ou dramatiques, ainsi que de l'action extérieure et de la coopération.

Il autorise, le cas échéant, la publicité; fixe sa durée maximum et les règles auxquelles elle est soumise.

Im Anschluß an die Verkündung des Textes erbat der Abgeordnete der F.N.R.I., Emmanuel Hamel, das Wort.

Er nahm Stellung zum Problem der Finanzierung des Rundfunks und stellte genauso wie sein Kollege Vivien (U.D.R.) zu Beginn der Diskussion der Änderungsanträge fest, daß die diesbezüglichen Fragen seiner Ansicht nach nicht in genügendem Umfang geregelt worden wären.

Speziell sprach er dabei die Frage der Finanzierung der Gesellschaften durch Werbeeinnahmen an. Diese, so führte er aus, müßten unbedingt auf die bereits durch das Gesetz von 1972 festgelegten 25 % an den Gesamteinnahmen begrenzt bleiben, denn

"Il y a une possibilité considérable de déversement d'une part croissant du volume global des dépenses publicitaires vers la télévision au détriment de la presse écrite." 83)

Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Regelungen in den Nachbarstaaten, speziell in den Niederlanden und der Bundesrepublik, in denen sich der Anteil der Werbeeinnahmen am Gesamtbudget nur auf etwa zehn Prozent belief.

In seinen Worten kam die Sorge um eine weiter sich verschlechternde

83) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3777

Situation auf dem Gebiet der Zeitungsannoncen zum Ausdruck. Derartigen Entwicklungen gelte es rechtzeitig entgegen zu treten.

Der Vertreter der Regierung, André Rossi, beeilte sich daraufhin, festzustellen, daß die Regierung dieses Problem sehr wohl erkannt habe und entsprechende Maßnahmen ergriffe. Das entsprechende amendement werde jedoch erst in Zusammenhang mit Artikel 18 eingebracht. Dieser regelt die näheren Einzelheiten der Werbung im Rundfunk.

Es folgte das amendement 125 der Abgeordneten Andrieux, Ralite und Chambaz (P.C.F.), in dem diese forderten, den Artikel elf ersatzlos zu streichen. Jack Ralite begründete es mit drei Einwänden, gegen die in ihm enthaltenen Regelungen:

"La première, c'est qu'il donne une nouvelle fois au Premier ministre un pouvoir exorbitant en faisant de lui le véritable président directeur général de toutes les sociétés créées par le projet de loi.

La deuxième raison, c'est qu'il institue le système du cahiers des charges, avec toutes les structures 'fourre-tout' que cela comporte si l'on en croit le nombre impressionnant de réponses du même type faites à toutes nos questions: invariablement on nous a renvoyés au cahier des charges.

La troisième raison, c'est qu'il libère la publicité. On sait que la presse écrite connaît actuellement, surtout du fait de l'inflation -il suffit d'évoquer le prix du papier- une situation très difficile. On sait aussi que beaucoup de journaux ont déjà disparu.

La publicité -pas pour tous les journaux, hélas- demeure encore l'un des moyens de survie de la presse." 84)

Neben der Beschuldigung, dem Premierminister, also der Regierung, zuviele Befugnisse bezüglich der Regelung der Arbeiten des Rundfunks einzuräumen, ein Argument, das in den verschiedensten Zusammenhängen stets wiederkehrte, stand auch hier die Situation der Presse zur Debatte.

Mit Hinweis auf die Tatsache, daß die Verfügungen der cahiers des charges auf die Anregungen der beiden Parlamentskommissionen zurück gingen und ihnen entsprechend verfaßt wurden, wurde der

Antrag abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der Antrag 168 der P.S. und der Radicaux de gauche, der eine nähere Definition der im ersten Absatz des elften Artikels erwähnten jeweiligen société nationale und des établissement public als "à l'exclusion de toute entreprise d'intérêts économiques privés" forderte. Hierin ist, ähnlich wie im amendement 153 der Réformateurs, des Centre Démocrate und der Démocrates sociaux zum Artikel neun, sowie in verschiedenen anderen vorangegangenen Regelungen wiederum der Wunsch nach möglichst umfassenden Sicherungen des Rundfunks gegen Privatinteressen zu erblicken, die speziell durch den Fall der Kooperation des ehemaligen Office mit dem Elektronikkonzern Thomson-CSF in einen schlechten Ruf geraten waren. Die letztgenannten parlamentarischen Gruppen brachten den Änderungsantrag 105 mit folgendem Wortlaut ein:

"Le cahier des charges prévoit un temps minimum d'antenne permettant à chacune des formations politiques et des organisations professionnelles représentatives de s'exprimer librement"

Dieser Passus folgte dem zweiten Absatz des elften Artikels. Mit der Annahme dieses amendements wurden zwei weitere als hinfällig erachtet und von der Tagesordnung abgesetzt; an gleicher Stelle einzufügen:

"Il assure un égal accès à l'expression des principales tendances de pensée". (Il = le cahier des charges; d.V.)

Der Änderungsantrag 147 wurde von der Regierung gestellt. Dazu verlangte die U.D.R. eine Zusatzbestimmung (Nr. 167):

"...et des grands courants de l'opinion. Un temps d'antenne est mis régulièrement à leur disposition."

Die beiden letztgenannten Anträge wären inhaltlich weitergefaßt gewesen, da sie nicht allein politischen Parteien und Gewerkschaften den Zugang zu den Medien ermöglicht hätten, sondern dieses Recht darüber hinaus auch anderweitigen Gruppen zugestanden hätten.

Aus den bereits erwähnten Gründen beantragte die P.C.F. unter Nummer 126 die Streichung des letzten Absatzes des Artikels

elf, der die Existenz der Rundfunkwerbung hier nochmals ausdrücklich festschreibt und deren technische Details in dem cahier des charges regeln läßt.

Das amendement wurde abgelehnt, dafür aber jenes mit der Nummer 106, eingebracht durch die Réformateurs, die Mitglieder des Centre Démocrate und die Démocrates sociaux, in den Text des Gesetzes aufgenommen, das besagte:

"Il prévoit notamment un pourcentage maximum pour la part des recettes d'un même annonceur dans le volume total des recettes publicitaires de chacune des sociétés nationales de programme".

Diese Verfügung wurde dem letzten Absatz des Artikels angefügt. Der Abgeordnete Hamel (F.N.R.I.) begründete den Antrag:

"Une telle disposition permettrait d'apporter à la presse écrite une garantie des ressources, pour éviter le risque, que j'évoquais tout à l'heure, de voir progressivement les chaînes de télévision succomber à la tentation d'accroître démesurément la part de leur dépenses couvertes par des recettes de publicité.(...) Le dernier alinéa est tout à fait différent: il concerne la durée de la publicité. C'est la ... idée exprimée par mon amendement." ⁸⁵⁾

Auch hierin wieder die Rücksichtnahme auf die Situation der Presse im Land. Bei einer Ausweitung der Werbezeiten über die bestehende Regelung hinaus befürchtete man weitere Zeitungen derart um Annoncen-Kunden zu bringen, daß sich hierdurch bedingt Entlassungen auf diesem Sektor nicht würden vermeiden lassen.

Einen letzten Änderungsantrag brachten Sozialisten und Radicaux de gauche ein. Im amendement 145 forderten sie:

"Le cahier des charges doit imposer aux différentes sociétés nationales un partage des meilleurs temps d'écoute répondant, pour des publics diversifiés, à la mission de service public.

Le cahier des charges fixe à 30 p. 100 le quota maximum des productions externes à la société nationale de production et à 20 p. 100 celui des productions étrangères auxquelles chaque chaîne pourra avoir recours dans la composition de ses programmes."

85) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3780

Mit den Forderungen im zweiten Teil des Antrages, die wie das gesamte amendement verworfen wurden, gingen die beiden Parteien über die bis 1974 bestehenden Regelungen, die 25 Prozent Fremdproduktionen und 20 Prozent Auslandsproduktionen vorgesehen hatten, hinaus. Der Abgeordnete Chevènement meinte denn auch "L'amendement est généreux..." Andererseits blieb diese Regelung hinter der schließlich in den Gesetzestext übernommenen Wert zurück. Hierin wurde nurmehr generell bestimmt, daß 60 % aller ausgestrahlten Sendungen in Frankreich oder mit französischer Beteiligung produziert werden müssen. Die Gründe, die zur Festlegung der oben genannten Werte führten, gehen aus der Begründung des Antrages nicht hervor. Folgt man der üblichen Argumentation vornehmlich der Sozialisten, so darf vermutet werden, daß es zum einen die Sorge um Arbeitsplätze in den mit der Produktion betrauten Unternehmen in Frankreich außerhalb der société de production war, daß andererseits mit der Begrenzung auch der Überfremdung durch ausländisches Kulturgut gesteuert werden sollte.

Article 12

Le Gouvernement peut, à tout moment, faire programmer et diffuser toutes déclarations ou communications qu'il juge nécessaire. Les émissions sont annoncées comme émanant du Gouvernement.

Les sociétés nationales sont tenues de produire et de programmer et les établissements publics de diffuser les émissions correspondant aux campagnes électorales.

La radiodiffusion ou la télévision des débats des Assemblées parlementaires s'effectue sous le contrôle du bureau de chacune de ces Assemblées.

Mit den Bestimmungen des zweiten Absatzes geht dieser Artikel über die Regelungen sowohl des Gesetzes von 1964 als auch jenes von 1972 hinaus. Bis dahin war die Ausstrahlung von Wahlkampf-Sendungen nicht im Text der Rundfunkgesetze ausdrücklich geregelt. Auch hier handelt es sich um Bestimmungen, die den freien Zugang der verschiedenen Gruppen der Gesellschaft zum Rundfunk zum Gegenstand haben. Allerdings ist er allein den politischen Parteien, und auch diesen nur während des Wahlkampfes, zugestanden.

Um diese Möglichkeit auszuweiten, sollte der zweite Absatz durch das amendement 127 erweitert werden. Die P.C.F. hatte es eingebracht, es lautete:

"Elles (les sociétés nationales; d.V.) sont tenues de réserver aux partis politiques et aux centrales syndicales représentatives un temps d'antenne régulier dont ils sont maîtres."

Hier war den Gewerkschaften, aber auch nur ihnen, der Zugang zusätzlich zu den Parteien gesichert. Außerdem sollten beide Gruppen eigene Sendungen erhalten, in denen sie sich uneingeschränkt an die Öffentlichkeit wenden konnten.

Das amendement wurde von Jacques Chambaz überraschend zurück gezogen mit Hinweis auf den angenommenen Antrag Nr. 105, (s.o.) der die vorliegende Regelung, wie er sich ausdrückte, unnötig machte.

Der Artikel wurde in der vorliegenden Form verabschiedet. Im Anschluß daran sollten zwei amendements als Ergänzung eingebracht werden. Das erste, Nummer 83, stammte von den U.D.R.-Abgeordneten Le Tac und Vivien:

"Il est institué une conférence des présidents de l'établissement public, des sociétés nationales de programme et de la société de production..."

Sie sollte der Koordination der Aufgaben der verschiedenen Gesellschaften dienen, die Kontrolle über gemeinsam betriebene Institutionen ausüben -z.B. über die nach Übersee sendenden Abteilungen des Rundfunks-, sollte eine eigens zu etablierende Instanz, mit deren Hilfe die Zuschaltzahlen der verschiedenen Fernsehkanäle festgestellt werden sollten, verwalten und die Schleichwerbung im Fernsehen verhindern. Wie, das wird nicht näher erklärt. Als Vorbild schwebten den beiden Abgeordneten eine Einrichtung wie die Intendanten-Konferenz der deutschen A.R.D. vor.

Der Vertreter der Commission des Affaires culturelles lehnte das amendement mit der Begründung ab, dieserart sollte der alte Zentralismus des Office wiederbelebt werden, den es gerade abzubauen gelte. Die Anleihe am deutschen Vorbild verbiete sich, da die beiden Fernsehsysteme nicht vergleichbar in ihrem Aufbau

seien. Der Regierungssprecher, André Rossi, meint gleichfalls, daß dieser Antrag "comporte en lui un risque de 'refédération'" Schließlich sei diese Konferenz nicht nötig,

"En fait, on n'empêchera jamais les responsables de se concerter; d'ailleurs, ils auront fatalement l'occasion de le faire, ne serait-ce que pour la diffusion sur la première et la deuxième chaîne des émissions régionales. ... Aller plus loin, c'est prendre un risque." 86)

Die gleichen Autoren zeichneten für das zweite amendement, Nummer 84, verantwortlich, das gleichfalls einen Schritt zurück in die durch das hier zu behandelnde Gesetz zu revidierenden Regelungen darstellte.

"Un institut reçoit mission de réunir l'information et d'établir la prospective nécessaire au développement des communications de masse et à leur meilleure articulation avec les divers secteurs du service public..."

Hiermit sollte das Weiterbestehen des C.I.I. auch unter den neuen Organisationsformen garantiert werden. Nachdem Giscard bei seiner Amtsübernahme das Informationsministerium aufgelöst, dh. nicht mehr personnel besetzt hatte, blieb dieser Dienst, der laut Vorschrift vom 2. Dezember 1968 allein Informationen aus den verschiedenen Ministerien zu sammeln und dem Rundfunk zu übermitteln hatte, darüber hinaus aber als durchaus effektive Zensurbehörde wirkten, allein auf die Informationssammlung beschränkt bis zum Ende des Jahres 1974 bestehen. Darüber hinaus sollte es keine derartige Einrichtung mehr geben.

Daß es sich bei diesem hier wieder zu begründenden Institut um die Nachfolgebehörde des C.I.I. handeln mußte, ergibt sich allein daraus, daß anderweitige Informationen - über jene aus den verschiedenen Regierungsstellen hinaus - üblicherweise von den Nachrichtenredaktionen gesammelt werden.

Die Argumentation, dieser Dienst sollte auch die Ausbildung der Rundfunkjournalisten übernehmen, darf als durchsichtiges Scheinmanöver betrachtet werden, war dieser Bereich doch bereits dem neu zu

86) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3783

gründenden Institut de l'audio-visuel übertragen worden, für das zum "Eitpunkt der Gesetzesdebatte um die neu einzufügenden amendements noch keine juristische Fixierung bestand. Auch der Regierungssprecher muß dies wohl so empfunden haben, da er ungewöhnlich schroff auf diesen Antrag reagierte. Fazit:

"Par définition, c'est un organisme coordinateur auquel le Gouvernement ne peut être qu'opposé." 87)

Anmerkung des Stenographendienstes der Assemblée nationale:
(Exclamations sur les bancs des socialistes et des radicaux de gauche.)

Beide Anträge der U.D.R.-Abgeordneten wurden folglich abgelehnt.

Article 13

Les conseils d'administration de l'établissement public de diffusion et des sociétés de programme définissent les lignes générales de l'action de l'établissement ou de la société, dans le respect des cahiers des charges. Ils votent le budget ou l'état prévisionnel des recettes et de dépenses qui doivent être équilibrées; ils en surveillent l'exécution.

Les conseils d'administration des sociétés nationales de radio-diffusion et de télévision s'assurent de la qualité et de la moralité des programmes. Ils veillent à l'objectivité et à l'exactitude des informations diffusées ainsi que l'expression des principales tendances de pensée et des grands courants de l'opinion.

Die Verfügung am Ende des zweiten Absatzes dieses Artikels brachte im wesentlichen die Entsprechung der Forderungen der parlamentarischen Opposition, aber auch, zumindest in einem ersten Ansatz der in der F.N.R.I. Giscard's geplanten Aktion zur Abschwächung des Regierungseinflusses auf den Rundfunk. Allen Gruppen der Bevölkerung war hiermit das Recht des freien Zuges zu den elektronischen Medien zugesichert. Trotzdem wünschten die Abgeordneten der P.S. und der Radicaux de gauche einen Zusatz in Form des amendement Nr. 46 :

87) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3783

"Les conseils d'administration de l'établissement public et des sociétés de programme sont assistés dans leurs tâches par des comités consultatifs d'information et de programme représentatifs des grands courants de pensée, d'opinion et de culture."

Nach Angaben des P.S.-Abgeordneten Fillioud, der den Antrag begründete, sei es nötig, neben dem Verwaltungsrat noch eine zweite Instanz zu besitzen, die Empfehlungen bezüglich der Programme gibt, die dann von ersterem zur Grundlage seiner Arbeit gemacht werden sollten. Mit dieser doppelten Sicherung hofften die Autoren den Mißbrauch von Zuständigkeiten verhindern zu können.

Das amendement wurde vom Berichterstatter der Commission des Affaires culturelles wie vom Vertreter der Regierung mit dem Argument verworfen, dies sei völlig unnötig, denn

"Le rôle imparti aux conseils est donc parfaitement clair". Daraufhin kündigte der Abgeordnete Mexandeu für die P.S./R.d.g., sein Kollege Chambaz für die P.C.F. ausdrücklich an, gegen die Verabschiedung zu stimmen. Der Artikel wurde trotzdem angenommen.

Article 14

L'état prévisionnel des recettes et des dépenses de chaque société nationale de programme est transmis pour observation au ministre de l'économie et des finances.

Für den Beobachter etwas überraschend kam das amendement 47 der P.S. und der Radicaux de gauche. Sie forderten die Überprüfung der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben nicht allein durch den Wirtschafts- und Finanzminister, sondern durch die gesamte Regierung:

"Les missions de service public qui sont assumées par la radiodiffusion-télévision française n'intéressent pas seulement le ministère de l'économie et des finances. D'autres ministères, celui de l'éducation, celui des affaires culturelles, peuvent être concernés par le fonctionnement de la radio-diffusion et de la télévision." ⁸⁸⁾

88) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3784

So die Begründung durch den Abgeordneten Mexandeau. Die Sozialisten wollten, obgleich sonst stets voll Mißtrauen gegen die Regierung, in diesem Fall eine Kontrolle, die über die bisherige Übung hinaus ging. Zwar konnte aus Rede und Gegenrede nicht verständlich gemacht werden, weshalb die Budgetplanung gerade auch zB. vom Minister für Kultur oder jenem für Gesundheit kontrolliert werden sollten, handelt es sich doch hierbei allein um die Vorausberechnung der voraussichtlichen Einnahmen der sieben Anstalten und um eine Festlegung der Ausgaben in Form eines Grobrasters. Programmtechnische Entscheidungen, an denen die verschiedenen Ministerien interessiert sein könnten, fallen hier nicht und über die Anschaffung zB. von technischem Gerät oder den Ausbau von Sendeeinrichtungen könnten kompetent nur die Buchprüfer des Finanzministeriums auf der Grundlage von Empfehlungen des technischen Stabes der jeweiligen Gesellschaft befinden. Trotzdem ging der Artikel ohne weitere Aussprache derart modifiziert in den Text des Gesetzes ein.

Article 15

Chaque année, à l'occasion du vote de la loi de finances, le Parlement, sur le rapport d'un membre de chacune des commissions des finances de l'Assemblée nationale et du Sénat ayant les pouvoirs de rapporteur spécial, autorise la perception de la redevance pour droit d'usage des postes de radiodiffusion et de télévision. Le pourcentage du produit de cette redevance affecté à l'établissement public est fixé dans les mêmes conditions.

Les résultats financiers de l'année précédente, les comptes provisoires de l'établissement public et de chacune des sociétés nationales de programme pour l'année en cours ainsi que le budget et l'état provisionnel des recettes et des dépenses pour l'année suivante, accompagné des observations éventuelles du ministre de l'économie et des finances, sont annexés au projet de loi de finance.

Mit dem amendement 48 versuchten die P.S. und die Radicaux de gauche, die Rundfunkgebühren in eine Steuer umzuwandeln. Dies

stützte sich auf die Definition der Rundfunkgebühr als "taxe parafiscale". Da diese zu Zeiten des Office stets der Mehrwertsteuer unterworfen gewesen war, was die Einnahmen der Anstalt zum einen um den entsprechenden Betrag vermindert hatte, zum andern, wie der Rapport Chinaud feststellte, zu jener "anomalie juridique" geführt hatte, daß eine steuerähnliche Abgabe ein weiteres Mal der Steuer unterworfen wurde, war dies der vernünftigste Weg, die Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen.

Mit der Begründung, der Vorschlag sei unannehmbar, da die Commission des Affaires culturelles und die Regierung

"préfèrent maintenir la notion de redevance" wurde das amendement 48 abgewiesen.

Die Abgeordneten Le Tac und Marette, beide U.D.R., präsentierten in ihrem Antrag 85, der die Verfügungen des zweiten Absatzes des fünfzehnten Artikel ersetzen sollte, folgende "Egelungen

"Le pourcentage du produit de la redevance affecté à l'établissement public, aux sociétés nationales de programme et, pendant une période transitoire de trois ans couvrant les exercices 1975, 1976 et 1977, à la société de production, est fixé dans les mêmes conditions. Il sera tenu compte pour la répartition du produit de la redevance entre ces divers organismes de prescriptions du cahier des charges, de la qualité des émissions et de leur valeur culturelle ainsi que du volume de l'écoute et des recettes propres de la société. Une commission, présidée par un magistrat de la Cour des comptes, proposera cette répartition."

Der Berichterstatter der Commission des Affaires culturelles fand diese Art, sämtliche Kriterien der Gebührenzuweisung in einer einzigen Bestimmung unterzubringen hervorragend geeignet, dem Problem der Gebührenguteilung in präziser Form gerecht zu werden. Dennoch, so de Préaumont weiter:

"Le système imaginé par le projet de loi est d'un maniement plus pratique et présente l'avantage de permettre une association intime du Parlement aux décisions par les moyens que j'ai rappelés",⁸⁹⁾ (die Kommission des Rechnungshofes; d.V.)

89) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3786

Auch der Regierungssprecher stimmte dem Antrag nicht zu:

"Nous entrons dans une voie que nous ne pouvons pas suivre".
Der Abgeordnete Chevènement (P.S.) befand eine Kommission des Rechnungshofes für unnötig:

"Je ne dirai pas de la Cour des comptes ce qu'on dit de l'Académie française: ils sont quarante qui pensent comme quatre, mais je ne vois pas en quoi la Cour des comptes serait plus qualifiée que notre Assemblée pour juger de la qualité et de la valeur culturelle." 90)

Trotz dieser Einsprüche wurde das amendement 85 angenommen. Es präziserte den Modus der Gebühreuzuteilung, den der Autor des Gesetzesentwurfes, Marceau Long, hierin nicht formuliert hatte, obwohl er eigenem Bekunden zufolge bereit war, den diesbezüglichen Vorschlag Denis Baudouins zu übernehmen.

Article 16

La redevance est recouvrée par l'État; le montant des recouvrements est provisoirement inscrit à un compte spécial du Trésor.

Son montant, diminué du pourcentage prévu à l'article précédent, est réparti annuellement entre des sociétés nationales de programme en fonction de critères définis par décret en Conseil d'État pris après avis de la délégation parlementaire consultative. Il est notamment tenu compte, d'une part des prescriptions des cahiers des charges, de la qualité des émissions et de leur valeur culturelle et, d'autre part, du volume de l'écoute et des recettes propres de la société. Une commission présidée par un magistrat de la Cour des comptes assure cette répartition.

Der zweite Absatz dieses Artikels wurde auf Antrag der Abgeordneten Le Tac und Marette entsprechend dem amendement 87 gestrichen, da er in seinen Bestimmungen mit dem Änderungsvorschlag 85 identisch war. Weitere Veränderungen hieran wurden nicht vorgenommen.

90) J.O., aao., 24.7.1974, p.3786

Article 17

Les bénéficiaires d'exonération de redevance ou de tarifs spéciaux sont déterminés par décret en conseil d'Etat. Ces exonérations ou tarifs spéciaux donnent lieu à remboursement par l'Etat.

P.S. und Radicaux de gauche brachten in Form des amendement 53 folgenden Gegenvorschlag ein:

"La loi de finance détermine les bénéficiaires d'exonérations ou de tarifs spéciaux accordés en matière de taxe pour l'usage des postes de radiodiffusion ou de télévision. Elle détermine également les modalités selon lesquelles l'Etat est appelé à compenser les pertes des recettes résultant de ces dispositions."

Bei dieser Bestimmung beriefen sich die Autoren des amendement auf den Artikel 10 der Ordonnance von 1959, mit der der Rundfunk von der Regierung Debré aus dem Status eines service administrative in jenen eines établissement public überführt wurde. Hiernach waren bereits die Bestimmungen, die zu einer Befreiung von den Rundfunkgebühren führen sollten, per Gesetz zu regeln. Diese Vorschriften waren jedoch damals nicht zur Anwendung gekommen. Über die Gründe hierfür waren keine Erklärungen zu erhalten. Der Vorschlag wurde abgelehnt, "parce que le projet de loi prévoit explicitement le remboursement par l'Etat".

Article 18

La durée et la répartition des émissions publicitaires et le volume des recettes correspondantes doivent demeurer compatibles avec les missions définies à l'article premier de la loi du 3 juillet 1972. Les cahiers des charges fixent les modalités d'application de cette disposition et notamment la proportion du temps d'antenne qui peut être consacrée aux émissions publicitaires.

Zu dieser Bestimmung äußerte sich der Abgeordnete Hamel (F.N.R.I.). Er sah in ihr einen wesentlichen Bestandteil des Gesetzes, denn:

"Si... nous ne limitons pas par la loi la faculté offerte aux sociétés de télévision de recourir à la publicité pour couvrir leurs dépenses, nous prendrons la responsabilité d'accepter

que les ressources de publicité de la presse écrite diminuent considérablement dans les prochaines années." 91)

Ein weiteres Mal also der Hinweis auf die schlechte Situation der französischen Presse. Die Ursache - bereits der P.C.F.-Abgeordnete Ralite hatte in seiner Begründung des amendement 125 zum Artikel elf (s.o.) darauf hingewiesen- ist in dem Zeitungssterben in Frankreich in den vorangegangenen Jahren zu sehen. Ursache hierfür war die Tatsache mangelnder Lesebereitschaft beim Publikum; in der Zeit zwischen 1946 und 1959 ging die tägliche Auflagenhöhe aller Zeitungen im Lande von 15,1 auf 9,6 Mio. Exemplare zurück. Diese Bewegung hielt auch in späteren Jahren, wenngleich verlangsamt, an: eines der prominentesten Opfer war in den letzten Jahren "Combat"; einst von der Résistance begründet ging das Blatt vor zwei Jahren ein. Es fehlte die nötige Kapitaldecke für weitere Investitionen.

In gleicher Richtung wie Hamels Ausführungen sollte das amendement 128 der P.C.F. wirken. Die Radikallösung: "Supprimer l'article 18" wurde wiederum von Jack Ralite begründet:

"Cet amendement se justifie par les mêmes considérations que celles que nous avons développées à propos d'un article antérieur hostile à la publicité de marques à la télévision, pour les raisons que l'on sait, et craignant que le nouveau système, en aggrave les conséquences, nous demandons la suppression." 92)

Ohne Angabe von Gründen wurde der Antrag abgelehnt. Obwohl inhaltlich im Sinne der Initiatoren des Gesetzes, wurde das amendement 146 der P.S. und der Radicaux de gauche abgelehnt:

"Seules la première et la deuxième chaîne sont habilitées à diffuser des émissions publicitaires. Le montant des recettes publicitaires sera réparti en fonction des exigences du service public par un conseil national de la radiodiffusion et de la télévision."

Obwohl die P.S. den zweiten Satz zurückgezogen hatte mit der Begründung, dieser C.R.T. sei vom Parlament bereits abgelehnt worden, wurde die Ablehnung mit der Unmöglichkeit der Anerkennung dieses Gremiums durch die Regierung begründet.

91) J.O., aaO., 24.7.1974, p. 3790

92) J.O., aaO., 24.7.1974, p. 3791

Die Commission des Affaires culturelles und die Regierung lehnten es ab, sich allein mit dem verbliebenen ersten Absatz zu befassen.

Beschlossen wurde folgender Zusatz zum ersten Satz des Artikel 18, eingebracht von Joel Le Tac (U.D.R.):

"Le volume global des recettes publicitaires ne devra pas dépasser 33 p. 100 du montant de la redevance."

Der Inhalt dieser Verfügung (des amendement 88) deckt sich mit der Regelung des Gesetzes, die in Artikel 22 bestimmt wird:

"la proportion des recettes provenant de la publicité de marques ne pourra excéder globalement 25 p.100 du total des ressources des organismes énumérés à l'article 2 de la présente loi".

Die unterschiedlichen Prozentangaben erklären sich aus der Differenz zwischen Gebühren- und Gesamteinnahmen. Zu den Gebühren der Rundfunkabgaben sind noch die anderweitigen Einnahmen der Gesellschaft nach Artikel 6, Abs. 1 bis 6 des Gesetzes zu rechnen.

Darüber hinaus wurde von den U.D.R.-Abgeordneten Le Tac und Vivien der Antrag 90, der den Artikel 18 vervollständigte, eingebracht. Durch ihn wurde ausdrücklich bestimmt:

"La Régie française de publicité assurera le contrôle de l'exécution de ces dispositions".

Das amendement, das die Praxis unter dem Gesetz vom 3. Juli 1972 fortschrieb, wurde angenommen.

An dieser Stelle muß diese Instanz näher erklärt werden: Die R.F.P. hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Ihr Kapital war ehemals zu 51% in Händen des Office und ging nach der Umstellung durch das Gesetz vom 7. August 1974 in den Besitz der Programmgesellschaften des Rundfunks über.

Die verbleibenden 49 Prozent waren wie folgt aufgeteilt:

13,5 % S.O.F.I.R.A.D.

8 % Union des annonceurs

8 % Confédération de la publicité française

7 % Société nationale de la presse quotidienne

7 % Fédération nationale de la presse quotidienne

3 % Institut national de la consommation

2,5 % verschiedene kleinere nicht näher spezifizierte Teilhaber.

Die R.F.P. hatte, folgt man den auch 1974 noch gültigen Ausführungen des Rapport Diligent,

"pour mission, dans le respect des intérêts fondamentaux de l'économie nationale et conformément à la mission générale dévolue à l'O.R.T.F. (später der Programmgesellschaften; d.V.), d'assurer la régie de la publicité sur les antennes de l'Office (s.o.).

La R.F.P. ne détient pas le monopole de la production des films publicitaires. Sa production est faite par des maisons spécialisées. En revanche, la Régie détient le monopole de la diffusion sur les antennes de l'Office (s.o.). Sur les deux chaînes, elle est autorisée à faire de la publicité de marque et de la publicité collective. Elle ne travaille pas directement avec les clients annonceurs, mais avec les agences de publicité auxquelles les clients confirment leurs budgets." 93)

Auf diese Weise sollte dafür gesorgt werden, daß die Sponsors nicht direkten Einfluß auf die Rundfunkanstalt(en) nehmen konnten. Daß sich dies nicht verhindern ließ, dafür legen die "scandales de la publicité clandestine" beredtes Beispiel ab. Sieht man von diesen Ausnahmefällen jedoch ab, so läßt sich eine gewisse Parallele herstellen zwischen der R.F.P. und den gleichermaßen privatrechtlich organisierten Werbetöchtern der bundesdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten: Die Régie kann und soll mit Profit arbeiten. Sie soll den Rundfunk von der Arbeit der Verwaltung der Werbebetriebe freihalten. Zu diesem Zweck rechnet auch sie und nicht der jeweilige Sender mit den Werbeagenturen ab. Und schließlich soll sie helfen, die Einflußnahme der Werbekunden auf die Programmgesellschaften möglichst klein zu halten. Nichts galt schlimmer, als die Gefahr der Durchdringung von Programm- und Werbeblöcken nach amerikanischem Muster, wobei diese dann womöglich auch noch über Programme hätten mitbestimmen können, die vor oder nach ihren Einschaltungen gelegen hätten.

Im Anschluß an die Verabschiedung des Artikels 18 wurde ein letzter Antrag durch die Abgeordneten Ralite, Andrieux und Chambaz (P.C.F.) eingebracht, der vorsah, die Bauherren von Hochhäusern für den

93) Rapport Diligent, aaO., p.24

durch ihre Gebäude verursachten schlechten Empfang von Fernsehprogrammen regresspflichtig zu machen.

Das Problem hatte sich speziell in Paris gestellt, als die Hochhäuser an der Défense den Empfang der Sender vom Tour Eiffel in den weiter westlich gelegenen Vororten stark beeinträchtigt hatten.

Die Commission des Affaires culturelles hatte das amendement 130 mit der Begründung abgelehnt:

"En fait, on ne voit pas très bien sur quoi se fonderaient les réparations et quelles seraient les sanctions.

Sans doute, la commission souhaiterait-elle obtenir des précisions du Gouvernement sur les études actuelles en cours mais, en tout état de cause, elle n'est pas favorable à l'adoption de l'amendement." 94)

Der Vertreter der Regierung schloß sich dem Urteil an. Der Antrag auf Vervollständigung des Artikels wurde zurückgewiesen. Schlußwort des P.C.F.-Abgeordneten Ralite:

"Vive les promoteurs immobiliers!"

Article 19

Le personnel de l'établissement public de diffusion est soumis à un statut établi par décret.

Les personnels de chacune des sociétés sont régis par des conventions collectives.

Die Bestimmung im letzten Teil -im zweiten Absatz- des Artikels bringt insofern eine Neuerung, als bisher beim Rundfunk kollektive Arbeitsverträge nicht üblich waren. Hier hatte es bis zur Auflösung des Office am 31. Dezember 1974 eine Fülle von verschiedenartigen Verträgen gegeben, die, allesamt als "statut spécial" bezeichnet, jeweils auf den Fall des einzelnen Mitarbeiters, seine Befähigungen und Forderungen abgestellt waren und von diesem mit der zuständigen Personalabteilung ausgehandelt wurden. Daneben existierten die Beamten, fast ausschließlich in der Verwaltung des Office tätig, und jene Angestellten, die 1964 bei der Überführung des Rundfunks vom R.T.F in die neue Form des O.R.T.F. ihren Status als Beamte auf Grund der sich bietenden besseren

94) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3793

Arbeitskonditionen, speziell der besseren Bezahlung, aufgegeben hatten. Nur ihre Arbeit war, wie jene der Beamten durch einen einheitlichen Arbeitsvertrag geregelt.

Da die ^Auregelung bei Parteien der Union de la Gauche die ^Befürchtung hervorgerufen hatte, die Mitarbeiter des Rundfunks könnten benachteiligt werden und alter Rechte verlustig gehen, brachten die P.C.F.-Abgeordneten Gosnat, Ralite und Chambaz einen Gegenvorschlag zur vorliegenden Fassung ein. Das amendement 132 lautete:

"Le personnel de l'établissement public de diffusion est soumis à un statut établi par décret en Conseil d'État.

Les personnels de chacune des sociétés, instituts ou services appelés à succéder aux droits et obligations de l'O.R.T.F., sont régis par des conventions collectives.

Toutefois il ne pourra être porté atteinte aux dispositions statutaires en vigueur dans le statut des personnels de l'O.R.T.F., en matière de rémunération, d'ancienneté de service, de maladie, d'accident du travail et de cessation d'activité. L'ancienneté de service reconnue par l'O.R.T.F. à ses agents sera prise en compte dans l'ancienneté de service reconnue dans les nouveaux organismes.

L'établissement public de diffusion, les sociétés nationales de programme et la société de production prendront à leur charge les engagements contractés par l'O.R.T.F. dans l'accord de salaire de 1973 en matière de retraite complémentaire de ses personnels statutaires."

Begründet wurde das amendement durch Jack Ralite:

"Certains nous accuseront de porter atteinte à l'état de choses existant, d'autres d'ouvrir les vannes selon l'expression chère à M. de Préaumont.

J'observe simplement que le troisième alinéa de notre amendement vise non pas la fonction des personnels, mais les droits acquis en matière de rémunération, d'ancienneté de service, de maladie, d'accident du travail et de cessation d'activité. C'est donc une mesure conservatoire que nous proposons à l'Assemblée d'adopter.⁹

Weniger perfektionistisch zeigten sich die Abgeordneten der P.S. und der Radicaux de gauche mit ihrem amendement 55:

"Les personnels de l'établissement public, des sociétés nationales et de la société de production sont soumis à un statut commun établi par décret pris en Conseil d'État."

Im Gegensatz zu den conventions collectives wären weitgehende Zusicherungen von kollektiven und individuellen Rechten (Erhalt sämtlicher Möglichkeiten des Arbeitskampfes, bzw. Rücksichtnahmen der Vertragsinhalte bei Versetzung auf die Familiensituation des Betroffenen) in einem statut commun möglich.

Georges Fillioud (P.S.) führte dazu in seinen Begründungen aus:

"Les articles dont nous abordons maintenant la discussion, prévoient -je le répète- la liquidation des personnels, sans que la garantie des rémunérations et la protection des droits acquis se trouvent prévues par la loi dans les conditions convenables. C'est la raison pour laquelle nous pensons qu'il convient d'aborder ce dernier chapitre de notre discussion par une position de principe que le groupe du parti socialiste et des radicaux de gauche propose à la réflexion de l'Assemblée nationale." 96)

Mit Hinweis auf die oben genannten Möglichkeiten des statut commun, das deshalb der Intention der Regierung zuwiderlief, weil es die ungleiche Aufsplittung der Arbeitsverträge, wie dies zu Zeiten des Office der P.L., fortschrieb, wurde der Antrag der P.S./R.d.g. abgelehnt.

Die Abstimmung über die vier Abschnitte des amendement 132 der P.C.F. wurde in zwei Einzeldurchgänge aufgeteilt. Daraufhin forderte Jack Ralite eine offene Abstimmung gerade über die beiden letzten Absätze. Die Vorschläge wurden mit 278 gegen 191 Stimmen abgelehnt.

Die zweitägigen Demonstrationen gegen die arbeitsrechtlichen Regelungen des Gesetzes, die die Parteien der Union de la Gauche und die ihnen nahestehenden Gewerkschaften am 19. Juli 1974 vorbereitet hatten, wurden daraufhin durchgeführt. 97)

96) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3794

97) vergl. hierzu den kurzen Bericht in Le Monde vom 20.7.1974: La gauche organisée deux jours de protestation

Es war auf Grund dieser Tatsache abzusehen, daß ein inhaltlich gleicher Vorschlag der U.D.R. auch abgelehnt werden würde. (amendement 92). Dies bewog den Abgeordneten Le Tac denn auch, ihn zurückzuziehen.

Der Regierungsvertreter, André Rossi, wünschte namens des Kabinetts den Artikel 19 um den Passus des amendements 171 zu vervollständigen:

"L'ancienneté de service acquise par les agents de l'O.R.T.F. sera reconnue dans le nouvel établissement et les sociétés.

L'établissement public et les sociétés prendront les dispositions nécessaires pour affiler les agents qui leur sont affectés à des régimes de retraite complémentaire."

Diese Bestimmung blieb weit hinter den von den Parteien der Union de la Gauche geforderten Sicherungen zurück. Der Abgeordnete Ralite (P.C.F.):

"Il est évident que cet amendement accorde le minimum. Bien entendu, nous le voterons, puisque nous entendons sauvegarder les droits collectifs des travailleurs de quelque nature qu'ils soient." 98)

Derart verändert wurde der Artikel 19 angenommen.

Article 20

En cas de cessation concertée du travail, la continuité des éléments du service nécessaires à l'accomplissement des missions définies à l'article premier de la loi du 3 juillet 1972 doit être assuré par l'établissement public de diffusion et par les sociétés nationales de programme. La direction de chaque organisme désigne les catégories de personnel ou les agents qui doivent demeurer en fonction.

Diese Bestimmung entsprach zT. jener des Artikel 11, Abs. III des Gesetzes vom 3. Juli 1973. Offiziell sollte damit sichergestellt werden, daß im Fall eines Streiks die Nachrichtenredaktionen weiterarbeiten konnten, darüber hinaus aber zumindest ein Notprogramm ausgestrahlt werden konnte. Durch den Bezug auf den ersten Artikel lief die Regelung jedoch auf eine Art Dienstverpflichtung aller Mitarbeiter hinaus. Diese Verschärfung war nicht zu übersehen.

98) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3797

Der Wortlaut des Artikels wurde von der P.S. und der Partei der Radicaux de gauche als Beschneidung der Rechte der Arbeitnehmer gewertet. Im amendement 58 forderten die Abgeordneten beider parlamentarischer Gruppen deshalb: "Supprimer l'article 20."

Louis Mexandeau, P.S. begründete dies wie folgt:

"L'article 20, s'il était adopté, supprimerait pratiquement le droit de grève dans les entreprises concernées."

Mit seinen Ausführungen "on priverait une partie des travailleurs du droit de grève." 99)

Dies wurde von dem ^{er}ichterstatte^r der Commission des Affaires culturelles und dem Vertreter der Regierung bestritten. Auch nach französischem Recht, so das Argument, stelle die Verpflichtung zu einem Notdienst keine Beeinträchtigung des Streikrechtes dar, vielmehr ermögliche sie es, daß die anderen Mitarbeiter dieses wahrnehmen können.

Der Antrag wurde abgelehnt, Artikel 20 verabschiedet.

Article 21

Sous réserve des dispositions de l'article 22, les agents en fonction à l'O.R.T.F. au 31 décembre, soumis au statut général des fonctionnaires, sont reclassés dans des corps homologues de l'État, dans les conditions fixées par décret en Conseil d'État.

Artikel 21 wurde ohne Diskussion angenommen.

Zu seiner Vervollständigung sollte das amendement 93 der Abgeordneten Le Tac und Marette (U.D.R.) dienen. Sie legten folgenden Zusatz vor:

"Les anciens fonctionnaires de l'État intégrés comme agents statutaires de l'Office peuvent jusqu'au 31 décembre 1974, demander leur réintégration dans le corps d'origine ou dans le corps homologues de l'État dans les conditions fixées par un décret en Conseil d'État."

Nach Marette sollten auch diejenigen ehemaligen Beamten hiervon profitieren können, die bereits 1960 ihren Status zugunsten dessen eines "statutaire" aufgegeben hatten.

99) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3800

Der Antrag wurde auf Vorschlag des Berichterstatters der Commission des Affaires culturelles nicht an dieser Stelle behandelt, sondern verschoben bis nach Behandlung von Artikel 22.

Article 22

Les fonctionnaires et, sous réserve des dispositions de l'article 23, les agents statutaires à temps complet du service de la redevance, en fonction au 31 décembre 1974, sont à cette date pris en charge par l'État. Ils conservent le bénéfice de leur statut jusqu'à une date fixée par décret. Ce décret précise les conditions dans lesquelles il sera procédé à leur intégration dans le corps de fonctionnaires de l'État ou d'autres établissements ou collectivités publics.

Diese Regelung ist nötig geworden, da der Office-eigene Dienst für die Durchführung des Gebühreneinzuges aufgelöst werden sollte. Allerdings galt die Regelung allein für Beamte und, mit Einschränkungen für die sogenannten "statutaires". Auf die Frage nach dem weiteren Verwendungszweck der restlichen Mitarbeiter, speziell an der Zentralstelle in Rennes, mußte der Staatssekretär Rossi zugeben, daß der für derartige Fragen zuständige Arbeitsminister noch keine Entscheidung getroffen hatte. Allerdings:

"Je vous signale que nous ferons le maximum en faveur de ces personnels, incontestablement utilisés depuis longtemps. Il est normal qu'au-delà des procédures mises en oeuvre par le ministre du travail, leur reclassement bénéficie d'une certaine priorité." 100)

Da diese Zusicherung keinen einlösbaren Rechtsanspruch beinhaltete, ihn auch nicht beinhalten konnte, legten P.S., P.C.F. und R.d.g. einen gemeinsamen Vorschlag (Nummer 59/135; textidentische Ausführungen) vor, dessen Kernsatz bestimmen sollte:

"Il (ein vom Conseil d'État auszufertigendes Décret; d.V.) garantit le maintien des droits acquis dans le cadre du statut du personnel en vigueur, en matière de rémunération et d'ancienneté de service."

Hiermit sollten also auch nichtbeamtete Mitarbeiter abgesichert werden.

100) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3802

Der Vorschlag wurde jedoch abgelehnt. Der Regierungssprecher begründete die Ablehnung:

"Pratiquement, il n'est pas possible d'assurer le maintien des droits acquis au personnel temporaire, c'est incontestable".¹⁰¹

Im Anschluß an die Verabschiedung des Artikel 22 wurde die Diskussion des amendement 93 der U.D.R.-Abgeordneten Le Tac und Marette wiederaufgenommen.

Im gleichen Zusammenhang wurde ein Antrag der "égierung verkündet, dessen Text lautete:

"Les anciens fonctionnaires de l'État intégrés comme agents statutaires de l'office âgés de moins de soixante ans et qui ne seraient pas pris en charge par les nouvelles sociétés peuvent, jusqu'au 31 décembre 1974, demander leur réintégration dans leur corps d'origine ou dans le corps homologues de l'État dans les conditions fixées par un décret en Conseil d'État."

Dieses amendement, Nummer 175, wurde von der Regierung zurück gezogen, da es einen Formfehler enthält. Der Abgeordnete Claudius-Petit macht den Staatssekretär aufmerksam:

"Monsieur le secrétaire d'État, vous ne pouvez pas écrire: 'âgés de moins de soixante ans', car il est des fonctionnaires qui ont statutairement le droit de rester en activité jusqu'au soixante-cinq ans et qui, de ce fait, devront être réintégrés de droit même s'ils ont soixante-quatre ans." ¹⁰²⁾

An seiner Stelle wurde der Text der U.D.R.-Abgeordneten in das Gesetzeswerk eingefügt.

Article 23

Les agents relevant du statut des personnels de l'Office âgés de soixante ans et plus et les agents relevant des autres statuts de l'Office, âgés de cinquante-cinq ans et plus, au 31 décembre 1974, sont mis à cette date en position spéciale. Cette position leur assure une rémunération, assimilée à un salaire, équivalente à la position à laquelle ils pouvaient prétendre si, à cette date, ils avaient atteint la limite d'âge prévue par les textes qui

¹⁰¹⁾ J.O., aaO.24.7.1974, p.3802

¹⁰²⁾ J.O., aaO.24.7.1974, p.3801

leur sont actuellement applicables. Toutefois, les agents âgés de moins de soixante ans pourront, dans l'intérêt du service, être maintenus en activité.

Diese Verfügung betraf besonders die Musiker der verschiedenen O.R.T.F.-Orchester, die Mitglieder der Chöre und Journalisten. Speziell bei den Musikern bedeutete dies, daß -und hier sei der Diskussion um die einzelnen Bestandteile des Gesetzes vorausgegriffen- neben dem "Orchestre Philharmonique de Paris" auch die drei Regionalorchester in Strasbourg, Lille und Nice aufgelöst wurden, da genau das eingetreten war, was der Abgeordnete Jacques Cressard während der Debatte vorausgesagt hatte:

"cinq violoncellistes sur douze seraient mis à la retraite."

Es traf nicht allein die Violoncellisten, wie man sah. Es fällt auf, daß von Seiten der Regierung diesem Problem kein Wort gewidmet wurde. André Rossi beschränkte sich in der Verteidigung der Inhalte des Artikels allein auf technische Probleme der notwendigen Umverteilung des Personals auf die neuen Gesellschaften. Zwei umfangreiche amendements -Nummer 61 der P.S./R.d.g. sowie Nummer 95 der Abgeordneten Le Tac (U.D.R.), Chevènement (P.S.) und Hamel (F.N.R.I.)-, die versuchten, die Übernahme möglichst aller Mitarbeiter zu sichern und, wo dies nicht möglich war, ihnen den Übergang so weit als möglich zu erleichtern, wurden dem Regierungsvorschlag entgegen gestellt. Das amendement 61 wurde ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Jenes zweite wurde, wenngleich seine Bestimmungen von einer breiteren Basis innerhalb des Parlamentes getragen wurden, gleichfalls nicht angenommen.

Staatssekretär Rossi begründete seine Ablehnung, der die Abgeordneten in ihrer Mehrheit folgten, mit einer Erklärung. Er führte zur "position spéciale", die speziell für die älteren Betroffenen unweigerlich das Ende ihrer beruflichen Laufbahn bedeutete, auch wenn dies anderenfalls noch nicht nötig gewesen wäre, da sie für einen Neubeginn doch schon zu viele Jahre zählten, aus:

"Qu'est-ce que la position spéciale? Le texte la définit comme l'attribution à l'intéressé d'une rémunération, assimilée à un salaire, équivalente à la pension à laquelle il aurait pu

prétendre s'il avait eu soixante-cinq ans. Autrement dit, il gagne cinq années au maximum, s'il a soixante ans, pour le calcul de sa retraite. (...) L'exercice des droits syndicaux à l'intérieur de l'entreprise est maintenu et de plus le cumul est possible." 103)

Die Regelungen des Artikels 23 sind, der Staatssekretär hatte hierin völlig recht, keineswegs unsozial, sie bewirkten jedoch durch oben angesprochene mögliche Konsequenzen bei den Betroffenen vielfach Härten.

Noch zwei amendements wurden zu seinen Ausführungen eingebracht. Jenes mit den Nummern 17/109 und ein anderes mit den Nummern 18/111. In beiden Fällen handelte es sich um textidentische Fassungen, die von Abgeordneten der U.D.R., Réformateurs und des Centre Démocrate bzw. der Démocrates sociaux eingebracht wurden. Amendement 17/109 forderte den Ersatz des zweiten und dritten Satzes dieses Artikels durch die Formulierung:

Cette position leur assure une rémunération assimilée à un salaire et revalorisée en fonction de l'évolution des salaires, équivalente au total de la pension et, le cas échéant, auraient pu prétendre s'ils avaient poursuivi leur activité jusqu'à la limite d'âge prévue par les textes qui leur sont actuellement applicable."

Ergänzt sollte der Artikel werden durch das zweitgenannte amendement:

"Les dispositions de l'alinéa précédent ne sont pas applicables aux agents ayant des enfants à charge au sens de l'article L.527 du code de la sécurité sociale. Ceux-ci seront, sur leur demande, maintenus en activité aussi longtemps qu'ils auront des enfants à charge et au plus tard jusqu'à ce qu'ils atteignent la limite d'âge prévue par les textes qui leur sont actuellement applicables".

Beide amendements wurden ohne weitere Debatte angenommen

Das letztgenannte amendement 18/111 hatte durchaus ernstzunehmende Gründe: das Grundgerüst des Gesetzesvorschlages hatte keine Regelungen im sozialen Bereich vorgesehen. Es verwundert allerdings, feststellen zu müssen, daß es von bürgerlichen Parteien angeregt worden war und nicht von den Abgeordneten der Union de la Gauche.

Sie, deren Abgeordnete im Parlament ihre Änderungsanträge mit schöner Regelmäßigkeit mit dem dem Satz "C'est le droit du travailleur" begründeten, hatte diesen Punkt, der nur eine Minderheit der Beschäftigten betraf, keiner weiteren Behandlung für würdig gehalten.

Article 24

La répartition des personnels pris en charge par les divers établissements et sociétés est effectuée, compte tenu des besoins de ces organismes, par décision du président directeur général de l'Office, après avis d'une commission présidée par un membre des juridictions administratives et associant des représentants du personnel.

Sous réserve des dispositions des articles 21 à 23, les personnels non affectés dans l'un de ces organismes pourront, s'ils en font la demande avant le 31 décembre 1974, être reclassés dans une administration de l'État, d'une autre collectivité publique, des établissements ou entreprises publics.

S'ils ne présentent pas cette demande, une indemnité de licenciement leur est automatiquement attribuée au 31 décembre 1974. Cette indemnité est égale à celle qui était prévue par les statuts qui leur étaient applicables. Pour les agents ayant au moins cinq ans de service au 31 décembre 1974, cette indemnité n'est pas inférieure à un ans de traitement.

Les agents qui présentent une demande de reclassement continuent à percevoir leur traitement jusqu'à la date à laquelle ils sont reclassés et, au plus tard, jusqu'au 30 juin 1975.

Les agents qui, ayant présenté cette demande, n'ont pas été reclassés au 1^{er} juillet 1975, se voient automatiquement attribuer une indemnité de licenciement conformément aux dispositions d'alinéa 3 du présent article, déduction faite des émoluments versés en application de l'alinéa 4.

Diesem Text wurden durch zwei Anträge auf Vervollständigung durch Abgeordnete der U.D.R. Bestimmungen hinzugefügt, die die Entschädigung und Abfindung von Mitarbeitern vorsehen, die drei Vorschläge auf Übernahme an andere Arbeitsplätze abgelehnt hatten

(amendement 97) und die diejenigen von der Anwendung der Regelungen des Artikels 24, wie des vorangegangenen freistellen, die während der Zeit der deutschen Besatzung deportiert, interniert, Angehörige der Forces françaises libres oder combattants volontaires waren. Ebenfalls von diesen Bestimmungen ausgenommen wurden Kriegsinvaliden.

Später wurden hier auch noch die sogenannten anciens combattants aufgeführt. Dies geschah jedoch nicht auf Grund des amendement 98, sondern entsprechend der Regelung des Gesetzes 73- 1051 vom 21. November 1973, das für letztgenannte Gruppe diese Bevorzugung obligatorisch vorsieht.

Die Diskussion der entsprechenden Anträge erschöpfte sich in einer Anfrage des Abgeordneten Ralite (P.C.F.), der feststellte, daß es nach französischem Recht zwei Gruppen von Internierten und Deportierten gibt, jene, die dieses Schicksal als Mitglieder der Résistance erlitten hatten, und andere, die als internés et déportés politiques gelten. Er erkundigte sich, ob beide Kategorien gleich behandelt würden, was den U.D.R.-Abgeordneten Claudius-Petit zu dem Zwischenruf veranlasste, es schiene ihm einfach paradox, daß gerade dieselänger arbeiten "dürften". Er wurde darauf hingewiesen, daß es sich hierbei tatsächlich um ein Recht handelte, das nur in Anspruch nehmen brauchte, wer aus welchen Gründen auch immer, dies wolle. Es handle sich um keine Verpflichtung.

Article 25.

Les agents pris en charge par les établissements ou sociétés restent jusqu'à l'élaboration des statuts ou conventions prévus à l'article 19, et au plus tard jusqu'au 31 décembre 1975, régis par les dispositions qui leur sont actuellement applicables. L'organisme d'affection est substitué à l'Office dans les droits et obligations à l'égard de ces personnels.

Hier beschränkten sich die Anträge auf Änderung des Textes auf eine einzigen, Nummer 62, der die Zeitbestimmung "et au plus tard jusqu'au 31 décembre 1975" streichen lassen wollte. Er wurde von der Abgeordneten der P.S. und Radicaux de gauche eingebracht.

Das Parlament lehnte das amendement ab.

Wären die Anträge nicht vorbereitet gewesen und der Versammlung hier allein zur Abstimmung vorgelegen, so hätte man aus der sich bei der Behandlung der letzten Artikel rapide verringernden Diskussion fast schließen können, die frühe Morgenstunde, zu der das Gesetz noch behandelt wurde, man saß seit dem späten Vormittag des 24.7. 1974 beisammen und beendet die Debatte der einzelnen Anträge am 25.7.1974, gegen neun Uhr früh, mache sich hierin deutlich.

Da sich die amendements zu den letzten beiden Artikeln allein auf Sprachregelungen bezogen, jedoch allesamt abgelehnt wurden, fanden in den "Dispositions finales" keine weiteren Veränderungen mehr statt. Ihr Text kann unmittelbar dem Journal Officiel entnommen werden. (s.u., am Ende dieses Kapitels).

Unmittelbar im Anschluß an die erste Lesung fand die zweite statt. Hierin legte die Regierung Änderungsanträge zu den Artikeln 6, 15, 16, 23 und zur Ergänzung des Artikels 21 vor.

Die Änderungen betrafen bezüglich des Artikel 6 die Bestimmung, daß das beim dritten "Fernsekanal FR-3 zu gründende comité régional consultatif sich aus Persönlichkeiten zusammensetzen habe, die die "principales tendances de pensée et des forces vives concourant à la vie économique, sociale et culturelle de la région" repräsentieren.

Die Änderung im Text des 15. Artikels betrafen dessen zweiten Absatz: "Le Parlement approuve, par un vote unique, la répartition du produit de la redevance entre l'établissement public et les sociétés nationales, tels qu'il résulte de l'application des dispositions de l'article 16"

Damit wurde der zweite Abschnitt des Artikels gestrafft und seine logische Verbindung mit dem folgenden verstärkt herausgestellt.

Anstelle des kurzgefaßten Artikel 16 wurden nun die Kriterien, die zur Aufteilung des "Gebührenaufkommen angewandt werden sollen, ausführlich dargestellt, in einem umfangreichen Text beschrieben.

Gleichermaßen wurde in der Zusatzbestimmung zum Artikel 21 genauer definiert, daß die Gleichstellung der Festangestellten des Office mit den Beamten nur für diejenigen zu gelten habe, die das sechzigste Lebensjahr noch nicht überschritten hätten, für alle anderen jedoch die Regelung der position spéciale zur Anwendung käme.

Beim Artikel 23 schließlich sollte festgehalten werden, daß die Überführung in besagte Sonderstellung auch für Journalisten zu gelten habe, die nach dem revidierten bisher vorliegenden Text des Gesetzeswerkes hiervon ausgenommen waren. Als Grund wurde die notwendige Gleichbehandlung aller Mitarbeiter vorgebracht.

Sämtliche amendements der Regierung wurden angenommen. Diskussionen über ihre Inhalte fanden nicht mehr statt. Es erfolgte allein noch die Befragung des Berichterstatter der Commission des Affaires culturelles. Danach wurde sogleich abgestimmt.

Auf Antrag der Parteien der Union de la Gauche wurde über das Gesetz offen abgestimmt. Von den 477 Abgeordneten waren 473 abstimmungsberechtigt. Zur Annahme waren danach 237 Stimmen erforderlich.

FÜR DAS GESETZ STIMMTEN:

290 Abgeordnete, davon
167 U.D.R. (insges. 174)
61 F.N.R.I. (62)
51 Réformateur (52)
11 Indépendants (18)

ENTHALTUNGEN:

2 U.D.R.
2 Indépendants

ENTSCULDIGT ABWESEND:

1 U.D.R.
1 F.N.R.I.
1 Réformateur
1 Indépendant

GEGEN DAS GESETZ STIMMTEN: 104)

183 Abgeordnete, davon
105 P.S. und Radicaux de gauche (105)
74 P.C.F. (74)
4 Indépendants (18)

NICHT AN DER ABSTIMMUNG HABEN
TEILGENOMMEN:

4 U.D.R., davon der Präsident
des Parlaments und der
Sitzungspräsident

Weitere, jedoch in ihren Einzelheiten allein für Verfassungsjuristen interessante Detailänderungen wurden durch die Commission mixte paritaire der beiden Kammern des Parlamentes vorgenommen, deren gemeinsam erarbeitete Fassung dem Parlament in Form des Document de l'Assemblée nationale N^o 1165 am 28. Juli vorlag.

Allein eine Änderung gegenüber der von der Assemblée nationale verabschiedeten Fassung soll hier angeführt werden. Sie betrifft die Definition des Rundfunks und seiner Aufgabenstellung.

Unter Artikel "A" heißt es hier:

Le service public national de la radiodiffusion-télévision française assume, dans le cadre de sa compétence, la mission de répondre aux besoins et aux aspirations de la population, en ce qui concerne l'information, la communication, la culture, l'éducation, le divertissement et l'ensemble des valeurs de civilisation. Il a pour but de faire prévaloir dans ce domaine le souci exclusif des intérêts généraux de la collectivité.

Il assure un égale accès à l'expression des principales tendances de pensée et des grands courants de l'opinion. Un temps d'antenne est mis régulièrement à leur disposition.

Il participe à la diffusion de la culture française dans le monde.

Ces responsabilités lui font un devoir de veiller à la qualité et à l'illustration de la langue française.

Hiermit wurde entgegen der Fassung des Regierungsentwurfes in seiner Erstversion, dem Long-Plan, nun endlich das Recht auf Zugang aller Gruppen der Gesellschaft der Gesellschaft von Relevanz zum Rundfunk festgelegt.

Die Long-Fassung vermittelte den Eindruck, als sollte dieses Recht allein auf einem TV-Kanal, nämlich FR-3, gewährt werden. Die Umschreibung der "principales tendances de pensée et des grands courants de l'opinion" geht, wie der Administrateur Régional, FR-3 Alsace, Monsieur G. Traband, den der Verfasser der vorliegenden Arbeit zu diesem Thema befragen konnte, **sagte, darauf** zurück, daß diese Möglichkeit nicht allein, wie von den Parteien

der Union de la Gauche gefordert,¹⁰⁵⁾ politischen Gruppen und den Gewerkschaften eröffnet werden sollte. Eine namentliche Auflistung aller Berechtigten kam nicht in Frage, da dies die Proteste der Benachteiligten herausgefordert hätte, aber auch aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, daß dies dem Grundsatz der Gleichbehandlung widerspreche, mußte davon abgesehen werden. Eine weitergehende Formulierung konnte dagegen gegen die U.D.R. nicht durchgesetzt werden.

In dem vorangegangenen Teil wurden die wichtigsten Änderungen des durch Long vorgegebenen Grundgerüsts des Gesetzesvorschlages, seine weiteren Ergänzungen, sowie die Autoren, die diese Vorschläge einbrachten, vorgestellt. Detailregelungen, deren Ursache allein in einer genaueren Spezifikation des zu behandelnden Gegenstandes lag, wurden hier nicht berücksichtigt. Dagegen aber wurden auch jene amendements vorgestellt, die, aus welchen Gründen auch immer, von der Assemblée nationale abgelehnt wurden.

Welches Fazit läßt sich aus der Diskussion der Anträge ziehen?

Auffallend war die Tatsache, daß sich die Abgeordneten der Partei des Präsidenten der Republik, der F.N.R.I., in der der Abstimmung über die verschiedenen Änderungsanträge vorangehenden Diskussion außerordentlich zurück hielten.

Ein einziger von ihnen, Roger Chinaud, ergriff das Wort.

Er benutzte seine Wortmeldung, um den von der Opposition erhobenen Vorwurf zurück zuweisen "le présent projet est insensé".¹⁰⁶⁾

Darüber hinaus sei es auch nicht wahr, daß die Nationalversammlung vom Inhalt des Gesetzes überrascht, um nicht schon zu sagen, überrumpelt wurde, denn der Vorschlag sei inhaltlich bereits seit vierzehn Tagen in der Presse dargelegt worden.

Gleiches gilt für ihre Gesetzesinitiative bezüglich neu formulierter Vorschläge zur Änderung oder Vervollständigung. Hier waren es allein drei Beiträge, zu den Artikeln 11, 18 und, gemeinsam mit den Réformateurs, zum Artikel 23. Dieses Verhalten ver-

105) siehe die dementsprechenden amendements

106) der P.S.-Abgeordnete Fillioud übernahm diesen Satz aus einem Artikel des als liberal geltenden ehemaligen Office-Subdirektors André Astoux in Le Monde vom 17. 7. 1974; "L'O.R.T.F., c'est n'est pas fini..."; J.O., aaO., 23. 7. 1974, p. 3654

wirrt den Beobachter. Bezüglich der geringen Anzahl der eingebrachten amendements könnte man schließen, die Fraktion sei mit den Regelungen des Long-Planes völlig zufrieden gewesen und hätte keine Ursache gefunden, Änderungswünsche vorzubringen. Es überrascht jedoch, daß sich die Partei des Präsidenten nicht dazu entschließen konnte, das Projekt gegen die zum Teil sehr heftigen Angriffe der Opposition in Schutz zu nehmen. Welche Gründe dies hatte, konnte nicht ermittelt werden, weder aus Stellungnahmen von Abgeordneten bei der Sitzung zur Verabschiedung des Gesetzes, noch aus Stellungnahmen der Presse.

Auch die U.D.R. versuchte nicht, die Stellung der Regierung in diesem Punkt zu rechtfertigen. Allerdings kann aus den zahlreichen Anträgen, die aus dieser Fraktion stammten, 36, von denen 20 angenommen wurden, entnommen werden, daß das Projekt in der Form, in der es von Marceau Long vorgelegt wurde, nicht ihren Vorstellungen entsprochen hat. Einig war man sich mit dem Koalitionspartner allein in der Beurteilung der Notwendigkeit der Neuordnung des Rundfunks, um das finanzielle Debakel, das sich besonders in den letzten Monaten des Jahres 1973 gezeigt hatte, endlich zu beseitigen. Betrachtet man sich die Vorschläge, die von Seiten der U.D.R. kamen, genauer, so stellt man fest, daß ein erheblicher Teil von ihnen auf die Erhaltung der Regelungen des Gesetzes von 1972 hinaus lief. Von Grund auf geändert und geregelt sollten allein jene Verfügungen werden, die nötig waren, die finanzielle Situation der Anstalt zu sichern. Damit aber widersprach diese Zielsetzung den Intentionen Giscard und seines Beraters Long.

Allein aus diesem Grund läßt sich die mangelnde Verteidigung des Projektes gegen die Opposition erklären. Aus den Parlamentsprotokollen geht nicht hervor, ob gaullistische Anträge, wie etwa jener zur Wiedererrichtung einer C.J.J.-ähnlichen Institution, von Unabhängigen Republikanern in Gemeinschaft mit der Linksopposition verworfen, ob Anträge der Giscardisten und der Parteien der Union de la Gauche etwa auch gemeinsam verabschiedet wurden. Spezifikationen fehlen bei den Abstimmungsergebnissen. Dies dürfte aus parteitaktischen Überlegungen heraus wohl nicht der Fall

gewesen sein,wenngleich dieses Erscheinungsbild sich bei gleicher Abstimmungsweise,Ablehnung oder Annahme eines amendements,möglicherweise unter entgegengesetzten Zielrichtungen nicht vermeiden läßt.Parteitaktisch geplant können sie nicht gewesen sein. Aus der unterschiedlichen Art des Verhaltens zeigt sich jedoch recht deutlich eine recht kontroverse Einstellung zu verschiedenen Regelungen des Gesetzes innerhalb der Regierungskoalition.

Auf Seiten der Union de la Gauche fiel die unterschiedliche Vorgehensweise von Kommunisten und andererseits Sozialisten und Radicaux de gauche in gleicher Weise auf. Die meisten Anträge auf Änderung oder Vervollständigung der vorgegebenen Bestimmungen des projet de loi kamen von der Aktionsgemeinschaft aus Sozialisten und Radicaux de gauche (32).Sie waren fast durchwegs strikt an der Lösung konkreter Sachprobleme ausgerichtet: so etwa bei der Sicherung der Rechte der Mitarbeiter des Office nach Übernahme in die neuen Gesellschaften.(Unberücksichtigt soll dabei bleiben,ob diese Anträge auch angenommen wurden oder nicht, da ein großer Teil der amendements der Opposition zT. ohne, zu einem anderen Teil mit nur unzureichender Begründung zurückgewiesen wurde).

Dagegen zeichnen sich die die Anträge der P.C.F. (22)¹⁰⁷⁾ in weit stärkerem Umfang durch Beharren auf traditionellen ideologischen Verhaltensmustern aus,was bewirkte,daß sie inhaltlich an den anstehenden Sachproblemen bisweilen weit vorbei gingen.Als Beispiel sei hier etwa auf die Frage der Werbeeinnahmen verwiesen ,die als Finanzierungsquelle des Rundfunks glattweg abgelehnt wurden,ohne dabei auf die sich ergebenden Konsequenzen einzugehen.

In sämtlichen Parteien der Union de la Gauche ist jedoch das Bestreben zu verspüren,den staatlichen Einfluß dem der Privatwirtschaft vorzuziehen.Dabei steht,grob vereinfacht,der Staat als Verkörperung des moralischen Sachwalters der Interessen aller Bürger, wohingegen private Initiativen stets als unmoralisch empfunden werd

Diese Einstellung schließt nicht aus,daß sich diese Parteien dem stärkeren Staatseinfluß,den sie selbst anstrebten,eindeutig widersetzen,als etwa im Artikel 10

107) Insgesamt wurden 160 amendements eingebracht.Die hier angegebenen Zahlen lassen sich jedoch nicht auf diesen Wert addieren da Anträge von Splittergruppen in dieser Zählung ebenso unberücksichtigt blieben wie Doppelzählungen textidentischer Anträge.

verfügt wurde, die Aufsicht über die Arbeit der Produktionsgesellschaft solle vom Premierminister ausgeübt werden. Hier wurde festgestellt, diese Regelung widerspreche demokratischen Gepflogenheiten.

Diese Haltung läßt sich alleine aus dem Umstand heraus erklären, daß die Staatsaufsicht nicht von einem eigenen Parteimitglied ausgeübt wird, sondern von einem U.D.R.-Mitglied (Jacques Chirac), also einem ideologischen Gegner aus dem bürgerlich-konservativen Lager.

Im Anschluß an dieses Kapitel soll nun der Text des Gesetzes dargestellt werden, so wie er am 8. August 1974 im Journal Officiel verkündet wurde.

LOIS

LOI n° 74-496 du 7 août 1974
relative à la radiodiffusion et à la télévision (1).

L'Assemblée nationale et le Sénat ont adopté,

Le Président de la République promulgue la loi dont la teneur suit :

Art. 1^{er}. — Le service public national de la radiodiffusion-télévision française assure, dans le cadre de sa compétence, la mission de répondre aux besoins et aux aspirations de la population, en ce qui concerne l'information, la communication, la culture, l'éducation, le divertissement et l'ensemble des valeurs de civilisation. Il a pour but de faire prévaloir dans ce domaine le souci exclusif des intérêts généraux de la collectivité.

Il assure un égal accès à l'expression des principales tendances de pensée et des grands courants de l'opinion. Un temps d'antenne est mis régulièrement à leur disposition.

Il participe à la diffusion de la culture française dans le monde.

Ces responsabilités lui font un devoir de veiller à la qualité et à l'illustration de la langue française.

Art. 2 — L'Office de radiodiffusion-télévision française est supprimé.

L'exécution des missions de service public et l'exercice du monopole de la radiodiffusion et de la télévision définis par l'article 1^{er} ci-dessus et par l'article 2 de la loi n° 72-553 du 3 juillet 1972 sont confiés à un établissement public de l'Etat à caractère industriel et commercial et à des sociétés nationales dans les conditions fixées par la présente loi.

Art. 3. — Il est créé un institut de l'audio-visuel chargé notamment de la conservation des archives, des recherches de création audiovisuelle et de la formation professionnelle.

Cet institut constitue un établissement public à caractère industriel et commercial.

Art. 4 — 1. — Il est constitué une délégation parlementaire pour la radiodiffusion-télévision française.

Cette délégation exerce notamment les missions prévues à l'article 164, paragraphe IV, de l'ordonnance n° 58-1374 du 30 décembre 1958 et reçoit communication des rapports particuliers de la commission de vérification des comptes des entreprises publiques.

(1) (Loi n° 74-696) TRAVAUX PRÉPARATOIRES (1)

Assemblée nationale

Projet de loi n° 1161 ;
Rapport de M. de Préamont, au nom de la commission des affaires culturelles (n° 1162) ;
Discussion les 23 et 24 juillet 1974 ;
Adoption, après déclaration d'urgence, le 24 juillet 1974

Sénat

Projet de loi, adopté par l'Assemblée nationale, n° 287 (1973-1974) ;
Rapport de M. Michel Mireixot, au nom de la commission des affaires culturelles, n° 288 (1973-1974) ;
Avis de la commission des finances, n° 289 (1973-1974) ;
Discussion les 25, 26 et 27 juillet 1974 ;
Adoption le 27 juillet 1974

Assemblée nationale

Projet de loi, modifié par le Sénat, n° 1165 ;
Rapport de M. de Préamont, au nom de la commission mixte paritaire (n° 1166) ;
Discussion et adoption le 28 juillet 1974

Sénat

Rapport de M. Michel Mireixot, au nom de la commission mixte paritaire, n° 290 (1973-1974) ;
Discussion et adoption le 28 juillet 1974

Elle a pour mission de rendre des avis au Gouvernement dans les conditions suivantes :

a) La délégation est obligatoirement consultée sur les délégations au monopole prévues à l'article 3, paragraphes 1, 2 et 3, de la loi n° 72-553 du 3 juillet 1972, sur les a-cord-passes par l'établissement public et les sociétés créées par la présente loi concernant la production, la diffusion et la reproduction des émissions et dans les autres cas prévus par la présente loi ;

b) La délégation peut être consultée ou rendre des avis de sa propre initiative dans les domaines concernés par la présente loi.

II. — La délégation parlementaire comprend :

Les rapporteurs généraux des commissions des finances des deux Assemblées, les rapporteurs spéciaux des mêmes commissions et les rapporteurs des commissions des affaires culturelles chargés de la radiodiffusion et de la télévision ;

Cinq députés et trois sénateurs désignés de façon à assurer une représentation équilibrée des groupes politiques.

III. — La délégation établit son règlement intérieur. Elle rend compte de ses activités aux assemblées parlementaires et établit chaque année un rapport qui est déposé sur le bureau des Assemblées à l'ouverture de la première session ordinaire.

CHAPITRE I^{er}

L'établissement public de diffusion.

Art. 5. — Un établissement public à caractère industriel et commercial, doté de l'autonomie administrative et financière, reçoit mission d'assurer la diffusion des programmes de radio et de télévision en France et vers l'étranger, d'organiser, de développer, d'exploiter et d'entretenir les réseaux et installations de diffusion.

Il a notamment pour mission de créer les équipements nécessaires pour couvrir les zones qui ne peuvent pas encore recevoir les émissions de toutes les sociétés nationales.

Il procède aux recherches et collabore à la fixation des normes concernant les matériels et les techniques de radiodiffusion.

Le conseil d'administration comprend pour moitié des personnalités représentant l'Etat. Il comprend d'autre part deux parlementaires désignés respectivement par les commissions permanentes compétentes de l'Assemblée nationale et du Sénat ainsi que les représentants des sociétés nationales de programme et deux représentants du personnel de l'établissement nommés sur des listes de présentation établies par les organisations syndicales représentatives.

Les membres du conseil d'administration exercent leur mandat pour trois ans. Il peut être mis fin à tout moment au mandat des représentants de l'Etat.

Le président, choisi parmi les membres du conseil d'administration, et le directeur général sont nommés pour trois ans par décret en conseil des ministres.

Art. 6. — Les ressources de l'établissement public de diffusion comprennent :

1° La rémunération versée par les sociétés nationales de programme pour la diffusion de leurs émissions et la rémunération des services rendus sous quelque forme que ce soit, ainsi que les fonds de concours ;

2° Un pourcentage de la redevance pour droit d'usage des postes récepteurs, calculé de façon à permettre progressivement la diffusion des émissions sur l'ensemble du territoire de la République et vers l'étranger ;

3° Le produit des emprunts ;

4° Les revenus du portefeuille et des participations autorisées ;

5° Les subventions de l'Etat ;

6° Le produit des dons et legs.

Le budget de l'établissement est soumis à approbation.

CHAPITRE II

Les sociétés nationales de programme.

SECTION 1

La Société nationale de radiodiffusion

Art. 7. — Une société nationale est chargée de la conception et de la programmation des émissions de radiodiffusion.

Elle produit des émissions et peut céder à des tiers les droits qu'elle possède sur ces émissions.

Elle assure la gestion et le développement des orchestres tant à Paris qu'en province.

SECTION 2

Les sociétés nationales de télévision.

Art. 8. — Trois sociétés nationales sont chargées de la conception et de la programmation des émissions télévisées. Elles produisent des émissions et peuvent céder à des tiers les droits qu'elles possèdent sur celles-ci.

Art. 9. — Les présidents des sociétés nationales de télévision se réunissent périodiquement pour assurer l'harmonisation des programmes.

Art. 10. — L'une des sociétés nationales réserve une place privilégiée à la programmation des films cinématographiques et à l'organisation d'émissions consacrées à l'expression directe des diverses familles de croyance et de pensée. Elle est chargée de la gestion et du développement des centres régionaux de radio et de télévision.

Un comité régional consultatif de l'audio-visuel est institué auprès de chaque centre régional de radio et de télévision. Il est composé des personnalités représentatives des principales tendances de pensée et des forces vives concourant à la vie économique, sociale et culturelle de la région. La composition de ces comités est fixée par décret après avis du conseil régional ou des conseils régionaux concernés. Ils comprennent un tiers d'élus locaux choisis par les conseils généraux parmi les maires et les conseillers généraux.

L'organisme chargé de la radiodiffusion et de la télévision dans les départements et territoires d'outre-mer est rattaché à la société nationale visée au premier alinéa selon des modalités fixées par décret et par le cahier des charges, compte tenu des besoins spécifiques de ces départements et territoires.

Un comité consultatif des programmes pour les départements et territoires d'outre-mer assiste le président du conseil d'administration. Il est composé de deux membres choisis par chacun des conseils généraux ou assemblées territoriales, de deux personnalités désignées par arrêté ministériel et de deux parlementaires désignés par leur assemblée.

SECTION 3

Dispositions communes
aux sociétés nationales de programme.

Art. 11. — Le conseil d'administration de chaque société comprend six membres : deux représentants de l'Etat, un parlementaire, une personnalité de la presse écrite, un représentant du personnel et une personnalité du monde culturel.

Pour la société mentionnée à l'article 10, cette personnalité appartient au cinéma.

Les membres du conseil d'administration exercent leur mandat pour trois ans.

Le représentant du personnel est nommé sur une liste de présentation établie par les organisations syndicales représentatives du personnel.

Le président, choisi parmi les membres du conseil d'administration, est nommé pour trois ans par décret en conseil des ministres. Il organise la direction et en nomme les membres.

Art. 12. — L'Etat est l'unique actionnaire des sociétés nationales de programme. Ces sociétés sont soumises à la législation sur les sociétés anonymes, sous réserve des dispositions de cette législation incompatibles avec la structure particulière des sociétés et les exigences de leur mission de service public.

Les pouvoirs de l'assemblée générale des actionnaires sont exercés par le conseil d'administration. Celui-ci établit les statuts qui sont approuvés par décret.

CHAPITRE III

La société de production.

Art. 13. — Une société de production placée sous le régime de la législation des sociétés anonymes, sans autre dérogation que celles qui résultent de la présente loi, réalise des productions en film et en vidéo qu'elle commercialise notamment auprès des sociétés de programme.

Les actions de cette société sont nominatives. Elles ne peuvent être détenues que par l'Etat, d'autres personnes de droit public ou des sociétés nationales ou des sociétés d'économie mixte, les capitaux publics devant rester majoritaires.

Les statuts de la société sont approuvés par décret. La nomination du président et, s'il y a lieu, du directeur général, ainsi que toute augmentation ou diminution du capital et toute cession d'actions sont soumises à l'approbation du Premier ministre ou du membre du Gouvernement délégué par lui à cet effet.

CHAPITRE IV

Dispositions communes.

SECTION 1.

Action de l'Etat.

Art. 14. — Le Premier ministre ou un membre du Gouvernement délégué par lui à cet effet, assure le respect du monopole, veille à l'observation par l'établissement public et les sociétés nationales des cahiers des charges et, de façon générale, des obligations de service public.

Art. 15. — Un cahier des charges arrêté par le Premier ministre ou le ministre délégué par lui fixe, après avis de la délégation parlementaire pour la radiodiffusion-télévision française, pour l'établissement public et pour chaque société nationale, à l'exclusion de toute emprise d'intérêts économiques privés, les objectifs à atteindre pour l'accomplissement des missions de service public, notamment le développement des réseaux et le volume minimum d'émissions.

La société nationale chargée des centres régionaux de radio et de télévision diffusera ses programmes soit sur le réseau de l'ancienne première chaîne, soit sur celui de l'ancienne deuxième chaîne.

Le cahier des charges détermine leurs obligations au titre de l'information et de la culture conformément aux missions définies à l'article 1^{er}, notamment par la diffusion d'œuvres lyriques, dramatiques ou musicales, produites par les théâtres, festivals ou entreprises d'action culturelle subventionnées. Il détermine leurs obligations au titre de l'action extérieure et de la coopération.

Il fait en outre obligation aux sociétés nationales de télévision de favoriser par les moyens qu'elles jugeront appropriés l'information, la créativité et le renouvellement des programmes.

Le cahier des charges prévoit un temps minimum d'antenne permettant aux formations politiques et aux organisations professionnelles représentatives de s'exprimer librement.

Il détermine les règles auxquelles est soumise la publicité dans le respect des limites prévues à l'article 22 et en fixant la proportion maximum de recettes publicitaires pouvant provenir d'une même annonceur.

Le cahier des charges fixe la durée et le contrôle de la publicité dans les départements et territoires d'outre-mer.

Art. 16. — Le Gouvernement peut, à tout moment, faire programmer et diffuser toutes déclarations ou communications qu'il juge nécessaires. Les émissions sont annoncées comme émanant du Gouvernement.

Les sociétés nationales sont tenues de produire et de programmer et l'établissement public de diffuser les émissions correspondant aux campagnes électorales. Les prestations fournies à ce titre par les sociétés nationales seront l'objet de dispositions insérées dans les cahiers des charges.

La radiodiffusion ou la télévision des débats des assemblées parlementaires s'effectue sous le contrôle du bureau de chacun de ces assemblées.

Un temps d'antenne égal est accordé aux groupes parlementaires de la majorité et à ceux de l'opposition.

SECTION 2

Les missions des conseils d'administration

Art. 17. — Les conseils d'administration de l'établissement public de diffusion et des sociétés de programme définissent les lignes générales de l'action de l'établissement ou de la société, dans le respect des cahiers des charges. Ils votent le budget ou l'état prévisionnel des recettes et des dépenses qui doivent être équilibrées; ils en surveillent l'exécution.

Les conseils d'administration des sociétés nationales de radio-diffusion et de télévision s'assurent de la qualité et de la moralité des programmes. Ils veillent à l'objectivité et à l'exactitude des informations diffusées ainsi qu'à l'expression des principales tendances de pensée et des grands courants de l'opinion.

SECTION 3

Dispositions financières.

Art. 18. — L'état prévisionnel des recettes et des dépenses de chaque société nationale de programme est transmis pour observations au Gouvernement.

Art. 19. — Chaque année, à l'occasion du vote de la loi de finances, le Parlement, sur le rapport d'un membre de chacune des commissions des finances de l'Assemblée nationale et du Sénat ayant les pouvoirs de rapporteur spécial, autorise la perception de la redevance pour droit d'usage des postes de radiodiffusion et de télévision.

La répartition du produit de la redevance entre l'établissement public et les sociétés nationales, telle qu'elle résulte de l'application des dispositions de l'article 20, est soumise à l'approbation du Parlement.

Les résultats financiers de l'année précédente, les comptes provisoires de l'établissement public et de chacune des sociétés nationales de programme pour l'année en cours ainsi que le budget et l'état prévisionnel des recettes et des dépenses pour l'année suivante, accompagnés des observations éventuelles du Gouvernement, sont annexés au projet de loi de finances.

Les cahiers des charges de l'année en cours, les avenants qui en modifient éventuellement les données pour l'année suivante, les observations du Premier ministre ou du ministre délégué par lui à cet effet sur le respect par chaque société des clauses de son cahier sont également annexés au projet de loi de finances.

Sont aussi annexés le compte d'exploitation, le compte de profits et pertes et le bilan de la société de production.

Art. 20. — La redevance est recouvrée par l'Etat; le montant des recouvrements est inscrit provisoirement à un compte spécial du Trésor.

Son montant est réparti annuellement entre les sociétés nationales de programme et l'établissement public en fonction des critères définis par décret en Conseil d'Etat pris après avis de la délégation parlementaire pour la radiodiffusion-télévision française. Il est notamment tenu compte, d'une part, des prescriptions des cahiers des charges, de la qualité des émissions et de leur valeur culturelle et, d'autre part, du volume de l'écoute et des recettes propres de la société. Une commission présidée par un magistrat de la Cour des comptes assure cette répartition.

Art. 21. — Les bénéficiaires d'exonération de redevance ou de tarifs spéciaux sont déterminés par décret en Conseil d'Etat. Ces exonérations ou tarifs spéciaux donnent lieu à remboursement par l'Etat.

Art. 22. — La durée et la répartition des émissions publiques et le volume des recettes correspondantes doivent demeurer compatibles avec les missions définies à l'article 1^{er} ci-dessus, la proportion des recettes provenant de la publicité de marques ne pourra excéder globalement 25 p. 100 du total des ressources des organismes énumérés à l'article 2 de la

présente loi. Les cahiers des charges fixent les modalités d'application de cette disposition et notamment la proportion du temps d'antenne qui peut être consacrée aux émissions publicitaires.

La Régie française de publicité assure le contrôle et l'exécution de ces dispositions.

Art. 23. — Lorsque l'édification d'un immeuble de grande hauteur ou d'un groupe d'immeubles nuira à la réception de programmes de télévision par les locataires et copropriétaires du voisinage, les promoteurs devront faire installer à leur frais une antenne réémettrice de télévision ou assurer par tout autre moyen technique la réception normale des émissions de télévision aux habitants du voisinage.

Art. 24. — Le contrôle de la commission de vérification des comptes des entreprises publiques s'étend à l'établissement public et aux sociétés créées par la présente loi ainsi qu'à leurs filiales et sous-filiales.

CHAPITRE V

Dispositions relatives au personnel.

SECTION 1

Dispositions permanentes.

Art. 25. — Le personnel de l'établissement public de diffusion est soumis à un statut établi par décret en Conseil d'Etat.

Les personnels de chacune des sociétés sont régis par des conventions collectives.

Le statut de l'établissement public et les conventions collectives conclues entre les partenaires sociaux ne pourront porter atteinte aux droits acquis des travailleurs en matière de salaire de maladie, d'accident du travail. L'ancienneté de service acquis par les agents de l'O. R. T. F. sera reconnue dans l'établissement public et les sociétés, notamment en matière de licenciement.

L'établissement public et les sociétés prendront les dispositions nécessaires pour affilier les agents qui leur sont affectés à des régimes de retraite complémentaire.

Les dispositions de cet article sont applicables aux personnels des départements et territoires d'outre-mer.

Art. 26. — En cas de cessation concertée du travail, la continuité des éléments du service nécessaires à l'accomplissement des missions définies à l'article 1^{er} doit être assurée par l'établissement public de diffusion et par les sociétés nationales de programme. Le président de chaque organisme désigne les catégories de personnel ou les agents qui doivent demeurer en fonction.

SECTION 2

Dispositions transitoires.

Art. 27. — Sous réserve des dispositions de l'article 29, les agents en fonction à l'O. R. T. F. au 31 décembre 1974, soumis au statut général des fonctionnaires, sont reclassés dans des corps homologues de l'Etat, dans les conditions fixées par décret en Conseil d'Etat.

Art. 28. — Les anciens fonctionnaires de l'Etat intégrés comme agents statutaires de l'Office, âgés de moins de soixante ans, peuvent, jusqu'au 31 décembre 1974, demander leur réintégration dans leurs corps d'origine ou dans les corps homologues de l'Etat dans des conditions fixées par un décret en Conseil d'Etat.

Cette réintégration est de droit.

Art. 29. — Les fonctionnaires et, sous réserve des dispositions de l'article 30, les agents statutaires à temps complet du service de la redevance, en fonction au 31 décembre 1974, sont, à cette date pris en charge par l'Etat. Ils conservent le bénéfice de leur statut jusqu'à une date fixée par décret. Ce décret précise les conditions dans lesquelles il sera procédé à leur intégration dans des corps de fonctionnaires de l'Etat ou d'autres établis-

sements ou collectivités publiques, sans qu'il puisse être porté atteinte à leurs droits acquis en matière d'ancienneté de service, tant en métropole que dans les départements et territoires d'outre-mer.

Art. 30 — Les agents relevant des statuts de l'Office âgés de soixante ans et plus au 31 décembre 1974, sont mis, à cette date en position spéciale. Cette position leur assure une rémunération assimilée à un salaire et revalorisée en fonction de l'évolution des salaires, équivalente au total de la pension et, le cas échéant, de la ou des retraites complémentaires auxquelles ils auraient pu prétendre s'ils avaient poursuivi leur activité jusqu'à la limite d'âge prévue par les textes qui leur sont actuellement applicables.

Dans les mêmes conditions, les agents relevant des statuts de l'Office, âgés de cinquante-cinq ans ou plus au 31 décembre 1974 pourront, sur leur demande, être mis en position spéciale.

Les dispositions du premier alinéa ne sont applicables ni aux agents ayant des parents à charge, ni aux agents ayant des enfants à charge au sens de l'article L. 527 du code de la sécurité sociale ou au titre de l'impôt sur le revenu. Ceux-ci seront, sur leur demande, maintenus en activité aussi longtemps qu'ils auront des enfants à charge et, au plus tard, jusqu'à ce qu'ils atteignent la limite d'âge prévue par les textes qui leur sont actuellement applicables.

Art. 31 — La répartition des personnels pris en charge par les divers établissements et sociétés est effectuée, compte tenu des besoins de ces organismes, par décision du président directeur général de l'Office après avis d'une commission présidée par un membre des juridictions administratives et comprenant les représentants de l'établissement public et des sociétés, de l'O.R.T.F. ainsi que les représentants du personnel désignés par les organisations syndicales représentatives.

Sous réserve des dispositions des articles 27 à 30, les personnels non affectés dans l'un de ces organismes pourront, s'ils en font la demande avant le 31 décembre 1974, être reclassés dans une administration de l'Etat, d'une autre collectivité publique, des établissements ou entreprises publiques.

S'ils ne présentent pas cette demande, une indemnité de licenciement leur est automatiquement attribuée au 31 décembre 1974. Cette indemnité est égale à celle qui était prévue par les statuts qui leur étaient applicables. Pour les agents ayant au moins cinq ans de service au 31 décembre 1974, cette indemnité n'est pas inférieure à un an de traitement.

Les agents qui présentent une demande de reclassement continuent à percevoir leur traitement jusqu'à la date à laquelle ils sont reclassés et, au plus tard, jusqu'au 30 juin 1975.

Des propositions de reclassement tenant compte de leurs qualifications professionnelles leur seront faites. Les agents qui auraient refusé trois propositions seront licenciés et percevront automatiquement l'indemnité de licenciement.

Les agents qui, ayant présenté cette demande, n'ont pas été reclassés au 1^{er} juillet 1975, se voient automatiquement attribuer une indemnité de licenciement conformément aux dispositions de l'alinéa 2 du présent article, déduction faite des émoluments versés en application de l'alinéa 4.

Les dispositions des articles 27, 29, 30 et 31 ne sont pas applicables, sauf demande expresse de leur part, aux agents déportés et internés de la Résistance, aux agents déportés et internés politiques, aux agents titulaires de la carte du combattant volontaire de la Résistance, aux agents dont les services de la Résistance ont été validés par la loi n° 51-1124 du 26 septembre 1951, aux agents ayant appartenu aux forces françaises libres, aux anciens combattants titulaires de la Croix de guerre et aux grands invalides de guerre.

Art. 32 — Les agents pris en charge par l'établissement ou les sociétés restent jusqu'à l'élaboration des statuts ou conventions prévues à l'article 23 et, au plus tard jusqu'au 31 décembre 1975, régis par les dispositions qui leur sont actuellement applicables. L'organisme d'affectation est substitué à l'Office dans les droits et obligations à l'égard de ces personnels.

CHAPITRE VI

Dispositions finales.

Art. 33. — Le patrimoine et les droits et obligations de l'Office sont transférés tant à l'établissement public qu'aux sociétés créées en application de la présente loi, par arrêté conjoint du Premier ministre ou du ministre délégué par lui, du ministre de l'économie et des finances.

Les biens, droits et obligations qui, à la date d'entrée en vigueur de la loi, n'auraient pu faire l'objet d'un tel transfert sont pris en charge par l'Etat. Ils pourront être ultérieurement transférés dans les conditions fixées par décret en Conseil d'Etat.

Les modalités selon lesquelles le ou les services liquidateurs devront assurer le paiement des traitements ou indemnités prévus par les articles 27 à 29 ci-dessus ainsi que le versement des cotisations sociales correspondant aux périodes pendant lesquelles ces agents ont été placés dans la position spéciale sont fixées par décret en Conseil d'Etat.

Les transferts de biens, droits et obligations, prévus par la présente loi ne donnent lieu ni à indemnité, ni à perception de droits ou taxes, ni au versement de salaires ou honoraires.

Art. 34. — Des décrets en Conseil d'Etat déterminent les conditions d'application de la présente loi.

La date d'effet de l'article 2, ainsi que celle des transferts de personnel et des biens, droits et obligations, sont fixées à : 1^{er} janvier 1975. Toutefois, l'O.R.T.F. peut conserver la responsabilité des programmes jusqu'au premier lundi de janvier 1975.

Les articles 3, 4, 8 et 10, alinéa 1^{er}, de l'ordonnance n° 59-272 du 4 février 1959 et les articles 2, 3, 8 et 16 de la loi n° 72-544 du 3 juillet 1972 sont maintenus en vigueur. Les autres dispositions de ces textes sont abrogées à compter du 1^{er} janvier 1975.

La présente loi sera exécutée comme loi de l'Etat.

Fait à Paris, le 7 août 1974.

VALÉRY GISCARD D'ESTAING.

Par le Président de la République :

Le Premier ministre,
JACQUES CHIRAC.

Le ministre de l'économie et des finances,
JEAN PIERRE FOURCADE.

5. DIE URSACHEN DER REFORM (ZUSAMMENFASSUNG)

Bevor man sich nun einer Bestandsaufnahme zuwenden kann, müssen in aller Kürze noch einmal die Ursachen zusammengefaßt werden, die zu der Neufassung des Rundfunkgesetzes in der vorliegenden Form geführt haben.

I) Hauptproblem war das enorme Finanzdefizit, das sich besonders in den letzten Monaten des Jahres 1973 bis auf nahezu 90 Mio. Francs ausgeweitet hatte. Es galt also den Rundfunk derart zu verändern, daß eine Sanierung ermöglicht und eine erneute Verschuldung der Anstalt verhindert werden konnte.

Dies sollte auf zwei Wegen versucht werden: Man wollte zum einen den Mitarbeiterstand des ehemaligen Office drastisch senken. Wie bereits seit den Untersuchungsergebnissen des Rapport Paye und danach fast jährlich in den Ausführungen des Finanz- und Wirtschaftsministers in den Vorlagen zum Loi de Finance des jeweils folgenden Jahres festgestellt wurde, arbeiteten zu viele beim Rundfunk angestellte Personen zu wenig effektiv. Daher sollte der Mitarbeiterstand auf ein realistisches Maß reduziert werden.

Andererseits wurden enorme Finanzmittel verschwendet. Die über die Dauer der Zeit hiervon am meisten betroffene Abteilung war die Produktionsstätte des Fernsehens, aber auch die Immobilienabteilung des Rundfunks, die über sämtlichen Besitz an Grund und Boden zu wachen hatte. Hier taten neue Organisationsformen not. Also beabsichtigte man zweierlei:

I. I.) Der Mitarbeiterstamm sollte drastisch reduziert werden.

Nötig war dies sowohl in der Verwaltung als auch in jenen Abteilungen, die mit der Erstellung und Sendung von Programmen beschäftigt waren. Erstaunlich war die Tatsache, daß die Gesamtanzahl aller am Office Beschäftigten nicht zu ermitteln war. Roger Chinaud bekannte, daß die seinem Bericht zugrunde liegenden Daten von den allgemein bekannten zT. erheblich abwichen,¹⁰⁸⁾ so zählte er statt der angeblich 50 000 annähernd 62 000 Mitarbeiter des Rundfunks, mußte jedoch zugeben, daß bei näherer

108) vergl. hierzu sein Interview mit "L'Express" vom 24.6.1974

Betrachtung der Lohnlisten immer noch mehrere hundert bekannte Namen fehlten.

Von den erfaßten Personen waren 16036 Festangestellte (statutaires) oder Beamte.

Letztgenannte konnten nicht entlassen werden, obwohl dies aus finanziellen Überlegungen heraus durchaus wünschenswert gewesen wäre. Die statutaires sollten dagegen zahlenmäßig abgebaut werden, ebenso wie die pigistes, die freien Mitarbeiter.

Schwierigkeiten eröffneten sich bei der Behandlung der sogenannten "politischen" Mitarbeiter. Darunter verstand man Angestellte des Office, früher bereits der R.T.F., die, zumeist als Angehörige der zu den verschiedensten Zeiten die Regierung tragenden Parteien, für politische Verdienste der unterschiedlichsten Art mit einer Anstellung am Office entgolten wurden. Manche von ihnen verfügten zwar über ein Büro samt Sekretärin, waren an ihrem Arbeitsplatz jedoch nicht anzutreffen. Sie beschränkten sich darauf, ihr Gehalt in Empfang zu nehmen. Auch sie, so das Vorhaben nach Auskunft eines Mitarbeiters von France-Région 3 in Strasbourg, sollten entlassen werden. Ihre Zahl war allerdings nicht allzu hoch, sie wurde nach übereinstimmenden Angaben verschiedener Quellen auf etwa fünfzig geschätzt.

I. II.) Den Grund für die enorme Verschwendung von Finanzmitteln sah man darüber hinaus im Fehlen entsprechender Kontrollen der Arbeitsabläufe. Dadurch geschah es, daß auf dem Gebiet der Fernsehproduktion Vorkalkulationen weit überzogen wurden, daß gelegentlich sogar ähnliche Themen in Form von Parallelproduktionen zur gleichen Zeit von verschiedenen Teams in Form von Filmen oder Magnetaufzeichnungen erstellt wurden. Als Paradebeispiel für den zuerst genannten Fall gilt ein Streifen unter dem Titel "La belle au bois dormant", der, für den ersten Kanal bestimmt, in Farbe gedreht, zuerst mit 1,6 Mio. Francs veranschlagt, schließlich für 2,775 Mio. Francs produziert wurde. Er wurde schwarz/weiß ausgestrahlt, da damals der erste Kanal noch keine Farbsendungen ausstrahlen konnte und erreichte 26 % der Zuschauer. 109)

Ein weiterer Mißstand war in der übermächtigen Verwaltung zu sehen. Denise Bombardier berichtet in ihrem Buch, daß ein Journalist, der einen aktuellen Bericht erstellen wollte, bis zu zwanzig verschiedene Stempel und Unterschriften hierfür benötigte: Der Erfolg:

109) Rapport Chinaud, aaO., pp. 24 ff.

wenn er schließlich am Ort des Geschehens eintraf, brachen die Kollegen von anderen Sendern bereits wieder zu neuen Zielen auf.

Als Remedium sah man eine weitergehende Dezentralisierung der verschiedenen Abteilungen des Rundfunks vor. Durch sie sollte es möglich sein, das Übergewicht der Verwaltung abzubauen, sowie den einzelnen Abteilungen nurmehr klar definierte Aufgabenbereiche zuzuordnen.

II) In engem Zusammenhang mit diesem letztgenannten Punkt stand eine Erscheinung, die man mit einem Wort C. Wright Mills "organisierte Verantwortungslosigkeit" nennen könnte.

Entscheidungen innerhalb des Hauses mußten zwar begründet, brauchten jedoch, wenn der gewünschte Erfolg ausblieb, nicht verantwortet zu werden.

Die Begründung, im "Egelfall nachgereicht, fand sich, im Einzelfall glaubhaft oder auch nicht, in der Tatsache, daß die Regierung auf Grund politischer Überlegungen oft in die Arbeit der Programme hineinwirkte. Wäre dies nicht geschehen, so das übliche Argument, wäre die fragliche Entscheidung nie in gerade dieser Weise getroffen worden. Es darf bezweifelt werden, daß es immer die Einflußnahme von außen war, der fehlerhafte Beschlüsse und Entscheidungen anzulasten waren. Jedenfalls hatte die Tatsache, daß sie gelegentlich vorkam, dafür gesorgt, daß Verantwortung von Stufe zu Stufe, entgegen der sonst üblichen Gewohnheit, nach oben weitergereicht wurde und spätestens der Generaldirektor auch noch die Möglichkeit hatte, sich mit Hinweis auf die Beamten des Informationsministeriums oder anderer Abteilungen der Regierung zu entschuldigen.

Hier hoffte man, durch den Abbau regierungsseitiger Einflußmöglichkeiten über die klar in dem Gesetz zu definierenden Aufgaben des Premierministers bzw. des Finanz- und Wirtschaftsministers hinaus, Abhilfe schaffen zu können. Darüber hinaus sollte der Grad an Verantwortlichkeit innerhalb der verschiedenen Anstalten gehoben werden. Leider fanden sich hierzu keine weiteren Erklärungen, so daß unklar blieb, welche Vorstellungen der Premierminister wie auch der Autor des Gesetzentwurfes, Long, hiervon hatten.

III) Schließlich sollte, nicht allein wegen der Ineffizienz der tatsächlich geleisteten Arbeit, sondern im Interesse einer fairen und möglichst objektiven Berichterstattung ein spezieller Verwaltungsbereich abgebaut werden: das C.I.I.

Die Institution war bezüglich ihrer Zensurtätigkeit durchaus erfolgreich, bezüglich der Informationsweitergabe aus den Ministerien gab es allerdings Stimmen, die das Gegenteil behaupteten. Nahm man beide Punkte zusammen, stelle das C.I.I. ein institutionalisiertes Ärgernis dar. Andererseits sollte der freie Zugang aller Gruppen der Bevölkerung zu den elektronischen Medien sichergestellt werden. Das ehemals gescheiterte Programm der "libération de l'information" sollte von Seiten der Unabhängigen Republikaner verwirklicht werden.

6. VERSUCH EINER KRITISCHEN WÜRDIGUNG DER DURCH DAS GESETZ VON 1974 ERREICHTEN VERÄNDERUNGEN

Hier sollen nun die Veränderungen, die durch das Gesetz erreicht wurden, dargestellt und in einem letzten Kapitel abschließend beurteilt werden. Betrachtet wird dabei die Situation ein Jahr nach Inkrafttreten der Bestimmungen. Dabei werden die einzelnen Problem-bereiche, die sich bis hierher dem Betrachter darstellten, nacheinander abgehandelt. Am Beginn soll jener Bereich stehen, mit dem das vorangegangene Kapitel abgeschlossen wurde: die Liberalisierung des Rundfunks. In der Debatte des Gesetzes wurde dieser Punkt von Seiten der F.N.R.I., fast möchte man sagen ängstlich, verschwiegen. Dagegen wiesen die Parteien der Linksopposition wiederholt auf ihn hin und machten sich im Parlament zu seinem Verfechter. Sie verurteilten in ihren Stellungnahmen jedoch allein die Tatsache einseitiger Benutzung durch die Regierung, vornehmlich die U.D.R., nicht jedoch die Praxis an sich.

Wie also stellt sich die Situation heute dar?

THESE 1: EINE BEEINFLUSSUNG DER INFORMATION VON STAATLICHER SEITE FINDET NICHT MEHR STATT. DER FREIE ZUGANG ZU DEN MEDIEN IST WEITESTGEHEND GESICHERT.

Das hier gesteckte Ziel speziell der Unabhängigen Republikaner wurde erreicht. Eine Einflußnahme von Seiten der Regierung und

der sie tragenden Parteien findet nicht mehr statt.

Bereits etwas über ein halbes Jahr nach Inkrafttreten der neuen Regelungen, am 6. Juli 1975, befragte Claude Durieux für Le Monde 110) die Chefredakteure der beiden Nachrichtendienste von TF 1, dem ersten Fernsehkanal, und von A 2, der Gesellschaft des zweiten Programms: "Vos rapports avec le gouvernement?"

Verantwortlicher Leiter von I.T. 1, dem Nachrichtenprogramm von TF 1 ist Christian Bernadac. Er antwortete:

"Aucun problème. Je ne sais pas, si ça durera, mais depuis six mois c'est le calme absolu. On a donné des responsabilités aux journalistes, ils les assument et c'est la confrontation permanente des idées."

Nicht anders Georges Leroy, der das Nachrichtenprogramm INF.2 leitet:

"Sans histoire. Depuis que je suis ici, je n'ai pas reçu la moindre consigne ou entendu exprimer la simple 'recommandation' ministérielle. On nous fiche une paix royale."

Die Unsicherheit, die aus den Aussagen zu diesem Zeitpunkt noch sprach, schlug sich in den Nachrichtensendungen in Form gelegentlicher Schönheitsfehler nieder; einerseits die Unsicherheit des jeweiligen Redakteurs, andererseits aber wohl auch die Macht der zu Zeiten des Office geübten Gewohnheiten, führten dazu, daß dessen schlechte Praktiken immer wieder einmal, bis zum heutigen Tag, auf dem Fernsehschirm zum Vorschein kamen und kommen.

Immer noch kommt es vor, daß ein Interview, ausschließlich mit Politikern und Gewerkschaftern der Linken, entstellt, daß wesentliche Aussagen herausgeschnitten werden. Auch die Praxis des Ein-Wort Interviews "...Répondez par oui ou non!" war und ist noch gelegentlich auszumachen. (Vergl. hierzu die Ausführungen von Maurice Séveno, p. 162 d. Arbeit).

Allerdings handelt es sich hierbei nicht um gesteuerte Beeinflussungen, denn derartige Fälle waren und sind heute zu gering an Zahl, werden nicht mehr durchgängig angewandt und wie zu erfahren war, konnte in keinem Fall eine Manipulation stets gleicher Mitarbeiter bei gleichen Themen nachgewiesen werden. Mitglieder des ehemaligen "clan Peyreille" sind zwar weiterhin in Amt und Würden, stellen aber heute, soweit sie unmittelbar auf die Berichterstattung einwirken,

110) Claude Durieux: La rivalité des journaux télévisés; in Le Monde, 6.7.1975

kein Übergewicht mehr dar, sondern allein ein Element in einem pluralistischen Meinungsspektrum unter vielen anderen. Negativer zu bewerten ist dagegen jedoch die Tatsache, daß Vertreter der Parteien der Union de la Gauche immer noch in den Nachrichtenredaktionen unterrepräsentiert sind. Die Zahl der Sozialisten wird auf an die fünfzig geschätzt. Mitglieder der P.C.F. sind keine zehn hier vertreten. Durch den Abbau von Mitarbeitern sind auch keine weiteren dazu gekommen, wie dies im Interesse einer größeren Ausgewogenheit wünschenswert gewesen wäre.

Der Wegfall direkter Einwirkungen aus dem Regierungsapparat auf den Rundfunk, speziell das Fernsehen erklärt sich aus dem Wegfall zweier Institutionen: Das Informationsministerium wurde beim Regierungsantritt Giscard d'Estaings nicht wieder mit einem Minister besetzt. Andererseits beendete auch das C.I.I. seine Arbeit mit dem gleichen Tag wie das Office, also am 31.12.1974. Die Aufgabe der Information der Öffentlichkeit wurde dem Regierungssprecher übertragen. Ihm fiel auch noch eine andere Aufgabe zu: er erließ die Ausführungsbestimmungen, die cahiers des charges, die als "Arrêtés du 25 avril 1975 fixant les cahiers des charges des sociétés nationales de télévison et de radiodiffusion" erst vier Monate nach der Aufnahme der Arbeit durch diese Gesellschaften veröffentlicht wurden.

Auch die Möglichkeit aller Gruppen der Gesellschaft, Zugang zu den elektronischen Medien zu erhalten, wurde durch das Gesetz vom 7. August zufriedenstellender geregelt.

Entgegen den Bestrebungen der Abgeordneten der U.D.R. gelang es hiermit doch, die einseitige Bevorzugung der Regierungsparteien, sieht man von dem üblichen Amtsbonus ab, zu beschneiden.

Konnte man einem Interview der Zeitschrift "Sciences-Po Information" ¹¹¹⁾ noch entnehmen, daß zwischen den Präsidentschaftswahlen 1965 bis Mitte 1967 kein einziger Abgeordneter der Opposition Gelegenheit bekommen hatte, sich vor Fernsehkameras zu

111) Interview mit Yvon Bourges, Direktor des S.L.I.I. in "Sciences-Po Information" N° 12/67

Wort zu melden, stehen heute sämtlichen politischen Parteien diese Möglichkeiten offen.

Auf den Wellen von FR-3 wurde unter dem Titel "Tribune libre" eine Sendung eingerichtet, die wochentäglich zwischen 19⁴⁰ h und 19⁵⁵ h Politikern, Gewerkschaftern, Vertretern der Kirchen und anderweitiger weltanschaulicher Vereinigungen, aber auch Einzelpersonen, soweit deren Probleme für einen größeren Zuschauerkreis von Interesse sind, die Möglichkeit gibt, sich an die Öffentlichkeit zu wenden.

Dabei wird freilich eine Unterscheidung gemacht: die großen politischen Parteien und die größeren Gewerkschaften haben die Möglichkeit, sich regelmäßig, etwa alle zwei bis drei Monate, hier zu den verschiedensten Themenbereichen zu äußern. Den Vorzug einer regelmäßigen Selbstdarstellung haben dagegen die kleineren Gruppierungen nicht. Sie erscheinen nur unregelmäßig und in recht großen Zeitabständen auf dem Schirm.

Das Programm, das nicht nur zeitlich sehr beengt ist, hat auf Grund der darüber hinaus auch noch finanziell nicht eben reichhaltigen Ausstattung, die elektronische Einblendungen oder Filmzuspielungen nicht zuläßt, den Nachteil, daß hierdurch die großen Parteien und Gewerkschaften ein weiteres Mal bevorzugt werden: allein wer über ein eigenes PR-Büro verfügt, kann diesen Zeitraum optimal nutzen.¹¹²⁾

Die für das Programm verantwortlichen Journalisten Alessandri und Michelot hierzu: "Nous pouvons conseiller, aider, mais pas plus." Diese Verfügung, mit der verhindert werden soll, daß die vor der Kamera befindlichen Gäste beeinflusst werden könnten und es so vielleicht zu Verfälschungen ihrer Aussagen käme, verstärkt den oben genannten Nachteil.

So gesehen kann man Cathérine Humblot nur zustimmen, die bei einer Beurteilung der ersten Sendungen von "Tribune libre" zu dem Ergebnis gekommen war, das Programm stünde und fiel mit seinen Gästen. Hieran hat sich auch in den folgenden Monaten nichts geändert.

112) vergl. hierzu den Artikel von Cathérine Humblot: Tribune libre sur FR-3; in Le Monde, 12/13.1.1975

THESE 2: DAS VORHABEN, PERSONAL DURCH ZAHLREICHE ENTLASSUNGEN
ODER FRÜHZEITIGE PENSIONIERUNG ABZUBAUEN, WAR KOST-
SPIELIG, BRACHTE JEDOCH KEINEN ERFOLG.

Schwierigkeiten bezüglich der Anzahl der zu entlassenden Mitarbeiter hatten sich noch in den letzten Wochen des Jahres 1974 ergeben. Folgt man den Äußerungen des C.D.-Senators Diligent in seinem Interview mit "Démocratie moderne" ¹¹³⁾, so war es nötig, den Beschäftigtenstand auf ein realistisches Maß zu reduzieren. Aus dem Zusammenhang war zu ersehen, daß darunter umfangreiche Entlassungen zu verstehen waren, wenngleich auch keine exakte Zahl genannt wurde.

Die Tatsache, daß sowohl die Parteien der Union de la Gauche, als auch die ihnen politisch nahestehenden linken Gewerkschaften mit den "Egelungen des Gesetzes bezüglich der Sicherung der Arbeitsplätze und der Entschädigungen bei Entlassung nicht zufrieden waren, daß ihnen andererseits bis Ende Oktober keine genauen Zahlen vorgelegt worden waren, wieviele Beschäftigte ihre Arbeit verlieren würden, bewirkte, daß das Gremium, das die Kriterien zur Übernahme des Personals durch die neuen Gesellschaften festlegen sollte und in dem (s. Art. 31) unter dem Vorsitz des Generaldirektors des Office, Marceau Long, Repräsentanten aller hier vertretenen Gewerkschaften Sitz und Stimme gehabt hätten, auch im November noch nicht arbeitsfähig war: von den fünf Arbeitnehmervertretungen hatten sich allein zwei, die S.N.J. und die F.N.T.C., zu diesem Zeitpunkt zur Mitarbeit bereit erklärt. Die kommunistische C.G.T., die linkssozialistische C.F.D.T. und die ebenfalls linksorientierte F.S.U. lehnten die Zusammenkunft ab, da sie die vorgegebenen Modalitäten der personellen Umverteilung als grundsätzlich ungenügend betrachteten und für ungerechtfertigte Entlassungen oder ungenügende Entschädigungen im Falle der Entlassung nicht verantwortlich zeichnen wollten.

Daß sie damit ihren Arbeitskollegen nicht unbedingt nur Gutes taten, zeigt der Umstand, daß auf Grund dieses Verhaltens Härte-

113) vergl. Diligents Ausführungen in Démocratie moderne, 11.7.1974

fälle eintraten die sich aus dem Umstand ergaben, daß bei einer nicht genannten größeren Zahl von Mitarbeitern in den ersten Monaten des Jahres 1975 noch nicht über ihre Wiederverwendung beschlossen worden war. Da das Office nach dem 31.12.1974 nicht mehr bestand, gab es für sie keine Instanz mehr, die ihre Gehälter rechtmäßig hätte weiterzahlen können. Sie waren, im wahrsten Sinne des Wortes ohne Arbeit und Brot und da ihnen nicht ordnungsgemäß gekündigt worden war, das war erst nach einem klaren Entscheid über ihre Weiterverwendung möglich, hatten die Betroffenen auch keine Möglichkeit, um staatliche Unterstützung, etwa in Form einer Sozialhilfe, nachzusuchen.

Von besonderer Pikanterie war in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß es gerade die P.C.F. war, die sich über dieses unsoziale Verhalten der Regierung beklagte.¹¹⁴⁾

Stellte man die am Ende des Jahres 1975 in der Presse veröffentlichten Meldungen über die Höhe der Zahl der Entlassenen einander gegenüber, so kommt man, bei im Einzelfall durchaus divergierenden Angaben, auf über 2500 Betroffene.

Der von dem P.C.F.-Abgeordneten Leroy anlässlich der Finanzdebatte des Parlamentes am 14.11.1974 geäußerte Verdacht, die Entlassungen würden fast ausschließlich zu Lasten der älteren Mitarbeiter gehen, auf die man nicht verzichten könne, da sie mit ihrer großen Berufserfahrung erst das reibungslose Funktionieren des Rundfunks garantierten,¹¹⁵⁾ bestätigte sich in dieser generellen Form nicht. Allein bei den Musikern des Office machten sich die Folgen der position spéciale, aus der die Betroffenen nach der endgültigen Entscheidung über die Höhe des gesamten Personalstammes frühzeitig in Pension geschickt wurden, in großem Umfang bemerkbar. Die regionalen Studioorchester in Strasbourg, Lille und Nice, sowie das "Orchestre philharmonique de Paris" mußten aufgelöst werden, da sie, personell fast um 60 % ausgedünnt, ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen konnten. An ihrer Stelle wurde aus dem "Orchestre symphonique" und dem "Orchestre lyrique"

114) bei dem Besuch der P.C.F. durch den Verfasser der Arbeit Ende April 1975.

115) vergl. den Inhalt einer Pressenotiz in "L'Humanité" 15.11.1974

ein gemeinsamer einheitlicher Klangkörper unter Verwendung auch derjenigen Musiker aufgebaut, die ihren Arbeitsplatz (bei der Gesellschaft FR-3) behalten hatten, der auf der Grundlage einer sogenannten "géométrie variable" in den verschiedensten Formationen spielen konnte.¹¹⁶⁾

Auch der Vorwurf, die Überführung in die position spéciale werde als Mittel der politischen Gängelung nicht regierungstreuer Mitarbeiter in fortgeschrittenen Jahren benutzt, ließ sich nicht beweisen. Auf Grund des nur sehr geringen Anteils von Mitgliedern der Opposition in den Redaktionen der Nachrichtenprogramme von Hörfunk und Fernsehen bestand zu derartigen Maßnahmen auch kaum Anlaß.

Insgesamt kann jedoch festgestellt werden, daß der Aktion des Personalabbaus kein großer Erfolg beschieden war.

Orientiert man sich an der oben genannten Zahl, so brachte sie eine Verringerung des Mitarbeiterstammes um etwa vier Prozent, zu wenig, um dadurch eine spürbare Entlastung der hohen Personalaufwendungen zu erreichen.

Demgegenüber stehen die Probleme der Betroffenen:

Für die Gruppe der älteren Mitarbeiter, jener Frühpensionierten, bedeutet dies fast durchwegs eine "mort professionnelle", falls sie den vorzeitigen Ruhestand nicht akzeptierten, weil sie sich vielleicht hierzu noch nicht alt genug fühlten. Somit waren sie subjektiv betrachtet, auf das tote Gleis geschoben, wenngleich die Regelung der Frühpensionierung ihnen eigentlich hatte goldene Brücken bauen sollen.

Kostenmäßig hatte das Verfahren für den Staat keine Entlastung gebracht. Es war allein ein Wechsel in den Budgets, die die Kosten aufzubringen hatten, zu verzeichnen. Nicht das Lohnkonto des Rundfunks hatte ihren Unterhalt zu bezahlen, sondern die Pensionskasse, und dies auch noch, obwohl der Betroffene noch nicht die für eine Rente in voller Höhe zu zahlenden Beiträge entrichtet hatte.

Aber auch für die jüngeren Mitarbeiter, die ihre Stellung ver-

116) nähere Ausführungen hierzu bietet das Interview mit Gilbert Amy: *L'orchestre à géométrie variable* de Gilbert Amy, *Le Monde*, 1./2.6.1975

loren hatten, brachte diese Tatsache erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Auf Grund der außerordentlich schlechten Beschäftigungslage bei den verschiedenen Pressehäusern in Frankreich und dem nur sehr begrenzten Bedarf an neuen Mitarbeitern durch die wenigen kommerziellen Rundfunkstationen boten sich ihnen kaum neue Beschäftigungsmöglichkeiten in ihrem Gewerbe, so daß ein großer Teil von ihnen sich nach anderen Arten des Broterwerbs umsehen mußte.

Schließlich bleibt die Frage, ob es überhaupt eine Möglichkeit zur Personaleinsparung beim Office gibt, oder ob das hier angewandte Verfahren, mit dessen Hilfe zum überwiegenden Teil freie Mitarbeiter aus dem Dienst entlassen wurden, nicht vielleicht als rigoroses Vorgehen zu gelten hat, mit dessen Hilfe die Regierung am falschen Ort eigene Macht demonstrieren wollte.

Außerordentlich groß ist der Anteil des Verwaltungspersonals gemessen an der Zahl der Gesamtbeschäftigten. Grob gerechnet entfallen auf jeden Administrator drei Mitarbeiter, die mit Produktion und Ausstrahlung der Sendungen befaßt sind. Da es sich hier zum überwiegenden Teil um beamtetes Personal handelt, entfällt diese Gruppe fast völlig, wenn man Abteilungen sucht, in denen mit dem Mittel der Entlassung oder der Frühpensionierung Arbeitskräfte abgebaut werden könnten. Andererseits bestätigt der prozentual nur geringe Erfolg der Aktion, daß Rundfunkanstalten auf Beschäftigung freier Mitarbeiter angewiesen sind. Da man im Zusammenhang mit der Reform auch versuchen wollte, die Sendungen des regionalen Fernsehkanals FR-3 auszubauen, waren hier eher mehr denn weniger Beschäftigte von Nöten.

Wäre man nach dem bereits von Baudouin vorgegebenen Kriterium für die Entlassung von Mitarbeitern, nämlich der Grad ihrer arbeitsmäßigen Auslastung, vorgegangen, so hätte man, wie Presse und Mitarbeiter einstimmig bestätigten, wesentlich mehr Leute entlassen können - wenn man die Betreffenden hätte auffindig machen können. Es steht mit Recht zu vermuten, daß keiner

noch so fleißigen Parlamentskommission viel Erfolg bei der Lösung dieser Aufgabe beschieden gewesen wäre. Offensichtlich untätig findet man nur selten einen Mitarbeiter, wenn man, wie der Verfasser der Arbeit dies tat, zB. im "Maison ronde de la radio" verschiedene Abteilungen des Hauses aufsucht, um dort Informationen zu erbitten. Allein aus der Geschwindigkeit, mit der diese Tätigkeiten durchgeführt werden, kann sich kaum ein Außenstehender einen Schluß erlauben, hier werde Zeit verschwendet oder gar sinnlos totgeschlagen.

Aber selbst wenn es gelänge, diese Aufgabe zu lösen, wäre die Regierung damit noch nicht aller Sorgen enthoben: für entlassene Stenotypistinnen gingen die Gewerkschaften genauso in den Streik wie für entlassene Journalisten, Kameraleute oder Verwaltungsangestellte.

Angesichts dieser Aussichten ist es schon müßig, sich von der Entlassung der sogenannten "politischen" Mitarbeiter eine Verbesserung der Situation und des Ergebnisses der Aktion zu erhoffen. Im Gegenteil: Sie sind sämtliche so abgesichert, daß eine Entlassung genauso wenig in Frage kommt, wie eine Überführung in die position spéciale, sind entweder Beamte oder auf Grund entsprechender Regelungen in ihren Arbeitsverträgen nicht zu kündigen. Darüber hinaus stehen sie unter dem "Schutz" derjenigen Parteien, die ihre Beschäftigung hier bewirkt haben.

Auch diejenigen Journalisten, die, eigentlich berufsfremd, mit Aufgaben der Überwachung betraut waren, konnten nicht entlassen werden. (Davon wurde kein einziger Fall bekannt). Mitarbeiter des Hörfunks schätzten ihre Zahl auf etwa achtzig. Roger Chinaud beschrieb ihre Tätigkeit in einer Rundfunkdiskussion auf den Wellen von "Europe N° 1" im Juni 1974:

"Il existe un service de journalistes où on sait qu'à certaines heures il y a trois journalistes de très haut niveau chargé d'en contrôler un quatrième qui, lui, est à l'antenne; qui, lui, fait son métier, et puis il y a également trois autres journalistes qui sont chargés de se contrôler eux-mêmes et qui contrôlent qui? Quelqu'un qui a été recruté à l'extérieure et dont le salaire est un triple de ceux des fonctionnaires de l'Office." 117)

Nach dem 1. Januar wurden sie, da man sie nicht entlassen konnte,

wieder in ihren eigentlichen Aufgabenbereich eingegliedert.

Aus all den hier aufgeführten Fakten läßt sich ablesen, daß die Aktion in ihrer Anlage ein Mißerfolg war.

Was hier nötig gewesen wäre, wäre weniger ein Versuch gewesen, möglichst viele Mitarbeiter zu entlassen, sondern vielmehr die Einrichtung überprüfbarer Mechanismen, die die Mitarbeiter motiviert hätten, von sich aus eine höhere Arbeitseffizienz an den Tag zu legen. Dies aber wurde nicht

erreicht. Es war zwar noch in der Debatte des Gesetzes die Rede davon, wie nötig es sei, den Grad an Verantwortlichkeit der Mitarbeiter zu heben - es gab hierzu, darauf wurde hingewiesen, keine Erklärung, welche Vorstellungen die einzelnen Sprecher bezüglich der Realisierung dieses Vorhabens hatten - doch finden sich weder im Text des Gesetzes noch seiner Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen zu seinem Inhalt, den cahiers des charges, Hinweise darauf, daß dieses Bestreben hierin seinen Niederschlag gefunden hätte. Auch Mitarbeiter der Gesellschaften kannten keine Kontrollmechanismen, die hierzu anhalten würden.

THESE 3: DAS SCHEMA DER "CONCURRENCE" ERFÜLLTE NICHT DIE ERWARTUNGEN, DIE ZU SEINER EINRICHTUNG GEFÜHRT HATTEN.

Das Monopol war durch das Gesetz von 1974 fortgeführt worden. Um die neugegründeten Gesellschaften trotzdem zu einem quasi privatwirtschaftlichen Arbeitsstil zu zwingen, wurde durch die Bestimmungen der "concurrence" ein Wettbewerbsverhältnis zwischen den einzelnen Programmgesellschaften etabliert, das weit über die durch das Gesetz von 1972 vorgegebenen Regelungen hinaus ging.

Der Begriff selbst wurde bereits 1969 von Georges Pompidou geprägt und gilt seitdem als terminus technicus für die Arbeitsweise der verschiedenen Fernsehprogramme.

Im Text des Gesetzes taucht dieser Ausdruck nicht auf, inhaltlich findet er seinen Niederschlag aber dort, wo bezüglich der Finanzzuweisung an die einzelnen Programmgesellschaften verfügt wird, sie sei vorzunehmen gemäß der

'qualité des émissions et de leur valeur culturelle et, d'autre part, du volume de l'écoute et des recettes propres de la société." 118)

Durch dieses Verfahren sollte es gelingen, die Programme attraktiver zu machen, hierdurch höhere Zuschaltquoten zu erlangen und dieserart, so bereits die Vorstellungen Denis Baudouin's, die Herstellung der verschiedenen Sendungen, gerechnet auf den Kopf des Zuschauers, relativ zu verbilligen.

Durch die Bestimmung des valeur culturelle als weiterem Kriterium sollte eine Forderung sowohl der U.D.R. als auch besonders der Parteien der Union de la Gauche ausgesprochen werden, die auf einer Anhebung des Niveaus der Sendungen des Fernsehens bestanden hatten, die sich in den letzten Jahren angeblich rapide verschlechterten.

Mit Hilfe des nun eingebauten Sanktionsmechanismus sollte dafür gesorgt werden, daß die ins Auge gefaßten Ziele möglichst umfassend realisiert würden.

Hierin zeigten sich jedoch bereits erhebliche Schwierigkeiten. Wie damals bereits veröffentlichte einschlägige Untersuchungen aus den U.S.A. und Großbritannien gezeigt hatten,¹¹⁹⁾ waren beide Ziele, eine hohe Zuschaltquote bei gleichfalls hohem Niveau der Sendungen, kaum je zu erreichen. Im Gegenteil: Qualitativ hochwertige Programme wurden nur in äußersten Ausnahmefällen zu Publikumerfolgen.

So zeigte sich auch schon bald nach Inbetriebnahme der neuen Gesellschaften und ihrer Sender, daß von diesem geplanten System nicht viel mehr würde übrigbleiben können, als sich bei der Gebühreneuteilung allein auf die Zuschaltzahlen, die die einzelnen Sender erreichten, zu beschränken. Dies ergab sich auch juristisch auf Grund der Tatsache, daß weder der Begriff der "qualité des émissions" noch jener des "valeur culturelle" je definiert worden war. Daher waren sie inhaltlich nicht klar bestimmbar.

Zur Erfassung der Zuschauerzahlen wurden in einem Abstand von vierzehn Tagen Panel-Untersuchungen an jeweils 1200

118) Art. 20, Abs. II

119) ua. nach dem britischen Pilkington-Report, der bereits aus dem Jahr 1960 datiert und in dem Arbeitsweisen und Strukturen des Fernsehens in Großbritannien untersucht wurden.

repräsentativ ausgewählten Zuschauern durchgeführt. Hierbei handelt es sich um ein ^Verfahren der Längsschnittanalyse, mit dessen Hilfe es möglich ist, Daten mit sehr hohem Aussagewert zu erlangen. Da dem Interviewten an zwei Zeitpunkten im Abstand weniger Tage zweimal die gleichen Fragebogen vorgelegt werden, lassen sich auch Aufschlüsse über Art und Umfang etwaiger Veränderungen gewinnen.

Die Untersuchungen werden vom "Centre d'étude d'opinion" (C.E.O.) durchgeführt. Im Gegensatz zu anderen französischen Demoskopie-Instituten, die auf privatwirtschaftlicher Basis arbeiten, ist dieses unmittelbar der Regierung, exakt: dem Regierungssprecher, unterstellt.

Die Frage der Le Monde-Journalistin Anne Rey "N'exerce-t-il pas, en fait, un véritable contrôle?", wobei der Verdacht zum Ausdruck kam, der Regierungssprecher könnte unter Umständen manipulierend auf die Ergebnisse einwirken, ¹²⁰⁾ kann verneint werden. Es läßt sich kein Grund finden, der die Regierung veranlassen könnte, einen Fernsehkanal als beim Publikum besonders beliebt heraus zu stellen, wenn dies nicht den Tatsachen entspricht, da die ermittelten Werte ja allein für die Kommission des Rechnungshofes von Interesse sind, die die Zuweisung der Einnahmen aus dem Gebührenaufkommen vorzunehmen hat. Merkwürdig erscheint in diesem Zusammenhang allein der geringe Umfang des sample. Die Auswahl von nur 1200 Personen ist außerordentlich klein. Im Normalfall werden für derartige Erhebungen doppelt so viele, nämlich an die 2500 Interviews durchgeführt.

Das Verfahren führte, das war schließlich beabsichtigt, zu einem verschärften Kampf um die Gunst jedes einzelnen Zuschauers, vornehmlich in der Zeit der meisten Zuschaltungen zwischen 20⁰⁰h und 22⁰⁰h abends.

Da auf die Kriterien Programmqualität und kultureller Wert der Sendung, abgesehen von den definitorischen Schwierigkeiten, nicht fortlaufend, sondern erst am Ende des Rechnungsjahres von der zuständigen Kommission des Rechnungshofes abgehoben

120) vergl. hierzu: Anne Rey: Les mieux notés seront les mieux payés, in: Le Monde, 30/31.3.1975

wurde, zeigte sich gegen Ende des ersten Jahres, daß derjenige Sender am besten abschloß, der die geringsten Skrupel an den Tag legte, die beiden Kriterien zu mißachten.

So konnte TF 1, gemessen an der Zuschaltquote, sein Budget für das folgende Rechnungsjahr (1976) um 0,8 Mio. Francs aufstocken, A 2 dagegen verlor 0,13 Mio. Francs, erhielt jedoch, quasi als Trostpreis für den zweiten Sieger, die Bestätigung, seine Sendungen hätten ganz allgemein das höhere Niveau aufgewiesen.

Als Folge dieses Ergebnisses schlug die Kommission behutsam vor, TF 1 könne seine Ausgaben für Theaterproduktionen nun um ein Drittel erhöhen, andererseits dürfe A 2, um dadurch zu höheren Zuschauerzahlen zu gelangen, ein bis zwei weitere amerikanische Billigserien, Kriminalstories oder Western, in sein Programm aufnehmen. Diese Serien sind zwar beim französischen Fernsehzuschauer beliebt, die für die Pflege der französischen Kultur zuständigen Beamten jedoch würden am liebsten ganz auf ihre Ausstrahlung verzichten. Die Tatsache, daß die Kommission des Rechnungshofes nun ihrerseits selbst diese Möglichkeit anbot, zeigt, daß der bereits 1973 von Thibaut in seinem Buch vorausgesagte Niveauverlust bei übermäßiger Steigerung der Konkurrenz zwischen den Fernsehprogrammen sich schon nach einem knappen Jahr drohend bemerkbar machte: selbst diejenigen, die über das kulturelle Niveau der Sendungen zu wachen hatten, wurden von wirtschaftlichen Argumenten gezwungen, ihrer Aufgabenstellung zuwider zu handeln, da sich mit dieser Verordnung des Artikel 20 die Zuschauergewohnheiten nicht ändern lassen.

Aus der Sicht des Rezipienten war es durchaus nicht der kulturelle Wert einer Sendung, der dem Programm Anziehung verlieh, sondern einerseits die recht lockeren Gags in den Spielshows etwa eines Guy Lux oder der Nervenkitzel nicht unbedingt künstlerisch wertvoller, dafür aber packender Kriminal- und Westernfilme. Hiergegen nützte es auch nichts, daß sich bereits

lange vor Verabschiedung des Gesetzes von August 1974 die Parteien der Union de la Gauche mehrfach mit dem "divertissement à l'office" auseinander setzten, ¹²¹⁾ die Jean Montagnard zu der wohl vernichtendsten Kritik der Sendungen von Guy Lux veranlaßt hatte, die je verfaßt worden war.

Lux dürfte den Verriß anbetrachts der Realitätsferne der Vorwürfe mit Gelassenheit zur Kenntnis genommen haben.

Am Beispiel seiner Anwendung auf das Programm von FR-3 zeigte sich am deutlichsten, daß das Schema der Gebührenverteilung der konkreten Situation der Gesellschaften nicht gerecht wurde. FR-3 hatte mit 0,87 Mio. Francs die höchsten Verluste während des ersten Jahres hinzunehmen, ohne dies eigentlich selbst verantworten zu müssen:

Die Sendungen, eine Mischung aus regionaler Berichterstattung, Sport und Unterhaltung, einschließlich der täglichen fünfzehn Minuten, die für die "Tribune libre" reserviert waren, konnten mit den Programmen der beiden ersten Kanäle nicht konkurrieren. Hinzu kam die Tatsache, daß sich das Sendernetz dieser Gesellschaft noch im Aufbau befand, diese also noch nicht alle Zuschauer im Land erreichen konnte. Auch die hohe Anzahl von Filmen, die hier zur Ausstrahlung kamen, konnten keine höheren Zuschaltzahlen erbringen.

Es zeigte sich nach dem ersten Jahr des Bestehens der neuen Gesellschaften, daß sich Praktiken, die bei kommerziellen Sendern durchaus mit Erfolg angewandt werden, für die Arbeitsweise des service public nicht eigneten.

Übergroß waren die Erwartungen, die in dieses Konzept gesetzt wurden, mit dessen Hilfe es nicht allein möglich sein sollte, die prekäre Finanzsituation des Rundfunks zu verbessern, sondern das darüber hinaus auch noch dazu beitragen sollte, alle drei Fernsehprogramme beim Publikum gleichermaßen attraktiv zu machen und zugleich das Niveau der Sendungen beträchtlich zu heben.

121) vergleiche hierzu besonders den Artikel von Jean Montagnard: L'avertissement à l'office, in "L'Unité", 12.2.1974

Sie wurden zum größten Teil enttäuscht, denn um sie zu erfüllen, wären andere Maßnahmen von Nöten gewesen: Mit der Einführung detaillierter Produktionsverträge für die Erstellung von Fernsendungen wurde ein erster Schritt in dieser Richtung unternommen.

Größere Zuschaltzahlen wären allein durch überlegtere Programmgestaltung, nicht aber durch eine bloße Verordnung der vorliegenden Art zu erreichen gewesen. Auf gleiche Weise, wenngleich wohl nicht durchgängig, hätte sich das Niveau der ausgestrahlten Sendungen heben lassen.

Ein Allheilmittel, das sämtliche Probleme auf einmal zu lösen imstande gewesen wäre, gab es nicht, konnte es wegen zum Teil gegensätzlicher Lösungswege nicht geben.

Betrachtet man die Einstellung der verschiedenen Parteien des Parlamentes zu diesem Punkt, so stellt man fest, daß, so sachlich ungenügend der Lösungsansatz auch war, weder auf Seiten der parlamentarischen Mehrheit noch bei der Opposition sich Stimmen gegen diesen Modus erhoben.

Die Einwände gegen den ehemaligen Artikel 15, im Gesetzestext als Artikel 20 aufgeführt, beschränkten sich bei dem Sprecher der P.S. allein darauf, die Kontrolle der Qualität der ausgestrahlten Sendungen nicht einer Kommission des Rechnungshofes anzuvertrauen, sondern damit einen Ausschuß des Parlaments zu betrauen. Der P.C.F.-Abgeordnete Chambaz dagegen zweifelte den arithmetischen Verteilerschlüssel an, nach dem die verschiedenen Kriterien zur Verteilung der Gebühren gewichtet werden.¹²²⁾

Der große Wert, der gerade auf Seiten der Union de la Gauche auf die Wahrung der inhaltlich nicht definierten *qualité des émissions* und des *valeur culturelle* gelegt wurde, als Beispiel sei besonders auf das "ORTF-Projet Socialiste Autogestionnaire" hingewiesen, verstellte ganz offensichtlich ihren Abgeordneten den Blick für eine sachbezogenere Lösung.

Andererseits betrachtete speziell die P.C.F. das Problem des Finanzausgleiches durchaus nicht als so dringlich, wie dies U.D.R.

122) Eine Darstellung dieses Schlüssels findet sich im Anhang der Arbeit.

Centre Démocrate und speziell F.N.R.I. taten.

Noch am 4. Juli 1974 äußerte sich der Abgeordnete Chambaz im offiziellen Organ seiner Partei, "L'Humanité", es gehe nicht darum, daß der Rundfunk unbedingt einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen müsse. Der service public müßte durchaus auch den Mut aufbringen, Defizite, die sich hier ergäben, zu tragen. Allerdings sollten diese nicht zu hoch anwachsen und auch nicht chronisch werden.¹²³⁾

Dieses Argument lief freilich an der konkreten Situation vorbei:

erstens hatte der französische Rundfunk bereits seit etwa 1947 ein jährliches Defizit, die Situation konnte also getrost als chronisch bezeichnet werden, zweitens hatte das Defizit des Jahres 1973 mit an die 90 Mio. Francs ein Rekordergebnis ausgewiesen, das ganz eindeutig zu hoch war, als daß es noch hätte toleriert werden können. Jedoch zeigte sich bei dieser Argumentation wiederum, daß allein der Staat als reeler Sachwalter der Interessen der Bevölkerung angesehen wurde. Er habe die Arbeit des Rundfunks zu tragen und zu garantieren und folglich auch dafür einzustehen, daß der Haushalt der Anstalt, wenn es zu Defiziten kam, durch Steuermittel ausgeglichen würde. Auf die Konsequenzen wurde dabei nicht eingegangen.

THESE 4: DIE PRAKTIKEN IM UMGANG MIT DEN BESTIMMUNGEN DES ARTIKEL 20
(BEGRENZUNG DER WERBEEINNAHMEN) WIDERSPRECHEN DESSEN
BESTIMMUNGEN.

Bereits 1968 wurden in Frankreich Werbefunk und Werbefernsehen eingeführt. Damals bereits wurde die Höhe der aus ihnen zu realisierenden Gewinne auf 25 % der Gesamteinnahmen begrenzt. Ursachen hierfür fanden sich zum einen in der von dieser neuen Art der Werbemöglichkeit befürchteten Verringerung der Werbeetats für Tageszeitungen durch Industrie und Wirtschaft. Tatsächlich gingen die Erlöse aus dem Annoncen-Geschäft in Extremfällen bei Zeitungen in der Provinz bis zu fünfundzwanzig Prozent zurück. Andererseits sollte durch die Beschränkung der Einfluß, den die Sponsors auf den Rundfunk nehmen konnten, von Anbeginn an möglichst klein gehalten werden.

123) vergl. hierzu: Jacques Chambaz: Le plan gouvernemental, in: "L'Humanité", 4.7.1974

Wie die "scandales de la publicité clandestine" in den Jahren zwischen 1970 und 1972 zeigten, hatte auch die Schaffung der "Régie Française de Publicité", deren Aufgabe es mit war, diesen Einfluß möglichst auszuschalten, derartige Aktivitäten der verschiedensten Unternehmen nicht unterbinden können.

Die Festlegung des Prozentsatzes an den Werbeeinnahmen in den Regelungen des neuen Rundfunkgesetzes wurde erneut zu einem Zankapfel, über den es zu hitzigen Debatten kam. Lehnten die Parteien der Union de la Gauche ihre Einbeziehung zur Finanzierung des Rundfunks strikt ab, da sie in privatwirtschaftlich erworbenem Kapital von Anbeginn an die Verkörperung des Bösen, des Unmoralischen und Korrupten sahen, so war doch klar, daß auf diese Geldmittel in Zukunft nicht würde verzichtet werden können. Darauf wies der Regierungssprecher, André Rossi, hin, als er die Ablehnung des von der P.C.F. eingebrachten amendement 128 begründete, in dem diese die generelle Ausschließung der Markenwerbung gefordert hatte:

"Cet amendement... entraînerait... une augmentation de la redevance de 25 p. 100." 124)

Die Sendungen des Werbefernsehens werden heute über die ersten beiden Kernsehkkanäle ausgestrahlt. Offengehalten ist die Möglichkeit ihrer Ausdehnung auch auf den dritten Kanal. Dies geschah, als das amendement 89 der P.S., mit der dieser Zustand eindeutig fixiert werden sollte, auf so recht merkwürdige Weise abgelehnt wurde. (s.o.).

Andererseits hatte die Regelung von Anbeginn ihre unübersehbaren Tücken: Der Anteil der Werbeeinnahmen sollte unverändert auf 25 % der Gesamteinnahmen begrenzt bleiben. Berücksichtigt man, daß der Anteil der Gebührenerlöse bereits ab dem Jahr 1973 nicht mehr wesentlich stieg, da der Markt zu dieser Zeit bereits mit an die achtzig Prozent aller Haushalte, die im Besitz eines Fernsehgerätes waren, gesättigt war und so abzusehen war, daß in Zukunft kaum noch neue Antragsteller um eine

124) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3791

Betriebserlaubnis für Fernsehgeräte einkamen, daß dagegen andererseits die tägliche maximale Werbezeit um sechs auf achtzehn Minuten angehoben wurde und die Minutenpreise des Office, die zuletzt je nach Zeitpunkt und Position der ausgestrahlten Spots im Werbeprogramm zwischen 27 000 und 209 000 Francs lagen, nach der Umstellung nochmals um fünfzehn Prozent angehoben wurden, so war klar, daß allein bei grobem Überschlag der Anteilswert von 25 % überschritten werden würde.

So war es denn auch nicht sehr verwunderlich, daß bei einer ersten Berechnung Mitte November 1975 festgestellt wurde, daß der Anteilssatz von 22,42 % (real) den das Werbefernsehen mit seinen Einnahmen im letzten Jahr des Office erreicht hatte, um mehr als die noch verbleibenden 2,58 % gestiegen war. Die Werte die für 1976 vorauskalkuliert wurden, hatten sich gar weit von der 25 %-Schwelle entfernt:

In diesem Jahr sollte TF 1 mit immerhin 495 FF von 771,72 Francs etwa zwei Drittel, A 2 mit 371 FF von 770,73 Francs immer noch über 45 % seiner Einnahmen decken. 125)

Vier Monate später freilich stellte sich das, was zuerst als mathematischer Fehler bezeichnet worden war, den man in der komplizierten Berechnungsformel nach der die Einnahmen auf die verschiedenen Gesellschaften verteilt werden sollten, suchte, als durchaus nun akzeptierte Abweichung von den im Gesetz niedergelegten Regelungen heraus. Was 1975 noch als Fehler galt wurde nun, da sich die Vorausschätzungen bei einer zweiten Berechnung für das Rechnungsjahr 1976 bestätigten, als erwünschte Entwicklung bezeichnet, denn die Regierung

"veut rééquilibrer les composantes budgétaires des deux chaînes: on veut que TF 1 et A 2 soient, en 1980, chacune financée pour moitié par la redevance et pour moitié par la publicité." 126)

Die Gründe die hierzu geführt haben, sind naheliegend: Man braucht in den nächsten Jahren erhebliche finanzielle Mittel zur

125) nähere Ausführungen hierzu brachten Anne Rey und Martin Even: TF 1 et A 2 à la remorque de la publicité, in: Le Monde, 16/17.11.1975.

126) zit. nach: Catherine Guigon: TF 1 et A 2 ont acquis une mentalité commerciale, in: Le Monde 14/15.3.1976

Bestreitung der anstehenden notwendigen Vorhaben: TF 1 stellt sein Sendernetz sowohl als auch die Studiotechnik auf die europäische Bildnorm von 625 Zeilen um, daneben verschlang die "coloration" des Kanals mehrere hundert Millionen Francs. A 2 braucht größere finanzielle Zuwendungen, um sein Programm auf das Ausmaß des ersten Kanals zu bringen. Schließlich mußte noch das Sendernetz von FR-3 voll ausgebaut werden und die Programmangebote sollten gleichfalls noch aus-
geweitet werden, um hier eine attraktive Alternative für die verschiedenen Regionen des Landes zu schaffen.

Unklar ist freilich, wie die Regierung sich der Presse gegenüber verhalten wollte, für die eine Ausweitung der Fernsehwerbung weitere Rückgänge ihrer Annoncenaufträge bedeuteten. Doch bis in die ersten Monate des Jahres 1976 hinein waren von dieser Seite her noch keine Klagen oder Proteste zu vernehmen gewesen.

Gleichermaßen ohne Reaktion blieb dieses Verhalten der Regierung auf Seiten der Opposition. Und auch die U.D.R., die einen zu großen Anteil an Werbeeinnahmen nicht gerne sah, da, wie der Abgeordnete Chalendon in der Debatte ausführte,

"ouvrir la porte à la publicité, c'est l'ouvrir à la privatisation. - Dans ce domaine les bonnes intentions sont insuffisantes", 127)

machte keinen Widerspruch geltend.

Nutznieser dieser Regelung sind, das muß klar gesehen werden, die Unternehmen der Wirtschaft, die auf diese Weise eine größere Möglichkeit zur Selbstdarstellung bekommen haben.

Mit den Bestimmungen des Gesetzes in der vorliegenden Form wurde nicht nur ein erheblicher Freiraum für zukünftige Entwicklungen geschaffen, so wurden auch, was die Einhaltung der in ihnen vorgegebenen Werte betrifft, eindeutig unterlaufen und das Parlament schwieg dazu, was die Tatsache belegt, daß sich in den Protokollen keine Fragestunde oder zumindest schriftliche Anfragen an den Premierminister oder den für den Rundfunk zuständigen Regierungssprecher finden.

127) J.O., aaO., 24.7.1974, p.3716

THESE 5: DIE MONOPOLBESTIMMUNG DES ARTIKEL 2 WURDE BEI DER DE-
ZENTRALISIERUNG DURCH DIE RECHTSFORM DER PROGRAMMGES-
SELLSCHAFTEN UND DER PRODUKTIONSGESELLSCHAFT AUSGEHÖHLT.

Bereits durch die Inhalte des Gesetzes von 1972 (Artikel 4) und die Zusatzbestimmungen jenes Décret vom 23. Juli 1972 (J.O. 24/25.7.1972) unter dem Titel: "Création de Régies à l'Office de Radiodiffusion-Télévision Française" wurde die Dezentralisation der einheitlichen Anstalt O.R.T.F. in Angriff genommen. Im Oktober 1973 bekam Marceau Long, als er nach Arthur Conte das Amt des Generaldirektors des Office übernahm, den ausdrücklichen Auftrag, diese Entwicklung weiter zu führen. Dazu sollte versucht werden, basierend auf den Vorschriften des Gesetzes von 1972, die Rechtsform der Régies zu ändern, sie in établissements publics zu überführen und jede mit einem eigenen Generaldirektor plus eigenem Verwaltungsrat auszustatten. Wie schon erwähnt, gelang dieses Vorhaben nicht mehr rechtzeitig vor Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Vorschriften von 1974. Für die verbleibende Übergangszeit bis Januar 1975 bedurfte das Problem dann keiner weiteren Lösung.

Die Dezentralisierung des Office hatte verwaltungstechnische Gründe: bedingt durch das Anwachsen der Anstalt war es mit den altüberkommenen Steuerungsmechanismen nicht mehr möglich, sämtliche Funktionen des Hauses sachgerecht zu leiten und ihre Durchführung zu gewährleisten. Hier versprach man sich Abhilfe durch eine Aufteilung des ins Riesenhafte gewachsenen Apparates in funktionsbedingte technische Einheiten. Jedoch das gesteckte Ziel wurde nicht erreicht: zum einen war es nicht gelungen, die Aufteilung wirklich allein unter technischen Gesichtspunkten durchzuführen. Verschiedene Funktionen verblieben in der Zuständigkeit mehrerer Régies, bzw. waren aufgeteilt in einen rein technischen Bereich und eine inhaltliche Kontrollfunktion, die bei der Gesamtleitung des Office lag. Als Beispiel ließe sich das Überseeprogramm des O.R.T.F. nennen, das inhaltlich vom Generaldirektor der Anstalt verantwortet wurde, dessen Ausstrahlung jedoch von der für die Regionalprogramme des

Hörfunks wie des dritten Fernsehprogrammes zuständigen Régie besorgt wurde.

Zum anderen war es versäumt worden, die verschiedenen Kompetenzen innerhalb der Anstalt zu koordinieren. Daher war es möglich, auch dies wurde bereits hier angeschnitten, daß ein Journalist, der einen aktuellen Bericht erstellen wollte, erst an die zwanzig Stempel und Unterschriften benötigte, bevor er das Haus verlassen konnte.

Hoffnung setzte man in eine weitergehende Dezentralisierung, durch die sämtliche übergeordneten Verwaltungseinheiten aufgelöst werden sollten. Dies war nur möglich durch eine radikale Aufteilung des Office in einzelne Unterabteilungen, die allein noch zum Zweck der juristischen Repräsentation eine Dachgesellschaft haben sollten.

Noch weiter ging schließlich die Regelung des Gesetzes von 1974, durch das sieben unabhängige Gesellschaften gegründet wurden. Genau aber hier begann ein grundsätzliches Problem, das sich findet, wenn man die Rechtsform dieser Gesellschaften betrachtet. Zwar legte der Artikel 8, in der Schlußfassung Artikel 12, fest, daß das Gesamtkapital der Programmgesellschaften in Händen des Staates verbleibt, jedoch sind sie entsprechend den rechtlichen Bestimmungen der Aktiengesellschaft (S.A.) organisiert.

Bemerkenswert hieran ist die Tatsache, daß die Parteien der Union de la Gauche bei der Diskussion dieses Artikels und der darauf folgenden Abstimmung hiergegen keinen Einwand geltend machten. Zwar hatte z.B. der P.S.-Abgeordnete Fillioud der Regierungsmehrheit vorgeworfen, das Gesetz brächte

"la privatisation... déguisée pour les sociétés de programme, ouverte, déclarée, pour la société anonyme de production, qui sera entièrement livrée aux conditions du marché".¹²⁸⁾

Der Abgeordnete Ralite (P.C.F.) sah in dem Vorhaben ein Mittel zur Ausweitung der politischen Einflußnahme über den Rundfunk:

"Le pouvoir, à l'O.R.T.F., même brisé en six morceaux, appartient désormais, sans frontière, d'aucune façon, au pouvoir politique".^{1.}

128) J.O., aaO., 23.7.1974, p. 3655

129) J.O., aaO., 24.7.1974, p. 3717

Übersehen wurde dabei jedoch, daß die Regelungen des Artikels 8 (Art. 12 des Gesetzes) in dieser Form weit über die oben dargestellte Zielrichtung hinausgeht.

Zieht man in Betracht, daß das Personal aller Gesellschaften des Rundfunks nach den Bestimmungen kollektiver Arbeitsverträge, wie sie in der Industrie üblich sind, eingestellt wurde, so zeigt sich, daß im Zusammenwirken beider Verfügungen der Ansatz zum Abbau der Monopolbestimmungen gegeben ist und somit ein Weg eröffnet wurde, der gewissermaßen über die Hintertüre gerade diejenige Möglichkeit eröffnet, die das Parlament in seiner Mehrheit nicht zulassen wollte: Die Privatisierung.

Somit geht diese Bestimmung noch weit über die ehemals von Denis Baudouin vorgeschlagene Regelung hinaus, der allein einen Kanal des Office, das erste Fernsehprogramm, das sich auf Grund seiner hohen Reichweiten im Publikum hervorragend geeignet hätte, sich gänzlich durch den Verkauf von Werbezeit zu finanzieren, aus der staatlichen Verfügungsgewalt nehmen wollte. Nunmehr war diese Möglichkeit juristisch allen Programmgesellschaften potentiell eröffnet worden. Zu ihrer Realisierung bedurfte es allein der Umwandlung der sociétés nationales in sociétés anonymes. Auf Grund der Tatsache, daß das Gesamtkapital weiterhin in Händen des Staates zu verbleiben hat, dem durch eine SOFIRADisation entsprochen worden wäre, daß also eine Veräußerung an privatwirtschaftliche Kapitalgesellschaften nicht möglich ist, wäre hierzu allein ein Regierungsbeschluß ohne Kontrollbefugnis des Parlamentes nötig. 130)

Über die aus technischen Gründen notwendige weitergehende Dezentralisation war man nun wiederum zum Problem der Wahrung des Monopols und der damit zusammenhängenden möglichen Privatisierung des Rundfunks zurückgekommen.

Auch wenn dies weder im Text des Gesetzes noch in den dazugehörigen cahiers des charges explizit vermerkt wird, hat sich die Regierung doch das "monopole de diffusion" vorbehalten, das auch von einer möglichen Teilprivatisierung nicht berührt würde: Die Sendegesellschaft (und die für eine mögliche Privatisierung höchst unlukrative

130) Genaugenommen müßten die sociétés nationales allein dieses Status entkleidet werden, da sie bereits die Rechtsform der société anonyme besitzen.

Einzelgesellschaft des "Institut de l'audio-visuel") wurde nicht in Form einer société anonyme organisiert.

Da sich der staatlicherseits unabhängige Träger eines privaten Rundfunkprogrammes nicht den Weisungen der Regierung unterwerfen würde, konnte diese Regelung in ihrer Gesamtheit allein so interpretiert werden, daß das ursprüngliche Projekt Baudouins nun doch wiederbelebt werden sollte, sobald sich hierzu eine geeignete Möglichkeit fand.

Bei Abhandlung des Artikels 8 des Regierungsentwurfes wurde gezeigt, daß keine Gegenstimme diese Verfügung angehen wollte. Die Abgeordneten der Union de la Gauche hatten, wie dem Gang der Diskussion zu entnehmen ist, diese Möglichkeit nicht erkannt.

Weniger verwunderlich ist die Tatsache, daß gegen den Inhalt des Artikels nicht von Seiten der Gaullisten vorgegangen wurde. Auch sie hielten und halten an den Bestimmungen zur Wahrung des Monopols fest. Jedoch, und dies allein kann dieses Verhalten erklären, ist die F.N.R.I. von Seiten des Parlamentes jeder Kontrolle und hierdurch auch der Gefahr, von diesem blockiert zu werden, enthoben, so gilt dies doch keineswegs für die Kräfteverteilung innerhalb der Regierung. Hier hat die U.D.R., die die meisten Abgeordneten in der Nationalversammlung stellt, einen so starken Einfluß, daß sie durchaus in der Lage ist, sämtliche Entschlüsse, die ihren eigenen politischen Zielsetzungen zuwiderlaufen, zu blockieren.

Von daher besteht also keine Gefahr, daß das Projekt der besagten "SOFIRADisation" in den nächsten Jahren realisiert werden könnte.

Unklar bleibt jedoch, und hierfür fanden sich Erklärungen weder in den Äußerungen von Abgeordneten noch in der Parteipresse oder an dritter Stelle, weshalb die Parteigänger Chiracs, speziell aber der traditionalistische Flügel der Partei, die vorliegenden Regelungen nicht aus grundsätzlichen Erwägungen bereits revidiert sehen wollten.

Die P.S., dies zeigten die Ausführungen des Exkurses zum Problem des Monopols, weigerte sich, auf der Grundlage des gemeinsamen

Aktionsprogrammes mit der P.C.F., diese Regelung in Frage zu stellen. Erst am 20.2.1975 überraschte sie die Öffentlichkeit mit einer Initiative besonderer Art: Sie kündigte die Errichtung eines eigenen Senders "Radio-P.S." oder auch nach dem Parteiemblem "Radio-Rose" an. Die Station sollte an einem nicht näher bezeichneten Ort am Stadtrand von Paris erbaut werden, im FM-Bereich, also auf Ultrakurzwelle, arbeiten und den Großraum Paris versorgen. Dieses Projekt, das der Einstellung der Partei sieben Monate zuvor völlig zuwider lief, wurde über mehrere Monate in der Debatte gehalten. Noch Mitte August forderte Maurice Séveno in einem Artikel in *Le Monde* die Einrichtung des Senders. Er begründete dies mit der auch zu dieser Zeit noch zu konstatierenden gelegentlich doch recht ungleichen Behandlung der Parteien der Opposition durch den Rundfunk (s.o.). So führte er aus:

"Les interviews des responsables politiques (d. Linken; d. V.) se font sous la même forme que les jeux des 'mille francs' ou de la 'case trésor': 'Monsieur Séguy, allez-vous déclencher une grève générale? Répondez par oui ou par non'.

'Monsieur Mitterand, allez-vous prendre le pouvoir par la force? Répondez par oui ou par non'.

Ainsi le point de non-retour est atteint. Le pouvoir a manœuvré de telle façon qu'il a lui-même rendu impossible la restauration d'un véritable monopole pluraliste. C'est dans cette perspective que s'inscrit l'initiative du parti socialiste de créer une station de radio libre." 131)

Obwohl es sich bei diesem Projekt um einen Plan handelte, den die P.S. in eigener Verantwortung und wohl wissend um seine möglichen Konsequenzen veröffentlicht hatte, konnte man doch im Laufe der Zeit nicht allein auf Seiten der Regierung Unbehagen wegen dieses Vorhabens konstatieren. Sah letztere hierin einen Versuch der Konfrontation - dem Plan standen die gültigen Monopolbestimmungen entgegen - so schien die P.S. in den letzten Wochen vor der Veröffentlichung der Mut vor der eigenen Courage verlassen zu haben, denn in ihren eigenen Publikationen war in den vorausgegangenen Wochen von diesem Projekt nicht mehr berichtet worden. Zumindest hat sie aber

131) zit. nach: Maurice Séveno: *L'avènement du pluralisme*, in: *Le Monde*, 10/11.8.1975

doch wohl das schlechte Gewissen gegenüber der P.C.F. und dem gemeinsamen Aktionsprogramm geplatzt. Die Kommunistische Partei lehnte auch zu diesem Zeitpunkt jede kommerziell betriebene Fernsehstation entschieden ab. Sie vermied es jedoch, in der Öffentlichkeit zu diesem Projekt Stellung zu nehmen.

In der Argumentation tauchte bei Séveno wieder eine Motiv auf, mit dem auch André Diligent (C.D.) in seinem Interview mit "Démocratie moderne" Anfang Juli 1974 das Rundfunkmonopol abgelehnt hatte: Es könne keine derartige Regelung ohne gesicherten Meinungspluralismus in den Sendungen des Radios und des Fernsehens geben. Dessen Existenz bestrittenen beide Politiker. Dabei war der Plan der P.S. von seiner wirtschaftlichen Seite her von geradezu bestechender Logik: Die Kosten eines Senders hätten, wäre seiner Errichtung nicht eben das Monopol entgegen gestanden, das auch die P.S. im Parlament mit festzuschreiben geholfen hatte, auf nicht mehr als 100 Mio. Francs angestiegen. Die Grundinvestitionen einer parteioffiziellen Tageszeitung dagegen wären höher gelegen, legt man ihnen die zu erreichenden Reichweiten im Publikum zugrunde, denn bei geschickter Programmgestaltung hätten mit einem solchen Sender hunderttausende Rezipienten erfaßt werden können. Nach dem August 1975 wurde der Plan nicht mehr erwähnt, das Projekt verworfen.

Man darf dieses Vorhaben aber als weiteren Beweis für eine stark sachbezogene Art der Problemlösung auf Seiten der P.S. werten. Hier hatte einmal eine Oppositionspartei den Versuch unternommen, wenngleich zeitlich zu spät, den vorgegebenen Rahmen der Institution Staatsrundfunk zu durchbrechen. Freilich blieb es dann bei diesem Denkansatz. Dabei muß festgehalten werden, daß die Ursache für diese verspätete Initiative in den enttäuschten größeren Erwartungen der Partei in die Realisierung des Gesetzes von 1974 zu suchen ist. Dieses Projekt konnte nicht als mit dem verspätet veröffentlichten ORTF-Projet Socialiste Autogestionnaire des gleichen Jahres in Zusammenhang stehend, als dessen Ergebnis, belegt werden.

THESE 6: DER REGIERUNGSEINFLUSS WURDE ERHEBLICH VERSTÄRKT UND
BRACHTE DIE MÖGLICHKEIT EINER TEILPRIVATISIERUNG MIT
HILFE DER S.O.F.I.R.A.D. IN GREIFBARE NÄHE

Betrachtet man das vorliegende Gesetz unter dem Gesichtspunkt der Einflußmöglichkeiten des Staates, so fällt auf, daß deren Abnahme eigentlich nur bezüglich der Beeinflussung der Inhalte der verschiedenen Nachrichtenprogrammen gilt.

Hier ist eine, verglichen mit früheren Praktiken, außerordentlich große Abstinenz zu verzeichnen, die sogar soweit geht, daß gegen das bisweilen zu verzeichnende Weiterbestehen alter Praktiken der "autocensure" auf Seiten der Journalisten, in deren Folge durchaus Manipulationen der Sendeinhalte vorkommen können, nicht angegangen wird, obwohl dies von Nöten wäre.

Ansonsten jedoch hat sich die Abhängigkeit der verschiedenen Gesellschaften von Entscheidungen der Regierung wesentlich verstärkt. Dies zeigt sich in der Tatsache, daß die Entscheidung über die Inhalte der cahiers des charges allein beim Premierminister, bzw. dem von ihm mit dieser Aufgabe betrauten Kabinettsmitglied, liegt.¹³² Dabei ist es unerheblich, daß die Vorschläge von Seiten einer délégation parlementaire eingebracht wurden. Der Premierminister war, mit Ausnahme reiner Sachentscheidungen technischer Art, nicht gezwungen, diesen Anleitungen zu folgen.

Während Sprecher von U.D.R., F.N.R.I. und Réformateurs sich, von Einwänden gegen technische Regelungen abgesehen, mit den Bestimmungen einverstanden erklärten, die der Artikel 11, in der Schlußfassung des Gesetzes Artikel 15, beinhaltet, wies die Linksopposition sie generell zurück. Am deutlichsten machte dies Jack Ralite (P.C.F.), indem er feststellte:

"Comme nous l'avons fait pour l'article 10, nous demandons la suppression de l'article 11(...) Il donne une nouvelle fois au Premier ministre un pouvoir exorbitant en faisant de lui le véritable président directeur général de toutes les

132) Mit dieser Aufgabe wurde der Regierungssprecher, André Rossi, betraut.

sociétés créées par le projet de loi."133)

Dies gilt nun bezüglich mehrerer Bereiche: der wesentlichste betrifft die "Dispositions annuelles du cahier des charges" jeder der sechs Gesellschaften (Ausnahme: die Fernsehproduktion). Hier existiert ein Freiraum insofern, als daß die hierin festzulegenden Bestimmungen mit allein einem Jahr Gültigkeit nirgendwo ihrem Umfang und Inhalt nach limitiert sind. Dh. hier ließen sich anstelle der Zahlungen, die die einzelnen Programmgesellschaften an Sendetechnik bzw. das Institut de l'audio-visuel zu entrichten haben (TF 1 zahlte an letztgenanntes im Jahr 1975 zB. 15,99 Mio. Francs) durchaus auch, man denke an die vorangegangene These, Angaben bezüglich der finanziellen Aufwendungen in den ersten Jahren von Seiten der S.O.F.I.R.A.D. an die betroffene(n) Programmgesellschaft(en), nach deren wirtschaftlicher Selbständigkeit jene in umgekehrter Richtung fixieren.

Betrachtet man die unter Nummer 1 des Abschnittes "Dispositions annuelles au titre du chapitre VII" aufgeführten Verfügungen, die den Anteil der Werbeeinnahmen an den Gesamtfinanzen der beiden ersten Fernsehgesellschaften in Mio. Francs festlegen, so hat man hiermit die Stelle der rechtlichen Vorschriften gefunden, die es ermöglicht, den Werbeanteil der betroffenen Gesellschaften beliebig zu erhöhen.

In Zusammenhang mit Artikel 22 des Gesetzes und Artikel 10 des "Décret n.º 74-1106 du 26 décembre 1974 relatif à certaines dispositions financières concernant les organismes publics de radiodiffusion et de télévision" entdeckt man nun auch, wie eine legale Überschreitung des 25 %-Anteiles der Werbeeinnahmen möglich ist. (Art. 22 des Gesetzes).

Die Vorschrift im Gesetz hat ständige Gültigkeit, kann jedoch, falls sich dies zur Gewährleistung des ordentlichen Arbeitsablaufes der Gesellschaften als nötig erweisen würde, durch die nur jeweils für ein Jahr gültigen "Dispositions annuelles" kurzfristig, nicht jedochoauf Dauer außer Kraft gesetzt werden. Ein entsprechender Vermerk hierüber an besagter Stelle liefe dem Gesetz nicht zuwider. Die Bestimmungen des Décret n.º 74-1106 aber sind durch

133) J.O., aaO., 24.7.1974, p. 3777

die Regelungen der cahiers des charges modifizierbar; Abs. II:

"Dans l'hypothèse où les recettes globales prévisionnelles attendues de la publicité de marques excédaient la proportion maximale de 25 p. 100, prévue à l'article 22 de la loi du 7 août 1974, la commission (de la Cour des comptes; d.V.) fixera, en fonction de critères déterminés par les dispositions des cahiers des charges et après consultation de la régie française de publicité, le montant maximal des recettes publicitaires dont chaque société pourra bénéficier. Les décisions de la commission sont notifiées à la régie française de publicité, qui est responsable de leur exécution." 134)

Da zudem weder im Gesetzestext noch in den Verordnungen des Artikels 2 der cahiers des charges, der die Anwendung des Monopols auf die Programmgesellschaften regelt, eine Unterscheidung zwischen Programm- und Sendemonopol gemacht wird, ist auch hierdurch die Möglichkeit einer SOFIRADisation zu späterer Zeit gegeben.

Nun wurden sowohl die Bestimmungen des Décret 74-1106 als auch jene der cahiers des charges erst lange nach der Debatte des Gesetzes im Parlament erlassen. Dennoch muß man feststellen, daß mit Ausnahme jenes oben zitierten Ausspruches des Abgeordneten Ralite keine weitere Reaktion der Linksoption auf den Inhalt des Artikel 15 erfolgte. Sie verlangte allein übereinstimmend die ersatzlose Streichung dieses Punktes. Darüber hinaus jedoch wurde diese Verordnung nicht mehr weiter zum Ansatzpunkt für eine weitergehende Diskussion. Es war klar, daß dieses Verlangen von der Mehrheit des Hauses zurückgewiesen wurde.

Eine weitere Stärkung der Position des Staates, sprich: der Regierung, ergab sich aus dem Inhalt des Artikels 26, Artikel 20 des projet de loi. Hierin war bestimmt worden:

"En cas de cessation concertée du travail, la continuité des éléments du service nécessaires à l'accomplissement des missions définies à l'article 1^{er} doit être assurée par l'établissement public de diffusion et par des sociétés nationales de programme. Le président de chaque organisme désigne les

134) J.O., Lois et Décrets, 27.12.1974, p. 13070; Hervorhebung durch den Verfasser.

catégories de personnel ou les agents qui doivent demeurer en fonction."

Der Einwurf des Abgeordneten Mexandean (P.S.) wurde bereits zitiert, der in dieser Verfügung eine Beeinträchtigung des durch das Arbeitsrecht gegebenen Rechtes zum Arbeitskampf erblickte, gleichermaßen auch die Antwort hierauf durch den Vertreter der Regierung, André Rossi, der sich bemühte, diese Darstellung zu entkräften, indem er sie allein als Regelung des dann nötigen Notdienstes darstellte, da der Rundfunk auch in dieser Situation des Streiks weiterarbeiten müsse.

Wäre diese Darstellung richtig, wäre tatsächlich Mexandean's Argument nichtig gewesen. Dies traf jedoch nicht zu, da es sich nicht um die Gewährleistung der Aufrechterhaltung des Notdienstes, sondern "des missions définies à l'article 1^{er} " handelt. Hierunter fallen sämtliche Aktivitäten des Rundfunks. Das aber bedeutet, der letzte Abschnitt des Artikels wird hinfällig, denn hierzu sind sämtliche Mitarbeiter von Nöten.

Es zeigt sich, daß diese Verfügung, die so wirklich arbeitsrechtliche Bestimmungen des Landes zuwiderläuft, den Betrachtungen des Abgeordneten Griotteray (F.N.R.I.) weitgehend entspricht, der bereits Anfang 1972 als Berichterstatter einer Parlamentskommission zur Untersuchung der häufigen Streiks der Jahre 1971 bis Anfang 1972 am Office, eine umfassende Umwandlung der Anstalt verlangt hatte, um dieser Praxis Einhalt zu gebieten. Edouard Guibert hatte Befürchtungen in dieser Richtung bereits im März 1974 geäußert. ¹³⁵⁾

Er, Sekretär der Gewerkschaft S.N.J. und Mitglied der P.S., hatte lautstark vor dieser Entwicklung gewarnt. Seine Parteifreunde jedoch widmeten dieser Bestimmung keine weiteres Interesse als in Form dieses einen Hinweises Mexandean's. Gleiches gilt für die Abgeordneten der P.C.F. und der Radicaux de gauche. Hier wurde mit Hinweis darauf, daß der weitere Betrieb des Rundfunks auch in Ausnahmefällen gewährleistet werden mußte, eine grundsätzliche Rechtsposition für eine gewisse Gruppe von Mitmenschen, die Beschäftigten der Gesellschaften eingeschränkt und es erhob sich kein Protest.

135) Edouard Guibert: Un nouveau statut pour la radio, in: "L'Unité", 1.3.1974

Am Schluß hat man an dieser Stelle noch von den Bestimmungen des Artikel 14, im projet de loi Artikel 10, zu sprechen:

"Le Premier ministre ou un membre du Gouvernement, délégué par lui à cet effet, assure le respect du monopole, veille à l'observation par l'établissement public et les sociétés nationales des cahiers des charges et, de façon générale, des obligations de service public."

Hierin fließen die Problembereiche, die im vorangegangenen Absatz wie in der letzten These angesprochen wurden, zusammen. Die Wahrung des Monopols ist allein widerspruchsfrei möglich, da, wie bereits erwähnt, die Unterscheidung zwischen Programm- und Sendemonopol fehlt. Eine grundlegende Änderung der Rechtsformen der verschiedenen Gesellschaft ist daneben, bei voller Wahrung dieser ungenauen Monopolbestimmung, mit Hilfe der Vorschriften sowie der beliebig zu verändernden Inhalte der zumindest zeitlich limitierten Vorschriften der cahiers des charges möglich. Die Aufgaben, die der Rundfunk als eine Abteilung des öffentlichen Dienstes zu erfüllen hat, werden garantiert durch die im Extremfall völlige Aufhebung des Streikrechtes seiner Mitarbeiter. Über den Umfang dieser Einschränkung gibt der entsprechende Abschnitt des Gesetzes keine nähere Auskunft.

Die Grundforderungen, die der Premierminister, Jacques Chirac (U.D.R.) an das neu zu schaffende Gesetz am Beginn der Debatte gestellt hatte "Nous voulons d'abord créer et organiser une radio-télévision libre et démocratique."¹³⁶⁾ konnte nicht eingelöst werden. Weder war der Rundfunk frei, er war im Gegenteil sogar noch weit abhängiger von den Vorschriften der Regierung als je zuvor, noch war er - zumindest was die internen Regelungen gegenüber seinen Mitarbeitern betraf - demokratisch geführt. Auch bezüglich des Artikel 14 beschränkte sich die gesamte Stellungnahme der Opposition auf die Forderung, diesen ersatzlos zu streichen. Von Seiten der U.D.R., konnte mit Sicherheit kein Einspruch kommen; sie hatte jahrelang die völlige Beherrschung der elektronischen Medien praktiziert und war nun gewiß froh, daß Maßnahmen, die sie selbst gewünscht haben mag, die durchzu-

136) J.O., aaO., 23.7.1974, p.3648

setzen sie sich jedoch selbst zu Zeiten, als sie unter General de Gaulle allein die Regierung stellen konnte, nie getraut hatte, jetzt von ihrem kleineren Koalitionspartner ergriffen wurden. Diese Regelungen gingen also noch weit über die von ihr selbst geübten Praktiken hinaus.

Der Einspruch der politischen Linken, der sich allein auf die Forderung der Streichung derartiger Artikel beschränkte, zeigte allein, daß diese sich ihrer Rolle als Opposition bewußt, sich zur Ablehnung verpflichtet sah. Freilich hätte sie Änderungen in ihrem Sinn gegen die Mehrheit im Parlament nicht durchsetzen können, die zahlreichen Ablehnungen derartiger amendements beweisen dies, doch zeigt die Tatsache, daß diese Parteien sich darüber hinaus so schnell mit den entsprechenden Verfügungen abfanden, ohne diese Punkte zum Anlaß weiterer Diskussionen zu nehmen, daß, wie weiter noch zu zeigen ist, im Stillen Einvernehmen herrschte zwischen Opposition und Regierung bezüglich dieses Vorgehens.

7. RÉSUMÉ: DAS GESETZ VOM 7.8.1974: GRÖßTMÖGLICHE FREIHEITEN FÜR
DIE OPPOSITION PLUS ENTSPRECHUNG DEM ALLGEMEINEN
WUNSCH NACH MEHR STAATSEINFLUSS

Bis zu dieser Stelle wurden die speziellen Eigenarten dargestellt, die das Gesetz vom 7.8.1974 auszeichnen, wurden die Veränderungen aufgezeigt, die seine Bestimmungen entgegen den vorausgegangenen Rundfunkgesetzen nun gebracht haben.

In diesem allerletzten Kapitel soll nun ein abschließendes Urteil gefällt werden über die Haltung der verschiedenen Parteien des französischen Parlamentes, die in ihrem Zusammenwirken gerade diese Fassung eines Gesetzeswerkes zustande brachten.

Wenden wir uns jedoch zuerst jenen Punkten zu, die zu den unbestrittenen Erfolgen der Neuregelungen zählen. Es handelt sich hierbei um den Bereich der wirtschaftlichen Sanierung des Rundfunks. Die entsprechenden Einzelpunkte wurden ohne kontroverse Standpunkte von sämtlichen Parteien des Hauses in gleicher Weise betrachtet und einer vernünftigen Änderung für wert befunden. So gelang es, jene Abteilungen des Rundfunks, die in den vorangegangenen Jahren die größten Defizite erwirtschaftet hatten, verwaltungstechnisch soweit unter Kontrolle zu bekommen, daß diese Gefahr nach mensch-

lichem Ermessen nun auf Dauer gebannt sein müßte:.

Die Produktionsgesellschaft des Fernsehens (S.F.P.) erhielt zwingend vorgeschriebene Kontrollmechanismen in Form strikt einzuhaltender Produktionsverträge für jeden zu erstellenden Auftrag, die die Überschreitung der durch die Vorkalkulation vorgegebenen Kostenvolumina ausschließen.

Nach einiger Zeit der Umstellung, die von der Assemblée nationale in den ursprünglichen Vorschriften des Artikel 19 bis zum Jahr 1978 limitiert worden war, später aber durch den Senat modifiziert wurde (Art. 19, Abs. II), wird diese Gesellschaft sich nicht allein finanziell selbst tragen können, sondern darüber hinaus auch noch in der Lage sein, Gewinne zu erwirtschaften. Diese Übergangsphase dient der Durchführung verschiedener größerer Investitionen innerhalb des Hauses.

Auch ein anderer unkostenträchtiger Zweig des ehemaligen Office wurde nun so verändert, daß er keine Defizite größeren Umfanges mehr zu produzieren in der Lage ist: Die Immobilienverwaltung.

Diese Abteilung war früher für den gesamten Haus- und Grundbesitz des Rundfunks verantwortlich. Da es für eine verantwortungsbewußte Durchführung der hier anfallenden Arbeiten an den dafür notwendigen Vorschriften fehlte, war es gegen Ende der sechziger, zu Beginn der siebziger Jahre, als die Gebühreneinnahmen auf Grund damals noch ständig steigender Zuschauer- und Zuhörerzahlen rapide anwuchsen, hier zu verschiedenen Auswüchsen gekommen, als deren gravierendstes Beispiel der Rapport Chinaud das Projekt eines neu zu errichtenden Fernsehentrums vor den Toren von Paris nennt, den sogenannten "Tour du Front du Seine". In dieses Programm waren bereits 150 Mio. Francs investiert worden, bevor eine erneute Überprüfung des Vorhabens das Ergebnis brachte, die Arbeiten sollten schleunigst eingestellt werden, da das gesamte Projekt völlig an den ihm zugrunde liegenden Zielvorgaben vorbei lief. Keine der Fernsehgesellschaften hätte sich davon Vorteile, allesamt nur Nachteile eingehandelt.¹³⁷⁾ Kommentar der Verantwortlichen: Man habe durch den Abbruch der Arbeiten doch noch eine ganze Menge Geldes gespart, da das Gesamtvorhaben auf über 400 Mio. Francs veranschlagt worden war.

137) Die Beschreibung der gesamten Entwicklung dieses Vorhabens schildert der Rapport Chinaud, aaO., auf den Seiten 48 ff.

Vorkommnisse wie diese aus dem Jahr 1972 wird es in Zukunft nicht mehr geben. Der Immobilienbesitz wurde je nach Verwendungszweck der verschiedenen Gebäude auf die sieben Gesellschaften verteilt, auf die Sendegesellschaft in Issy-les-Moulineaux, den Hörfunk im "Maison ronde de la radio", TF 1 in der Rue Cognacq-Jay, A 2 gleichfalls im Rundfunkhaus, FR-3 im Centre Brossolette, das Institut de l'audio-visuel in Bry-sur-Marne und die Produktionsgesellschaft S.F.P. auf den Buttes-Chaumont. Die einschlägigen rechtlichen Vorschriften hierzu sind niedergelegt in Form von Ordonnances in den Journaux Officiels - Lois et Décrets vom 4. Januar 1975 auf den Seiten 208 bis 219.

Hiermit ist nun sichergestellt, daß Fehlinvestitionen in den genannten Größenordnungen allein deshalb nicht mehr vorkommen können, weil die einzelnen Gesellschaften heute nurmehr über recht begrenzte Mittel und Besitztümer verfügen.

Soweit diese in der Parteienmeinung unstrittigen Punkte des Gesetzes. Nun zu jenen Bereichen, die einer unterschiedlichen Betrachtung unterlagen, wenngleich auch oft eine durchaus ähnliche Zielrichtung der verschiedenen Parteien auszumachen ist.

Hierbei handelt es sich um das Personalproblem, die Frage der Erlöse aus Werbesendungen und die Monopolregelung.

Das oben angesprochene Feld der Programmgestaltung - Für und Wider des Schemas der "concurrence" - soll, da vorwiegend technischer Art und unter politologischen Gesichtspunkten wenig ergiebig, an dieser Stelle keine weitere Beachtung erfahren.

Da die drei oben genannten Bereiche allesamt mit dem Problem des Staatseinflusses in engem Zusammenhang stehen, sollen sie auch unter vorrangig dem sich hier anbietenden Gesichtspunkt abgehandelt werden.

Staatseinfluß, das bedeutete bis 1974 im Zusammenhang mit dem Rundfunk in Frankreich vorrangig Beeinflussung der Informationsprogramme. Der Bereich der regierungsseitigen Kontrolle einzelner Teile der Gesamtaktivitäten des Senders, die tutelle, etwa bezüglich des Finanzgebahrens der Anstalt, wurde vom überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht zur Kenntnis genommen und wurde dort, wo diese Tatsache bekannt war, zumeist akzeptiert, da hierfür sachliche

Gründe aufgeführt werden konnten. Dagegen war die direkte Einflußnahme auf die verschiedenen Nachrichtensendungen fast durchwegs als Ärgernis empfunden worden. Dies hatte sich nun, wie oben gezeigt wurde, grundlegend geändert. Sämtliche Gruppen der Bevölkerung hatten nun die Möglichkeit bekommen, ihre Ansichten über den staatlichen Rundfunk zum Ausdruck zu bringen. Ein spezielles Programm, wenngleich in der ersten Zeit noch mit technischen Mängeln behaftet, insofern es über einen Kanal ausgestrahlt wird, der bis zum gegenwärtigen Termin noch nicht völlig ausgebaut ist und dessen Sendungen erst etwa achtzig Prozent der Bevölkerung im Land erreichen, erlaubt es politischen Parteien, Gewerkschaften, den Vertretern der Kirchen und anderweitiger weltanschaulicher Verbände und Gruppen, sich in der Öffentlichkeit zu Wort zu melden. Der beschriebene Mangel wird, wenn die Planungen termingerecht realisiert werden können, Ende 1977 behoben sein. In den Nachrichtensendungen erscheinen nunmehr auch Politiker der Opposition, werden nach ihren Ansichten zu den verschiedensten Themen der Tagespolitik befragt und können eigene Alternativen vortragen. Die gelegentlichen Fälle der Einflußnahme können hierbei mit dem aus den vorangegangenen Jahren sattem bekannten Phänomen der "auto-censure" erklärt werden. Die Regierung enthält sich dagegen strikt jeder Einflußnahme über den ihr in den Bestimmungen des Gesetzes zugestandenen Rahmen hinaus - so sehr, daß sie es selbst unterläßt, gegen den Fortbestand dieser heute selten genug zu beobachtenden Praxis anzugehen. Dies freilich könnte man aus grundsätzlichen Überlegungen heraus, zur Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks von einseitiger Manipulation, erwarten.

Dies aber ist auch der einzige Bereich, wo von einem abnehmenden Staatseinfluß die Rede sein kann. Grundsätzlich ist eine genau entgegengesetzte Entwicklung zu konstatieren.

Besonders deutlich wird dies durch die nunmehr alleinige Zuständigkeit des Premierministers für alle wesentlichen Fragen und Regelungen im Zusammenhang mit dem Rundfunk. Er wacht über die Einhaltung der Monopolbestimmung, die ordnungsge-

mäße Durchführung der Aufgaben des Rundfunks als eines integralen Bestandteils des service public und die Beachtung der Vorschriften der cahiers des charges, die er selbst erlassen hatte, durch die Gesellschaften. Dies folgt aus den Artikeln 14 und 15 des Gesetzes.

Da er bezüglich der Bestimmungen der cahiers des charges, sieht man von technischen Regelungen ab, uneingeschränkte Freiheiten besitzt, diese inhaltlich festzulegen, bedeutet das nicht weniger, als daß hier die Kontrolle durch das Parlament wegfällt. So ist es mit Hilfe der oben dargestellten Verfügungen nun theoretisch möglich, die bestehenden Gesellschaften in den Rang kommerzieller Sendeanstalten zu überführen. Da derartige Bestimmungen in den dispositions annuelles festzuschreiben wären, also nach außen hin den Anschein von Übergangsregelungen erwecken, ließe sich die Änderung durchführen, ohne die im Gesetz festgelegten Vorschriften zu verletzen. Auch der Vorbehalt des Monopols würde auf Grund der nunmehr einzig möglichen Kommerzialisierung mit Hilfe der staatlichen Rundfunk - Holdinggesellschaft S.O.F.I.R.A.D. gewahrt bleiben.

Das vorliegende Gesetz bescheidet sich, da weitergehende Änderungen gegen den Koalitionspartner U.D.R. und die Parteien der Linksoption nicht durchgesetzt werden konnten, damit, die Voraussetzungen für eine derartige Änderung der Rechtsform zu schaffen. Betrachtet man sich die politische Situation im Frankreich des Jahres 1976, so muß davon ausgegangen werden, daß das Gesetz in der vorliegenden Form während der absehbaren nächsten Zeit keinerlei weitere Modifikation erfahren wird und dieses Vorhaben nicht realisiert werden kann.

So erfüllt sich dieserart, wenngleich ungewollt, ein Satz des französischen Präsidenten, die Antwort auf die Frage eines Journalisten, wie lange das Gesetz denn wohl Gültigkeit behalten werden, nachdem das vorausgegangene Loi Malaud allein zwei Jahre Bestand hatte: "Je souhaite qu'il ait une longue espérance de vie." ¹³⁸⁾ Den Hinweis des Reporters "on a laissé entendre que vous étiez partisan d'une télévision privée" ließ Giscard vor zwei Jahren unbeachtet, doch stellt das vorliegende Gesetz seine Bestätigung dar.

138) zit. nach dem gekürzten Text des Pressekonferenz des Präsidenten vom 26.7.1974, zwei Tage nach der Lesung des Gesetzes in der Nationalversammlung, abgedruckt in Le Monde, 27.7.1974

Allein die Möglichkeit, den Rundfunk aus der strikten staatlichen Kontrolle zu entlassen, war bei U.D.R. wie der Union de la Gauche auf Widerstand gestoßen.

War dies bei den Gaullisten, wie oben bereits angesprochen, darauf zurück zu führen, daß sie um ihren Einfluß auf die Medien fürchteten, ein Argument, das insofern nicht ganz einleuchtet, als die Partei bei Kommerzialisierung eines oder mehrerer Fernsehkanäle weiterhin, dann allerdings gegen Bezahlung der Sendezeiten, ihre Ansichten zu verschiedenen politischen Problemen hätte verbreiten lassen können, so war es auf Seiten der Union de la Gauche eine Einstellung, von der Stanley Hoffmann ¹³⁹⁾ bereits Mitte der sechziger Jahre festgestellt hatte, daß allein die Sozialistische Partei zunehmend von ihr abrückte, die jedoch auch heute innerhalb der P.C.F. viele Anhänger besitzt: Die Nationalisierung möglichst aller öffentlichen Aufgaben wird als Allheilmittel gegen jeglichen schädlichen, da egoistischen Partikularinteressen dienenden, privatwirtschaftlichen Einfluß angesehen. Eine Privatisierung des Rundfunks widerspräche diesem Ansatz grundlegend.

Schriftlich fixierte Stellungnahmen zu dieser Frage waren nirgends ausfindig zu machen.

Bei den Sozialisten zeigte sich zur Zeit der Verabschiedung dieses Gesetzes ein erster Ansatz zur Wiederbelebung der von ihr praktizierten Übungen der beginnenden 50er Jahre. Als damals Sozialisten und Radikalsozialisten bei den Wahlen zunehmend Stimmengewinne zu verzeichnen hatten, verstärkte sich die Einflußnahme dieser Partei auf den Rundfunk erheblich. Auf die Ereignisse des Jahres 1954 wurde, was deren Behandlung in den Programmen von Hörfunk und Fernsehen betraf, auf Seite 83 eingegangen. Mittlerweile zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab, wenngleich die Situation mit jener aus diesen Jahren auch nicht vergleichbar ist. Bereits bei der Präsidentschaftswahl des Jahres 1974 hatte sich herausgestellt, daß Giscard d'Estaing allein mit einem halben Prozent Stimmenvorsprung vor seinem sozialistischen Konkurrenten, François Mitterand, gesiegt hatte. Dies galt laut Auskunft sozialistischer Politiker ¹⁴⁰⁾ bereits als Indiz

139) siehe hierzu die Ausführungen Hoffmanns zum französischen politischen System, in: Stanley Hoffmann et al.: In Search of France, New York 1965, p. 89 ff.

140) Bei einem Besuch der P.S. durch den Verfasser im April 1975

für das Wiedererstarken der eigenen Machtposition. Gleichfalls in mündlichen Darlegungen aus dieser Zeit, keinesfalls schon in den Äußerungen während der Diskussion der Neufassung des Rundfunkgesetzes 1974 nachweisbar anhand von Zitaten, zeigte sich eine Einstellung innerhalb der Partei, die auf mehr Einflußmöglichkeiten auf die Arbeit des Rundfunks abzielte und die im Endeffekt weit über die angestrebte Gleichbehandlung aller Parteien, der Regierung wie der Opposition hinaus ging. Diese Absicht hätte die Partei, so die weitere Behauptung, bereits bei Behandlung des Gesetzes in der Nationalversammlung vertreten. Es war jedoch stets die Rede davon, daß dieser Einfluß unter Beachtung demokratischer Grundsätze ausgeübt werden sollte. Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt das erste Kapitel des oben dargestellten ORTF-Projet Socialiste Autogestionnaire unter der Überschrift "L'audio-visuel comme arme de combat", (p.51 ff) so ergibt sich hier durchaus eine Übereinstimmung, wenngleich diese Form der Titelzeile doch sehr schlagworthaft und die unter ihr gemachten Ausführungen bisweilen ausgesprochen aggressiv klingen.

Bezüglich der zT. gleichfalls recht unterschiedlichen Betrachtung des zunehmenden Staatseinflusses innerhalb des bürgerlichen Lagers, hauptsächlich zwischen der gaullistischen U.D.R. und der rechts-liberalen F.N.R.I. ist es nützlich, sich die ideologischen Grundlagen der Arbeit beider Parteien zu vergegenwärtigen: Folgt man den Ausführungen René Rémonds ¹⁴¹⁾ so hat man es auf Seiten der Gaullisten mit den heutigen Vertretern jener Richtung zu tun, die, bestimmend für das politische Leben zwischen 1848 und 1870 unter dem Stichwort "Bonapartismus", damals wie heute die "klassische" Rechte im Land verkörperten. Da sie das Volk als obersten Souverain betrachteten, bekennt sie sich zu Praktiken der direkten Demokratie. Wichtigstes Kennzeichen hierfür ist die wichtige Stellung des Referendums, der Volksabstimmung, in der von de Gaulle begründeten V. Republik. Die Grundeinstellung ihrer Vertreter kann als anti-individualistisch bezeichnet werden. Für die traditionell konservative Richtung sprechen die Regelungen des Code Napoléon, die die Rolle und Autorität des Familienober-

141) Weit über diesen kurzen Abriß hinaus erläutert René Rémond Verhaltensweise und traditionelle Herkunft von U.D.R. und Unabhängigen Republikanern in den beiden Bänden unter dem Titel "La droite en France", Paris 1968, pp.75 - 127 .

hauptes, des Arbeitgebers und des Verwaltungsbeamten stärken. Aus dieser Sicht ist es nur natürlich, daß sich die U.D.R. für einen starken Staatseinfluß einsetzte: der oberste Souverain, das Volk, sollte auch weiterhin die elektronischen Medien kontrollieren. Erst in zweiter Linie kommt dann ein Argument zum Tragen, das bereits am Beginn der Arbeit angesprochen wurde: der Wechsel im Verständnis des Staatsbegriffes. Anders als unter getreuen Bonapartisten, um diese Kurzformel zu gebrauchen, bedeutet "l'État" heute im Verständnis der Öffentlichkeit eben nicht mehr die Gesamtheit aller Bürger, sondern bezeichnet allein noch die Regierung und die von ihr abhängige Administration. Da in den zurückliegenden Jahren unter General de Gaulle, aber auch später unter Georges Pompidou, die U.D.R. sich mit steigenden Wählerstimmen dazu entschlossen hatte, den Rundfunk allein als ihr ureigenstes Machtinstrument und Sprachrohr zu verwenden, wurde diese Betrachtungsweise der Öffentlichkeit hierdurch nur weiterhin unterstützt.

Ein Gutteil politischen Egoismus muß hier also durchaus vermerkt werden. Dies gilt besonders dort, wo es in der Vergangenheit darum ging, anderen Gruppierungen den Zugang zu den verschiedenen Sendern unmöglich zu machen. Insgesamt ist er jedoch von geringerem Stellenwert.

Die F.N.R.I. andererseits steht in der Tradition der Orleanisten, die historisch gesehen, die französischen Geschicke in den Jahren zwischen 1830 und 1848 bestimmten. Ihre Mitglieder vereinigen auch heute noch konservatives wie liberales Gedankengut in sich, sind in ihrer Grundhaltung auch weniger autoritär als traditionelle Gaullisten. Die Partei kann als rechts-konservativ eingestuft werden. Obwohl sie ihrer politischen Philosophie nach eher dem liberalen laissez-faire zuneigt, läßt sich ihr Streben nach Macht und Einfluß dennoch nicht verkennen. Es erklärt sich, folgt man noch einmal Rémond, zu einem Teil aus der sozialen Schichtung ihrer Mitglieder "La société orléaniste: les élites". Unter ihnen fanden und finden sich Angehörige des Großbürgertums - etwa im letzten Jahrhundert Jacques Laffitte -, Unternehmer, Intellektuelle und Mitglieder der Académie Française - Pasquier oder Rémusat -, Adelige, bekanntester Vertreter dürfte gegenwärtig der polnische Fürstensproß Michel

Poniatowski sein, sowie Absolventen französischer Eliteschulen wie der École Polytechnique oder der École Nationale d'Administration, wie Giscard d'Estaing.

So zeigt sich in dem hier zur Debatte stehenden Rundfunkgesetz sowohl der liberalistische, wie auch der gemäßigt autoritäre Zug innerhalb dieser Partei; dafür sprechen einerseits der gelungene Versuch der Befreiung des Rundfunks von übermäßigem, illegitimem Parteieneinfluß auf Programmgestaltung und Nachrichtensendungen, andererseits die fast gänzliche Unterwerfung des Rundfunks unter staatliche Gewalt auf dem administrativen Bereich.

Sowohl für die F.N.R.I. als auch für die Parteien der Linksoption bietet die vorliegende gesetzliche Regelung Zukunftsperspektiven. Anders als die U.D.R., die bis zuletzt versuchte, ihre Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Arbeit des Rundfunks zu wahren, suchte die Partei Giscard's gerade durch die Schaffung von juristischen Freiräumen das Gesetzeswerk modifizierbar zu erhalten, d.h. dem unmittelbaren Regierungseinfluß zu entziehen. So ist zum Beispiel nicht definiert, welche Programme Werbesendungen ausstrahlen dürfen, ein wesentlicher Punkt bei einer möglichen späteren Teilprivatisierung, die durch die Änderungsmöglichkeiten speziell der dispositions annuelles der cahiers des charges erleichtert werden könnte.

Allerdings bietet die derzeitige Machtverteilung im Parlament für einen derartigen Schritt nur geringe Chancen. Die Kommunistische Partei, von ihrer ideologischen Grundlage her an einer Mitwirkung an der Arbeit des Rundfunks und also auch an dessen Kontrolle interessiert, versteht sich als Avantgarde der werktätigen Bevölkerung und hofft, wie auch die P.S., die derzeit geltenden Regelungen dereinstens zum eigenen Nutzen anwenden zu können, wenn es ihr erst einmal gelungen ist, von den Plätzen der Opposition auf die Regierungsbank zu wechseln. Man freilich steht zu erwarten, daß die nun garantierte Freizügigkeit bezüglich eines ungehinderten Zuganges aller Gruppen der Bevölkerung zum Rundfunk ebenso eingeschränkt werden könnte, wie die ungehinderte Berichterstattung, da es

der P.C.F. ähnlich wie in der gaullistischen Partei sehr autoritäre Gruppen und Strömungen gibt, und sich deren Praktiken allein unter geändertem Vorzeichen wiederholen könnten.

So zeigt sich also, daß, wenngleich unterschiedlich interpretiert, der verstärkte Staatseinfluß von allen wichtigen Parteien des französischen Parlaments letztendlich begrüßt wurde, auch wenn dies von Seiten der Opposition verständlicherweise nicht offen geschah. Auf ihrer Seite erlauben Äußerungen im persönlichen Gespräch im Zusammenhang mit der bei der Behandlung der entsprechenden Artikel im Parlament (s.o.) allein pflichtbewußt durchgeführten Ablehnung ohne weiteres Engagement in diesen Punkten, sowie die Betrachtung der weiteren Entwicklung, diesen Schluß.

In diesem Zusammenhang ist denn auch die Diskussion um die Erlöse aus dem Verkauf von Werbezeit zu sehen. Grundsätzlich bestand und besteht hierbei bei sämtlichen angesprochenen Parteien Klarheit bezüglich der Notwendigkeit dieser Mittel. Trotzdem opponierten besonders die U.D.R. und die P.C.F. gegen eine Anhebung des Satzes von 25 % der Gesamteinnahmen. Die gaullistische Partei sah darin, so ihr Abgeordneter Chalendon (s.p.157), die Gefahr, einer späteren Privatisierung Vorschub zu leisten, die von ihrer Seite nicht erwünscht sein konnte. Betrachtet man die Tatsache, daß der Erhalt der 25 % -Schwelle, wie dargelegt, bei den mittlerweile auf die Gesellschaften zukommenden Investitionen und der Unmöglichkeit, das Aufkommen aus Rundfunkgebühren noch weiterhin zu erhöhen, rein rechnerisch diese Kosten nicht decken konnte, so war, folgt man den Ausführungen des Abgeordneten Vivien (U.D.R.) in der Debatte des Gesetzeswerkes, eine Lösung des Problems allein in einer Anhebung der Gebührensätze zu sehen.

Bei weitem nicht so eindeutig war die Argumentation der P.C.F., die nicht weniger als die gänzliche Beseitigung der Sendungen des Werbefernsehens (Werbefunk) forderte. Da sie zwar gleichfalls die Erhöhung der Gebühren ins Gespräch gebracht hatte, andererseits deren Ansteigen um in Zukunft mehr als das bislang von der Werbung gedeckte Viertel nicht riskieren konnte, darf diese Forderung zu recht allein als Ausdruck der generellen Ablehnung jeglichen privaten Kapitals in einem Unternehmen des service public gewertet

werden. Allein auf Grund der wirtschaftlichen Konsequenzen kann davon ausgegangen werden, daß nach einem möglichen Regierungswechsel zugunsten einer Linkskoalition an den derzeit betriebenen Praktiken nichts geändert werden wird.

Wie stets in diesem Zusammenhang zeichnete sich auch hierbei die Parti Socialiste vor der P.C.F. durch größere Sachbezogenheit aus. Sie brachte zum Artikel 18 des Projet de loi, später Artikel 22 des Gesetzes, das amendement 146 ein, das die Ausstrahlung von Werbesendungen des Fernsehens auf die beiden ersten Kanäle beschränken sollte. Da von einem Einspruch gegen die Höhe des Werbeanteils an den Gesamteinnahmen im Protokoll der Sitzungen keine Notiz zu finden ist, muß daraus geschlossen werden, daß sie deren Erhöhung im sachlich gerechtfertigten Umfang durchaus zuzustimmen bereit war, jedoch vermeiden wollte, daß die entsprechenden Sendungen potenziell auf sämtlichen Programmen ausgestrahlt werden konnten. Der Antrag wurde von Seiten der Regierung zurückgewiesen und vom Parlament abgelehnt. Obwohl in ihren Absichten doch eher auf Seiten dieser vorgeschlagenen Regelung, stimmte die U.D.R. gegen diesen Vorschlag, und unterstützte so die in diesem Fall den eigenen Zielen zuwiderlaufenden Absichten des Koalitionspartners F.N.R.I.

Schließlich noch die Frage des Personalproblems:

Sämtliche Bediensteten des Rundfunks wurden auf Grund des neuen Gesetzes kollektiven Arbeitsverträgen unterworfen, die bislang allein in der Privatwirtschaft üblich, beim staatlichen Rundfunk jedoch zuvor nie eingeführt waren. Mit diesen Verträgen sollten gleiche Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiter geschaffen, sollte der Vertragsvielfalt in der Anstalt, wo mit Ausnahme der Beamten und jener statutaires, die in früheren Jahren, zumeist auf Grund der besseren Entlohnung, ihr Beamtenstatut gegen das eines festangestellten Mitarbeiters eingetauscht hatten, fast sämtliche Arbeitsverträge zwischen der Anstalt und dem einzelnen Arbeitnehmer ausgehandelt wurden, ein Ende bereitet werden. Diese Regelung hatte es erlaubt, daß die Gesellschaft auf persönliche Belange ihrer Mitarbeiter Rücksicht nahm. So konnten etwa Versetzungen zu Regionalstudios nicht durchgeführt werden, wenn

der entsprechende Bedienstete sich ausbedungen hatte, daß der Sender diese nur mit ihm vornehmen konnte, wenn seinen Kindern dadurch in ihrer schulischen Ausbildung keine Nachteile entstünden. Derartige Einzelvergünstigungen fallen nunmehr, wie auch in der Privatwirtschaft häufig gegeben, weg.

Einsprüche gegen diese Regelung gab es von Seiten der P.S. und der P.C.F.; während die Sozialisten jedoch eine Kompromißformel in Form des statut commun vorschlugen, unterstützten die Kommunisten ausdrücklich diese Regelung, indem sie, im Zusammenhang mit anderweitigen Änderungsanträgen ihres amendement 132 auch in ihrer Fassung die conventions collectives festschrieben.

Freilich brach mit diesen neuen Arbeitsverträgen, sieht man von wenigen möglichen Härtefällen, wie es sie überall gibt, ab, über die Beschäftigten nicht gleich das Unglück herein, doch wurden sie immerhin Privilegien beraubt, die sie bisher stets genossen hatten.

Gravierender waren jedoch die Vorschriften des Artikel 26 des Gesetzes, wodurch die Mitarbeiter des Rundfunks in Zukunft der arbeitsrechtlichen Möglichkeit des Ausstandes beraubt wurden. Von Seiten der Regierung wurde die Vorschrift - unrichtigerweise - damit begründet, durch sie solle allein die ordnungsgemäße Weiterarbeit in Zeiten des Streikes gewährleistet werden, zu verstehen als Passus zur Regelung eines Notdienstes. Tatsächlich jedoch handelt es sich hierbei um die legale Möglichkeit zur Dienstverpflichtung aller Mitarbeiter, um ein Mittel zur gänzlichen Unterdrückung von Streiks. Die F.N.R.I. realisierte hiermit Vorstellungen, die ihr Mitglied Griotteray bereits vor der Verabschiedung des Loi Malaud in einer Untersuchung der zahlreichen Streiks am Office geäußert hatte: Man bedurfte einer Regelung, die den reibungslosen Ablauf der Arbeit in der Anstalt gewährleistete. Die U.D.R. zeigte sich mit dieser Zielsetzung einverstanden, deckte sich dieser Ansatz doch mit ihren eigenen Ansichten. Viele der Entlassungen nach dem heißen Mai 1968 waren darauf zurück zu führen, daß damals General de Gaulle den Mitarbeitern, die in den Ausstand getreten waren, weniger den Streik als die Tatsache verübelte, daß deshalb dieses "medium seine Aufgaben nicht mehr ord-

nungsgemäß durchführen konnte. Ein Zitat des Präsidenten aus dieser Zeit ist überliefert:

"Quand j'étais debout, ils étaient couchés, mais quand j'ai été obligé de mettre un genou en terre, ils se sont précipités pour me poignarder." 142)

Gegen diesen Artikel versuchte allein die P.S. anzugehen. Ihre Argumentation wurde dargelegt (s.p.118). Die P.C.F. dagegen nahm zu diesem Punkt nicht Stellung. Überhaupt liegen von ihrer Seite hierzu keine schriftlich fixierten Äußerungen vor. Allein in der Unterhaltung mit Mitarbeitern und untergeordneten Parteichargen kam die Einstellung der P.C.F. zum Ausdruck. So sprach z.B. Maurice Leray, Membre du Comité Fédéral de Paris du Parti Communiste Français beim Besuch auch seiner Partei durch den Verfasser der Arbeit im April 1975 davon, daß es nötig sei, den Rundfunk unter die Kontrolle der Arbeiterklasse zu bringen. Da sich die Partei als Avantgarde dieser Klasse begreift, war die Konsequenz nur folgerichtig: "notre contrôle". Der Frage, ob damit ausdrücklich die Partei gemeint sei, wick der Gewährsmann auch bei Wiederholung stets aus. Deutlicher aber wird die eigene Grundhaltung in dieser Frage bei Betrachtung des Vorgehens in der Diskussion des Gesetzes. Hier wurde deutlich unterschieden zwischen der Freiheit des Rundfunks einerseits und andererseits dem Recht der eigenen Partei, Zugang zu den Medien zu erhalten. Die Forderung nach letztgenanntem stand in Zusammenhang mit jener anderen, die "Einseitigkeit" der politischen Richtung der verschiedenen Beiträge mit Mitteln des Arbeitskampfes angehen zu können. Bezüglich der zu erkämpfenden Freiheit des Rundfunks von der Regierung und deren Anweisungen war von diesem Recht nicht mehr länger die Rede. Da in der Zeit bis 1974 Regierungseinfluß zu einem Großteil mit dem Einfluß auf die redaktionelle Arbeit gleichzusetzen war, beide Bereiche also nicht unbedingt sauber zu trennen waren, entstand so -man betrachte speziell die diesbezüglichen Äußerungen des Abgeordneten Chambaz- der Eindruck, als handle es sich allein um die Freiheit, Vorschriften einer bürgerlichen Regierung mit dem Mittel des Streiks schlicht zu ignorieren zu können, größere Freiheiten arbeitsrechtlicher Art jedoch

142) zit.nach: Jacques Thibaut: Une Télévision pour tous les Français, Paris 1970, p.161; keine nähere Fundstelle.

grundsätzlich nicht zu gewähren, um die Medien im Falle eines zur damaligen Zeit noch sehr hypothetischen Regierungswechsels sogleich unter eigene Kontrolle zu bekommen.

Da unter den Mitarbeitern der Gesellschaften, sieht man vom Bereich der künstlerischen Produktion ab, kaum Mitglieder der Linksopposition vertreten waren, ihre Zahl liegt wie erwähnt außerordentlich niedrig, bot die Aufhebung des Streikrechtes ein willkommenes Mittel, etwa später auflebenden Widerstand von Seiten der Angehörigen oder zumindest Sympathisanten der bürgerlichen Parteien, den man, ging man von der eigenen Praxis früherer Jahre aus, in Form von Ausständen erwarten mußte, zu brechen.

Grundsätzlich fällt auf, welche geringe Beachtung die P.C.F. dem Problem der sozialen Sicherung der Mitarbeiter des Rundfunks schenkte. So kam der Antrag, Beschäftigte mit Kindern im unterhaltspflichtigen Alter nicht in die position spéciale zu versetzen, nicht von einer Partei der Linksopposition, sondern von Abgeordneten der U.D.R., der Réformateurs und der Démocrates sociaux. Wichtig war diese Regelung insofern, als die Betroffenen zwar ihre Rente nach der frühzeitigen Pensionierung in voller Höhe ausgezahlt erhalten sollten, diese jedoch geringer war, als das letzte Gehalt, wodurch sich finanzielle Einbußen ergaben. Gleichfalls nicht von der P.C.F., sondern von Sozialisten, Radicaux de gauche und den genannten bürgerlichen Parteien zuzüglich Abgeordneten der F.N.R.I., kamen die verschiedenen Anträge auf Änderung, durch die weitgehendst Arbeitsplätze entgegen den erklärten Willen der Regierung erhalten werden sollten.¹⁴³⁾

Die Ablehnung des Gesetzeswerkes als Machtmittel der Regierung des bürgerlichen Lagers überließen die Parteien der Union de la Gauche in der Öffentlichkeit den ihnen nahestehenden Gewerkschaften, mit deren Protestaktionen sie sich solidarisch erklärten, die jedoch in der Öffentlichkeit primär als Manifestation der Sorge der betroffenen Mitarbeiter aufgefaßt wurden.

Dagegen zeigt sich ihr entschiedenes Eintreten für demokratische Institutionen auf einem Gebiet, von dem keine umwälzenden

143) von Seiten der P.S./R.d.g. handelt es sich um die amendements 61 und 95, die anderen genannten Parteien brachten zu diesem Problem die Anträge 162/165/170/103/108 ein.

Auswirkungen auf die Arbeit des Rundfunks zu erwarten waren: Der Repräsentant des Zuhörers bzw. des Zuschauers sollte in den Verwaltungsräten der verschiedenen Gesellschaften weiterhin vertreten sein.

Die Regierung ließ durch den Berichterstatter der Commission des Finances, Joel le Tac, feststellen:

"Nous permettons notamment au Parlement d'y être mieux représenté."

wogegen der Abgeordnete Chambaz (P.C.F.) seinen Einspruch geltend machte

"Des représentants qualifiés des auditeurs et téléspectateurs doivent avoir naturellement leur place dans le conseil d'administration des sociétés de programme." 144)

Sein Kollege Chevènement von der Sozialistischen Partei forderte gar, für jedes der beiden Medien gesonderte Vertreter in die Verwaltungsräte zu entsenden.

Beide Anträge wurden vom Parlament abgelehnt, doch wäre auch im anderen Fall von der Entsendung derartiger Repräsentanten keine Minderung des Regierungseinflusses zu erwarten gewesen. Sie hätten allein geringen Einfluß auf Details der Programmgestaltung nehmen können, wie dies schon in den vorangegangenen gesetzlichen Regelungen festgelegt und von den Inhabern dieses Amtes praktiziert worden ist. Weiterer Einflußnahme stünde allein schon das zahlenmäßig schwache Verhältnis -einer gegen sechs oder dann möglicherweise sieben Verwaltungsratsmitglieder- entgegen, das in der Konstruktion dieses Gremiums festgeschrieben ist.

So zeigt sich, daß der von Seiten der Partei Giscard d'Estaings unternommene Versuch, eine möglichst umfassende Lösung aller anstehenden Probleme zu erreichen, durchaus in der Art seiner Anlage gemein ging mit dem von allen Parteien des Parlamentes vertretenen Wunsch nach stärkerer Kontrolle der Medien durch die Regierung. Selbstverständlich lagen dem unausgesprochenen Satz "Mehr Macht für den Staat", wie sich zeigen ließ, recht gegensätzliche Vorstellungen zugrunde. Stark verallgemeinert läßt sich mit Hinweis auf den zu Beginn der Arbeit erklärten Bedeutungswandel des Begriffes "l'État" feststellen, daß

sich damit die Rolle des Staates auch veränderte vom Wahrer der Interessen möglichst aller seiner Bürger zum Wahrer allein partikulärer parteipolitischer Zielsetzungen.

Versucht man diese Haltung auf Seiten der Parteien zu deuten, so mag man darin durchaus die Fortsetzung jener Haltung erblicken, von der Ehrmann¹⁴⁵⁾ im historischen Rückblick auf die "Zeit der IV. Republik gesprochen hatte: Bis zum Ende der III. Republik hatte die französische Presse in vielen politischen Krisen und Skandalen auslösende Funktion oder wurde durch sie doch erst das Ereignis soweit ins Interesse der Öffentlichkeit gerückt, daß Eliten motiviert und Massen mobilisiert wurden. So bemühten sich die Regierungen nach dem Ende des Krieges, hier ein ihrer Ansicht nach notwendiges Gegengewicht zu schaffen. Da die Presse mangels starker Parteien, sieht man von der P.C.F. ab, fast durchwegs im Besitz wirtschaftlich potenter Einzelunternehmer war beziehungsweise ist, wie etwa Jean Prouvost oder neuerdings Robert Hersant, baute die Regierung den Rundfunk in geeigneter Weise auf. Betrachtet man die Situation heute, so gilt diese Einstellung mit Ausnahme der Unabhängigen Republikaner auch heute noch bei allen wichtigen politischen Parteien. Die Zielsetzung der F.N.R.I. verläuft in anderen Bahnen. Sie benötigt den größeren Einfluß auf die Medien - auf dem administrativ-rechtlichen Bereich - um ihr Vorhaben einer späteren Teilprivatisierung, das erst die völlige Unabhängigkeit des Informationsbereiches von Regierungseinflüssen bringen könnte, durchzusetzen. Zweifellos wird sie jedoch auch dann noch genügend eigene Leute, man denke nur an den heute bereits designierten P.-D.G. eines solchen privatisierten Fernsehkanals, Denis Baudouin, an den wichtigen Schaltstellen der Sender behalten. Da die Partei Giscard jedoch allein eine Minorität innerhalb der Regierungskoalition darstellt, dürfte sich ein derartiges Vorhaben höchst schwierig gestalten. Für den Augenblick ist es allein die größte Regierungspartei, die U.D.R., die durch die Ausweitung der Befugnisse des Premierministers, damals ihres zeitweiligen Vorsitzenden Jacques Chirac, sowie durch den Anti-Streik Artikel 26, den größten Nutzen aus der Gesetzesänderung ziehen konnte.

145) vergl. hierzu Henry W. Ehrmann: Politics in France, Boston 1968; p. 152 ff.

8. ANHANG:

Loi N^o 64-621 du 27 juin 1964
portant statut de l'Office de radiodiffusion -
télévision française p. 186

Loi N^o 72-553 du 3 juillet 1972
portant statut de la radiodiffusion -
télévision française p. 188

La répartition de la redevance mise
en équation p. 195

Strukturschema des Office
(nach der Loi Malaud)

Strukturschema der neuen Gesellschaften
des Rundfunks p. 196

Toute élection complémentaire, y compris celles prévues par l'article 59 du code de l'administration communale, est soumise aux règles fixées aux articles précédents, même lorsqu'il n'y a qu'un siège à pourvoir.

La présente loi sera exécutée comme loi de l'Etat.

Fait à Paris, le 27 juin 1964.

C. DE GAULLE.

Par le Président de la République :

Le Premier ministre,
GEORGES POMPIDOU.

Le ministre d'Etat chargé des départements
et territoires d'outre-mer,

LOUIS JACQUINOT.

Le ministre de l'intérieur,

ROGER FREY.

ANNEXES

I. — Tableau des secteurs pour l'élection des conseillers municipaux de Paris.

DÉSIGNATION DES SECTEURS	ARRONDISSEMENTS constituant les secteurs.	NOMBRE de sièges.
1 ^{er} secteur.....	1 ^{er} , 2 ^e , 3 ^e et 4 ^e	7
2 ^e secteur.....	5 ^e et 8 ^e	6
3 ^e secteur.....	7 ^e et 8 ^e	6
4 ^e secteur.....	9 ^e et 10 ^e	6
5 ^e secteur.....	11 ^e	6
6 ^e secteur.....	12 ^e	5
7 ^e secteur.....	13 ^e	5
8 ^e secteur.....	14 ^e	6
9 ^e secteur.....	15 ^e	8
10 ^e secteur.....	16 ^e	7
11 ^e secteur.....	17 ^e	7
12 ^e secteur.....	18 ^e	5
13 ^e secteur.....	19 ^e	5
14 ^e secteur.....	20 ^e	7
Total		90

II. — Tableau des secteurs pour l'élection des conseillers municipaux de Lyon.

DÉSIGNATION DES SECTEURS	ARRONDISSEMENTS constituant les secteurs	NOMBRE de sièges.
1 ^{er} secteur.....	1 ^{er}	5
2 ^e secteur.....	2 ^e	5
3 ^e secteur.....	3 ^e	12
4 ^e secteur.....	4 ^e	5
5 ^e secteur.....	5 ^e , partie Sud (1)	5
6 ^e secteur.....	6 ^e	8
7 ^e secteur.....	7 ^e	8
8 ^e secteur.....	8 ^e	8
9 ^e secteur.....	5 ^e , partie Nord (1)	4
Total		61

(1) La limite entre les 5^e et 9^e secteurs est formée par la rue Barthélémy-Buyer, la rue Pierre-Audry, la rue du Bas-de-Loyasse, la montée de l'Observance, la montée de la Sarra, le chemin de Montauban et la montée de la Chana.

III. — Tableau des secteurs pour l'élection des conseillers municipaux de Marseille.

DÉSIGNATION DES SECTEURS	ARRONDISSEMENTS constituant les secteurs	NOMBRE de sièges.
1 ^{er} secteur.....	1 ^{er} et 4 ^e	10
2 ^e secteur.....	2 ^e et 3 ^e	8
3 ^e secteur.....	6 ^e et 7 ^e	9
4 ^e secteur.....	8 ^e et 9 ^e	9
5 ^e secteur.....	5 ^e et 10 ^e	7
6 ^e secteur.....	11 ^e et 12 ^e	6
7 ^e secteur.....	13 ^e et 14 ^e	7
8 ^e secteur.....	15 ^e et 16 ^e	7
Total		63

LOI n° 64-621 du 27 juin 1964

portant statut de l'Office de radiodiffusion-télévision française (1).

L'Assemblée nationale et le Sénat ont délibéré,

L'Assemblée nationale a adopté,

Le Président de la République promulgue la loi dont la teneur suit :

Art. 1^{er}. — L'Office de radiodiffusion-télévision française est un établissement public de l'Etat à caractère industriel et commercial. Il assure le service public national de la radiodiffusion et de la télévision dans les conditions énoncées aux articles 1^{er}, 2, 3 et 4 de l'ordonnance n° 59-273 du 4 février 1959, en vue de satisfaire les besoins d'information, de culture, d'éducation et de distraction du public.

L'Office de radiodiffusion-télévision française est substitué, d'une façon générale, dans les droits de toute nature et dans les obligations transférés à la radiodiffusion-télévision française par l'article 12 de l'ordonnance n° 59-273 du 4 février 1959.

Art. 2. — L'Office de radiodiffusion-télévision française est administré par un conseil d'administration et dirigé par un directeur général. Il est placé sous la tutelle du ministre chargé de l'information, qui s'assure du respect du monopole d'émission, veille à l'observation des obligations générales découlant du caractère de service public de l'Office, approuve conjointement avec le ministre des finances et des affaires économiques le budget de l'Office et contrôle l'utilisation que celui-ci fait de ses ressources.

Art. 3. — Le conseil d'administration se compose de quatorze à vingt-huit membres dont une moitié représente l'Etat et l'autre moitié est constituée par des représentants des auditeurs et téléspectateurs, de la presse écrite et du personnel de l'Office ainsi que par des personnalités hautement qualifiées.

Les membres du conseil d'administration représentent les auditeurs et téléspectateurs, la presse écrite et le personnel de l'Office sont nommés sur des listes de présentation établies par les organisations les plus représentatives lorsque celles-ci existent.

Loi n° 64-621.

TRAVAUX PRÉPARATOIRES (1)

Assemblée nationale :

Projet de loi n° 873 :

Rapport de M. Ribadeau-Dumas, au nom de la commission des affaires culturelles (n° 804) :

Avis de la commission des finances (n° 502) :

Avis de la commission des lois (n° 907) :

Discussion les 20, 27 et 28 mai 1964 :

Adoption, après déclaration d'urgence, le 29 mai 1964

Sénat :

Projet de loi, adopté par l'Assemblée nationale, n° 201 (1963-1964) :

Rapport de M. Hubert Durand, au nom de la commission des affaires culturelles, n° 228 (1963-1964) :

Avis de la commission des finances, n° 256 (1963-1964) :

Discussion les 11 et 12 juin 1964 :

Adoption le 13 juin 1964.

Assemblée nationale :

Rapport de M. Ribadeau-Dumas au nom de la commission mixte paritaire, n° 1941 :

Discussion et adoption le 18 juin 1964.

Sénat :

Rapport de M. Hubert Durand, au nom de la commission mixte paritaire, n° 270 (1963-1964) :

Discussion et rejet le 19 juin 1964.

Assemblée nationale :

Projet de loi, modifié par le Sénat (n° 970) :

Rapport de M. Ribadeau-Dumas, au nom de la commission des affaires culturelles (n° 1068) :

Discussion et adoption le 23 juin 1964.

Sénat :

Projet de loi, adopté par l'Assemblée nationale, n° 243 (1963-1964) :

Rapport de M. Hubert Durand, au nom de la commission des affaires culturelles, n° 240 (1963-1964) :

Discussion et rejet le 23 juin 1964.

Assemblée nationale :

Projet de loi, rejeté par le Sénat (n° 1019) :

Rapport de M. Ribadeau-Dumas, au nom de la commission des affaires culturelles (n° 1019) :

Discussion et adoption le 23 juin 1964.

Les membres du conseil d'administration sont nommés pour trois ans; toutefois, il peut être mis fin à tout moment au mandat des membres représentant l'Etat.

Le conseil élit son président et son vice-président parmi ses membres.

Art. 4. — Le conseil d'administration définit les lignes générales de l'action de l'établissement; il délibère son budget et en contrôle l'exécution.

Il s'assure de la qualité et de la moralité des programmes. Il veille à l'objectivité et à l'exactitude des informations diffusées par l'Office.

Il vérifie que les principales tendances de pensée et les grands courants d'opinion peuvent s'exprimer par l'intermédiaire de l'Office.

Art. 5. — Le Gouvernement peut à tout moment faire diffuser ou téléviser par l'Office de radiodiffusion-télévision française toute déclaration ou communication qu'il juge nécessaire. Ces émissions sont annoncées comme émanant du Gouvernement.

La radiodiffusion ou la télévision des débats des Assemblées parlementaires ne peut s'effectuer que sous le contrôle du bureau de chacune des Assemblées.

Art. 6. — Le directeur général est nommé par décret pris en conseil des ministres. Il est assisté d'un ou de deux directeurs généraux adjoints nommés dans les mêmes conditions.

Le directeur général assure la gestion de l'établissement dont il est l'ordonnateur principal. Il nomme à tous les emplois, y compris aux emplois de directeur.

Art. 7. — L'établissement est soumis au contrôle économique et financier de l'Etat prévu pour les entreprises publiques nationales.

Art. 8. — Le ministre chargé de l'information est tenu de réunir auprès de lui, au moins une fois par trimestre, une représentation du Parlement comprenant, outre les rapporteurs généraux des commissions des finances des deux Assemblées, quatre députés et deux sénateurs parmi lesquels figurera au moins un représentant de chacune des commissions chargées des affaires culturelles à l'Assemblée nationale et au Sénat. Ces parlementaires exercent leur mission dans les conditions prévues à l'article 164, paragraphe IV, de l'ordonnance n° 58-1374 du 30 décembre 1958 portant loi de finances pour 1959.

Art. 9. — Chaque année à l'occasion du vote de la loi de finances, le Parlement, sur rapport d'un membre de chacune des commissions des finances de l'Assemblée nationale et du Sénat ayant les pouvoirs des rapporteurs spéciaux, autorise la perception de la redevance pour droit d'usage des postes de radiodiffusion et de télévision.

A cet effet, sont annexés au projet de loi de finances les résultats financiers de l'année précédente, l'état détaillé des comptes provisoires pour l'année en cours ainsi que le budget prévisionnel pour l'année suivante de l'Office de radiodiffusion-télévision française.

Art. 10. — Des décrets en Conseil d'Etat fixeront les modalités d'application des articles 2, 3, 4, 6 et 7 de la présente loi.

Art. 11. — Sont abrogés:

L'article 7 bis de l'ordonnance n° 59-273 du 4 février 1959, l'article 70 de la loi n° 61-1396 du 21 décembre 1961, le décret n° 58-1160 du 3 décembre 1958, les articles 3 et 4 du décret n° 59-277 du 5 février 1959 et le décret n° 59-886 du 20 juillet 1959, ainsi que toutes les dispositions contraires à la présente loi.

La présente loi sera exécutée comme loi de l'Etat.

Fait à Paris, le 27 juin 1964.

C. DE GAULLE.

Par le Président de la République:

Le Premier ministre,
GEORGES POMPIDOU.

Le ministre des finances et des affaires économiques,
VALÉRY GISCARD D'ESTAING.

Le ministre de l'information,
ALAIN PEYRETTTE.

DÉCRETS, ARRÊTÉS ET CIRCULAIRES

MINISTÈRE D'ETAT CHARGE DES AFFAIRES CULTURELLES

Création d'un secteur sauvegardé
sur le territoire de la ville de Chartres.

Par arrêté du 22 juin 1964, il est créé sur le territoire de la ville de Chartres un secteur sauvegardé en vue de la protection de son caractère historique et esthétique et de sa restauration immobilière dans les conditions fixées par la loi du 4 août 1962.

Ce secteur est délimité conformément au plan annexé au présent arrêté.

MINISTÈRE DE LA JUSTICE

Décret du 24 juin 1964
portant relevé des incapacités attachées à la naturalisation.

Le Premier ministre,

Sur le rapport du garde des sceaux, ministre de la justice,
Sur l'avis conforme du Conseil d'Etat en date du 30 janvier 1964;
Vu l'article 83 du code de la nationalité française,

Décrète:

Art. 1^{er}. — Mlle PRZESMYCKI (Halina-Elisabeth-Dominique), née le 30 juin 1941 à Alger (Algérie), naturalisée française par décret du 20 octobre 1963.

M. VINDEL (José-Antonio), né le 15 décembre 1931 à Madrid (Espagne), naturalisé français par décret du 23 août 1963, sont relevés des incapacités édictées par l'article 81 du code de la nationalité française.

Art. 2. — Le garde des sceaux, ministre de la justice, est chargé de l'exécution du présent décret, qui sera publié au Journal officiel de la République française.

Fait à Paris, le 24 juin 1964.

GEORGES POMPIDOU.

Par le Premier ministre:

Le garde des sceaux, ministre de la justice,
JEAN FOYER.

Décrets du 24 juin 1964 portant rétablissement
de la compétence territoriale de commissaires-priseurs.

Le Premier ministre,

Sur le rapport du garde des sceaux, ministre de la justice,
Sur la loi du 28 avril 1816 sur les finances, modifiée par le décret n° 63-1128 du 14 novembre 1963;
Vu l'article 3 de l'ordonnance du 26 juin 1816;
Vu le décret n° 62-6 du 10 janvier 1962 portant création des arrondissements de Lens et de Calais et modification des circonscriptions territoriales des arrondissements de Bethune et de Boulogne;
Vu l'avis de la chambre de discipline de la Compagnie des commissaires-priseurs du Nord en date du 17 décembre 1963,

Décrète:

Art. 1^{er}. — Par application de l'alinéa 3 de l'article 89 de la loi du 28 avril 1816, modifiée par le décret n° 63-1128 du 14 novembre 1963, la compétence territoriale du commissaire-priseur à la résidence de Bethune (Pas-de-Calais) est rétablie dans les cantons de Lens-Est, Lens-Nord-Est, Lens-Nord-Ouest, Liévin-Nord, Liévin-Nord-Ouest, Carvin et Hénin-Liétard (arrondissement de Lens), anciennement rattachés à l'arrondissement de Bethune.

Art. 2. — Le garde des sceaux, ministre de la justice, est chargé de l'exécution du présent décret, qui sera publié au Journal officiel de la République française.

Fait à Paris, le 24 juin 1964.

GEORGES POMPIDOU.

Par le Premier ministre:

Le garde des sceaux, ministre de la justice,
JEAN FOYER.

LOI N° 72-553 DU 3 JUILLET 1972
PORTANT STATUT DE LA
RADIODIFFUSION-TÉLÉVISION FRANÇAISE

(J.O. DU 4 JUILLET 1972)

L'Assemblée nationale et le Sénat ont délibéré,
L'Assemblée nationale a adopté,
Le Président de la République promulgue la loi dont la
teneur suit;

SECTION I.

Le service national de la Radiodiffusion-Télévision Française.

Article Premier.- Le service nationale de la Radiodiffusion-Télévision Française assume, dans le cadre de sa compétence, la mission de répondre aux besoins et aux aspirations de la population, en ce qui concerne l'information, la culture, l'éducation, le divertissement et l'ensemble des valeurs de civilisation. Il a pour but de faire prévaloir dans ce domaine le souci exclusif des intérêts généraux de la collectivité.

Il participe à la diffusion de la culture française dans le monde.

Ces responsabilités lui font un devoir de veiller à la qualité et à l'illustration de la langue française.

ART. 2.- Le service public national de la Radiodiffusion-Télévision Française est un monopole d'Etat. Il a pour objet, sur tout territoire de la République;

1. De définir les programmes destinés à être diffusés au public ou à certaines catégories de public;
2. De les diffuser par tous procédés de télécommunication;
3. D'organiser, de constituer, d'exploiter et d'entretenir les réseaux et installations qui assurent cette diffusion.

ART. 3.- Des dérogations au monopole défini à l'article 2 peuvent être accordées, dans des conditions déterminées par décret:

1. Pour la diffusion de programmes à des publics déterminés, étant précisé que les programmes intéressant l'éducation et la formation pourront être définis par les ministères compétents dans ce domaine;

2. Pour la diffusion de programmes en circuit fermé dans les enceintes privées;

3. Pour des expériences de recherche scientifique;

4. Dans l'intérêt de la défense nationale ou de la sécurité publique.

Dans les cas prévus aux 1, 2 et 3 ci-dessus, les dérogations sont précaires et révocables.

SECTION II.

L'Office de Radiodiffusion-Télévision Française.

ART. 4.- L'exécution des missions et l'exercice du monopole définis aux articles 1^{er} et 2 ci-dessus sont confiés à l'Office de Radiodiffusion-Télévision Française

L'Office de Radiodiffusion-Télévision Française est un établissement public de l'État à caractère industriel et commercial. Il est administré par conseil d'administration présidé par un président-directeur général. Il est organisé en unités fonctionnelles qui prennent la forme de régies ou éventuellement d'établissements publics, à l'exclusion de toute emprise d'intérêts économiques privés.

ART. 5.- L'Office de Radiodiffusion-Télévision Française est placé sous la tutelle du Premier ministre ou d'un membre du gouvernement délégué par lui pour l'exercer. L'autorité de tutelle s'assure du respect du monopole visé à l'article 2, veille à l'observation des obligations découlant du caractère de service public de l'Office, contrôle l'utilisation que l'Office fait de ses ressources et approuve, conjointement avec le ministre de l'Économie et des Finances, le budget de l'Office.

ART. 6.- Le conseil de l'administration se compose de 12 à 24 membres. Il comprend pour moitié des personnalités représentant l'État et choisies en raison de leur qualification,

pour moitié des représentants des auditeurs et téléspectateurs, de la presse écrite et du personnel de l'Office.

Les membres du conseil d'administration représentant les auditeurs et téléspectateurs, au nombre de deux, sont des personnalités désignées, l'une par la commission des Affaires culturelles, familiales et sociales de l'Assemblée nationale, l'autre par la commission des Affaires culturelles du Sénat.

Les membres du conseil d'administration représentant la presse écrite et le personnel de l'Office sont nommés sur des listes de présentation établies par les organisations représentatives.

Les membres du conseil d'administration exercent leur mandat pour trois ans. Toutefois, il peut être mis fin à tout moment au mandat des représentants de l'État.

En cas de partage des voix, le président-directeur général a voix prépondérante.

ART. 7.- Le conseil d'administration de l'Office définit les lignes générales de l'action de l'établissement. Il vote le budget et en contrôle l'exécution.

Il s'assure de la qualité et de la moralité des programmes.

Il veille à l'objectivité et à l'exactitude des informations diffusées par l'Office.

Il vérifie que les principales tendances de pensée et les grands courants de l'opinion s'expriment par l'intermédiaire de l'Office.

ART. 8.- Un décret en Conseil d'État fixera les conditions dans lesquelles sera organisé un droit de réponse, dans le cas où des imputations portant atteinte à l'honneur à la réputation ou aux intérêts d'une personne physique auraient été diffusées par l'Office.

ART. 9.- Le président-directeur général est nommé pour une durée de trois ans, par décret pris en Conseil des ministres, parmi les membres du conseil d'administration. Son mandat est renouvelable.

Le président-directeur général dirige et gère l'Office dans le respect des orientations générales définies par le conseil d'administration; il prépare et exécute les délibérations de ce conseil.

Il est l'ordonnateur principal des dépenses de l'Office.
Il nomme à tous les emplois et, pour les emplois de directeur des régies et établissements publics visés à l'article 4 de la présente loi, prend l'avis du conseil d'administration.

ART. 10.- Les établissements publics de l'Office sont créés et organisés par décret en Conseil d'État. Ils sont administrés par un conseil d'administration et dirigés par un directeur. Le conseil d'administration est composé de représentants de l'Office, de l'État et du personnel ainsi que de personnalités qualifiées. Le directeur est nommé par le président-directeur général de l'Office dans les conditions prévues par l'article 9, deuxième alinéa. Ces établissements publics sont soumis aux obligations de service public définies dans la présente loi; ils sont placés sous le contrôle de l'Office.

ART. 11.- Le gouvernement peut, à tout moment, faire diffuser ou téléviser par l'Office de Radiodiffusion-Télévision Française toute déclaration ou communication qu'il juge nécessaire. Ces émissions sont annoncées comme émanant du gouvernement.

La radiodiffusion ou la télévision des débats des assemblées parlementaire s'effectue sous le contrôle du bureau de chacune de ces assemblées.

En cas de cessation concertée du travail, la continuité des éléments du service essentiels à l'accomplissement des différentes missions définies à l'article 1^{er} doit être assurée par chacune des chaînes de radiodiffusion et de télévision. Le président-directeur général de l'Office désigne à cet effet les personnels indispensables devant demeurer en fonctions.

ART. 12.- L'établissement est soumis au contrôle économique et financier de l'État prévu pour les entreprises publiques nationales.

ART. 13.- Il est constitué une délégation parlementaire consultative qui comprend, outre les rapporteurs généraux des commissions des finances et les rapporteurs des commissions des Affaires culturelles des deux assemblées chargés de l'Office de Radiodiffusion-Télévision Française, quatre députés et deux sénateurs.

Cette délégation exerce notamment les missions prévues à l'article 164, paragraphe 4, de l'ordonnance n° 58-1374 du 30 décembre 1958 portant loi de finance pour 1959.

Elle se réunit au moins une fois par trimestre.

Elle donne son avis sur:

1° Les conditions générales et les procédures types des dérogations prévues à l'article 3 de la présente loi, paragraphes 1, 2 et 3;

2° La création des établissements publics prévus aux articles 4 et 10.

3° Les règles générales relatives aux accords passés entre l'Office ou ses établissements publics et des organismes extérieurs concernant la production, la diffusion et la reproduction des émissions;

4° Tous autres sujets sur lesquelles elle serait consultée par les pouvoirs publics ou par l'office.

ART. 14.- Chaque année, à l'occasion du vote de la loi de finances, le Parlement, sur le Rapport d'un membre de chacune des commissions des finances de l'Assemblée nationale et du Sénat ayant les pouvoirs de rapporteur spécial, autorise la perception de la redevance pour droit d'usage des postes de radiodiffusion et de télévision.

A cet effet, sont annexés au projet de loi de finances les résultats financiers de l'année précédente, l'état détaillé des comptes provisoires pour l'année en cours ainsi que le budget provisionnel de l'Office de Radiodiffusion-Télévision Française pour l'année suivante. L'annexe devra aussi comporter l'état de l'exécution du contrat de programme au cours de l'année précédente et les prévisions d'exécution de ce contrat pour l'année en cours

Le montant des recettes publicitaires de l'Office de Radiodiffusion-Télévision Française devra rester compatible avec les missions définies à l'article 1^{er} et avec les nécessités de l'expansion de l'Office.

Dans le cadre des obligations résultant pour l'État du contrat de programme actuellement en vigueur, la proportion des recettes provenant de la publicité de marques ne pourra excéder globalement 25 % du total des ressources de l'Office.

ART. 15.- Un décret en Conseil d'Etat détermine les bénéficiaires de l'exonération ou du dégrèvement de la redevance à l'article 14, dans les conditions fixées à l'article 10, deuxième alinéa, de l'ordonnance n^o 59-273 du 4 février 1959.

SECTION III

Le haut-conseil de l'audio-visuel.

ART. 16.- Il est institué un haut-conseil de l'audio-visuel présidé par le Premier ministre ou le ministre délégué à cet effet.

Ce conseil comprend des membres de l'Assemblée nationale et du Sénat, des personnalités hautement qualifiées pour leurs compétences culturelles, artistiques, scientifiques, techniques et juridiques, professionnelles, familiales et syndicales.

Saisi par le gouvernement, le haut-conseil donne des avis sur les problèmes concernant l'orientation et le développement des techniques audio-visuelles et sur ceux qui peuvent se poser aux pouvoirs publics dans ce domaine.

Il peut, en outre, être consulté sur toute question qui lui serait soumise par le gouvernement et notamment sur:

- la déontologie des communications audio-visuelles;
- certaines catégories de dérogations au monopole de diffusion;
- les modalités d'exercice du droit de réponse prévu à l'article 8 de la présente loi.

Il est réuni au moins deux fois par an sur convocation du Premier ministre.

SECTION IV

Dispositions diverses.

ART. 17.- Des décrets en Conseil d'Etat fixeront, en tant que de besoin, les modalités d'application de la présente loi et notamment:

- les mesures permettant la constitution et l'exploitation conjointes de réseaux spécifiques par l'Office et l'Administration des postes et télécommunications;

-l'organisation des liaisons que le président-directeur général de l'Office doit assurer avec le ministre des Postes et Télécommunications pour l'exercice des compétences définies aux 2 et 3 de l'article 2.

ART. 18.- La loi n^o 64-621 du 27 juin 1964 portant statut de l'Office de Radiodiffusion-Télévision Française et toutes dispositions contraires à la présente loi sont abrogées.

La répartition de la redevance mise en équation

L'EQUATION selon laquelle sera répartie la redevance entre les différents organismes de radio-télévision a été rendue publique au cours du débat budgétaire. Voici un extrait du rapport établi par M. Joël Le Tac, député U.D.R. de Paris, qui apporte d'utiles précisions.

« Votre rapporteur a jugé utile de publier en annexe la clef de répartition de la redevance dont la simplicité le dispense de tout commentaire.

$$1^{\circ} A'n = (0,20 + 0,80 Q + 0,20 V) An - I,$$

où

$An - I$ est l'attribution constatée l'année $n - 1$,

$A'n$ est l'attribution théorique de l'année n ,

Q est l'indice de qualité,

V est l'indice d'écoute.

où

$$2^{\circ} An = \frac{A'n \times Mn}{SA'n}$$

où

Mn est la masse à répartir définie à l'article 5 du décret,

$SA'n$ est la somme des attributions théoriques aux sociétés,

$A'n$ représente le pourcentage de droits de la société concernée,

SA'n

$$3^{\circ} Q = 1 + \frac{q - q' \times 1 \times R}{50 \quad 10 \quad r}$$

où

q est la note attribuée à la société,

q' est la moyenne des quatre notes attribuées aux sociétés de programme,

$q - q'$ est le rapport de l'écart $q - q'$ à la note médiane 50,

50

1 est un coefficient destiné à ramener la variation de l'indice à une incidence acceptable sur les ressources de la société,

r est le montant des recettes de redevance de la société.

$$4^{\circ} V = 1 + \frac{(v - 1) \times 1 \times R}{5 \quad r}$$

où

v est la variation du volume d'écoute,

1 est un coefficient prévu par l'article 8 du décret,

5

R est le montant des recettes totales de la société,

r est le montant des recettes de redevance de la société.

[Pour ceux qui ne seraient pas convaincus de l'utilité d'un commentaire, on peut considérer cette formule apparemment compliquée — mais les seconds ne sont pas d'entraîneurs — comme un louable effort de ne pas recomposer d'une année sur l'autre les parts respectives de la redevance attribuées aux quatre sociétés de programme. Par l'entremise des coefficients V et Q , on favorise les chaînes les plus écoutées et les programmes de meilleure qualité.]

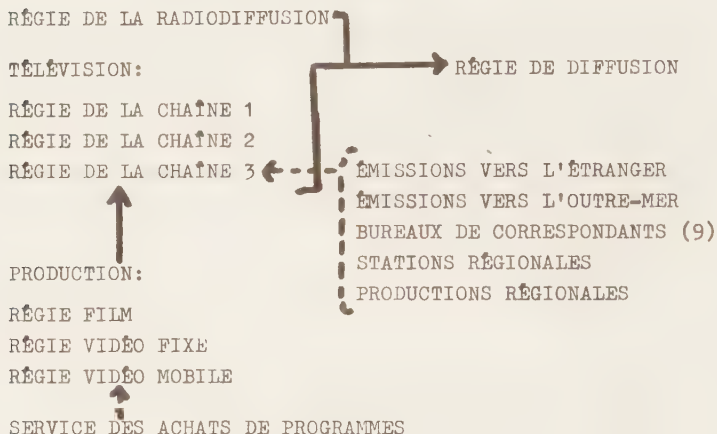
Mais on peut également juger qu'il est facile de faire dire ce que l'on veut à ce genre d'évaluations, d'attribuer au départ des notes propres à favoriser telle ou telle société et d'opposer ensuite un argument inattaquable aux directeurs mécontents : « Que voulez-vous, c'est l'ordonnateur qui a calculé votre part... »]

Quelle :

Le Monde, 24/25.11.1974

STRUKTURSHEMA DES O.R.T.F.

NACH DEN REGELUNGEN DES GESETZES VOM 3.7.1972 ("LOI MALAUD")



STRUKTURSHEMA DER SIEBEN GESELLSCHAFTEN

DES RUNDFUNKS NACH DEN REGELUNGEN DES GESETZES VOM 7.8.1974



Literatur:

- Gérard Aubray: Georges Pompidou - un portrait Paris 1969
- Michel Bassi; André Campana: Le grand tournoi -
Naissance de la VI^e République Paris 1974
- Michèle Blondel: La vie politique en France Paris 1974
- Denise Bombardier: La voix de la France Paris 1975
- François Borella: Les partis politiques dans la France
d'aujourd'hui Paris 1973
- Georges Burdeau: Droit constitutionnel et
institutions politiques Paris 1972
- Jean Cazeneuve: Les pouvoirs de la télévision Paris 1970
- Jean Cazeneuve et al (eds.): O.R.T.F. 73 Paris 1973
- Jacques Chapsal: La vie politique en France
depuis 1940 Paris 1966
- Michèle Cotta: La VI^e République Paris 1974
- Charles Debbasch: La France de Pompidou Paris 1974
- Henry W. Ehrmann: Politics in France Boston 1968
- Jacques Fauvet: La IV^e République Paris 1959
- François Goguel; Alfred Grosser: La politique en France Paris 1975
- Stanley Hoffmann et al: In Search of France New York 1965
- Gille Martinet: Le système Pompidou Paris 1973
- Henri Merchillon: L'Agonie du monopole Paris 1974
- Jean Montaldo: Dossier O.R.T.F. 1944- 1974
Tous coupables Paris 1974
- René Rémond: La droite en France (2 Bände) Paris 1968
- Jean-Jacques Servan-Schreiber: Le pouvoir régional Paris 1975
- Maurice Siegel: Vingt ans, ça suffit... Paris 1975
- Raymond Tournoux: Journal secret Paris 1975
- Jacques Thibau: Une télévision pour tous les Français Paris 1970
- Jacques Thibau: La télévision, le pouvoir et l'argent Paris 1973
- Pierre Viausson-Ponté: Histoire de la république
gaullienne Paris 1970

Journal Officiel de la République Française - Lois et Décrets
 Journal Officiel de la République Française - Débats de
 l'Assemblée nationale

Rapport de la Commission d'Étude du Statut
 de l'O.R.T.F. (Rapport Paye) Paris 1970

Rapport d'Information du Sénat (Rapport Diligent) Paris 1972

Rapport au nom de la Commission de Contrôle de la
 Gestion Financière de l'O.R.T.F. (Rapport Chinaud) Paris 1974

Cahiers des charges: Sociétés nationales de Télévision
 et de Radiodiffusion
 Établissement public de diffusion
 Institut de l'Audio-visuel Paris 1975

Informationsblätter der französischen Botschaft:
 Jean Charlot: Die Parteien in Frankreich
 (Publications du Ministère des Affaires Étrangères) Paris 1973

Proposition de Loi N° 1221 tendant à déterminer le
 statut d'une société nationale de
 radio-télévision (Parti Communiste Français)
 Paris 1970

O.R.T.F.-Projet Socialiste Autogestionnaire
 (Parti Socialiste) Paris 1974

Livre blanc sur l'information à l'O.R.T.F.
 (S.N.J.-O.R.T.F.) Paris 1974

Zeitungen und Zeitschriften:

Zeitraum Januar 1974 - März 1976

Le Monde	La Nation	Le Figaro
L'Aurore	Les Échos	L'Express
Le Canard enchaîné	Notre République	Le Nouvel Observateur
France Moderne	Démocratie moderne	Faits et causes
L'Unité	Tribune Socialiste	L'Humanité
France Nouvelle	Dernières Nouvelles d'Alsace	
Frankfurter Hefte	Medium	Die Feder
Europäische Dokumentation		Presse Actualité
Europäische Gemeinschaft		
L'Écho de la Presse et de la Publicité		
Correspondance de la Presse		

L E B E N S L A U F

Ich wurde am 21. 5. 1949 in Aign/Krs. 8330 Eggenfelden/Ndb. als einziges Kind meiner Eltern Laszlo v. Oshvath, Oberstleutnant der Ungarischen Armee, und Margaretha Menzel, Bankkaufmann, geboren. Der Vorname meines Vaters wurde später zu meinem Rufnamen.

1952 übersiedelten wir in die Kreisstadt, wo ich im Herbst 1955 eingeschult wurde. Anstelle der sonst üblichen vier, absolvierte auch ich fünf Klassen Grundschule, da sich unsere Lehrer davon einen besseren Erfolg beim späteren Besuch des Gymnasiums erhofften, das man als Fahrschüler im fünfzehn Kilometer entfernten Pfarrkirchen zu besuchen hatte.

Bedingt durch den Arbeitsplatzwechsel meines Stiefvaters kam ich 1961 nach Freiburg/Brs.

Da zu dieser Zeit mit Ausnahme Bayerns alle anderen Bundesländer das Schuljahr noch zu Ostern begannen, entschieden meine Eltern, mich am dortigen Rotteck-Gymnasium freiwillig die erste Klassenstufe wiederholen zu lassen. Ich beendete die Schulzeit hier 1969 mit dem Abitur.

Im Wintersemester des gleichen Jahres begann ich an der Universität Freiburg das Studium der Volkswirtschaftslehre, wechselte jedoch bereits nach zwei Semestern die Fachrichtung und belegte Politikwissenschaft und Germanistik.

Zum Wintersemester 1973/74 ging ich von Freiburg an die Universität München. Hier tauschte ich das Studium in der Alten Abteilung der Germanistik mit jenem in Kommunikationswissenschaft.

Wie schon in Freiburg in Politikwissenschaft und Germanistik, so legte ich auch in diesem Fach die vorgeschriebene Zwischenprüfung in weniger als den vorgeschriebenen vier Semestern Vorbereitungszeit ab.

Mit Ende des Wintersemesters 1976/77 beschloß ich mein Studium mit der Promotion.

Peter L. Menzel





